antimilitarismus information

Kosovo

NATO-Krieg in Europa

Attention:

78th Motorized Brigade, 211th Armor Brigade, 52nd and 78th Mixed Artillery, and attached units:

You are a NATO bombing target.

You will continue to be bombed until you return to your garrisons. Return while you still can.

7 | 99

29.Jahrgang, Heft 7
Juli 1999 **DM 5,00**

ISSN 0342-5789

Kosovo
NATO-Krieg in Europa

7|99

INHALT

EDITORIAL 3
IMPRESSUM 4

Recht oder Gewalt? Unterwegs zu einer neuen Weltordnung 5
Norman Paech
Der Kosovokrieg im Spannungsfeld zwischen Moral und Recht 17
Bernd Ladwig
Die Vorgeschichte des Kosovokonflikts 31
Michael Berndt
Chronologischer Leitfaden. Daten, Zahlen und Entwicklungen 41
Kristian Zitzlaff/Christian Schmidt
Der deutsche Weg in den Balkankrieg 57
Stefan Gose
Flucht in die Diplomatie - Rußland und der Kosovo-Konflikt 66
Heidrun Müller
Der Waffeneinsatz im Kosovo-Krieg 72
Gerd Piper
Der Kosovo-Krieg im Cyberspace 82
Ralf Bendrath
Die Opfer der Humanität. Eine statistische Annäherung 92
Kristian Zitzlaff
Was kostet ein Kriegstag? Die Kosten des Kosovo-Kriegs 96
Olivier Minkwitz
Ökologische und humanitäre Folgen des Krieges gegen Jugoslawien 103
Knut Krusewitz
Zivile Konfliktbearbeitung. Möglichkeiten im Kosovo-Konflikt 116
Barbara Müller/Christine Schweitzer
Konstruktion von Medienrealität im Kosovokrieg 124
Elvi Claßen
Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien 139
Fabian Virchow

Das Titelfoto stellt eines der Flugblätter dar, das die NATO überJugoslawien abgeworfen hat.

Liebe Leserinnen und Leser,

Der Luftkrieg gegen Jugoslawien war in mehrerer Hinsicht eine historische Zäsur. Es war der erste Krieg der NATO seit ihrer Gründung. Er demonstrierte die Wandlung der atlantischen Allianz von einer Verteidigungsgemeinschaft hin zu einem Interventionsbündnis, wie sie auch auf dem NATO-Gipfel in Washington am 23./24.4.1999 beschlossen wurde. Gleichzeitig wurde mit der Selbstmandatierung der NATO die UN auf ein Nebengleis der internationalen Politik geschoben. Eine neue Weltordnung unter dem Dach der UN, gestützt auf verbindliche Prinzipien des Völkerrechts, von der sich viele nach Ende des Kalten Krieges eine Zivilisierung der internationalen Beziehungen erhofften, ist spätestens im Kosovo begraben worden.

Zum erstenmal seit 1945 waren deutsche Soldaten direkt an Kampfhandlungen gegen einen anderen Staat beteiligt. Der Einsatz markiert auch den Abschluß eines zehnjährigen Prozesses der Militarisierung der deutschen Außenpolitik und führt die Erklärung des rot-grünen "Reform"-Bündnisses ad absurdum, deutsche Politik sei Friedenspolitik. Das Einlenken der serbischen Staatsführung hat den westlichen Demokratien den Einsatz von Bodentruppen und der deutschen Regierung möglicherweise das Auseinanderbrechen der Koalition erspart. Dennoch führte die deutsche Beteiligung an der NATO-Intervention zur heftigen innenpolitischen Kontroversen innerhalb des friedenspolitischen Spektrums, in denen sich Gegner und Befürworter des Einsatzes unversöhnlich gegenüberstanden. Die Diskussion polarisierte sich um die emotional besetzten Begriffe "Nie wieder Krieg" und "Nie wieder Auschwitz". Die Kontroverse, ob die serbischen Menschenrechtsverletzungen im Kosovo einen militärischen Schlag zu deren Unterbindung rechtfertigten oder ob Krieg als Mittel zur Erreichung humanitärer Ziele ein zynisches Paradoxon darstellt, ist auch nach Ende der Kampfhandlungen weiterhin offen.

In den Kosovo kehren nur die Kosovo-Albaner in ein zerstörtes Land zurück, gleichzeitig verläßt ein Teil der serbischen Minderheit das Land. Während dem proklamierten Ziel der westlichen Staaten - Autonomie des multi-ethnischen Kosovo bei gleichzeitigem Verbleib innerhalb des jugoslawischen Territorialstaates - damit zusehends der Boden entzogen wird, ist keine der dem Konflikt zugrunde liegenden Ursachen bisher beseitigt. Es steht zu befürchten, daß das Engagement

der westlichen Staaten beim wirtschaftlichen Wiederaufbau der Region - einer im wahren Sinne humanitären Intervention - weniger enthusiastisch ausfallen wird als bei der "akuten Krisenbewältigung". Wie jenseits der "robusten Friedenssicherung" eine Perspektive für die Entwicklung der Balkanregion gefunden werden kann, die territoriale Grenzen, ethnische Nationalismen und die Anreize repressiver Machtausübung überwindet, ist bisher kaum Gegenstand der Politik.

Dies alles ist Grund genug für die ami, den Versuch einer Bilanz in Form eines Themenheftes zu wagen. Natürlich müssen in diesem Rahmen viele wichtige und interessante Aspekte dieses Krieges unberücksichtigt bleiben. Dennoch hoffen wir, daß dieses Heft Euch neue Informationen und Anregungen bringen wird. Zu Anfang begründet Norman Paech den völkerrechtswidrigen Charakter des NATO-Angriffs auf Jugoslawien. Kontrovers dazu verortet Bernd Ladwig den Krieg in einem Spannungsfeld von Moral und Recht. Die geschichtliche Entwicklung nationaler Mythen schildert Michael Berndt. Als Referenzquelle liefern Kristian Zitzlaff und Christian Schmidt eine Chronologie des Konfliktes. Stefan Gose beleuchtet den deutschen Beitrag zur Operation "Allied Force". Die Rolle, die Rußland für das Ausbrechen aus der Eskalationsspirale zukam,wird von Heidrun Müller gewürdigt. Gerd Piper dokumentiert die technologische Seite der Kriegsführung, während sich Ralf Bendrath sich einem neuen Schlachtfeld, dem Cyberspace, zuwendet. Das wahre Gesicht des Krieges aggregiert Kristian Zitzlaff mit einer Statistik ziviler Opfer der NATO-Angriffe. Die militärischen und ökologischen Kosten der Kriegsführung werden von Olivier Minkwitz und Knut Krusewitz beschrieben. Barbara Müller und Christine Schweitzer skizzieren die Möglichkeiten einer zivilen Konfliktbearbeitung in der Region. Eine Kritik der Medienrezeption des Krieges formuliert Elvi Claßen. Fabian Virchow wirft ein interessantes Schlaglicht auf den Diskurs der "Neuen Rechten" über den Kosovokrieg. Schließlich haben wir noch eine Liste von Web-Adressen erstellt, die den Einstieg zu Recherchen zum Thema erleichtern soll.

Eure ami-Redaktion

IMPRESSUM

Herausgeber Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Kurfürstenstr. 14, 10785 Berlin, Fon/Fax 030/25 79 73 42, e-mail: ami@zedat.fu-berlin.de
Internet:
http://userpage.fu-berlin.de/~ami
Redaktionskollektiv Björn Aust, Oliver Bauer, Jamilah El-Shami, Markus Euskirchen,Tilo Fuchs, Stefan Gose, Ingrid Koschmieder, Jan Kurpan, Olivier Minkwitz, Heidrun Müller, Gerhard Piper, Christian Schmidt, Ursula Schröder, Björn Tolksdorf, Antje Wunderlich, Kristian Zitzlaff

Erscheinungsweise monatlich, darunter 3 Themenhefte doppelten Umfangs
Preise Jahresabo DM 44 (plus DM 6 Porto/Inland bzw. DM 16 Porto/Ausland); Schnupperabo (2 Normalhefte, 1 Themenheft) DM 12 (incl. Porto); Einzelheft DM 3,50; Doppelheft DM 5 (plus Porto), alle Preise incl. 7% gesetzl. Mwst.
Kündigung Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn nicht bis 30. November eine Kündigung zum Jahresende erfolgt ist.
Spendenkonto/Bankverbindung
Verein für friedenspolitische Publizistik e.V., Konto-Nr. 130 30 553, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00

Redaktionsschluß 7. Juli 1999

Der Krieg ist nun endlich vorbei. Es wird aufgeräumt und exhumiert, das ganze Ausmaß der serbischen Exzesse und Grausamkeiten noch einmal präsentiert. Die Konzentrationslager tauchen wieder auf und der Urheber dieser wirklich humanitären Katastrophe ist festgenagelt: die Serben. Die in ihre Heimat zurückströmenden Albaner bejubeln die NATO-Truppen - wer mag sich da noch dem Charme des Friedens dieser "humanitären Intervention" verweigern.

Norman Paech

Recht oder Gewalt?

Unterwegs zu einer neuen Weltordnung

Norman Paech ist Professor für Völkerrecht an der Hochschule für Wirtschaft und Politik in Hamburg.

Wir erinnern uns, dass der neu gewählte Bundeskanzler Gerhard Schröder und sein Außenminister Joschka Fischer noch das Gewaltmonopol der UNO verteidigten, als bereits der noch amtierende 13. Bundestag den Beschluss der alten Regierung mit Mehrheit abgesegnet hatte, auch ohne UN-Mandat die Bundeswehr am NATO-Einsatz in Jugoslawien zu beteiligen. Alle buchten die Moral und die Rettung der Menschenrechte für sich. Eine humanitäre Katastrophe, ein Völkermord müsse verhindert werden. Doch was helfen uns die sichtbaren Seelenqualen der Politiker, die Eskalation ihrer Rechtsfertigungsprosa, da ihr Krieg weder die Menschenrechte schützen noch die Flüchtlingsströme verhindern konnte, dafür weite Landstriche verwüstete und Versorgungseinrichtungen zerstörte, vor allem aber eine bislang noch gültige Rechtsordnung zwischen den Staaten und Völkern umstieß und in den Bombenkratern begrub?

Die Ausgangssituation

Die Ausgangssituation ist schwierig, aber sie ist nicht komplizierter als ähnlich gelagerte Situationen der Vergangenheit im ehemaligen Jugoslawien und an anderen Brennpunkten der Ränder Europas (Türkei, Tschetschenien, Nordirland, Baskenland) und der übrigen Welt. Der Kosovo ist völkerrechtlich ein Teil der Republik Jugoslawien, staatsrechtlich eine Provinz dieses souveränen Staates, zuletzt weitgehend zentral verwaltet, obwohl sich die Bevölkerung mehrheitlich aus Kosovo-Albanern zusammensetzt. Diese forderten seit Jahren größere Autonomierechte. (1) Ohne

(1) Vgl. August Pradetto, Intervention im Kosovo? Das Für und Wider eines militärischen Eingreifens der NATO, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/98, S. 1070 ff., 1073.

Erfolg, im Gegenteil, frühere Autonomieansätze wurden zurückgenommen, die von Serben beherrschte Verwaltung ausgebaut. Radikale Kräfte in der Autonomiebewegung wurden durch dieses Verhalten der serbischen Zentralkräfte gestärkt. Bereits 1990 erklärten sie die Unabhängigkeit des Kosovo und unterstrichen dies zunehmend durch bewaffnete Aktionen der Kosovo-Befreiungsarmee (UCK), die das Beispiel des bewaffneten Kampfes der muslimischen Bosnier gegen die orthodoxen Serben zu ihrem Vorbild machte. Belgrad ließ Regierung und Parlament der Provinz auflösen. Nur wenige Monate nach den Unabhängigkeitserklärungen Sloweniens und Kroatiens im Juni 1991 organisierten die Kosovo-Albaner ein Referendum über die Unabhängigkeit der Provinz, welches auf eine überwältigende Zustimmung traf. Im Mai 1992 wurde dann die "Republik Kosova" ausgerufen, eine unmittelbare Folge der Anerkennung der Sezessionen Sloweniens und Kroatiens durch die Europäische Union im Mai 1992. Es folgten die Wahlen zu einer albanischen Regierung und eines Präsidenten (Ibrahim Rugova von der Demokratischen Liga, LDK) und der Boykott der Wahlen in der Bundesrepublik. Seit Anfang 1998 sind die Auseinandersetzungen zunehmend in blutige und verlustreiche Kämpfe zwischen militärisch ausgerüsteten Polizeieinheiten (Sicherheitskräfte) der Zentralregierung, aber auch regulären Einheiten der Bundesarmee und der UCK ausgeartet, die durch Waffenlieferungen und logistische Hilfe aus dem Ausland, insbesondere über Albanien unterstützt wird. Auf beiden Seiten wurde das Völkerrecht (Menschenrechte und humanitäres Völkerrecht) massiv verletzt. Hunderttausende von Kosovo-Albanern sind vor den Kämpfen geflohen und wurden z. T. systematisch von den jugoslawischen Bundeseinheiten vertrieben.

Der UN-Sicherheitsrat (SR) hat sich mehrmals mit der Situation beschäftigt und insbesondere in den beiden Resolutionen 1160 vom 31. März und 1199 vom 23. September 1998 beide Seiten aufgefordert, unverzüglich die Kämpfe einzustellen. Von der Bundesrepublik Jugoslawien wurde zudem verlangt, die Sicherheitseinheiten zurückzuziehen, mit Verhandlungen über einen Autonomiestatus im Rahmen einer zu wahrenden staatlichen Einheit unverzüglich zu beginnen und eine internationale Überwachung zuzulassen. Die Prüfung "weiterer Schritte und zusätzlicher Maßnahmen zur Erhaltung oder Wiederherstellung des Friedens und der Stabilität in der Region" wurde angekündigt, falls die in den beiden Resolutionen aufgestellten Forderungen, und zwar an

beide Seiten gerichtet, nicht erfüllt werden. Konkrete Sanktionen hatte der Sicherheitsrat zu keinem Zeitpunkt angekündigt.

Während auf verschiedenen Ebenen (UNO, OSZE, NATO, USA, EU) mit der jugoslawischen Regierung über die Durchsetzung der Resolutionsforderungen verhandelt wurde, hatte der NATO-Rat am 13.10.1998 beschlossen, notfalls auch ohne ein konkretes Mandat des SR militärisch zu intervenieren. Die logistischen Vorbereitungen für einen Militärschlag gegen die Bundesrepublik Jugoslawien wurden abgeschlossen. Als erste Maßnahme waren "chirurgische" Schläge aus der Luft gegen militärische Ziele vorgesehen. Die damalige Bundesregierung aus CDU/CSU und FDP beschloss eine Beteiligung der Bundeswehr, der Bundestag stimmte dem Beschluss zu - gegen 65 Stimmen, darunter alle Stimmen der PDS-Gruppe.

Die Verhandlungen, die von den europäischen Regierungen Anfang Februar 1999 mit den Konfliktparteien in Rambouillet und Paris geführt wurden, brachten zwar verschiedene Entwürfe eines "Interim Agreement for Peace and Self-Government in Kosovo" hervor, scheiterten jedoch schließlich an der Weigerung der jugoslawischen Regierung, einer Stationierung von NATO-Truppen zur Durchführung des Abkommens zuzustimmen. (2) Bemerkenswert ist nicht nur der offizielle Status, der entgegen internationalem Brauch solchen Kräften wie der UCK bei den Verhandlungen eingeräumt worden ist, sondern auch die Unklarheit darüber, was die jugoslawische Regierung bereit war zu akzeptieren. (3) Allgemein wird angenommen, dass sie den politischen Teil über die Autonomie des Kosovo unterschreiben wollte, nicht aber den militärischen Teil über die Stationierung der NATO-Truppen, der offensichtlich erst später im Appendix B hinzugefügt worden ist. Dieser Appendix enthält in der Tat Kompetenzen für die NATO, die die Souveränität Jugoslawiens über den Kosovo faktisch aufgehoben und die Provinz zu einem Protektorat der NATO gemacht hätten - ein Status, den die UN-Charta in ihrem XI. Kapitel für "Hoheitsgebiete ohne Selbstregierung", d.h. für Kolonien, vorsah, um sie auf die Unabhängigkeit vorzubereiten.

(2) Da das Auswärtige Amt sich weigert, den letzten zur Debatte stehenden Entwurf zu veröffentlichen, ist man auf das Internet angewiesen, wo unter www. Balkanaction.org/pubs/kia299.html der Entwurf vom 23. Februar 1999 veröffentlicht ist. Aus ihm ist allerdings nicht ersichtlich, welche Passagen von der jugoslawischen Seite akzeptiert und welche abgelehnt worden sind.

(3) Auch hierüber gibt das Auswärtige Amt keine Auskunft.

Rechte des Sicherheitsrats

In den Resolutionen 1160 und 1199 verwendete der Sicherheitsrat die übliche Formel "tätig werdend nach Kapitel VII", ohne die Rechtsgrundlage in der Charta näher zu spezifizieren.

Die Anwendung des Art. 39 UN-Charta, der die Kompetenzgrundlage für alle im Rahmen des VII. Kapitels möglichen Maßnahmen darstellt, ist im vorliegenden Fall nicht unproblematisch. Eine "Bedrohung oder ein Bruch des Friedens oder eine Angriffshandlung", wie z.B. die Aggression Iraks gegen Kuwait, die zur Auslösung des zweiten Golfkrieges geführt hat, lag nicht vor. Bis zu den Angriffen der NATO handelte es sich um einen inneren Bürgerkriegskonflikt, in dem der bisherige Souverän, die Bundesrepublik Jugoslawien, nach wie vor die Staatsgewalt effektiv im Sinne des Völkerrechts ausübte. Auch eine zeitweise Besetzung kleinerer Landesteile durch die UCK ändert an dieser Lage nichts. Hatten die massiven Menschenrechtsverletzungen und die Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht einen solchen Grad erlangt, dass man von einer Bedrohung des Friedens der Nachbarn in der Region und allgemein für den Weltfrieden sprechen könnte? Nehmen wir es einmal an, ohne diese Frage hier weiter zu problematisieren. Die Zuständigkeit des SR im Kontext des VII. Kapitels wird in solchen Fällen seit dem zweiten Golfkrieg zunehmend bejaht. Sein Vorgehen im Fall der irakischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die kurdische Bevölkerung in Südkurdistan wurde allgemein akzeptiert. (4)

Dementsprechend hatte der Sicherheitsrat die Skala der sich steigernden Maßnahmen (Art. 40, 41, 42 UN-Charta) gewählt. Das bedeutete die Aufforderung an alle Seiten zur Waffenruhe und zu politischen Verhandlungen und reichte über einen Autonomiestatus innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien bis zu einem Waffenembargo ebenfalls gegenüber beiden Seiten. Das Terrain des Art. 42 (militärische Gewaltmittel) hatte der Sicherheitsrat noch nicht betreten. Auch keine der im SR vertretenen Mächte hatte einen Resolutionsentwurf in dieser Richtung vorgelegt. Dass ein weitergehender Antrag zwangsläufig durch ein Veto bestimmter ständiger Sicherheitsratsmitglieder, gemeint waren Russland und China, abgelehnt werden würde, wurde zwar offensichtlich in Regierungskreisen dieser Mächte geäußert. Konkret getestet in einer Abstimmung des SR wurden diese Absichten allerdings nicht.

Wäre es zu einem solchen Beschluss des SR kommen, die Mittel des Art. 42 anzuwenden, wäre dieses Vorgehen völkerrechtsgemäß gewesen. Gegen die Beauftragung einiger Staaten oder bestimmter Staatengruppen, wie z. B. der NATO mit der Durchführung im Auftrag des SR kann wenig eingewandt werden, zumindest solange der Weg, eine eigene UN-

(4) Einen Überblick über die letzte Entwicklung gibt Christopher Greenwood, Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention? in: Hauke Brunkhorst (Hrsg.), Einmischung erwünscht. Menschenrecht und bewaffnete Intervention, Frankfurt a.M. 1998, S. 16 ff., vgl. a. Stefan Oeter, Humanitäre Intervention und Gewaltverbot: Wie handlungsfähig ist die Staatengemeinschaft?, ebda., S. 37 ff.

Streitmacht nach Art. 43 ff UN-Charta aufzubauen, nicht beschritten wird. (5)

(5) Im Allgemeinen beruft man sich auf Art. 48 UN-Charta: "Die Maßnahmen, die für die Durchführung der Beschlüsse des Sicherheitsrates zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlich sind, werden je nach Ermessen des Sicherheitsrates von allen oder einigen Mitgliedern der Vereinten Nationen getroffen."

NATO-Intervention auf Grundlage eines SR-Mandates

Trotz der anklingenden Bedenken hätte man eine militärische Intervention der NATO im Auftrag des SR auf der Ebene des allgemeinen Völkerrechts und des UN-Organisationsrechts akzeptieren müssen.Eine andere, Frage ist, ob der NATO-Vertrag die Wahrnehmung eines solchen Mandates für einen sog. out of area-Einsatz zulässt. Nach diesem Vertrag ist die NATO ein reines Selbstverteidigungsbündnis im Rahmen des Art. 51 UN-Charta: *"Diese Charta beeinträchtigt im Falle eines bewaffneten Angriffs gegen ein Mitglied der Vereinten Nationen keineswegs das naturgegebene Recht zur individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung, bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat. Maßnahmen, die ein Mitglied in Ausübung dieses Selbstverteidigungsrechts trifft, sind dem Sicherheitsrat sofort anzuzeigen; sie berühren in keiner Weise dessen auf dieser Charta beruhende Befugnis und Pflicht, jederzeit die Maßnahmen zu treffen, die er zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit fürerforderlich hält."*

Art. 5 NATO-Vertrag sagt ganz eindeutig: "*Die Parteien vereinbaren, daß ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen wird; sie vereinbaren daher, daß im Falle eines solchen Angriffes jede von ihnen in Ausübung des in Art. 51 Satzung der Vereinten Nationen anerkannten Rechts der individuellen oder kollektiven Selbstverteidigung der Partei oder Parteien, die angegriffen werden, Beistand leistet, indem jede von ihnen unverzüglich für sich und im Zusammenwirken mit den anderen Parteien die Maßnahmen, einschließlich der Anwendung von Waffengewalt, trifft, die sie für erforderlich erachtet, um die Sicherheit des nordatlantischen Gebietes wiederherzustellen und zu erhalten.*"

Mit dem Zusammenbruch der sozialistischen Staaten nach 1989 entfiel der ursprüngliche Gegner der NATO und die Suche nach einer neuen Aufgabenstellung begann. Diese wurde zwar schon bald im Rahmen weltweiter Krisenbekämpfung identifiziert, eine Vertragsänderung kam jedoch nicht zustande. Zeitweise wurde sogar in der Diskussion um eine neue Sicherheitsstruktur in Europa erwogen, die NATO durch andere internationale Organisationen zu ersetzen, die als Regionale Abmachungen gemäß Kapitel VIII der

UN-Charta unmittelbar in das UN-System integriert sind, wie z. B. die KSZE bzw. heute die OSZE. Denn Art. 53 UN-Charta bestimmt ausdrücklich: "Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen aufgrund regionaler Abmachungen oder seiner regionalen Einrichtungen nicht ergriffen werden." Man begnügte sich damit, die bestehende NATO-Satzung derart weit zu interpretieren, dass eine militärische NATO-Aktion im ausdrücklichen Auftrag des Sicherheitsrates auch außerhalb des NATO-Bereiches möglich wurde. Das BVerfG geht in seiner Entscheidung vom 12. Juli 1994 zu einem möglichen Einsatz der Bundeswehr von einem dergestalt durch die sog. Petersberger Erklärung der Außen- und Verteidigungsminister vom 19. Juni 1992 interpretierten Vertragsinhalt aus. Eine Beteiligung der Bundesrepublik sei auf Grund eines Regierungsbeschlusses im Rahmen des nicht geänderten NATO-Vertrages gestattet. Das Parlament müsse deshalb nicht nach Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG zustimmen, sondern eine Mitwirkung durch einfachen Beschluss (Parlamentsvorbehalt) genüge. (6)

In allen Konflikten, in denen hier das Bundesverfassungsgericht entschied - und das muss besonders unterstrichen werden - lag ein explizites Mandat des UN-Sicherheitsrats vor. Das BVerfG erwähnt es zwar nicht, aber seine Entscheidung muss so aufgefasst werden, dass ohne ein solches Mandat die NATO auf der Grundlage des bisherigen Vertrag zumindest nicht im out of area-Bereich militärisch handeln kann. Diese Ansicht verbreitet auch das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in seiner Broschüre "Deutschland und die Vereinten Nationen." (7)

(6) Vgl. BverfGE 90, 286, 357-381.

(7) "Danach (Entscheidung des BVerfG) können bewaffnete deutsche Streitkräfte an internationalen Friedensmissionen teilnehmen, wenn diese im Rahmen und nach den Regeln eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit im Sinne des Artikels 24 des Grundgesetzes stattfinden. Diese Voraussetzungen liegen z.B. vor, wenn die Bundeswehr an einer Friedensmission der Vereinten Nationen oder der NATO unter einem VN-Mandat teilnimmt", S. 16.

Verbalakrobatik - kriegslegitimatorisch

Bekanntlich hat sich noch zu guter Letzt der damalige Bundesaußenminister Klaus Kinkel von dieser aus seinem eigenen Haus stammenden Position distanziert. In der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) vom 13. und 14. 10.1998 entwickelt er eine angebliche juristische Brücke. Der UN-Sicherheitsrat sei unfähig, "Sinn und Logik" seiner eigenen Beschlüsse in den Resolutionen gerecht zu werden. Daher müsse die NATO einspringen:

"Im Lichte des Unvermögens des SR, seinem Gewaltmonopol bei dieser besonderen notstandsähnlichen Situation gerecht zu werden, fußt die Rechtsgrundlage angesichts der humanitären Krise im Kosovo auf Sinn und Logik der SR-Resolutionen 1160 und 1190 in Verbindung mit dem Gesichtspunkt der 'humanitären Intervention' und einem Mindeststandard in Europa für

die Einhaltung der Menschenrechte, dem wir die Qualität eines sich entwickelnden regionalen Völkerrechts beimessen. Dies ist ein Fall, in dem das Völkerrecht ein militärisches Tätigwerden zur Abwendung einer unmittelbar bevorstehenden humanitären Katastrophe, nachdem alle zivilen Mittel erschöpft sind, ausnahmsweise erlaubt."

Wer hat ihm das nur aufgeschrieben! Denn auch noch mit noch so viel "Wringen" lässt sich ein Mandat des SR zum militärischen Eingreifen so nicht "herbeizaubern". Hier ist nicht der SR unfähig, "Sinn und Logik" seiner Resolutionen gerecht zu werden, sondern der alte Außenminister, der nun genügend Zeit hat, die Resolutionen genau zu studieren. Die Argumentation von Bundeskanzler Gerhard Schröder, die NATO handele im Bezugsrahmen der UN-Sicherheitsratsresolutionen und in Respekt vor dem Gewaltmonopol der UNO, ist nicht intelligenter und ebenso falsch.

Dass der Sicherheitsrat in den beiden Resolutionen explizit militärische Maßnahmen ausklammert, wird als Handlungsunfähigkeit dieses Gremiums eingestuft. Die NATO als gesetzlicher Vertreter (Treuhänder oder Pfleger für einen Handlungsunfähigen) nehme die notwendige, "objektiv erforderliche" Handlungen vor, um eine "humanitäre Katastrophe" zu verhindern. Man mag es bestreiten, aber es handelt sich um einen Fall der Mandatsusurpation. Einen derartigen Vorgang hat es ein einziges Mal in der Geschichte der UNO gegeben, als die UN-Generalversammlung im November 1950 die Blockade des UN-Sicherheitsrats in der Koreafrage durch das Veto der Sowjetunion mit einer Resolution durchbrach und sich selbst die Kompetenzen des Sicherheitsrats anmaßte. (8)

(8) Diese von dem US-amerikanischen Außenminister Dean Acheson eingebrachte Resolution 377 (V) ist als sog. "Uniting for Peace" Resolution berühmt, aber nur selten angewandt worden, da sie der UNO-Charta widerspricht; *vgl. N. Paech, G. Stuby, Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, 1994, S. 437 ff.*

NATO-Vorgehen aus eigener, originärer Kompetenz

Das führt nun endgültig zu der Frage, ob es eine Rechtsgrundlage aus originärem NATO-Recht gibt. Voraussetzung der schon erwähnten Art. 51 UN-Charta und Art. 5 NATO-Vertrag ist ein Angriff auf ein Bündnismitglied von außen oder ein inneres Verhalten eines Bündnismitgliedes, das als friedensbedrohend bzw. -gefährdend bezeichnet werden kann (massive, systematische, massenhafte Menschenrechtsverletzungen). Unter diesen Voraussetzungen wäre eine militärische Intervention möglich. Die zuletzt genannte Voraussetzung beruht schon auf einer gewagten erweiternden Interpretation der ursprünglichen NATO-Konzeption, die das Bundesverfassungsgericht mit seiner Einstufung des NATO-Bündnisses als kollektives Sicherheitssystem nach

Art. 24 Abs. 1 GG im Unterschied zu einem kollektiven Selbstverteidigungsbündnis vornimmt. (9) Hiermit wäre evtl. ein Vorgehen gegen ein NATO-Mitglied wie die Türkei wegen ihrer Menschenrechtsverletzungen mit genozidalem Charakter gegenüber den Kurden und den wiederholten militärischen Übergriffen auf den Irak möglich. Ein out of area-Einsatz der NATO ohne UN-Mandat lässt sich mit dieser ausdehnenden Interpretation jedoch nicht begründen.

Als die USA ihre "chirurgischen" Schläge gegen angebliche Terrorbasen im Sudan und Afghanistan richteten, sollte das mit dem Recht auf Selbstverteidigung legitimiert werden. Sie konstruierten einen Angriff auf ihr Territorium, nämlich ihre Botschaften, der von den bezeichneten Terrorbasen ausgegangen sei. Sie versuchten - ein untauglicher Versuch wohlgemerkt - den Legitimationsrahmen des Art. 51 UN-Charta in Anspruch zu nehmen. Dieses Vorgehen erinnerte fatal an die "Rechtfertigung" ihrer Invasion auf Grenada als "humanitäre Intervention".

Im vorliegenden Fall scheidet schon jeder faktische Bezug für die Anwendung des Art. 51 UN-Charta aus. Es fehlt das Merkmal des "Angriffs". Die Bundesrepublik Jugoslawien hat keinen anderen Staat angegriffen, geschweige denn einen NATO-Partner. Eine ausdehnende Interpretation, die innere Vorgänge wie die "blutige" Unterdrückung eines Volksteils nicht nur als massive Verletzung der Menschenrechte, des Minderheitenschutzes und evtl. auch des Selbstbestimmungsrechtes einstuft, sondern dem "Angriff" gleichstellt, wird nur noch selten vertreten. Denn in Bürgerkriegen ist nach geltendem Völkerrecht allen Staaten strikte Neutralität gegenüber den Konfliktparteien aufgegeben. Nur der UN-Sicherheitsrat kann über Art. 39 und 42 in derartigen Situationen eingreifen. Deshalb ist auch der Versuch des ehemaligen Bundespräsidenten Roman Herzog, über ein "Nothilferecht für die Kosovo-Albaner" das kollektive Verteidigungsrecht des Art. 51 UN-Charta zu aktivieren, nicht möglich. Während des kolonialen Befreiungskampfes wurde diese Auffassung von Völkerrechtlern der Dritten Welt vorgetragen, um die bewaffneten Aktionen von Befreiungsbewegungen gegen die jeweilige Kolonialmacht zu legitimieren. (10) Art. 51 UN-Charta kommt hier schließlich auch deshalb nicht zum Zuge, weil der Sicherheitsrat in dieser Angelegenheit längst tätig geworden ist und sich in den beiden Resolution vorbehalten hat, weiter tätig zu werden. Versuche Russlands, den Sicherheitsrat wieder einzuschalten, scheiterten jedoch dann am Widerstand vor allem der USA und Großbritanniens.

(9) Ein Selbstverteidigungsbündnis ist gegen einen potentiellen Gegner von außen eingerichtet, also die NATO oder der ehemalige Warschauer Pakt. Ein kollektives Sicherheitssystem ist tendenziell zum einen universell und schafft zum anderen Vorkehrungen gegen ein möglicherweise aggressives Mitglied, wie ansatzweise der Völkerbund und ausgeprägter die UNO.

(10) Norman Paech / Gerhard Stuby, Machtpolitik und Völkerrecht in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden 1994, S. 616 f.

Bleibt also nur noch der allgemeine Rekurs auf ein Recht zur "humanitären Intervention" jenseits allen konkreten internationalen Organisationsrechtes. Die schillernde Rechtsfigur der "humanitären Intervention" geistert inzwischen nicht nur durch die diplomatischen und parlamentarischen Korridore, sondern auch durch die völkerrechtliche Literatur. (11) Man glaubte schon, sie überwunden zu haben, da sie einen Rückfall in die Zeiten des ius ad bellum darstellt. Sie stammt aus Übergangszeit zwischen klassischem und modernem Völkerrecht. Die Großmächte zeigten zunehmend Scheu, sich einfach auf ihr ius ad bellum zu berufen, sondern legitimierten ihre militärischen Interventionen in dritten Staaten als notwendige Handlungen zum Schutz ihrer Staatsangehörigen. Da die Rechte ihrer Staatsangehörigen durch den dritten Staat verletzt worden seien, z. B. durch mangelnden Schutz bei Unruhen oder durch Enteignungsmaßnahmen, sei auch gleichzeitig die staatliche Souveränität des Heimatstaates betroffen. Auch Aktionen neueren Datums wie z.B. die israelische Befreiungsaktion in Entebbe/Uganda wurden so versucht zu rechtfertigen. (12) Hier blieb immerhin noch der Bezug zur Verletzung eines Souveränitätsrechts der militärisch auftretenden Staaten über die prekäre Brücke der Staatsangehörigkeit. Aber schon im Fall der Invasion auf Grenada 1983, den die US-Administration ebenfalls als "humanitäre Intervention" rechtfertigen wollte, sowie in den jetzt zur Diskussion stehenden Fällen ist dieser Bezug völlig aufgehoben. Löst man sich durch "freihändige" Interpretation aus dem "Verfassungsrahmen" der UNO, ist der Beliebigkeit jeglichen selbsternannten "Definitors" Tür und Tor geöffnet. Dies ist das Feld der "politologischen Realisten" aller Couleur. (13)

Allerdings gewinnen diese in letzter Zeit zur Rechtfertigung des Krieges zunehmend Raum. Nicht nur, dass Verteidigungsminister Rudolf Scharping fordert, dass man eben das Völkerrecht ändern müsste, wenn es in solchen Fällen keine Legitimation für den Krieg gebe. Die Konkurrenz zwischen Menschenrechten und Gewaltverbot ist zu einem beliebten Thema der Feuilletons geworden. (14) Jüngst plädierte der Züricher Völkerrechtler Daniel Thürer dafür, im Falle der Gefährdung fundamentaler Werte der Völkergemeinschaft den "Buchstaben" und "Text" der UN-Charta zugunsten ihres "Geistes" und "Kontexts" zu verlassen, damit eine "humanitäre Intervention" auch außerhalb der UNO von einem "legitimen Organ" beschlossen werden könne. (15) Dem Autor ist offensichtlich selbst Angst geworden

(11) Hinweise auf die völkerrechtliche Literatur bei Christopher Greenwood, a.a.O.; vgl. grundsätzlich Richard Falk, Die humanitäre Intervention und das Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen, in: Gerd Hankel / Gerhard Stuby (Hrsg.), Strafgerichte gegen Menschheitsverbrechen. Zum Völkerstrafrecht 50 Jahre nach den Nürnberger Prozessen, Hamburg 1995, 500 ff.

(12) Beyerlin, Die israelische Befreiungsaktion in völkerrechtlicher Sicht, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (ZaöRV) 37 (1977), S. 213 ff.

(13) z.B. Hans Morgenthau, Macht und Frieden, Gütersloh 1963, S. 69

(14) Vgl. etwa Sibylle Tönnies, Wir lassen uns in Ruh, auch beim Morden. Über die Spannung von Menschenrecht und Völkerrecht, FAZ 12. 10. 1998 S. 51; Thomas Blanke, Das Dilemma zwischen Menschenrecht und Völkerrecht. Westeuropas Linke sträubt sich

vor dem konturlosen Feld, welches er mit diesem Vorschlag betreten mußte, so dass er Trost und Stütze in der Bibel sucht: "..denn der Buchstabe tötet, der Geist aber macht lebendig." (2. Korintherbrief 3,6) Hier hilft in der Tat nicht mehr die Rechtswissenschaft, sondern nur noch die Theologie. Mag ein Konsens über die Verletzung eines Menschenrechts vielleicht noch herstellbar sein, über die Schwere und die Schwelle, wann die Verletzung die militärische Intervention erfordert und wer sie durchführen soll, aber nicht mehr.

Es hat auch heute noch seine Rationalität, wenn das im Briand-Kellog-Pakt von 1928 beschlossene und in der UN-Charta kodifizierte Kriegs- und Gewaltverbot nur in den genau definierten Fällen der Art. 51 und 39/42 UN-Charta durchbrochen werden darf. Denn wie würden die atlantischen Mächte reagieren, wenn Russland militärisch in der Türkei intervenieren würde, um die ständigen Menschenrechtsverletzungen und Vertreibungen, die - gemessen an den im Falle Jugoslawiens angelegten Maßstäben - schon lange den Charakter eines Völkermordes angenommen haben, zu stoppen? Würden sie das Argument akzeptieren, dass der UN-Sicherheitsrat auf Grund ihres Veto handlungsunfähig sei und durch einen zur "humanitären Intervention" entschlossenen Staat ersetzt werden müsste?

Fazit: Im Fall Kosovo ist ein Angriff gegen irgendein Mitglied der NATO nicht erfolgt. Restjugoslawien gehört der NATO nicht an, so dass eine massive und systematische Menschenrechtsverletzung als Friedensbedrohung nicht in den Zuständigkeitsbereich dieses Bündnisses fällt, wie es z. B. hinsichtlich der Türkei in der Kurdenfrage auf der Hand läge. Nur über die UNO hätte die Völkergemeinschaft in der Kosovo-Frage schließlich auch militärische Mittel einsetzen können.

Vielmehr ist der militärische NATO-Schlag, aber auch schon die Drohung mit ihm, als ein Aggressionsakt gegenüber der Bundesrepublik Jugoslawien zu werten. Also ein Völkerrechtsverbrechen nach den Nürnberger Kategorien und dem jüngst auf der UNO-Staatenkonferenz in Rom verabschiedeten Statut zum Internationalen Strafgerichtshof (ICC). Die Bundesrepublik Jugoslawien ihrerseits konnte ihr Selbstverteidigungsrecht aus Art. 51 UN-Charta wahrnehmen. Militärische Hilfe dritter Staaten wäre ebenfalls völkerrechtlich legitimiert gewesen. Eine Einschaltung des UN-Sicherheitsrates im Rahmen des VII. Kapitels war zwar politisch unrealistisch, wäre rechtlich jedoch für die Intervention dringend erforderlich gewesen.

nicht mehr gegen den Gedanken, dass die NATO die moralische Legitimation zum Angriff besitzt, FR. 29. 3. 1999. Den Autoren ist dabei offensichtlich nicht klar, dass auch die Menschenrechte Völkerrecht sind, das Spannungsverhältnis also innerhalb des Völkerrechts angelegt ist. Die Bemühung der "moralischen Legitimation" zeigt zu dem, dass sie den Vorrang der Menschenrechte vor dem Gewaltverbot nur mit außerrechtlichen Kategorien "begründen" können, die sie dem Gewaltverbot nicht zugestehen wollen.
(15) Daniel Thürer, Die NATO-Einsätze in Kosovo und das Völkerrecht. Spannungsfeld zwischen Gewaltverbot und Menschenrechten, Neue Züricher Zeitung 4. 1999

Worum es geht

Was veranlasste letztlich die NATO, einen so eindeutig völkerrechtswidrigen Krieg gegen einen Staat mitten in Europa durchzuführen? Ging es noch um die Menschenrechte, um die Erlösung der Bevölkerung vom wechselseitigen Terror und den Leiden des Bürgerkrieges? Wie barbarisch auch immer die Vertreibungsaktionen der Serben bis zur NATO-Intervention gewesen sein mögen, die Bombardements haben die Leiden der Bevölkerung um ein Vielfaches erhöht und den Menschenrechten keinen Dienst erwiesen. Wer die Entvölkerung des Kosovo allein den Serben zur Last legt, lässt sich durch die tägliche Kriegspropaganda über die Wirkung der Bombardements und das Zusammenwirken von NATO und UCK bei der Zerstörung der Infrastruktur im Kosovo hinwegtäuschen.

Präsident Clinton, vom US-Kongress gefragt, warum er denn gerade im Kosovo interveniere und nicht in Kaschmir oder Tibet, antwortete: "*Weil wir im Kosovo andere Interessen haben!*" Allmählich wird der Inhalt des von der Bundesregierung immer noch geheimgehaltenen Rambouillet-Abkommens bekannt. (16) Offensichtlich ging es bei den Verhandlungen schließlich nicht mehr um die Autonomie des Kosovo (Kapitel 1 - 6), dem die Serben anscheinend zugestimmt haben. (17) Es ging ausschließlich um die Stationierung von NATO-Truppen (Kapitel 7 und Appendix B), um angeblich die Implementation des Abkommens zu überwachen. Die Kompetenzen allerdings, die den Truppen eingeräumt werden sollten, lassen sich mit der Durchführung des Abkommens nicht begründen. Sie sind so weitgehend und von jeder Verantwortlichkeit, Rechenschaft und Kontrolle der jugoslawischen Regierung befreit, dass zum Vergleich allenfalls die schrankenlose Besatzung der Israelis in den palästinensischen Westbanks vor dem Jericho-Abkommen herangezogen werden kann. Appendix B sollte ein NATO-Protektorat, eine Art Bantustan (18) begründen, welches zweifellos die Abtrennung des Kosovo besiegelt hätte. Darin liegt wohl auch der Kern des Problems. Es geht vor allem um die Neuordnung des Staatengefüges auf dem Balkan. In den Augen der NATO ist die Republik Jugoslawien immer noch zu groß. Was für die territoriale Integrität des NATO-Partners Türkei gilt, gilt offensichtlich nicht für die Restrepublik Jugoslawien des so unangenehmen und widerborstigen Milosevic. Kann man ihn aber schon nicht beseitigen, so scheint die schrittweise Beschränkung seines Einflusses auf

(16) Über die Internet-Adresse: http://www.balkanaction.org/pubs/kia299.html.

(17) Auch hierüber gibt die Bundesregierung keine Auskunft.

(18) Südafrikanisches Homeland

Serbien die beste Lösung. Denn ist einmal der Kosovo militärisch besetzt und der Souveränität Jugoslawiens entzogen, wird auch Montenegro nicht mehr zu halten sein. (19)

Und es geht um die "neue" NATO, die Ende April auf ihrem fünfzigjährigen Jubiläum in Washington von einigen "Zöpfen" befreit wurde. Zu ihnen zählen die Beschränkung auf ein Territorialverteidigungsbündnis und ihre Abhängigkeit von einem UN-Mandat. Die Verteidigung lebenswichtiger Interessen soll zukünftig ohne die Fesseln der UN-Charta und des UN-Sicherheitsrats möglich werden. Genau zwei Tage vor dem Beschluss des Bundestages zum Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO ohne UN-Mandat am 16. Oktober 1998, machte "Die Welt" auf diese strategische Bedeutung eines Einsatzes in Jugoslawien bereits aufmerksam:
"*Es ist die Woche der neuen Nato. In Europa ist ein neues Gehege von Sicherheit abgezäunt, und Slobodan Milosevic wird als erster durch das Gatter getrieben - ganz gleich, ob nun mit Diplomatie, die sich auf eine militärische Drohung stützt, oder doch noch mit offener Waffengewalt. Die NATO hat sich den Balkan zu etwas gemacht, das die Amerikaner "ihren Hinterhof" nennen würden. Das ist gut so, denn der Balkan geht uns an. Und es ist legitim, denn die NATO ist ein Verteidigungsbündnis... Aber auch der jetzt gewagte Schritt hat Sinn: sich im Notfall von den unvermeidlich zähen Verfahren der UNO abzukoppeln.*"

Unwiederbringlich sind die Zeiten vorbei, da man noch sagen konnte: die Springer-Presse lügt ■

(19) Der "Schreibtischkrieger" (Rudolf Augstein) Josef Joffe von der Süddeutschen Zeitung verlangt in seinen regelmäßigen Kriegskolumnen für diesen langwierigen Prozess einen etwa vierzig Jahre lang anhaltenden Atem der NATO-Mächte.

Der Krieg um das Kosovo ist (vorläufig?) beendet. Nicht ausgeräumt sind die Probleme, auf die er teils antwortete, die er zu einem anderen Teil selbst aufgeworfen oder verschärft hat: Die NATO-Bomben haben der Regierung in Belgrad einen willkommenen Vorwand geliefert, ihre wohl von längerer Hand vorbereitete Totalvertreibung der albanischen Bevölkerung in kürzester Zeit und mit größter Brutalität umzusetzen. Jetzt erwartet die Menschen, sofern sie überhaupt zurückkehren wollen oder müssen, ein vermintes Land mit zerstörten Dörfern und Städten.

Bernd Ladwig

Der Kosovokrieg im Spannungsfeld von Moral und Recht

Bernd Ladwig ist Diplom-Politologe und wissenschaftlicher Mitarbeiter in der von der Stiftung Volkswagenwerk geförderten Nachwuchsgruppe Interdisziplinäre soziale Gerechtigkeitsforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin

Die serbische Minderheit im Kosovo könnte den Versuch der Wiederherstellung einer multi-ethnischen Enklave nur allzu schnell durch ihre Massenflucht vereiteln: Zu verbreitet dürfte in dieser Bevölkerungsgruppe die Angst vor Racheakten sein, als daß man ihr das Verbleiben in der angestammten Heimat ernstlich zumuten könnte. Ihre Ankunft im serbischen Kerngebiet würde die Notlage, die dort schon heute herrscht, katastrophal zuspitzen: Serbien ist wirtschaftlich schwer geschädigt; große Teile seiner Infrastruktur und seiner Schlüsselindustrien sind zerstört, und auf internationale Hilfe darf es zumindest so lange nicht hoffen, wie der vor dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien in Den Haag angeklagte Slobodan Miloševic das Land 'regiert'.

Dieses düstere Bild ist nicht unbedingt dazu angetan, die Zweifel an der Vertretbarkeit des gerade zu Ende gegangenen Krieges zu beschwichtigen. Diese Zweifel sind nicht nur, aber wesentlich auch moralischer Natur . Drei solcher Zweifel möchte ich im folgenden überprüfen: Sie beziehen sich auf die Richtigkeit der Zwecke, auf die Legalität der Angriffe sowie auf die Rationalität und Verhältnismäßigkeit der Mittel. Weder heiligt der Zweck alle Mittel, noch rechtfertigt die Moral eine grundsätzliche Mißachtung des Rechts.

Eine unmittelbare Moralisierung der internationalen Beziehungen käme weder dem Frieden noch den Menschen-

rechten zugute. Das Prinzip des Friedens gebietet das Verlassen des 'Na-tur-zustandes' zwischen den Staaten und den Eintritt in eine globale Rechtsordnung. Das Prinzip der Menschenrechte sollte als konstitutiver Teil einer solchen Ordnung verstanden werden, nicht als Vorwand, dem Recht den Rücken zu kehren. Der Krieg der NATO kann legitim nur in dem Maße genannt werden, wie er eine wünschenswerte Entwicklung des Völkerrechts wenigstens vorweggenommen hat. (1)

(1) Astrid Hölscher: Völkerrechtssubjekt Mensch, in: FR, 7.April 99; Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: Zeit, 29. April 99; Christian Semler: Staatskunst und Kriegshandwerk, in: tageszeitung, 5./6. Juni 99

Rambouillet und die inneren Angelegenheiten

Was die erklärten Kriegsziele der NATO betrifft, kann ich mich kurzfassen: Sie sind moralisch makellos - jedenfalls, wenn man sie für sich betrachtet und hinter den ausdrücklichen Begründungen keine versteckten Absichten vermutet. Faktisch dürften einer Entscheidung zum Kriegseintritt stets gemischte Motive zugrundeliegen. (2) Zum einen aber haben wir keinen Grund, die Rolle moralischer Beweggründe von vorneherein herunterzuspielen. Wer einen anderen der Unaufrichtigkeit bezichtigt, trägt dafür die Beweislast, und im Fall des Kosovo lagen die klassisch machtpolitischen Motive nicht eben auf der Hand. Zum anderen genügt es für unsere Zwecke, das tatsächliche Handeln der Akteure an der Rechtfertigung dieses Handelns zu messen: An ihren Taten sollt ihr sie erkennen!

(2) vgl. Michael Walzer: Gibt es den gerechten Krieg? Stuttgart 1982: S. 157

Das erklärte Ziel des Westens war die Erhaltung eines multiethnischen Kosovo, das gleichwohl weiterhin der jugoslawischen Souveränität unterstehen sollte. Der Vertragsentwurf von Rambouillet sah eine Wiederherstellung der Autonomie des Kosovo vor. Im Gegenzug sollten der serbischen Minderheit großzügige Vertretungsrechte eingeräumt werden. Dieser Teil des vorgesehenen Abkommens war augenscheinlich fair: Er dokumentierte die Ablehnung 'ethnischer Säuberungen' als Mittel des nation building, ohne deshalb dem albanischen Drängen nach neuen Staatsgrenzen nachzugeben. (3) Strittig war hingegen der militärische Teil des Vertragsentwurfes.

(3) Eine Würdigung des Vertragsentwurfes von Rambouillet unternimmt *Ulrich Schneckener: Miloševics verpaßte Chance, in: FAZ, 24.4.99*

Die Präsenz einer robusten internationalen Streitmacht schien nach allen Erfahrungen mit den vielen Vertragsbrüchen und der Brutalität der serbischen Seite unverzichtbar zu sein: Die ethnischen Albaner wären andernfalls der Willkür serbischer 'Sicherheitskräfte' ausgeliefert gewesen. Der militärischen Implementierung eines solchen Schutzes jedoch hat sich die serbische Delegation pauschal widersetzt. Das berüchtigte Annex B, das der NATO eine gewisse

Bewegungsfreiheit innerhalb Serbiens zusichern sollte, spielte bei dieser Ablehnung keine besondere Rolle. (4) Vielmehr sah Serbien in der Stationierung fremder Truppen als solcher eine unzumutbare Einschränkung seiner Souveränität. Auf das Recht zur freien Regelung seiner inneren Angelegenheiten konnte es sich dabei allerdings nicht berufen. Wenn ein Staat seine Souveränität dazu mißbraucht, eine Minderheit zu drangsalieren, faktisch auszubürgern und mit Völkermord zumindest zu bedrohen, darf er sich über die Forderung nach der Stationierung fremder Truppen nicht beschweren.

(4) vgl.die detaillierte Nachzeichnung der Verhandlungen im Dossier der Zeit, 12.5.99

Der Vorwurf des Völkermordes mag übertrieben anmuten, er wird aber durch die völkerrechtliche Definition dieses Tatbestandes gedeckt. Als Völkermord gelten "alle gegen die Mitglieder einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe gerichteten Handlungen, die in der Absicht begangen werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören: Tötung von Mitgliedern der Gruppe, Verursachung von schweren körperlichen oder seelischen Schäden an Mitgliedern der Gruppe; vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen; Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhütung innerhalb der Gruppe gerichtet sind; gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe". (5) Bereits das serbische Verhalten vor Beginn der Luftangriffe dürfte zumindest einige dieser Tatbestände erfüllt haben.

(5) Otto Kimminich: Einführung in das Völkerrecht. 6. Auflage, Tübingen - Basel 1997: S. 511; das Zitat bezieht sich auf Artikel 2 der Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes vom 9. Dezember 1948

Damit aber war ein guter Teil der serbischen Polemik gegen das angeblich unannehmbare 'Diktat' von Rambouillet von vorneherein hinfällig. Die Verbrechen im Kosovo waren keine innere Angelegenheit des jugoslawischen Staates. Der Internationale Gerichtshof hat entschieden, daß durch Völkermord ein Rechtsgut verletzt wird, an dessen Schutz alle Staaten ein rechtliches Interesse haben. (6) Die Aufforderung zur Verhinderung dieses Verbrechens ergeht daher erga omnes, an alle Staaten. Über die zulässigen Zwangsmittel allerdings schweigt sich die herrschende Meinung im Völkerrecht aus. Umstritten ist vor allem, ob sich Androhung und Gebrauch militärischer Gewalt legitimieren lassen.

(6) Urteil des IGH vom 5. Februar 1970 (Barcelona-Traction-Fall), in: International Court of Justice Reports 1970: S. 32

Die NATO-Staaten zumindest ließen an ihrem guten Gewissen keinen Zweifel. Sie begründeten ihr Eingreifen mit dem moralisch unabweisbaren Hinweis auf die himmelschreienden Verbrechen der serbischen 'Sicherheitskräfte'. Weniger sicher schienen sie sich auf völkerrechtlichem Terrain zu sein. Nicht nur die amerikanische und britische Re-

gierung, auch die deutschen Minister Scharping und Fischer sprachen weniger von einem rechtmäßigen als von einem "gerechten Krieg". Damit aber griffen sie nicht nur auf eine scholastische Begründungsfigur aus der Zeit des vormodernen Naturrechts zurück (7); sie ließen auch das Gespür für den Eigensinn völkerrechtlicher Regelungen vermissen. War diese Moralisierung unvermeidlich? Hat die NATO einen völkerrechtswidrigen (Angriffs-)Krieg geführt, der allein noch den legitimatorischen Ausweg einer Berufung auf 'höhere' moralische Einsichten zuließ?

(7) vgl. Paulus Engelhardt: Die Lehre vom "gerechten Krieg" in der vorreformatorischen und katholischen Tradition. Herkunft - Wandlungen - Krise, in: Der gerechte Krieg: Christentum, Islam, Marxismus. Redaktion Reiner Steinweg (Friedensanalysen 12. Vierteljahresschrift für Erziehung, Politik und Wissenschaft) Frankfurt/M. 1980

Humanitäre Intervention

Die Allianz hat ihre Kriegführung im wesentlichen als humanitäre Intervention verkauft. Eine Intervention im engeren Sinne des Wortes ist ein Eingriff in die Belange eines anderen Staates gegen den Willen wenigstens eines erheblichen Teils der Bevölkerung oder der Regierung dieses Staates. (8) Sie muß daher zumindest durch die Androhung des Gebrauchs militärischer Mittel gedeckt sein. Zum regelrechten Krieg wird der Eingriff, wenn er auf militärische Gegenwehr stößt oder solcher Gegenwehr durch eigenen Waffeneinsatz zuvorkommen will.

Humanitär ist die Intervention, wenn ihr Zweck die Verhütung schwerer und systematischer Menschenrechtsverletzungen ist und die Verbrechen vom angegriffenen Staat oder von Gruppen innerhalb dieses Staates an Bürgern oder Machtunterworfenen desselben Staates verübt werden. (9) Die humanitäre Intervention richtet sich gegen Akte, "die das moralische Gewissen der Menschheit schockieren". (10) Sie wendet sich gegen die völlige Entrechtung, Vertreibung, Mißhandlung, Demütigung oder Ermordung einer erheblichen Zahl von Menschen unter dem Vorwand der Ausübung oder im Schatten des Versagens staatlicher Autorität.

Einer völkerrechtlichen Anerkennung der Zulässigkeit humanitärer Interventionen stand jahrzehntelang die absolute Dominanz des Gewaltverbots entgegen. Die Charta der Vereinten Nationen schützt die Souveränität und territoriale Integrität der Staaten im Namen des Friedens. Sie kennt nur zwei Ausnahmen vom Verbot der Kriegführung: das Recht auf individuelle und kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 und Gewaltmaßnahmen nach Kapitel VII: Stellt der Sicherheitsrat einen Bruch oder eine Bedrohung des Weltfriedens fest, so kann er den Einsatz von Gewalt autorisieren. Auch das Recht eines Staates auf Selbsthilfe besteht nur solange, wie der Sicherheitsrat einer zwischenstaatlichen

(8) vgl. Detlef Richter: Störende Besucher. Ein paar Gedanken zum Begriff "Intervention", in: ami Heft 19, Oktober 1992 (Themenheft Militärische Interventionen). Ein erweitertes Interventionsverständnis wird diskutiert von Véronique Zanetti: *Ethik des Interventionsrechts, in: Ch. Chwaszcza / W.Kersting (Hg.), Politische Philosophie der internationalen Beziehungen, Frankfurt/M. 1998; vgl. auch Simon Duke: The State and Human Rights Sovereignty versus Humanitarian Intervention, in: International Relations, August 1994, Vol. XII, Number 2: S. 25f.*

(9) Vgl. Stefan Oeter: Humanitäre Intervention und Gewaltverbot: Wie handlungsfähig ist die Staatengemeinschaft? in: H. Brunkhorst (Hg.), Einmischung erwünscht? Menschenrechte und bewaffnete Intervention. Frankfurt/M. 1998: S.35; die definitorische Beschränkung auf Bürger oder Machtunterworfene

des angegriffenen Staates dient der Abgrenzung der humanitären Intervention vom (völkerrechtlich anders bewerteten) diplomatischen Schutz. *Vgl. dazu David Scheffer: Use of Force after the Cold War: Panama, Iraq, and the New World Order, in: J.T. Swing (ed.), Right vs. Might: International Law and the Use of Force, New York 1991; Simon Duke (wie Anm. 8): S. 28; Otto Kimminich (wie Anm. 5): S. 298*

(10) Diese vielzitierte Formulierung stammt von Sir Hersh Lauterpacht, *zit. in: Edwin M. Bouchard: The Diplomatic Protection of Citizens Abroad, New York 1922: S. 205*

(11) Astrid Hölscher: Völkerrechtssubjekt Mensch, in: FR, 7. April 1999

(12) Diese neuere Entwicklung zeichnen nach: *Richard B. Lillich: Humanitarian Intervention through the United Nations: Towards the Development of Criteria, in: Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht 1993: 53/3: 565ff.; Christopher Greenwood: Gibt es ein Recht auf humanitäre Intervention? in: Brunkhorst 1998 (wie Anm. 9); dieser zweite Artikel erschien zuerst in Europa Archiv Folge 4/1993*

Aggression nicht selbst entgegentritt.

Mögliche Friedensprobleme wurden zunächst allein in den Beziehungen zwischen den Staaten vermutet; innergesellschaftliche Gewalt fiel nicht in den Zuständigkeitsbereich von Kapitel VII. Das sicherte den Staaten eine fast unbeschränkte Handlungsfreiheit im Inneren und schien die von der UNO-Charta und vielen nachfolgenden Konventionen gleichfalls geforderte Durchsetzung der Menschenrechte von vorneherein zu vereiteln. Der einzelne blieb auf Gedeih und Verderb der Gewalt 'seines' Staates ausgeliefert - allenfalls konnte er zu fliehen versuchen. Das Völkerrecht der Nachkriegszeit zog demnach aus der Erfahrung mit dem Nationalsozialismus eine halbherzige Konsequenz: Es orientierte sich am Grundsatz 'nie wieder Krieg', doch es nahm den Holocaust als eigenständiges Großverbrechen nicht ernst genug: "Drastisch ausgedrückt, aber keineswegs in unzulässiger Überspitzung: Hätte Hitler 'nur' die deutschen Juden ermorden lassen, kein anderes Land hätte sich zum Eingreifen genötigt sehen müssen." (11)

In den neunziger Jahren ist der Sicherheitsrat jedoch in einigen Fällen zu einer weiten Auslegung des Friedensbegriffes übergegangen. Als Bruch oder Bedrohung des Friedens kommen seitdem auch erhebliche Menschenrechtsverletzungen im Inneren eines staatlichen Herrschaftsbereiches oder in den Ruinen einer zerfallenen Staatlichkeit (failed state) in Betracht. Als Beginn einer möglichen Ära humanitärer Interventionen gilt gemeinhin die Resolution 688 vom 5. April 1991 zum Schutz der verfolgten Kurden im Norden des Irak. Diese Resolution argumentierte allerdings noch mit der internationalen Dimension eines Flüchtlingsproblems, das sich zur Bedrohung benachbarter Staaten auswachsen könne. Erst die Resolution 794 zu Somalia vom 3. Dezember 1992 identifizierte die schwerwiegende Verletzung von Menschenrechten direkt als "Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit". Dieser Interpretation ist der Sicherheitsrat auch in nachfolgenden Resolutionen zu Haiti, Ruanda und Bosnien gefolgt. (12)

Die Bedeutung dieser Innovation ist erheblich: Sie relativiert die Souveränität der Staaten im harten Kernbereich der militärischen Sicherheit. Prinzipiell können Verbrechen im Inneren eines Staates den Einsatz kriegerischer Mittel gegen diesen Staat rechtfertigen. Diese Möglichkeit bringt das zunehmende völkerrechtliche Gewicht des Einzelmenschen zum Ausdruck. Zumindest perspektivisch wird der einzelne den Staaten (und internationalen Organisationen)

als Subjekt des Völkerrechts an die Seite gestellt. Diese Entwicklung verweist intern auf die Perspektive eines Weltbürgerrechts. Einer solchen Rechtsordnung würden die einzelnen Menschen unmittelbar angehören; sie wären nicht länger durch ihre Staaten 'mediatisiert'.(13) Menschenrechtlich ist diese Entwicklung nur konsequent.

(13) Jürgen Habermas: Bestialität und Humanität (wie Anm. 1)

Menschenrecht und Staatenrecht

Das Prinzip der Menschenrechte durchstößt schon als solches den Souveränitätspanzer der Staaten. Mit der Völkermordkonvention von 1948 und den Menschenrechtspakten von 1966 hat ein Prozeß der völkerrechtlichen Positivierung der Menschenrechte eingesetzt, der mittlerweile auch strafrechtliche Konsequenzen zeitigt. Nachdem der Sicherheitsrat zunächst zwei ad hoc-Tribunale für Ruanda und das ehemalige Jugoslawien eingerichtet hatte, wurde im vergangenen Jahr in Rom die Einrichtung eines Internationalen Strafgerichtshofes beschlossen. Im Lichte dieser Entwicklungen ist es nur folgerichtig, wenn der internationale Schutz der Menschenrechte mit schlagkräftigen Instrumenten versehen wird.

Menschenrechte sind moralische Rechte, die intern auf Verwirklichung in der Form positiv geltenden Rechts angelegt sind. Sie sollen nicht allein als moralische Appelle, sondern zugleich als äußerlich zwingende Normen wirksam werden. (14) Das Konzept der Menschenrechte hat folglich einen interventionistischen Kern: Gelten Menschenrechte auch innerhalb einer Familie, so muß der Staat zum Beispiel gegen Vergewaltigung in der Ehe oder gegen die Mißhandlung von Kindern durch ihre Eltern vorgehen. Für die internationalen Beziehungen gilt analog, daß die Positivierung der Menschenrechte die möglichen Anlässe für Eingriffe in die inneren Belange von Staaten (die dann nicht mehr ohne weiteres deren innere Angelegenheiten sind) erheblich vermehrt.

(14) vgl. die Beiträge in: Stefan Gosepath / Georg Lohmann (Hg.): Philosophie der Menschenrechte. Frankfurt/M. 1998

Moralisch gesehen stellt diese Entwicklung das Völkerrecht vom Kopf auf die Füße: Nicht das Gedeihen der Staaten, allein das Gedeihen der Menschen hat einen ultimativen Wert. (15) Ihrem Schutz und ihrer Schonung hat daher alles legitime Recht im letzten Grund zu dienen. Staaten sind moralisch gerechtfertigt nur insofern, als sie den vereinigten Willen ihrer Bürgerinnen und Bürger zum Ausdruck bringen. Diese Reihenfolge der Rechtfertigung verweist direkt auf den Grundsatz der Volkssouveränität.

(15) Diese Formulierung übernehme ich von *Michael Hartney: Some Confusions Concerning Collective Rights, in: W. Kymlicka (ed.), The Rights of Minority Cultures, Oxford 1995: S. 213*. Sie entspricht der berühmten Forderung Immanuel Kants, alle Menschen jederzeit zugleich als Zweck, niemals nur als Mittel zu behandeln

Das Völkerrecht der Nachkriegszeit hingegen unterschei-

det nicht zwischen mehr oder weniger legitimen Mitgliedern der Staatengemeinschaft. Es definiert die Verletzung der politischen Unabhängigkeit und territorialen Integrität von Staaten als Verbrechen, ungeachtet der größeren oder geringeren Möglichkeiten zur - individuellen und kollektiven - Selbstbestimmung und politischen Beteiligung in deren Inneren. Selbst Staaten, die einer auch nur minimalen Loyalität ihrer 'Angehörigen' ermangeln, gelten grundsätzlich als unantastbar.

Moralisch ergibt diese Gleichgültigkeit nur Sinn, weil und soweit sie dem Frieden zwischen den Staaten zugute kommt. Kriege, moderne zumal, verletzen elementare Forderungen der Gerechtigkeit, da in ihnen stets auch Unschuldige und Unbeteiligte (Nicht-Kombattanten) geschädigt werden. Die Benutzung eines Menschen als Mittel der Kriegführung, ob als Soldat oder als Angriffsziel, ist eine extreme Form der Instrumentalisierung. Daher ist der Eintritt in eine Friedensordnung, in der zumindest solche Akte der Mißachtung nicht länger systematisch erwartbar sind, ein moralisches Gebot. (16) Diesem Anspruch will das völkerrechtliche Gewaltverbot genügen. Seiner normativen Kraft können sich auch und gerade die Verfechter einer Politik der Menschenrechte nicht entziehen.

(16) Bernd Ladwig: Frieden und Gerechtigkeit, in: ami Heft 11, November 1996 (Themenheft Friedenstheorien): S.25

Keineswegs aber stützt diese Überlegung eine unbedingte Verteidigung des Souveränitätsprinzips. Eher zieht sie eine Verbindungslinie zwischen internationaler Gewalt und Großverbrechen im Inneren von Staaten. Wird eine Gruppe von 'ihrem' Staat regelrecht ausgebürgert, werden ihre Angehörigen zu rechtlosen Fremden erklärt und zu Mißhandlungen aller Art freigegeben, so können wir von interner Ausgrenzung sprechen. Wenn demnach Staaten ein Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung haben, warum dann nicht auch bedrängte Gruppen innerhalb von Staatsgrenzen? Will man Grenzen nicht fetischisieren, so muß man ihre Unantastbarkeit humanitär begründen. Dann aber kann diese Unantastbarkeit keine absolute sein.

Konsequent wäre es daher, würde das Völkerrecht auch solchen Menschen, die von staatlichen Organen oder (anderen) Mörderbanden heimgesucht werden, ein Recht auf Nothilfe zusprechen. Die ausdrückliche Aufnahme eines solchen Rechtes in die Charta der Vereinten Nationen hätte zwei Vorteile:

Zum einen bräuchte man militärische Maßnahmen zum Schutz dieser Menschen nicht länger über den Umweg der Friedensbedrohung zu rechtfertigen. Dafür spricht, daß der

Friedensbegriff nicht über die Grenzen seiner alltagssprachlichen Bedeutung ausgedehnt werden müßte. Eine enge Fassung dieses Begriffes würde der Legitimation von Gewalt im Namen des Friedens so weit wie möglich vorbeugen: Das Völkerrecht sollte der Orwellschen Begriffsverwirrung ("Krieg ist Frieden"), zu der intervenierende Mächte ohnehin neigen, nicht auch noch Vorschub leisten.

Zum anderen würde die Entscheidungsfreiheit des Sicherheitsrates relativiert: Das Recht auf Notwehr und Nothilfe gilt als 'naturgegeben': Es kann keinem Opfer eines Angriffes abgesprochen werden und rechtfertigt kollektive Unterstützung - auch ohne ausdrückliche Ermächtigung durch die zur Entscheidung befugten Organe. Bislang sieht die Charta eine solche Möglichkeit nur für den Fall einer internationalen Aggression vor: Wird ein Staat von einem anderen Staat angegriffen, so dürfen ihm dritte Parteien militärisch zu Hilfe kommen. Eine Nothilfe im Namen der Verhütung von Völkermord oder anderen Verbrechen gegen die Menschlichkeit kennt das geschriebene Völkerrecht nicht; insofern war Rudolf Scharpings Berufung auf diesen Rechtsgrundsatz zumindest voreilig. (17) Ich meine aber, daß der deutsche Verteidigungsminister, was immer man von seiner schrillen Rhetorik halten mag, auf eine ernste Lücke im bisherigen Rechtsverständnis hingewiesen hat: Fundiert man die Rechte von Staaten in den Rechten von Menschen, so ist die völkerrechtliche Bevorzugung des Souveränitätsprinzips nicht länger haltbar.

(17) Den gleichen voreiligen Schluß zieht *Andreas Zielcke: Individuen, hört die Signale, in: SZ, 17./18.4.99*

Auch ein erweitertes Recht auf Nothilfe stünde allerdings unter dem Vorbehalt der Entscheidungs- und Handlungsunfähigkeit des Sicherheitsrates. Die Gefahr des Mißbrauchs vorgeblich humanitärer Interventionen zu eigenen Zwecken spricht zudem für eine - ohnehin überfällige - Stärkung der zwischenstaatlichen Gerichtsbarkeit. Wer im Namen des Rechts zu handeln behauptet, muß daher beispielsweise zu einer strikten Selbstbindung an die Urteile des Internationalen Gerichtshofes bereit sein und im Falle einer rechtlichen Verurteilung von seinem Vorgehen ablassen.

Unstrittig ist, daß der NATO-Einsatz gegen geschriebenes Völkerrecht verstoßen hat und auch gewohnheitsrechtlich nicht unzweideutig gedeckt war. (18) Man mag es als zusätzlichen schweren Rechtsverstoß ansehen, daß das Bündnis die Zustimmung des Sicherheitsrates nicht einmal gesucht hat. Soweit sich darin eine "rechtsscheue Gesinnung" (Immanuel Kant) verriet - die vor allem auf amerikanischer Seite in einer regelrechten Verachtung der Vereinten Natio-

(18) Ulrich Fastenrath: Intervention ohne UN-Mandat? in: FAZ, 22. April 99; Otto Ernst Kempen: Was man tut und was man darf, in: FAZ, 28. April 99; Michael Köhler: Wie guter Wille in schweres Unrecht führt, in: FAZ, 22.5.99

nen wurzelt -, hat die Allianz dem Völkerrecht durch ihr Verhalten geschadet. Allerdings mußte man realistischerweise damit rechnen, daß Rußland und China ihre Vetomacht dazu mißbrauchen würden, einen Klientenstaat zu decken (Rußland) bzw. eine humanitäre Beschränkung der Souveränität grundsätzlich zu verhindern (China). Nicht nur Verstöße gegen den Wortlaut der Charta, auch ein Mißbrauch ihrer Bestimmungen durch eigeninteressierte Legalisten beschädigen die Autorität des Völkerrechts.

Mehr noch als innerstaatliches Recht ist das Völkerrecht "im Werden" begriffen. Seine faktische Entwicklung folgt gewiß den unregelmäßigen Wendungen eines Kampfes um Machtpositionen im internationalen System. Unzweifelhaft bringt es auch die jeweiligen Kräfteverhältnisse zwischen den Staaten und Bündnissen zum Ausdruck. Diese Feststellung allein macht die Frage nach der möglichen Legitimität des internationalen Rechts allerdings nicht gegenstandslos. Soll das Völkerrecht auch als gerechtfertigtes Recht gelten dürfen, so müssen seine wesentlichen Regeln und Prinzipien einer rationalen Rekonstruktion im Lichte moralischer Grundsätze und historisch erheblicher Erfahrungen zugänglich sein. (19)

Die Katastrophenerfahrung des Zweiten Weltkrieges und die Möglichkeit einer atomaren Apokalypse führten nach 1945 zu einem verständlichen Primat des Gewaltverbotes. Die neue Aufmerksamkeit für innergesellschaftliche Gewalt, die katastrophale Erfahrung des Zerfalls ganzer Staaten und die schwindende Bedeutung klassischer Angriffskriege sprechen heute für eine Überprüfung dieses Primats. Moralisch geben seit jeher die Rechte der einzelnen Menschen den Ausschlag. Es wird höchste Zeit, daß ihre kategorische Kraft auch im geschriebenen Völkerrecht zur Geltung gelangt.

(19) Ich plädiere damit für eine Anwendung der rechtsphilosophischen Position Ronald Dworkins auf die Interpretation des Völkerrechts; *vgl. ders.: Bürgerrechte ernstgenommen, Frankfurt/M. 1984; ders.: Law's Empire, Cambridge/Mass. 1986.*

Die Wahl der Mittel

Die bisherigen Überlegungen sollten die Behauptung stützen, daß die Rechtfertigung des Krieges durch die NATO eine wünschenswerte Weiterentwicklung des Völkerrechts vorweggenommen hat. Der Krieg kann so interpretiert werden, als habe ihm ein moralisch untermauertes reflexives Rechtsverständnis zugrunde gelegen. Dieser Pfad der Begründung läuft jedoch nicht auf eine grenzenlose Absegnung militärischer Gewalt hinaus. Im Gegenteil: Die menschenrechtliche Zweckbindung setzt der Kriegführung innere Schranken. Der Gewaltgebrauch muß dem humanitären Auftrag des Militärs tatsächlich gerecht werden, und das be-

deutet viererlei:

Die Kriegführung muß erstens so direkt wie möglich den bedrohten und gequälten Menschen zugute kommen. Sie muß zweitens das neue Leid, das jeder Krieg unweigerlich mit sich bringt, so weit wie möglich minimieren. Sie muß sich drittens durch eine 'positive' Gesamtbilanz auch rückwirkend legitimieren lassen: Das insgesamt verhütete Übel muß das neu hervorgerufene erkennbar überwiegen. Im Lichte dieser Kriterien sind die intervenierenden Mächte viertens zu einer klugen Folgenkalkulation und zu einer jederzeitigen Überprüfung (der Auswirkungen) ihres Handelns verpflichtet. Widersinnig und moralisch verwerflich wäre eine humanitäre Intervention, die den potentiellen Opfern nicht diente, die eklatant gegen das humanitäre Kriegsvölkerrecht verstieße, die grausamer ausfiele als die Gewalt, gegen die sie sich wendete, und die auf einem folgenblinden Willen zur Tat oder auf vermeidbaren Fehleinschätzungen beruhte. An der Erfüllung dieser Kriterien bemißt sich, ob eine 'humanitäre Intervention' ihren Namen wirklich verdient: ob sie nicht nur subjektiv, der Absicht nach, sondern objektiv eine humanitäre Intervention ist. (20)

Es fällt (mir) schwer, die Intervention der NATO unter diesen Gesichtspunkten abschließend zu beurteilen. An jedem der vier Kriterien können begründete, aber wohl auch nicht unwiderlegbare Einwände ansetzen.

Man mag zum ersten bezweifeln, ob ein High-Tech-Krieg aus der Luft das geeignete Mittel ist, um ein Massaker am Boden zu verhindern."Für ein Gemetzel genügt ein Messer", schreibt der ungarische Schriftsteller István Eörsi. (21) Zu seiner Verhinderung aber mögen die teuersten Marschflugkörper nicht hinreichen. Der direkteste Schutz der Albaner wäre offensichtlich durch einen Bodenkrieg erreichbar gewesen. Wer aber hätte die damit verbundene Gefahr der nicht nur lokalen, sondern weltpolitischen Eskalation und das Risiko eines jahrelangen Kleinkrieges mit großen Verlusten auf sich nehmen wollen? Wer, vor allem, hätte den Menschen in den demokratischen Gesellschaften des Westens den Kriegstod tausender Söhne zumuten mögen? "Wir sind bereit zu sterben, ihr nicht" - die höhnische Großspurigkeit des Serbenführers traf den Nerv von Gesellschaften, die sich einerseits zur grundsätzlichen Verteidigung der Menschenrechte bekennen, die andererseits dem Menschenopfer im Krieg aus guten Gründen weitgehend abgeschworen haben.

Dieser Wunsch aber, eigene Opfer zu vermeiden, hat zur

(20) Ähnliche Kriterienkataloge diskutieren u.a. *Duke (wie Anm. 8); Lillich (wie Anm. 12) sowie Tobias Debiel: Humanitäre Intervention. Moralische Pflicht oder Türöffner für neokoloniale Machtpolitik? in: ami Heft 10, Oktober 1992 (Themenheft Militärische Interventionen).*

(21) FAZ, 17.4.99

Kollision mit dem zweiten Kriterium für eine zulässige humanitäre Intervention geführt: Indem die NATO-Flugzeuge stets aus großen Höhen angriffen, haben sie eigene Verluste vermeiden können. Den Preis aber zahlten die Menschen, die von den fehlgesteuerten oder mit geringer Genauigkeit eingesetzten Waffen getroffen wurden. Die gewiß nicht gewollten, aber doch billigend in Kauf genommenen "Kollateralschäden" summieren sich zu womöglich mehr als tausend Toten unter der serbischen Zivilbevölkerung und unter der albanischen Bevölkerung im Kosovo.

Schon für sich genommen wirft diese grausige Bilanz einen großen Schatten auf den Erfolg des westlichen Bündnisses. Sie ruft aber auch einen prinzipiellen Einwand auf den Plan, der sich direkt aus der humanitären Rechtfertigung der Kriegführung herleiten läßt. Der Philosoph Michael Walzer formuliert diesen Einwand folgendermaßen: "Es reicht nicht aus, nur die Verhältnismäßigkeitsregel anzuwenden und nicht mehr Zivilisten zu töten als militärisch notwendig ist - diese Regel gilt auch für Soldaten; niemand darf aus geringfügigen Gründen getötet werden. Zivilisten haben ein Anrecht auf etwas mehr, und wenn die Rettung von Zivilisten bedeutet, daß das Leben von Soldaten aufs Spiel gesetzt wird, so muß dieses Risiko in Kauf genommen werden". (22)

(22) Walzer (wie Anm. 2): S. 230

Walzer hat dieses Argument nicht auf humanitäre Interventionen beschränkt, aber offensichtlich erhält es durch die menschenrechtliche Rechtfertigung des Krieges ein zusätzliches Gewicht: Wer behauptet, der Humanität zu dienen, darf nicht grundsätzlich das Leben der eigenen Soldaten über das der möglichen Angriffsopfer stellen.

Die vielleicht komplizierteste Frage wird durch das dritte Kriterium, die Gesamtbilanz der Übel, aufgeworfen. Nachweislich hat die NATO ihr erklärtes Kriegsziel, die Vertreibungen, Morde und übrigen Greueltaten zu stoppen, für die Dauer des Krieges verfehlt. Allerdings kann sie die Aktion rückwirkend rechtfertigen, indem sie auf die möglich gewordene Rückkehr der Vertriebenen hinweist. Wären die Flüchtlinge dauerhaft an der Heimkehr ins Kosovo gehindert worden, so hätten sie womöglich die gesamte Region destabilisiert. Vor allem aber ist das Recht der Albaner auf Rückkehr in ihre Heimat moralisch und juristisch unabweisbar.

Eine weiter ausgreifende Betrachtung könnte außerdem auf die mögliche Beispielwirkung des Krieges eingehen. Für den Krieg mag die Erwartung sprechen, daß die Entschlos-

senheit der NATO anderen Völkerschindern zur Mahnung dienen und sie effektiv zur Mäßigung anhalten werde. Der Historiker Dan Diner jedenfalls sieht im Vorgehen der westlichen Staaten ein normativ folgenreiches Schlüsselereignis: "Auch wenn die Allianz nicht jenen Erfolg errungen hat, den sie noch im März in Aussicht gestellt hatte, wird der politische Ertrag in mancher Hinsicht zukunftsweisend sein. Denn eines ist unübersehbar: Ethnische Säuberungen, die Schandmale Europas, werden als ein Mittel der Politik zur Homogenisierung von Nationalstaaten nicht länger hingenommen. Vielleicht wird dies ein neuer kategorischer Imperativ sein". (23)

(23) Dan Diner: Ein Schlüsselereignis. Die atlantische Gegenwartskultur setzt auf dem Balkan ein unübersehbares Signal, in: Zeit, 10.6.99

Vielleicht. Gegner der Militäraktion mögen argwöhnen, daß der Imperativ ein anderer sein dürfte: Der Westen wird aufrüsten, um für künftige Kriege dieser Art noch besser gerüstet zu sein, die potentiellen Zielländer seiner Interventionen werden aufrüsten, damit es ihnen nicht ergehe wie den Serben. So oder so kann an der positiven Beispielwirkung von Kriegen im internationalen System gezweifelt werden. Hatte nicht Miloševic das Beispiel Hussein vor Augen? Dürfen sich nicht andere Menschenschinder in Sicherheit wähnen, weil ihre Staaten zu stark oder die Interessen der NATO-Staaten an ihrer Unantastbarkeit zu groß sind?

Vielleicht lehrt dieser Krieg nur eines: Wer das Schicksal der Serben vermeiden möchte, muß sich Atomwaffen zulegen oder so schnell wie möglich unter das Dach des westlichen Bündnisses schlüpfen. Auch wenn ich persönlich die Hoffnung Diners teile: Der Kosovokrieg schließt zynische Lesarten nicht aus. Er kann als Durchsetzung moralischer Prinzipien, er kann aber auch als bloße Züchtigung des Schwachen durch die Starken verstanden werden. Welche der beiden Lesarten sich bestätigen wird, hängt nicht zuletzt von der Wachsamkeit der Bevölkerungen vor allem in den demokratischen Ländern ab, die ihre Regierenden an deren menschenrechtlicher Rhetorik jederzeit messen sollten. Je selektiver das Eintreten für die Menschenrechte im internationalen System ausfällt, um so eher erscheint es als Fortsetzung herkömmlicher Machtpolitik hinter der Maske der Humanität.

War schließlich, um zum vierten Kriterium zu kommen, die Aktion so gut wie möglich geplant worden? Daran darf man zweifeln. Offensichtlich spielte in der Wahrnehmung der politisch Verantwortlichen die Analogie zu Dayton eine irreführende Rolle. Man glaubte, den relativen Erfolg von Bosnien wiederholen und durch gezielte Angriffe in kürze-

ster Zeit das Einlenken Serbiens herbeibomben zu können. Übersehen wurde offenbar der besondere Stellenwert des Kosovo. Übersehen wurde, daß der serbischen Armee im Kosovo kein starker militärischer Gegner am Boden begegnet ist, der sich mit der kroatischen Armee in Bosnien vergleichen ließe. Faktisch ist damals der NATO ein Bodenkrieg zugute gekommen, der den Luftschlägen zusätzliche Nachachtung verschaffte.

Man darf es als glückliche Fügung ansehen, daß das Zusammenwirken von militärischer De-struktion und diplomatischem Druck die serbische Führung mürbe gemacht und der NATO die Erfahrung eines Bodenkrieges erspart hat. Selbstkritisch sollten sich allerdings die Kritiker der Luftschläge fragen, ob ihre Zweifel an der Zweckmäßigkeit der militärischen Mittelwahl nicht voreilig waren. Es steht zumindest nicht fest, ob diplomatischer Druck allein das serbische Ein-lenken bewirkt und den Weg zu einem Beschluß des Sicherheitsrates freigemacht hätte.

Schluß

Krieg für Menschenrechte - ist das nicht paradox? Beruhen nicht alle bisherigen Abwägungen auf einem fundamentalen Mißverständnis? Menschenrechte sind unveräußerliche Rechte, die Personen kraft ihres Menschseins zukommen. In ihrer unbedingten Beachtung liegt eine Minimalbedingung staatlicher Legitimität. Das gilt selbst dann, wenn sich durch ihre Verletzung die Gesamtsumme eines Übels vermindern ließe: Was etwa hielten wir von einem Arzt, der einen Menschen tötete, um fünf andere mit überlebenswichtigen Organen zu versorgen? Eben dieser Logik aber scheint die NATO tausendfach gefolgt zu sein. (24)

(24) Diese Kritik formuliert besonders deutlich der Rechtsphilosoph *Reinhard Merkel: Das Elend der Beschützten. Der NATO-Angriff ist illegal und moralisch verwerflich, in: Zeit, 12.5.99*

Die vermeintlich zwingende Analogie beruht, so glaube ich, auf einer Ebenenverwechslung. Ebenso wie Angriffskriege verletzen auch Völkermorde und andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit nicht lediglich besondere Rechte: Sie stellen die Möglichkeit einer Rechtsordnung als solcher in Frage. Ließe die Menschheit solche Verbrechen geschehen, so verletzte sie die Pflicht zu einer rechtlichen Regelung ihrer Angelegenheiten überhaupt.

Nur eine Welt, in der alle Menschen in einem Raum von Rechten leben, ist eine mögliche Welt der Menschenrechte. Völkermord oder Sklaverei schließen zumindest einige Menschen aus diesem Raum grundsätzlich aus, so wie eine erneute Zulassung des Angriffskrieges ihn grundsätzlich zur Zerstörung im Zeichen einer wildgewordenen Staatsraison

freigäbe. Der zweiten Einsicht hat die Staatengemeinschaft mit dem Gewaltverbot Rechnung getragen. Die erste sollte sie zu einer förmlichen Gleichstellung gravierender innerstaatlicher mit zwischenstaatlicher Gewalt veranlassen.

Eine solche Gleichstellung bedeutete keine Rückkehr zur Doktrin eines "Gerechten Krieges". Sie bedeutete kein unvermitteltes Eindringen einer manichäischen Moral in den Hoheitsraum des Rechts. Das setzt allerdings voraus, daß die NATO ihren immerhin fragwürdigen Sieg nicht als Rechtfertigung für immer neue Selbstmandatierungen im Kampf um das Gute mißversteht. (25) Der gerade zu Ende gegangene Krieg hat gezeigt, daß humanitäre Interventionen schon faktisch einer wenigstens rückwirkenden Bestätigung durch die UNO bedürfen. Spätestens für einen Einsatz von Bodentruppen ist ein Konsens der Staatengemeinschaft unabdingbar.

Darin kann man immerhin auch eine positive Lehre sehen. Mögen auch die Vereinten Nationen zunächst mißachtet worden sein; mag auch die NATO sich zunächst die alleinige Kompetenz des Handelns und Entscheidens angemaßt haben: Am Ende kam auch sie um einen förmlichen Rückgriff aufs Recht nicht herum. Dieses Recht aber bedarf der menschenrechtlichen Verbesserung, so wie die NATO der Selbstbindung an seine Prinzipien bedarf■

(25) In dieser Hinsicht lassen einerseits die neuen Strategischen Richtlinien des Bündnisses Böses ahnen (siehe die auszugsweise Dokumentation des Textes in der *FAZ vom 27. April 99)*. Andererseits kann man bezweifeln, daß die Erfahrungen mit dem Kosovo-Konflikt gerade den Anhängern eines schrankenlosen Interventionismus zugute kommen werden; immerhin stand die NATO lange Zeit am Rande eines Gesichtsverlustes, und mit zunehmender Kriegsdauer schwand auch die Zustimmung in den Bevölkerungen der Bündnisstaaten.

"Die von Nationalisten seit einigen Jahren verbreitete Vorstellung, die jugoslawischen Völker hätten jahrzehntelang nur in mühsam unterdrücktem Haß miteinander gelebt, muß ins Reich der Legenden verwiesen werden. Es gab nach 1945 (anders als in der Zwischenkriegszeit) durchaus ein jugoslawisches Selbstbewußtsein, und es gab eine Zeit, in der es möglich war, sich sowohl als Slowene, Kroate, Serbe etc. wie als Jugoslawe zu fühlen, ohne daß das Bekenntnis zum Jugoslawentum als ein Verrat an der jeweiligen Nation gewertet wurde (so wie ein US-Bürger sich sowohl als Ire wie als Amerikaner empfinden kann)." (1)

Michael Berndt

"Die Geister die ich rief" oder: Die Vorgeschichte des Kosovokonflikts

Der Kosovo-Konflikt ist der vorerst letzte und aktuellste Konflikt im Zerfallsprozeß der ehemaligen Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien (SFRJ). Der Zerfallsprozeß wird zumeist in die Kategorie "Nationalitäten-" oder "ethnischer Konflikt" einsortiert (2) und erhält damit ewiglichen Charakter. Wenn aber mit Sundhaussen (1992) davon ausgegangen werden kann, daß Nationalismen nicht ewig bestimmende Größen von Politik sind und somit die Diskussion darüber, inwieweit der Kosovo nun die Wiege der serbischen und/oder der albanischen Nation ist (3) durchaus relativiert werden muß, dann ist die Frage, warum im Rahmen von Interessenkonflikten in der SFRJ von verschiedenen Seiten im politischen Diskurs auf die nationale bzw. ethnische Karte gesetzt wurde bzw. werden konnte. Mit dieser Frage rückt die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung in Jugoslawien in den Mittelpunkt des Interesses. Bevor sich aber dieser zentralen Frage zugewandt werden soll, ist zunächst ein Blick auf die Nationalismusdiskurse zu werfen.

Nationalismusdiskurse und ihre Hintergründe

Offensichtlich ist, daß im Kosovo-Konflikt beide Seiten auf der Basis eines nationalistischen Diskurses handeln. Jede Seite argumentiert, daß der Kosovo ihr Kernland und die Wiege ihrer Nation ist. Eine Abspaltung des Kosovos erscheint für "die Serben" genauso inakzeptabel, wie es für

(1) Sundhaussen, Holm (1992): Zu den Ursachen von Nationalismus un Krieg im ehemaligen Jugoslawien, in: Gaisbacher, Johann/ Kaser, Karl u.a. (Hg.); Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien; Frankfurt a.M., 19-30 (27)

(2) so z.B. Becher, Klaus (1995): Nationalitätenkonflikte auf dem Balkan, in: Kaiser, Karl/ Maull, Hanns W. (Hrsg.); Deutschlands neue Außenpolitik, Bd. 2: Herausforderungen; München, 137-155

(3) siehe: Djialas, Aleska (1998): Imaging Kosovo. A biased new account fans western confusion, in: Foreign Affairs (77:5),124-131; ders. (1999): Reply, in: Foreign Affairs (78:1), 137-139; Malcolm, Noel (1998): Kosovo. A short history; London/ New York; ders. (1999): What ancient hatreds?, in: Foreign Affairs (78:1),130-134; siehe dazu auch

"die Albaner" naturnotwendig erscheint, daß der Kosovo mindestens unabhängig wenn nicht gar mit Albanien vereinigt werden muß. Jede Seite hat hier ihre historischen Bezüge konstruiert.

Doch inwieweit die Dardaner, die in der Antike den Kosovo bewohnten, oder die Arnauten, die im 17. Jahrhundert in den Kosovo einwanderten die Ur-Albaner waren (4), bzw. welche Kontinuitätslinie (außer vom Namen her) zwischen dem Groß-Serbischen Reich des 14. Jahrhundert, das auch den Kosovo umfaßte und Serbien im 20. Jahrhundert besteht, ist hier nicht auszudiskutieren. Zwar sind die Anfänge der albanischen Nationalbewegung, die mit der Liga von Prizren 1878 - zu einer Zeit als der Kosovo noch zum Osmanischen Reich gehörte, während Serbien im selben Jahr unabhängig wurde - geographisch im Kosovo zu verorten. Ob dies und die Gründung eines Staates Namens Albanien 1912 ohne die im Kosovo und in Mazedonien lebenden Albaner für das historische Recht sprechen, alle Albaner in einem Staat zu vereinen, oder ob demgegenüber der Zuschlag des Kosovos an Serbien im Rahmen der Londoner Botschafterkonferenz 1912/13 das historische Recht Serbiens am Kosovo einlöst, soll an dieser Stelle nicht weiter vertieft werden. Bezüglich der serbischen, in Analogie aber auch der albanischen Argumentation stellt Sundhausen fest:

"Da die jeweilige Nation in der Vorstellungswelt der Nationalisten bereits im Mittelalter (oder früher/ MB) existiert hatte, hatte sie auch schon damals nationale 'Rechte' erworben. Und je weiter die 'Rechte' zurückreichten, desto 'heiliger' waren sie. Daß das ... spätmittelalterliche Reich Stefan Dusans mit einem ... serbischen Nationalstaat so viel Ähnlichkeit hatte wie das 'Heilige Römische Reich deutscher Nation' mit einem deutschen Nationalstaat, hat die Nationalisten nie irritiert" (5)

Diese historischen Bezüge verweisen zunächst nur auf welche nationalistischen Mythen zurückgegriffen werden konnte. Als Ausgangspunkt für die Frage, warum diese aktiviert wurden bzw. werden konnten, kann die Verfassung der SFRJ von 1974 gewählt werden, lassen sich doch an ihr die diversen Konflikte in der SFRJ und ihre Austragungsmodi verdeutlichen.

Flottau, Heiko (1999): Geschichtsstreit. Warum ein englisches Buch über den Kosovo in Jugoslawien Ärger macht, in: SZ (10.5.),14 und Kind, Christian (1999): Serben und Albaner im Kosovo. Historische Spurensuche an einem Kreuzweg des Balkans, in: NZZ (26.3.)

(4) dazu: Placzek, Norbert (1996): Der Kosovo-Konflikt. Genese und Perspektive (Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Hamburg/ Forschungsstelle Kriege, Rüstung und Entwicklung (Hrsg.); Arbeitspapier: 2/1996); Hamburg, 12

(5) Sundhaussen 1992: 22

Die Verfassung von 1974

Im Rahmen dieser Verfassung erhielten die 6 Teilrepubliken Jugoslawiens (Bosnien-Herzegovina, Kroatien, Mazedonien, Montenegro, Serbien und Slowenien) weitgehende Autonomie. Außerdem erhielten die beiden serbischen autonomen

Gebiete Kosovo und Vojvodina die gleiche Autonomie und damit zwar nicht de jure, aber de facto Republikstatus.

Die Autonomierechte der 8 Verwaltungseinheiten erstreckten sich auf politische, wirtschaftliche und kulturelle Angelegenheiten. Nur die Außenbeziehungen der SFRJ und das Militär blieben als Angelegenheiten bei der Zentralregierung. Damit sollte versucht werden den Autonomiebestrebungen in einzelnen Verwaltungseinheiten entgegenzukommen und sie dennoch in der SFRJ zu halten. Doch die Autonomiebestrebungen hatten in jeder Verwaltungseinheit unterschiedliche Hintergründe und zunächst unterschiedliche Reichweiten. Die beiden wirtschaftlich stärksten Teilrepubliken, Slowenien und Kroatien (6), hatten kein Interesse mehr den armen Süden zu finanzieren. Der Süden dagegen hatte weiterhin Interesse an den Finanzen des reichen Norden (Tabelle 1).

(6) In letzterer zeichneten sich schon 1971 mit dem sogenannten kroatischen Frühling *(Bennett, Christopher (1995): Yugoslavia's bloody collapse. Causes, Course, Consequences; London, 70)* Separationstendenzen ab.

Tabelle 1: Nettoeinkommen pro Beschäftigtem 1970 im Nord-Süd-Gefälle (SFRJ = 100)

aus: Sekelj, Laslo (1993): Yugoslavia. The process of disintegration; New York, 12

Slovenien	121
Kroatien	107
Serbien (ohne Kosovo und Vojvodina)	95
Vojvodina	95
Bosnien Herzegovina	90
Montenegro	86
Mazedonien	82
Kosovo	79

Die Interessen bezüglich des Kosovos basierten auf kosovo-albanischer Seite auf der Argumentation, daß wenn Jugoslawien ein Vielvölkerstaat ist und alle Völker Republikstatus haben, auch dem Volk der Albaner dieser Status nicht verwehrt werden kann. Bereits in den 60er Jahren formierte sich eine Bewegung mit dem Ziel der "Kosovo-Republika". (7) Mit der de-facto Autonomie des Kosovos verfolgte Serbien das Ziel, diesen separatistischen Tendenzen zwar mit einer Kosovo-internen Sonderregelung, aber innerhalb des Rahmens der serbischen Republik zu begegnen.

(7) siehe Reuter, Jens (1987): Die albanische Minderheit in Jugoslawien, in: Schönfeld, Roland (Hrsg.); Nationalitätenproblem in Südosteuropa (Untersuchungen zur Gegenwartskunde Südosteuropas: 25); München,133-148
(8) Bennett 1995: 70

Basierend auf den Autonomierechten der 1974er Verfassung baute nun jede Verwaltungseinheit für sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten die politische, ökonomische und kulturelle Infrastruktur so aus, als sei sie ein souveräner Staat. Doch Slowenien und Kroatien hatten hier durchaus bessere Ausgangsbe-

dingungen, eine eigene Staatsverwaltung, eigene Schulen, eigene wirtschaftliche Planung inkl. Außenhandel usw. aufzubauen als der Kosovo. Er blieb ein Zuschußgeschäft. Er lebte davon, daß die Mittel zwischen Zentrale und Verwaltungseinheiten so verteilt wurden, daß 65% der in den Verwaltungseinheiten erwirtschafteten Mittel in ihnen verblieben und 35 % an die Zentralregierung abgeführt werden mußten. (8) Diese 35% Zentralmittel flossen in die Föderationsverwaltung (inkl. Militär) und einen Fonds der Föderation zur Entwicklung unterentwickelter Gebiete. Zu diesen Gebieten zählte neben Bosnien-Herzegovina, Mazedonien und Montenegro auch der Kosovo. Er allein nahm zwischen 1976 und 1980 37% der Mittel dieses Fonds in Anspruch. (9) 1971 stammten 70% des Haushalts des Kosovo aus dem Entwicklungsfonds. (10) Doch die Mittel wurden weniger zur Entwicklung genutzt, als zur Rückzahlung von Schulden. (11) Diese Art der Mittelverteilung und Verwendung führte dazu, daß sich die Verwaltungseinheiten ökonomisch immer weiter voneinander entfernten (Tabelle 2).

(9) Bennett 1995: 72

(10) Bennett 1995: 71, Placzek 1996: 19
(11) Reuter 1987: 146

Tabelle 2: Die Öffnung der Nord-Süd-Schere (12)

	1976	1980	1972	1980
SFRJ	11,4	12,6	100,0	100,0
Slovenien	1,7	1,3	194,9	205,8
Kroatien	6,5	5,2	121,9	126,4
Kosovo	23,1	27,3	33,0	26,8

Arbeitslosenrate in %
Sozialprodukt pro Einwohner (SFRJ Ø = 100)

(12) Daten 1980 aus: McFarlane, Bruce (1988): Yugoslavia. Politics, economics and society; London, 60; Daten 1972 und 1976 aus: Geiss, Imanuel (1993): Der Jugoslawienkrieg; Frankfurt a.M., 96. Für 1972 eigene Berechnung auf der Basis des Anteils des Sozialprodukts am Sozialprodukt der SFRJ von 1972 und der Einwohnerzahl von 1971. Auch wenn diese Berechnung nicht ganz korrekt ist, spiegelt sie doch die Tendenz wieder.

Die Schere öffnete sich aber nicht nur im ökonomischen Bereich. Da Autonomie auch kulturelle Selbstbestimmung bedeutete, fand nun in jeder einzelnen Verwaltungseinheit im Rahmen eigener Bildungssysteme eine Rückbesinnung auf das je eigene Volk, die je eigene Kultur, Geschichte, Sprache statt. (13)

(13) vgl.: Höpken, Wolfgang (1997): History education and Yugoslv (dis-)integration, in: Bokovoy, Melissa K./ Irvine, Jill A. u.a. (eds.); State-society relations in Yugoslavia 1945 - 1992; New York; S. 79-104

Der Zerfall

Der Versuch, mit der Gewährung von Autonomierechten im Rahmen der Verfassung von 1974 die Republiken zusammenzuhalten und mit einem ausgeklügelten System von Ämterrotationen gegeneinander auszubalancieren und an die Zentrale zu binden, führte so zum genauen Gegenteil. Statt die

Verwaltungseinheiten zusammenzuhalten, entfernten sie sich in allen Bereichen immer weiter voneinander. Der Grund dafür liegt vor allem darin, daß mit der Verfassung nicht ökonomische, politische und kulturelle Angelegenheiten getrennt behandelt wurden. Dies wäre vielleicht möglich gewesen, hatten doch die Autonomiebestrebungen der Verwaltungseinheiten auch unterschiedliche Interessenshintergründe. Doch stattdessen wurde mit dem System der gleichen Autonomierechte auf allen Gebieten für alle dafür gesorgt, daß die einzelnen Bereiche der Autonomie durch wechselseitige Ergänzung separationsverstärkend wirken konnten.

Mit der Verfassung wurde also aus dem Vielvölkerstaat Jugoslawien ein Vielnationenstaat. (14) Die Grenzen der politischen Verwaltungseinheiten waren ökonomisch identifizierbar und an ethnischen Kriterien orientiert. (15) So kann schon für die Zeit kurz nach 1974 die Frage gestellt werden, ob es Jugoslawien überhaupt noch gab. (16)

Durch dem Tod Titos am 4.5.1980, der mit dem Inkrafttreten der Verfassung von 1974 Präsident auf Lebenszeit geworden war, verschwand nicht nur derjenige, der das Ausbalancieren der Verwaltungseinheiten untereinander managte. In der Folgezeit rotierte des Präsidentenamt zwischen den Präsidenten der nun schon weitgehend separierten Verwaltungseinheiten. Dazu kamen dann gleichzeitig diverse interne und externe negative Entwicklungen für die gesamte jugoslawische Ökonomie. (17) Es verbanden sich Ergebnisse interner Fehlplanungen und interner Mißwirtschaft mit dem Ölpreisschock und Rezessionsentwicklungen in Westeuropa, dem Hauptziel jugoslawischer Exporte zur Einnahme konvertibler Währungen. Dies führte zu Problemen bei der Rückzahlung internationaler Kredite in konvertibler Währung. Das Resultat war wirtschaftliche Stagnation (18), Anstieg der Inflationsrate in astronomische Höhen (19) und Anstieg der Arbeitslosigkeit, insgesamt also eine Krise der jugoslawischen Ökonomie (Tabelle 3), wobei aber auch hier die Auswirkungen auf die einzelnen Verwaltungseinheiten unterschiedlich waren (Tabelle 4).

Der Nationalismus

Hier begannen dann schließlich die Nationalismusdiskurse, wobei es unerheblich ist, ob ihr Anfang in Serbien (22) in Kroatien (23), in Slowenien (24) oder im Kosovo (25) lag. Wesentlicher erscheint, daß die Schritte vom Autonomiediskurs über den Separationsdiskurs zum Nationalismusdis-

(14) In der Verfassung von 1963 lautete Artikel 1: "Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ist ein Bundesstaat freiwillig zusammengeschlossener und gleichberechtigter Völker ... " *(nach: Geiss 1993: 93)*. 1974 wurde dieser folgendermaßen geändert: "Die Sozialistische Föderative Republik Jugoslawien ist ein Bundesstaat als staatliche Gemeinschaft freiwillig vereinigter Völker und ihrer sozialistischen Republiken sowie der sozialistischen autonomen Gebietskörperschaften Kosovo und Vojvodina" *(nach: Geiss 1993: 94)*.

(15) Allerdings gab es in jeder Verwaltungseinheit eben auch mehr oder weniger starke ethnische Minderheiten. Ein sehr anschauliches Bild dieses ethnischen Gemischs bietet die Karte in der *SZ vom 17./18.4.1999, 6.*

(16) Oschlies, Wolf (1992): Einführung oder: Jugoslawien - Nekrolog auf ein unsterbliches Land, in: Rathfelder, Erich (Hrsg.); Krieg auf dem Balkan. Die europäische Verantwortung; Reinbek, 13-44 (31)

(17) Siehe dazu z.B.: Bennett 1995: 67ff; McFarlane 1988: 131ff; Sekelj 1993: 159ff.

(18) Zwischen 1950 und 1980 wuchs das Bruttoinlandsprodukt in Jugoslawien durchschnittlich um 6%, zwischen 1980 und 1985 nur noch um 0,7% *(Gligorov, Kiro (1989): The economic system of Yugoslavia, in: Macesich, George (ed.); Essays on the yugoslav economic model; New York; S.1-11 (6))*

Tabelle 3: SFRJ: Verfügbares durchschnittliches Einkommen pro Haushalt

	(a)	(b)	(c)
1978	100,0	100,0	100,0
1983	102,0	123,8	92,4
1984	83,5	132,7	95,2
1985	73,8	141,5	94,2
1986	77,7	147,9	94,1
1987	76,6	147,1	91,7
1988	73,6	154,0	90,7
1989	78,4	163,4	95,8

(a), Arbeitslosigkeit (b) und Arbeitsproduktivität pro Kopf (c) (1978 = 100) (20)

Tabelle 4: Nettoeinkommen pro Beschäftigtem 1984 (SFRJ = 100) (21)

Slovenien	121,7
Kroatien	108,3
Vojvodina	102,4
Serbien (ohne Kosovo und Vojvodina)	94,4
Bosnien Herzegovina	92,7
Montenegro	80,5
Mazedonien	78,8
Kosovo	78,3

kurs in der konkreten Situation nur sehr kleine waren. Allerdings zeigte sich dabei das Verhängnis des Kosovos basierend auf der 1974er Verfassung, einerseits nahezu Republik und andererseits Teil Serbiens zu sein. Für Serbien bzw. die SFRJ sollte die politische Autonomie des Kosovos dazu beitragen, die Separationsbestrebungen im Kosovo im Zaum zu halten bzw. die Probleme Kosovo-intern zu lösen. Für die Kosovo-Albaner war die politische Autonomie verbunden mit der kulturellen Autonomie ein Schritt in Richtung Separation, mit Hinwendung auf das Albanertum und Albanien. (26) Andererseits galt zwar der serbische Nationalismusdikurs im wesentlichen den Abspaltungstendenzen in Kroatien und Slowenien. Als dann aber nach Streiks und Unruhen 1988/89 die Autonomierechte im Kosovo durch Verfassungsbruch im März 1989 abgeschafft wurden, hatte auch dies wieder eine Wirkung, die genau entgegengesetzt zu der beabsichtigten war. Statt durch dieses Zeichen die Separati-

(19) Im Mai 1989 betrug die Inflationsrate 601,6 % *(Buchalla, Carl E. (1989): Die Inflation frißt den Dinar, in: SZ (27.6.); S.8)*

(20) (a) aus: Sekelj 1993: 258; (b) und (c) aus: ebenda: XXI

(21) aus: Sekelj 1993: XVIII

(22) vgl.: Geiss 1993: 51, Muhic, Ferid (1992): Der Dominoeffekt in Jugoslawien. Eine Untersuchung zur Genese des politischen Zerfalls und der Konflikte, in: Gaisbacher, Johann/ Kaser, Karl u.a. (Hrsg.); Krieg in Europa. Analysen aus dem ehemaligen Jugoslawien; Frankfurt a.M.; S. 49-57 (52)

(23) vgl.: Bennett 1995: 73

(24) vgl. Domaschke, Cornelia/ Schliewenz, Birgit (1996): Zur Genesis national-ethnischer Konflikte in Ex-Jugoslawien, in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.); Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte; Bonn, 19-29 (21)

(25) vgl. Reuters 1987

(26) siehe: Reuters 1987: 135

onstendenzen im Norden abzuschrecken und das Kosovo-Problem wieder von Serbien aus zu lösen, wurden nicht nur die Abspaltungstendenzen in Slowenien und Kroatien, sondern auch die im Kosovos angeheizt.

Wollte man mit der Forderung "Kosovo-Republica" Ende der 60er Jahre für Kosovo noch innerhalb Jugoslawiens Republikstatus erhalten (27), so stand sie jetzt für Kosovo als eine unabhängige Republik. (28) Nachdem alle entscheidenden Posten im Kosovo wieder von Serbien aus besetzt wurden, riefen schon 1990 albanische Abgeordnete des Regionalparlaments des Kosovo die unabhängige Republik Kosovo aus, die bisher nur von Albanien anerkannt wurde. Bei Wahlen im Untergrund wurde dann schließlich 1992 von den Kosovo-Albanern Ibrahim Rugova zum Präsidenten gewählt. Rugova verfolgte seine Politik zwar mit friedlichen Mitteln, doch sein Ziel war klar: mindestens Unabhängigkeit, am Besten aber Anschluß an Albanien. Und dies sollte schon 1994 dadurch erreicht werden, daß der Kosovo zunächst Protektorat der UNO oder der EU wird. (29) Doch für Serbien war dies gerade nach der Hochstilisierung des "Amselfeld-Mythos" (30) durch die Rede von Milosevic am 28.6.1989 auf dem Amselfeld nicht annehmbar. Außerdem war der Kosovo für Serbien von ökonomischem Interesse, er exportierte Rohstoffe und Strom zu günstigen Preisen in die Föderation (31) Perspektivischer Wegfall von Slowenien und Kroatien als "Zahlmeister" und des Kosovo als einem günstigen Lieferanten wurden so zu zwei sich bedingenden Faktoren, die zur Verschärfung des serbischen Nationalismus' beitrugen.

(27) Reuters 1987: 134

(28) Hier drängt sich die Parallele zur Entwicklung in der DDR 1989/90 auf. Waren die Rufe zunächst "Wir sind das Volk!", so wandelten sie sich fast unbemerkt zu "Wir sind ein Volk!".

(29) Placzek 1996: 25f

(30) Calic, Marie-Janine (1999): Ein Mythos bringt Tod und Zerstörung. Das Amselfeld ist seit Jahrhunderten erbittert umkämpft. Heute beanspruchen Serben wie Albaner den Kosovo als ihr historisches Erbe, in: SZ (17./18.4.); S.6

(31) Placzek 1996: 19

... und die Welt schaute zu

Zu Beginn der 90er Jahre hatten sich die jeweiligen Nationalismen soweit etabliert, daß sie auf Konfrontation hinwirkten. Hätte sich spätestens zu dieser Zeit die Welt für die Gesamtprobleme des Auseinanderfallens der SFRJ interessiert, wäre es vielleicht noch möglich gewesen, sie durch Mediation und Wirtschaftshilfe zu entschärfen. Doch die Welt hat zugesehen, und keiner hat langfristig deeskalierend eingewirkt, obwohl es viele warnende Stimmen gab, wie z.B.:

"Sollten die beiden Gebiete der Krajina und Bosnien-Herzegowinas uneingeschränkt bei den beiden neuen Staaten verbleiben, wird der politische Nationalismus Serbiens, der sowohl von den regierenden Sozialisten als auch von einer Mehrheit der Opposition vertreten wird, sein Heil ganz in Kosovo suchen müssen." (32)

(32) Hardten, Eggert/ Stanisavljevic, André (1992): Krieg um Kosovo? Die Gefahr der Ausweitung des Konflikts auf dem Balkan, in: Rathfelder, Erich (Hrsg.); Krieg auf dem Balkan. Die europäische Verantwortung; Reinbek, 104-118 (113)

Und genau dies trat ein. Auf der einen Seite verstärkte Serbien seinen Repressionsapparat im Kosovo und seinen Nationalismusdiskurs, konnte doch so auch von den internen ökonomischen Problemen abgelenkt werden, die nicht zuletzt Resultat der "'äußeren Sanktionsmauer' (Ausschluß aus den internationalen Finanzinstitutionen)" (33) waren. Auf der anderen Seite begannen nun auch die Kosovo-Albaner - die "Vergessenen von Dayton" (34) -, ihren Kampf um Unabhängigkeit zunehmend mit gewaltsamen Mitteln zu führen. Diese Spirale schraubte sich dann mal schneller mal langsamer hoch, bis sich im Frühjahr 1998 die NATO dafür interessierte. Inwieweit es der NATO, einem Militärbündnis im Wandlungsprozeß (35), schließlich um Konfliktdeeskalation ging, ist an anderer Stelle zu diskutieren. Zumindest stellte die Balkan-Expertin Marie-Janine Calic noch im Frühjahr 1998 fest:

"Solange die Bundesrepublik Jugoslawien weiter außenpolitisch isoliert und von einer 'äußeren Sanktionsmauer' umgeben bleibt, wäre es für sie unklug, den Kosovo-Trumpf voreilig aus der Hand zu geben." (36)

(33) Calic, Marie-Janine (1998): Kosovo vor der Katastrophe?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (43:4),404-410 (408)

(34) Calic, Marie-Janine (1997): Szenarien einer postjugoslawischen Zukunft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (42:1); S.58-65 (63)

(35) siehe: Berndt, Michael (1999a): Die NATO-Osterweiterung und ihre Bedeutung für Frieden und Sicherheit in Europa und den internationalen Beziehungen, in: Imbusch, Peter/ Zoll, Ralf (Hrsg.); Friedens- und Konfliktforschung. Eine Einführung mit Quellen; Opladen (2., überarb. u. erw. Aufl.), 399-419; ders. (1999b): Die Neue NATO, das Völkerrecht und die Charta der Vereinten Nationen. Die Rückkehr zum Faustrecht in den internationalen Beziehungen, in: Evangelische Kommentare (Im Druck)

(36) Calic 1998: 410

Fazit

Mit dem Fokus auf die politische, gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung der SFRJ erscheint es möglich, eine Erklärung für die Instrumentalisierung von Nationalismen zur politischen Legitimation und Interessensdurchsetzung zu liefern. Die wesentlichen internen Wurzeln für das Auseinanderfallen der SFRJ sind mit der Verfassung von 1974 gelegt worden. Mit ihr sollten mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden, doch sie erwies sich letztlich als Bumerang. Statt über Autonomierechte die Verwaltungseinheiten zusammenzuhalten und an die Föderation zu binden, wurden sich gegenseitig verstärkende, zentrifugal wirkende Entwicklungen in Gang gesetzt, die schließlich in den Zerfall der SFRJ und nun den Kosovo-Konflikt mündeten. Auf der Basis der 1974er Verfassung konnten die Nationalismen aktiviert und dann instrumentalisiert werden. Dabei ist aber ganz entscheidend, daß die Nationalismusdiskurse verstärkt erst ab dem Zeitpunkt als solche geführt wurden, als die SFRJ in eine tiefe ökonomische Krise geriet. Diese Krise hatte in den einzelnen Verwaltungseinheiten ganz unterschiedliche Auswirkungen. Die wirtschaftlich starken Republiken (Slowenien und Kroatien) wurden von ihr weniger in Mitleidenschaft gezogen als der Kosovo. Somit verstärkte sich das Nord-Süd-Gefälle in der SFRJ, was wiederum Wasser auf die

Mühlen unterschiedlichst begründeter Separationsbetrebungen war. Vor diesem Hintergrund stellt sich allerdings die intensiver zu verfolgende Frage, inwieweit zumindest zu Beginn der serbische Nationalismusdiskurs zwar seinen historischen Bezugspunkt im Kosovo wählte, sein Hochkochen aber zunächst weniger etwas mit dem Kosovo sondern mehr mit den Abspaltungstendenzen in Slowenien und Kroatien zu tun hatte.

Abschließend bleibt allerdings noch festzuhalten, daß die Analyse der internen Entwicklungen in der SFRJ nur einen Teil der Erklärung dafür liefert, warum der Zerfall der SFRJ und der Kosovo-Konflikt derart gewaltförmig eskalierten. Um dies erklären zu können, ist gerade auch eine genaue Analyse des Verhaltens des Westens bezüglich des Zerfalls notwendig. Hier wäre nicht nur allgemein zu fragen, ob nicht die vom Westen begrüßte "Renaissance des Nationalen im Osten Europas" im Zuge der Auflösung des Ostblocks (37) eine förderliche Rahmenbedingungen für das Kippen vom Separationsdiskurs zum Nationalismusdiskurs in den Verwaltungseinheiten der SFRJ war. Explizit für die Bearbeitung des Kosovo-Konflikts stellt sich außerdem die Frage, was der Westen tatsächlich aus dem Bosnien-Konflikt gelernt zu haben glaubt.

(37) Domaschke/ Schliewenz 1996: 20

Exkurs: Westliche Konfliktbearbeitung im Kosovo-Konflikt

Wenn das Verhalten des Westens bezüglich des Bosnien-Konflikts in die Stufen 1. Desinteresse, 2. Interessendivergenz, 3. Handlungschaos, 4. militärischer Aktionismus, 5. Formelkompromiß, 6. fehlende langfristige Deeskalationsstrategie eingeteilt werden kann, dann drängen sich bezüglich des Kosovo-Konflikts doch Parallelen auf. Allerdings erscheint jede Stufe im Kosovo-Konflikt als eine potenzierte Bosnien-Konflikt-Stufe: Obwohl der Konflikt im Kosovo älter ist als der Konflikt um Bosnien und sich seine Eskalationsdimensionen schon viel früher abzeichneten (38), bestand das Desinteresse viel länger. Doch kaum wandelte sich das Desinteresse zum Interesse, wurde ein militärischer Aktionismus an den Tag gelegt, der in der Summe eher konflikteskalierend wirkte (39). Sollte die Diskussion über NATO-Luftangriffe ohne UNO-Mandat ab Frühjahr 1998 tatsächlich das Ziel gehabt haben, durch Druck auf die serbische Seite deeskalierend im Kosovo zu wirken - also nicht primär eine Form der Bearbeitung von NATO-internen Konflikten gewesen sein (40) - dann muß diese Strategie spätestens seit Beginn der Rambouillet-Verhandlungen als gescheitert be-

(38) siehe: Reuters 1987
(39) siehe auch: Debiel, Tobias (1999): Katastrophe im Kosovo. Zehn Anmerkungen zu Massakern, Krieg und (De-)Eskalation, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (44:5); 539-547
(40) Wie z.B. die Osterweiterungsdiskussion. Siehe: Berndt 1999a.

trachtet werden. Führte sie doch zu einer Stärkung der UCK (41), zu verstärkten serbischen (Gegen-)Aktionen und damit wiederum zu einem erhöhten Druck auf die NATO, ihre Drohung auch zu verwirklichen. Genau damit aber wurde nicht nur die militärische Eskalation vorangetrieben. Es muß auch die Frage gestellt werden, ob die Drohung mit Luftangriffen nicht genau einer diplomatischen Lösung im Wege stand, wurde doch von Anfang an auf die militärische Karte gesetzt, so daß die Holbrooke-Verhandlungen nur darum kreisten, die serbische Seite durch Androhung negativer Sanktionen zu Zugeständnissen zu bewegen. Positive Sanktionen - Wirtschaftshilfe, Abbau der "äußeren Sanktionsmauer", usw. - gegen Zugeständnis standen gar nicht mehr zur Diskussion.

Inwieweit der nun gefundene Formelkompromiß trägt, wenn die eine, die serbische Seite vollständig militärisch abziehen muß und mit ihr große Teile der serbischen Bevölkerung abziehen, weil bezüglich der anderen, der albanischen Seite darüber diskutiert wird, ob Demilitarisierung Entwaffnung heißt, (42), bleibt abzuwarten. Und es bleibt auch abzuwarten, ob nicht - bei entsprechenden Rahmenbedingungen - die Groß-Serbischen Träume durch Groß-Albanische Träume, mit entsprechender Eskalationsdimension abgelöst werden. Ganz wesentlich ist hier die Frage, inwieweit der anvisierte Stabilitätspakt tatsächlich zu ökonomischer Entwicklung in allen Staaten des Balkans und zu einem Abbau der Nationalismen führt, oder ob Stabilität hier nur heißt, die Konflikte auf dem Balkan einzuhegen, damit sie nicht mehr nach Westeuropa wirken, ohne allerdings ihre Ursachen zu bearbeiten. Dann wäre der nächste Balkan-Konflikt vorprogrammiert ■

(41) siehe zur UCK: Reuter, Jens (1999): Wer ist die UCK?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik (44:3),281-285; Schmidt-Eenboom, Erich (1999): UCK. Zur Karriere einer terroristischen Vereinigung, in: Wissenschaft und Frieden (17:2),17-19

(42) SZ 16.6.1999

Die folgende Übersicht, die auf einer Auswertung der Medienberichterstattung basiert, soll als Nachschlagewerk dienen und Anhaltspunkte liefern, um zu einzelnen Aspekten nachrecherchieren zu können. Die Auswahl-Chronologie will v.a. einen Eindruck vermitteln von dem Konfliktverlauf, den Berichten über Kriegsverbrechen, der Situation der Flüchtlinge, den politischen Entwicklungen und diplomatischen Initiativen. Unberücksichtigt bleiben dabei Protestaktionen und die innenpolitischen Debatten zwischen Kriegsbefürwortern und -gegnern in den verschiedenen Ländern.

Kristian Zitzlaff / Christian Schmidt

Chronologischer Leitfaden

Daten, Zahlen und Entwicklungen zum Kosovo-Konflikt im Überblick

I) Bürgerkrieg im Kosovo und internationale Vermittlungsversuche

April 1996 erste Anschläge der kosovarischen „Befreiungsarmee" UCK

Oktober 1997 erstmals tritt die UCK öffentlich in Erscheinung, von da an häufen sich die Guerilla-Aktionen

Ende Februar 1998 die Auseinandersetzungen zwischen jugoslawischen Einheiten und der UCK eskalieren zum offenen Bürgerkrieg, die UCK kann in der Folge einige Landstriche unter ihre Kontrolle bringen - bis Juli führen die jugoslaw. Verbände drei Großoffensiven durch

2.3. serbische Polizisten erschießen bei einer friedlichen Demonstration in Pristina 25 Zivilisten

5.-7.3. serbische Sonderpolizisten ermorden 58 Zivilisten in Donji Prekaz

10.3. das UN-Kriegsverbrechertribunal (ICTY) beginnt seine Ermittlungen zu Kriegsverbrechen im Kosovo

11.3. der Ständige Rat der OSZE erklärt, der Konflikt ist „nicht nur eine interne Angelegenheit" Jugoslawiens

28.3. Waffenembargo der EU gegen Jugoslawien

31.3. UN-Resolution 1160 verurteilt die Gewalt der serbischen Polizei gegen die kosovarische Zivilbevölkerung,zugleich wird ein Waffenembargo gegen Jugoslawien verhängt

23.4. die Bevölkerung Serbiens lehnt in einer Volksbefragung eine internationale Vermittlung im Kosovo-Konflikt mehrheitlich ab

15.5. erstes Treffen zwischen Milosevic und Rugova, dem politischen Führer der Kosovaren, Rugova fordert eine unabhängige „Republik Kosova"

11.6. die NATO beschließt die Errichtung einer Militärpräsenz in Albanien und Mazedonien

15.6. Luftmanöver der NATO über Albanien und Mazedonien (Operation Determined Falcon)

6.7. Diplomaten aus neun Staaten können die Situation im Kosovo inspizieren
19.7. bei Gefechten zwischen UCK und jugoslaw. Einheiten bei Orahovac sterben mind. 42 Menschen
28.-30.7. Vermittlungsreise einer EU-Delegation nach Belgrad und Pristina
27.8. Mitglieder der UCK ermorden 22 Zivilisten in Klecka
8.9. US-Sonderbotschafter Hill legt einen Friedensplan vor
9.9. bei der Ortschaft Glodjane werden 34 Leichen gefunden, Hinweise deuten auf ein Massaker durch die UCK
23.9. UN-Resolution 1199 fordert die Einstellung der Feindseligkeiten und droht weitere Maßnahmen an
26.9. jugoslaw. Einheiten ermorden in Gornje Obrinje und Umgebung mind. 37 Zivilisten
29.9. nach Angaben der jugoslaw. Behörden und des UNHCR sind bis zu 230.000 Menschen im Kosovo auf der Flucht, über 20.000 Serben haben den Kosovo bereits verlassen
13.10. US-Sondergesandter Holbrooke und Milosevic unterzeichnen eine Vereinbarung über die internationale Überwachung des jugoslaw. Truppenrückzugs und die Stationierung von 2.000 OSZE-Beobachtern im Kosovo, gleichzeitig bewilligt die NATO einen Einsatzbefehl für begrenzte Luftangriffe gegen Jugoslawien
15.10. Jugoslawien stimmt NATO-Überwachungsflügen über dem Kosovo zu
16.10. Jugoslawien und die OSZE einigen sich auf die Aufgaben und Befugnisse einer Kosovo Verification Mission, diese wird am 25.10. formal eingesetzt und beginnt im November vor Ort zu arbeiten
27.10. kurz vor Ablauf des NATO-Ultimatums zieht Jugoslawien 4.000 „Sicherheitskräfte“ aus dem Kosovo ab
13.11. die NATO beschließt die Entsendung von bis zu 1.800 Soldaten nach Mazedonien (Extraction Force)
15.1.99 in der Nähe des Dorfes Racak werden 45 Leichen gefunden
29.1. die Kontaktgruppe (USA, GB, F, BRD, I, RUS) stellt den Konfliktparteien ein Ultimatum zur Beteiligung an Friedensgesprächen unter internationaler Schirmherrschaft
6.2. Beginn der Friedenskonferenz im Schloß Rambouillet (F) - die Verhandlungen werden am 23.2. ausgesetzt
12.2. die NATO beschließt die Aufstockung der Extraction Force auf 30.000 Soldaten
26.2. Beginn einer Großoffensive der jugoslaw. Verbände (Operation Hufeisen)
15.-19.3. die Folgeverhandlungen in Paris scheitern, die kosovarische Delegation unterzeichnet jedoch das Rambouillet-Abkommen
20.3. die OSZE-Beobachter (KVM) verlassen den Kosovo

Die Situation vor dem Krieg

Opfer: *bis März 1999 werden die Todesopfer auf kosovarischer Seite auf ca. 2.000 geschätzt, die der serbischen Seite auf mehrere hundert*

Flüchtlinge: *nach Angaben des UNHCR ca. 250.000 Flüchtlinge im Kosovo und 70.000 in Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien*

jugoslawische Einheiten im Kosovo: *nach westlichen Schätzungen rund 40.000 Soldaten, Polizisten und Paramilitärs sowie 300 Panzer, 700 Artilleriegeschütze und 700 gepanzerte Fahrzeuge*

NATO-Truppen in der Region: *Extraction Force in Mazedonien - SFOR in Bosnien - Flottenverbände in der Adria - 371 Flugzeuge sind für einen möglichen Luftschlag gegen Jugoslawien bereitgestellt, die USA stellen davon 210 Maschinen*

II) NATO-Krieg gegen Jugoslawien und Massenvertreibungen im Kosovo

24.3. Beginn der NATO-Luftangriffe gegen Jugoslawien (Operation Allied Force), rund 80 Flugzeuge bombardieren 40 militärische Ziele in Serbien, Montenegro und im Kosovo, beteiligt sind vier deutsche Tornados und drei weitere deutsche Jets im Begleitgeschwader, 100 Marschflugkörper werden von der Adria aus abgefeuert, drei MiG-29 werden abgeschossen, Jugoslawien meldet 10 Tote und mind. 38 Verletzte - der UN-Sicherheitsrat tritt zu einer Dringlichkeitssitzung zusammen, Rußland, China und Namibia verurteilen die NATO-Angriffe als Verletzung des Völkerrechts - in Jugoslawien wird das Kriegsrecht verhängt, die Teilrepublik Montenegro verweigert bis Kriegsende die Umsetzung auf ihrem Gebiet

25.3. in den ersten Tagen werden nur nachts Angriffe geflogen, Ziele sind v.a. die jugoslaw. Luftabwehr, Flughäfen und militärische Einrichtungen, nach dem zweiten Tag sind ca. 400 Einsätze geflogen worden, die Gegenwehr der jugoslaw. Flugabwehr ist gering - Rußland setzt seine Mitarbeit in der NATO Partnership for Peace aus - die PDS erhebt wegen des Einsatzes deutscher Soldaten Verfassungsklage, das Bundesverfassungsgericht weist die Klage als „unzulässig" ab

26.3. deutsche Tornados feuern Harm-Raketen ab, zum ersten Mal macht die BW damit in einem Kampfeinsatz von den Waffen Gebrauch - zwei jugoslaw. MiG-29 werden über Bosnien abgeschossen - nach russischen Angaben wurden bislang 120 Menschen getötet und 350 verletzt - jugoslaw. Kräfte forcieren die Vertreibung der Kosovaren v.a. aus dem Raum Djakovica und Prizren im Süden - das Auswärtige Amt berichtet von Verhaftungen, Mißhandlungen und Erschießungen von kosovarischen Zivilisten durch jugoslaw. Einheiten - Griechenland fordert das Ende der Luftangriffe - Jugoslawien bricht die diplomatischen Beziehungen zur USA, GB, F und BRD ab

27.3. die NATO greift erstmals jugoslaw. Stellungen im Kosovo an - am Abend wird ein amerikan. Tarnkappenbomber F-117A Nighthawk nordwestlich von Belgrad abgeschossen, der Pilot wird von US-Soldaten geborgen - die brit. „Times" berichtet von einem Massaker an 20 Männern in der Ortschaft Godeni - Vermittlungsmission des russ. Ex-Ministerpräsidenten Gaidar - Gespräche der jugoslaw. Regierung mit den ukrainischen Außen- und Verteidigungsministern Tarasjuk und Kusmuk

28.3. Bundesverteidigungsminister Scharping spricht vom „Beginn eines Völkermordes" im Kosovo

29.3. das UNHCR spricht erstmals von staatlich sanktionierter Vertreibung - das IKRK zieht seine Mitarbeiter aus dem Kosovo ab - die Bundesregierung stellt eine Soforthilfe für die Flüchtlinge aus dem Kosovo in Höhe von 15 Mio. DM zur Verfügung

30.3. erstmals werden auch tagsüber Angriffe geflogen, von nun an finden die Luftangriffe der NATO rund um die Uhr statt - Milosevic bietet Rückzug des Militärs und Rückkehr der Flüchtlinge gegen Einstellung der Bombardements, NATO beharrt auf der Stationierung von NATO-Truppen im Kosovo - der russ. Ministerpräsident Primakow, Außenminister Iwanow und Verteidigungsminister Sergejew zu Gesprächen in Belgrad, Primakow reist danach nach Bonn - die internationale Flüchtlingshilfe läuft an, die ersten drei Transportflugzeuge mit 27 Tonnen Nahrungsmitteln starten nach Thessaloniki (GR)

31.3. Jugoslawien meldete bislang den Abschuß von acht NATO-Jets, NATO bestätigt einen - drei US-Soldaten werden im Grenzgebiet zwischen Mazedonien und Kosovo gefangengenommen, US-Präsident Clinton spricht von „Kriegsgefangenen" - Aufruf der UCK an alle Albaner in Europa, sich dem militärischen Kampf anzuschließen

1.4. erstmals werden Interkontinentalbomber (B-1) eingesetzt, sie starten von GB aus - erster Angriff gegen die jugoslaw. Verkehrsinfrastruktur, eine Brücke in Novi Sad wird zerstört, die Donau-Schiffahrt ist blockiert - Rußland schickt ein unbewaffnetes Kriegsschiff der Schwarzmeerflotte ins Mittelmeer - seit 24.3. sind 104.000 Flüchtlinge in Albanien, 48.000 in Montenegro und 30.500 in Mazedonien angekommen

2.4. die USA schicken weitere 13 Tarnkappenbomber, insges. sind nun 24 vor Ort - die am 29.3. als ermordet gemeldeten kosovarischen Politiker Agani und Gaschi leben - Jugoslawien bittet Rußland und Belarus offiziell um Militärhilfe - am Abend erstmals Luftangriffe auf die Innenstadt Belgrads, die Zentrale der serbischen Polizei und das jugoslaw. Innenministerium werden von acht Marschflugkörpern getroffen

3.4. Angriffe u.a. gegen ein Heizkraftwerk (Pancevo), eine Ölraffinerie in Kraljevo und eine Polizeiakademie - Teilmobilmachung in Mazedonien zur Kontrolle der Staatsgrenze, die mazedon. Regierung erklärt, nur noch so viele Flüchtlinge ins Land zu lassen, wie die internationale Staatengemeinschaft aufzunehmen bereit ist

4.4. täglich werden nun rund 300-350 NATO-Einsätze geflogen, deutsche Tornados beteiligen sich daran i.d.R. mit sechs Einsätzen - Angriffe gegen Brücken, Raffinerien, Treibstofflager, Kommando- und Infrastruktureinrichtungen, Polizeikasernen, eine Zigarettenfabrik in Nis, die Militärakademie in Belgrad, eine Fabrik in Cacak - versch. MiGs werden am Boden zerstört - mind. 25 Marschflugkörper werden aus der Adria abgefeuert - erstmals seit 1945 werden Luftangriffe von deutschem Boden aus geflogen, sechs brit. Tornados starten vom brit. Stützpunkt Brüggen-Elmpt - die BBC

veröffentlicht ein Video, auf dem ein Massaker in Mala Krusa mit bis zu 100 Opfern dokumentiert ist - die USA kündigen an, 24 Apache-Kampfhubschrauber mit 2.000 Soldaten nach Albanien zu entsenden, dementieren jedoch Pläne für eine Bodenoffensive - die Bundeswehr beginnt, in Neprosteno (MAZ) ein kleines Flüchtlingslager einzurichten - nach Angaben des UNHCR befinden sich derzeit rund 317.000 kosovarische Flüchtlinge in Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien, die Zahl der innerhalb des Kosovo Vertriebenen ist unklar

5.4. bei Angriffen auf die Stadt Aleksinac wird ein Straßenzug durch fünf NATO-Raketen ausgelöscht, bis zu 17 Menschen werden getötet - der jugoslaw. Botschafter in Moskau, Milosevic, beziffert die Opfer der NATO-Angriffe bislang auf 300 Tote und 3.000 Verletzte, 50.000 Serben seien zudem aus dem Kosovo nach Serbien geflohen - sieben NATO-Staaten wollen bis zu 100.000 Flüchtlinge aufnehmen, davon Deutschland 40.000, Mazedonien sagt zu, weitere 100.000 Flüchtlinge aufzunehmen

6.4. Milosevic kündigt Waffenruhe im Kosovo anläßlich des orthodoxen Osterfestes an, NATO lehnt das Angebot als unzureichend ab - erstmals starten drei Tarnkappenbomber (F-117) von Spangdahlem/Hunsrück aus ihre Angriffe - die NATO verfügt über eine Luftflotte von 523 Maschinen, 331 davon entfallen auf die USA

7.4. rund 400 Luftangriffe gegen Ziele in Jugoslawien, u.a. gegen eine Ölraffinerie in Novi Sad, diverse Fabriken, Chemiefabriken, Treibstofflager, in Pristina werden bei den Angriffen mind. 10 Zivilisten getötet - Jugoslawien schließt für drei Tage seine Grenzen nach Mazedonien und Albanien - zehntausende Flüchtlinge werden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion von den mazedonischen Behörden von Blace in andere Lager verfrachtet, v.a. nach Albanien, mehrere tausend gelten als verschwunden, Spekulationen über Rückschiebung in den Kosovo - die EU-Innenminister verhandeln über die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge, die BRD will nur noch 10.000 aufnehmen - die ersten 600 Flüchtlinge treffen in Nürnberg ein - Bundesaußenminister Fischer schlägt im Außenministerrat der EU einen Runden Tisch für Südosteuropa vor

9.4. NATO-Bomben zerstören das Autowerk in Kragujevac, bis zu 120 Menschen werden verletzt, 17 Tage lang harrten die Arbeiter des Werkes als „menschliche Schutzschilde" in der Fabrik aus, um es vor einer Zerstörung zu schützen, innerhalb von zwei Tagen schlugen 20 Raketen in das Werk ein, nach NATO-Angaben wurden dort leichte Waffen produziert - bei NATO-Angriffen auf eine Telefonzentrale in Pristina wird ein Wohngebiet getroffen, fünf Personen kommen ums Leben

10.4. jugoslaw. Raketenangriffe gegen Albanien, von wo aus UCK-Kämpfer nach Jugoslawien eindringen - die NATO veröffentlicht einen Bericht über ethnische Säuberungen und Vergewaltigungen im Kosovo - der albanische Ministerpräsident Majko spricht sich für ein Großalbanien oder ein unabhängiges Kosovo aus

11.4. nach brit. Angaben halten sich rund 400.000 Kosovaren in den Bergen versteckt - erneut wird Albanien von jugoslaw. Einheiten beschossen, zwei

Zivilisten werden getötet - die NATO autorisiert die Operation „Allied Harbour“ (8.000 Soldaten) zum Schutz der Flüchtlinge in Albanien - NATO-General a.D. Naumann spricht sich für Bodentruppen aus, der Bundeswehrverband ist dagegen, Kanada fordert ebenfalls den Einsatz von Bodentruppen - zwei australische Mitarbeiter der Hilfsorganisation „Care“ werden im jugoslaw. Fernsehen als Spione vorgeführt, sie waren seit Ende März verschwunden

12.4. ein NATO-Jet bombardiert eine Bahnlinie bei Leskovac als sich ein Zug auf der Brücke befindet, bis zu 55 Menschen werden getötet - NATO-Außenminister-Tagung formuliert fünf Bedingungen für die Einstellung der Luftangriffe: Einstellung aller Militäraktionen Jugoslawiens, Abzug aller Kräfte, Stationierung internationaler Truppen, Rückkehr aller Flüchtlinge, ungehinderter Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen - Außenmin. Fischer spricht sich für eine internationale Friedenstruppe mit UN-Mandat und russ. Unterstützung aus - schwere Gefechte an albanisch-jugoslaw. Grenze zwischen UCK und jugoslaw. Einheiten fordern mind. sieben Tote - ein russ. Konvoi mit Hilfsgütern für Jugoslawien passiert die ungarische Grenze, nachdem er dort zwei Tage festgehalten wurde - das jugoslaw. Parlament stimmt mit großer Mehrheit für einen Beitritt zur russisch-belarusischen Union

13.4. Grenzgefechte in Nord-Albanien, jugoslaw. Einheiten dringen in Albanien ein - die Bundeswehr beginnt mit dem Aufbau eines Flüchtlingslagers im süd-albanischen Quartum - Treffen von der US-Außenministerin Albright mit dem russ. Außenminister Iwanow in Oslo, Streitpunkt ist v.a. das Bestreben des Westens, NATO-Truppen in Jugoslawien zu stationieren

14.4. NATO-Jets beschießen Flüchtlingstrecks mit 100 Fahrzeugen bei Meha und Djakovica im Kosovo, bis zu 75 Menschen werden getötet, die NATO spricht von einem Militärkonvoi - EU-Sondergipfeltreffen in Brüssel mit Beteiligung von UN-Generalsekretär Annan, Bundeskanzler Schröder wirbt für einen „Stabilitätspakt” für die Balkanregion - Außenmin. Fischer stellt einen deutschen Friedensplan vor, Bestandteil ist eine 24-stündige Unterbrechung der Luftangriffe nach Rückzug der jugoslaw. Verbände und eine internationale Friedenstruppe mit UN-Mandat - Ex-Ministerpräsident Tschernomyrdin wird zum russ. Sonderbeauftragten für Jugoslawien ernannt - der belarusische Präsident Lukaschenko zu Gesprächen in Belgrad - PDS-Chef Gysi bei Milosevic und beim serbisch-orthodoxen Patriarchen - das US-Verteidigungsministerium beziffert die Kosten des Krieges gegen Jugoslawien bislang mit bis zu vier Mrd. $

16.4. NATO-Luftangriffe gegen zivile Infrastruktureinrichtungen wie Raffinerien in Pancevo und Novi Sad, Stickstoffabrik für Düngemittelherstellung, Brücke über die Donau, Ziele auch in Montenegro, u.a. Militärflughafen und Kriegsschiffe im Hafen Bar - UN-Menschenrechtskommissarin Robinson berichtet von Massenhinrichtungen und -vergewaltigungen in Djakovica, Orahovac, Ljubenic und Kotina - in Tirana wird ein jugoslaw. Offizier als erster Kriegsgefangener von der UCK an die US-Streitkräfte übergeben

17.4. Human Rights Watch veröffentlicht einen Untersuchungsbericht über ein Massaker in Bela Crkva Ende März, dem über 60 Menschen zum Opfer fielen - eine Friedensinitiative von UN-Generalsek. Annan scheitert, Jugoslawien lehnt fremde Truppen auf seinem Territorium weiterhin ab und fordert den Abzug der NATO-Truppen aus der Region, erst dann würden jugoslaw. Truppen im Kosovo reduziert - ein drittes großes Waffenlager der UCK in Mazedonien wird entdeckt - Treffen der EU-Finanzminister stellt eine Wiederaufbauhilfe für Länder des südlichen Balkans in Aussicht

18.4. die NATO veröffentlicht Satellitenfotos von 43 möglichen Massengräbern, u.a. in Izbica, die Zahl der Todesopfer wird auf 3.200 geschätzt - die USA verlegen weitere Truppen in die Region, GB entsendet 14 zusätzliche Challenger-Kampfpanzer und 1.500 Soldaten, die BRD schickt 12 Wiesel-Panzer und eine neue Brigade, italienische Gebirgsjäger treffen in Albanien ein - NATO-Generalsekretär Solana schließt eine Bodenoffensive nicht mehr kategorisch aus - der brit. „Observer" meldet, 80.000 US-Truppen würden sich für Invasion im Mai rüsten - Jugoslawien bricht die diplomatischen Beziehungen zu Albanien ab

19.4. 200-300 jugoslaw. Soldaten besetzen die unbewohnte, zu Kroatien gehörige Halbinsel Prevlaka (über das entmilitarisierte Gebiet wachen 30 UN-Beobachter) - Jugoslawien schließt erneut die Grenzen zu Albanien - der russ. Staatspräsident Jelzin kritisiert erstmals Milosevic, daß dieser eine internationale Konfliktlösung blockiere, Jelzin befürwortet eine internationale Truppe im Kosovo

20.4. die ersten Apache-Hubschrauber (der US Army) und weitere US-Fallschirmjäger treffen in Albanien ein

21.4. weiterhin grenzübergreifende Gefechte an der albanisch-jugoslaw. Grenze - deutsche Tornados haben bislang 140 Einsätze geflogen, davon 124 im Einsatzgebiet, es wurden 144 Harm-Raketen abgefeuert, die Aufklärungsdrohnen haben 94 Einsätze durchgeführt, die Bundeswehr führte bislang 146 Hilfsflüge durch, dabei wurden 1.600 Tonnen Lebensmittel, Medikamente, Decken und Zelte zur Versorgung der Flüchtlinge in der Region geliefert - nach Angaben des UNHCR befinden sich derzeit rund 589.000 kosovarische Flüchtlinge in Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien sowie knapp 17.000 in anderen Aufnahmestaaten, hunderttausende seien innerhalb des Kosovo vertrieben

22.4. nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums wurden bislang 9.300 Einsätze geflogen, davon waren 2.750 Kampfeinsätze - nach Angaben des jugoslaw. Informationsministers Komnenic wurden bislang 517 Zivilisten durch die NATO-Bombardements getötet, weitere 4.500 verletzt

23.4. Beginn des NATO-Gipfels in Washington - Luftangriff auf das jugoslaw. Staatsfernsehen (RTS) im Zentrum Belgrads, 16 Menschen werden getötet, die NATO rechtfertigt den Angriff mit der Propaganda von RTS - Vermittlungsmission Tschernomyrdins in Belgrad, Jugoslawien akzeptiert lediglich zivile UN-Beobachter - Sat1-Reporter Pit Schnitzler, der am 16.4. verschleppt wurde, wird der Spionage angeklagt

24.4. die NATO kündigt eine Seeblockade Jugoslawiens an, Rußland will das Ölembargo unterlaufen, die Blockade wird jedoch nie umgesetzt

25.4. der NATO-Gipfel beschließt eine Aufgabenerweiterung des Bündnisses, u.a. den Schutz vor Vertreibungen auch außerhalb des Bündnisgebietes, ein "Stabilitätspakt" für den Balkan wird angekündigt - erste Pressekonferenz der UCK im albanischen Kukes - Flüchtlinge berichten von Massakern in den Dörfern Hallac, Ribar und Sllovi mit mind. 45 Toten - in einem Interview im privaten Fernsehsender „Studio B" spricht sich der stellvertretende jugoslaw. Ministerpräsident Vuk Draskovic für eine UN-Truppe im Kosovo aus, am 28.4. wird er deswegen seines Postens enthoben

26.4. die NATO diskutiert weitere Sanktionen gegen Jugoslawien, so z.B. Reisebeschränkungen für Regierungsangehörige, Sperrung von Auslandskonten und von Exportkrediten

27.4. der stellvertretende US-Außenminister Talbott trifft den russ. Außenminister Iwanow in Moskau

28.4. bei der versehentlichen Bombardierung eines Wohnviertels in Surdulica kommen mind. 16 Zivilisten ums Leben - US-Präs. Clinton genehmigt die Einberufung von 33.000 Reservisten - Vertreter der jugoslaw. Regierung verständigen sich öffentlichkeitswirksam mit Rugova auf eine Interimsverwaltung für den Kosovo mit langfristig weitgehender Selbstverwaltung

29.4. nach US-Schätzungen sind seit Ende März mind. 4.000 Kosovaren ermordet worden, „Kosovapress" (Nachrichtenagentur der UCK) meldet ein Massaker an 53 Menschen durch Sondereinheiten der serbischen Polizei im Dorf Poklek am 17.4. - Jugoslawien erhebt vor dem IGH Klage gegen zehn NATO-Staaten (USA, GB, F, D, I, NL, B, E, P und CDN) wegen der völkerrechtswidrigen Bombardierung des Landes, es fordert eine Beendigung der Aggression und Entschädigung, Jugoslawien beziffert den Schaden auf 100 Mrd. $ - Treffen von UN-Generalsek. Annan mit Tschernomyrdin in Moskau, Annan bezeichnet den „menschlichen Preis" des NATO-Krieges als „unannehmbar" - Abstimmungsniederlage Clintons im Repräsentantenhaus, die Kammer lehnt ihre Unterstützung für den Luftkrieg ab (213:213)

30.4. NATO-Luftangriffe u.a. gegen das militärische Hauptquartier und Verteidigungsministerium im Zentrum Belgrads - nach Gesprächen mit Tschernomyrdin legt Milosevic einen 6-Punkte-Plan zur Beendigung des Krieges vor, Bestandteil des Planes ist u.a. die Stationierung einer leicht bewaffneten UN-Friedenstruppe im Kosovo unter Beteiligung Rußlands

1.5. beim Beschuß einer Brücke bei Luzane durch NATO-Jets wird ein Bus getroffen, mind. 47 Zivilisten werden getötet - die NATO bestätigt den Absturz einer F-16-Maschine über Serbien (Pilot überlebt), insges. sind bislang vier Maschinen und drei Drohnen abgestürzt - die NATO verfügt über eine Luftflotte von 806 Maschinen, 575 davon entfallen auf die USA - Freilassung der drei gefangenen US-Soldaten nach Vermittlung von Jesse Jackson - die USA verschärfen ihr Handelsembargo gegen Jugoslawien

3.5. Bombardierung von fünf Elektrizitätswerken mit Graphit-Bomben - ein A-10-Kampfjet wird getroffen und muß in Mazedonien notlanden - Tscher-

nomyrdin für zwei Tage in Washington - als erstes deutsches Gericht stellt das OVG Düsseldorf den Tatbestand einer „andauernden staatlichen Gruppenverfolgung“ von albanischen Volkszugehörigen im Kosovo fest

4.5. Jugoslawien und die NATO melden jeweils den Abschuß eines gegnerischen Jets -Treffen von Tschernomyrdin mit UN-Generalsek. Annan und US-Unterhändlern - CDU-geführte Bundesländer lehnen die Aufnahme weiterer Flüchtlinge ab, zuerst sollen andere Staaten die Verantwortung übernehmen

5.5. NATO-Angriffeu.a. gegen Kraftwerke in Belgrad und Fabriken in Uzice und Valjevo - Absturz eines Apache-Kampfhubschraubers in Albanien, beide US-Piloten kommen ums Leben - die OSZE veröffentlicht einen Bericht über Massenexekutionen, Vergewaltigungen und anderer Greuel im Kosovo - das albanische Fernsehen meldet Massaker an 150 Personen der Dörfer Vergoc, Qirez, Shtukiz und Gllasanelle sowie von 30 Personen bei Shavarina - Rugova kann Jugoslawien verlassen und fliegt mit seiner Familie als offizieller Gast der ital. Regierung nach Rom - 70 polnische Soldaten treffen in Albanien ein, es sind die ersten Truppen der neuen NATO-Mitglieder zur Unterstützung der Allied Force - nach Angaben des UNHCR befinden sich derzeit rund 684.000 kosovarische Flüchtlinge in Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien sowie knapp 31.000 in anderen Aufnahmestaaten, hunderttausende seien innerhalb des Kosovo vertrieben

6.5. die G-7-Staaten und Rußland einigen sich in Bonn auf allgemeine Grundsätze für eine politische Lösung des Kosovo-Konflikts - nach Angaben von NATO-Brigadegeneral Barnidge haben die sechs eingesetzten Tarnkappenbomber B-2 bislang über 500 satellitengelenkte Bomben über Jugoslawien abgeworfen, die Bomber starten von den USA aus - die “BZ” (Springer) meldet drei Selbstmorde von BW-Soldaten in Mazedonien seit Kriegsbeginn

7.5. bei der Bombardierung von Nis mit Splitterbomben sterben mind. 15 Zivilisten in einer Klinik und auf dem nahegelegenen Marktplatz - zum fünften Mal schlägt eine NATO-Rakete auf bulgarischem Territorium ein - der kosovarische Politiker Agani wird 30 km südlich von Pristina tot aufgefunden, tags zuvor wurde er verhaftet - die UNO ernennt zwei UN-Gesandte für den Kosovo, den Schweden Bildt und den Slowaken Kukan - der Bundestag beschließt mit 566:7:43 Stimmen die Entsendung weiterer 1.000 Soldaten nach Albanien und Mazedonien - die USA wollen weitere 176 Kampf- und Tankflugzeuge (zusätzlich zu den bisher 639) nach Europa verlegen, das Repräsentantenhaus billigt 13 Mrd. $ für den Luftkrieg, Clinton hatte nur sechs Mrd. $ beantragt

8.5. bei der Bombardierung Belgrads wird die chinesische Botschaft getroffen, drei Menschen werden getötet, in China werden daraufhin tagelang westliche Botschaften attackiert

9.5. die serbische Stadt Valjevo wird zum 24. Mal bombardiert

10.5. Jugoslawien beschuldigt die NATO des Völkermordes - am Abend kündigt Jugoslawien einen Teilabzug aus dem Kosovo an

11.5. eine vierköpfige UN-Delegation trifft in Belgrad ein, weitere UN-Beobachter sollen folgen - jugoslaw. Einheiten und albanische Grenzpolizei liefern sich Feuergefechte, zwei Personen werden getötet - Tschernomyrdin trifft Staatspräsident Jiang Zemin in Peking - China scheitert im UN-Sicherheitsrat mit dem Antrag, die Bombardierung der chinesischen Botschaft zu verurteilen

12.5. die NATO fliegt über 600 Angriffe, u.a. gegen Militärflughäfen, Kommunikationseinrichtungen, Straßen- und Eisenbahnbrücken, Öltanks, Kasernen und Industrieanlagen, fünf MiG-21 werden am Boden zerstört - die Türkei stellt Luftwaffenstützpunkte für NATO-Angriffe gegen Jugoslawien zur Verfügung, vergangene Woche stellte Ungarn bereits einen bereit - Freilassung der Sat-1-Journalisten Schnitzler und Webber, die von den jugoslaw. Behörden mehrere Wochen wegen Spionageverdachts festgehalten wurden

13.5. bei der Bombardierung eines Gehöfts nahe dem Dorf Korisa an der alban. Grenze werden bis zu 87 Menschen getötet - die Gefechte zwischen jugoslaw. Einheiten und UCK an der alban. Grenze halten an - Jugoslawien zieht medienwirksam rund 250 Polizisten aus dem Kosovo ab, die NATO nennt die Anzahl der Abgezogenen „bedeutungslos" - UN-Menschenrechtskommissarin Robinson in Belgrad, sie wird von Milosevic nicht empfangen - Sonderparteitag der GRÜNEN in Bielefeld unter dem Motto „Frieden und Menschenrechte vereinbaren", deutliche Mehrheit für Fischers Kurs (444:7:318), der gebilligte Antrag des Bundesvorstandes zur einseitigen, befristeten Unterbrechung der NATO-Luftangriffe hat nur emphehlenden Charakter

14.5. die NATO fliegt 679 Einsätze, u.a. gegen Kraftwerke in Belgrad, Novi Sad und Nis und gegen Militärfahrzeuge und -stellungen im Kosovo, 50-100 Streubomben werden dabei eingesetzt - venezianische Fischer bergen knapp 200 Sprengkörper in der Adria, die von NATO-Jets auf ihrem Rückflug entsorgt wurden - das IKRK schickt Mitarbeiter in das Kosovo - US-Senat und -Repräsentantenhaus verständigen sich auf ein Finanzpaket zur Finanzierung des Krieges in Höhe von 10,9 Mrd. $

16.5. nach Angaben von US-Verteidigungsminister Cohen sind bis zu 100.000 männliche Kosovaren im wehrfähigen Alter verschwunden, die USA schätzen die Zahl der ermordeten Kosovaren auf ca. 4.600 - Friedensplan des ital. Ministerpräsidenten D'Alema, Bestandteil ist u.a. eine Feuerpause, sobald sich die NATO mit Rußland und China auf eine UN-Resolution geeinigt haben - eine 10-köpfige UN-Delegation unter Leitung des Brasilianers Sergio de Mello trifft in Belgrad ein, sie wird für zehn Tage im Land sein

17.5. "Tanjug" meldet, daß aufgrund der NATO-Zerstörungen rund 500.000 Menschen ihre Arbeit verloren hätten, 1.000 Zivilisten seien bislang getötet worden - die EU ernennt den finnischen Präsidenten Ahtisaari zu ihrem Kosovo-Beauftragten - nach Angaben von „Newsweek" gäbe es NATO-Pläne, nach denen eine Bodenoffensive Anfang August beginnen könnte

18.5. amnesty international verurteilt die NATO-Bombardements als „zuneh-

mend blindwütig“ - Freilassung der beiden in Ramstein (BRD) festgehaltenen jugoslaw. Kriegsgefangenen

19.5. Milosevic und Tschernomyrdin verständigen sich darauf, daß eine Lösung des Konflikts nur im Rahmen der UNO möglich ist

20.5. eine fehlgeleitete NATO-Rakete schlägt in Belgrad in ein Krankenhaus ein und tötet mind. drei Personen - bei den Angriffen auf Ziele in Belgrad wird auch die Residenz des schwedischen Botschafters beschädigt - deutsche Kampfjets haben bislang rund 320 Einsätze von Piacenza (I) aus geflogen - nach Angaben des montenegrinischen Fernsehens sind 1.200 jugoslaw. Reservisten desertiert und in ihre Heimatstädte Krusevac und Aleksandrovac zurückgekehrt, das US-Außenministerium spricht von 500 Deserteuren

21.5. Raketen treffen das Gefängnis von Istok im Kosovo und töten mind. zehn Menschen, die NATO sagt, das Gefängnis diene dem Militär als Sammlungspunkt, nach jugoslaw. Angaben werden dort bis 1.6. insges. 100 Menschen durch Luftangriffe getötet - beim Beschuß eines Treibstoffdepots in Belgrad wird die Residenz des Schweizer Botschafters beschädigt, auch die Residenzen der Botschafter Spaniens, Norwegens, Ungarns, Pakistans und Indiens werden getroffen - nach Angaben von NATO-Sprecher Shea wurden bislang 10.000 Lenkwaffen abgeschossen, nur 12 hätten ihr Ziel verfehlt - die EU verschärft das Flugverbot zwischen EU-Ländern und Jugoslawien - seit Beginn des NATO-Krieges sind 1.100 Mitglieder aus den GRÜNEN ausgetreten, im selben Zeitraum sind 750 Neueintritte zu verzeichnen

22.5. der Einsatz von Bodentruppen werde geprüft, so NATO-Sprecher Shea - die NATO gesteht ein, versehentlich ein UCK-Lager in Kosare bombardiert zu haben, die UCK beziffert die Opfer mit sieben Toten und 15 Verletzten - die UN-Delegation besucht den Kosovo - Demonstration von 5.000 Menschen in der montenegrin. Stadt Cetinje gegen die Präsenz der jugoslaw. Armee

23.5. erneut Grenzgefechte zwischen jugoslaw. Einheiten und der alban. Polizei - die „Welt am Sonntag“ berichtet von einer geheimen NATO-Studie, die von der bisherigen Zerstörung von lediglich 300 militärischen Großgeräten, darunter 60 Panzer ausgeht, bislang seien auch erst zehn jugoslaw. Gefechtsstände im Kosovo zerstört worden, der Absturz des Apache am 5.5. sei auf ein Treffer durch die jugoslaw. Flugabwehr zurückzuführen

24.5. nach Angaben des UNHCR befinden sich derzeit rund 767.000 kosovarische Flüchtlinge in Albanien, Mazedonien, Montenegro und Bosnien sowie rund 60.000 in 27 anderen Aufnahmestaaten

26.5. die NATO fliegt 650 Einsätze, davon 284 Kampfeinsätze - Jugoslawien meldet den Abschuß einer NATO-Maschine vom Typ Harrier nahe Pozarevac im östlichen Serbien, der Pilot sei abgesprungen, auch nahe Prahovo an der Donau sei ein NATO-Jet abgeschossen worden - der EU-Gesandte Ahtisaari und der stellvertretende US-Außenminister Talbot zu Gesprächen in Moskau - die NATO einigt sich darauf, das Kontingent einer zukünftigen KFOR von 28.000 auf 45.000 Mann zu erhöhen

27.5. Haftbefehl gegen Milosevic und vier weitere jugoslaw. Regierungsmitglieder durch das Kriegsverbrechertribunal für Ex-Jugoslawien, ihnen wird u.a. die Vertreibung von 740.000 Menschen sowie die Ermordung von 340 namentlich bekannten Personen zur Last gelegt

28.5. NATO-Angriffe auf das Hauptquartier der Sicherheitspolizei in Pristina sowie gegen vier Landebahnen, sechs Munitionslager, vier Militärdepots, zwei Öltanks, Rundfunk- und Fernsehstationen, Brücken, Straßen und die Stromversorgung Jugoslawiens - Verhandlungen Tschernomyrdins mit Milosevic in Belgrad - am Abend erklärt das jugoslaw. Präsidialamt die Zustimmung zu den "G-8-Prinzipien" (vom 6.5.), die NATO reagiert skeptisch

30.5. bei einem NATO-Angriff auf eine Brücke in Varvarin (nahe Krusevac) kommen elf Menschen ums Leben - jugoslaw. Einheiten zerstören einen alban. Grenzposten bei Morina - ein BW-Soldat wird getötet, als ein Panzer in Albanien von einer Brücke stürzt - Bundesverteidigungsminister Scharping legt eine Liste serbischer Greuel im Kosovo vor

31.5. die NATO fliegt 772 Einsätze, davon 415 Kampfeinsätze - die NATO verfügt über eine Luftflotte von 1.037 Maschinen, 717 davon entfallen auf die USA - ein Sanatorium in Surdulica wird von fünf Raketen getroffen, 20 Menschen werden dabei getötet - bei einem Raketeneinschlag in einem Wohnhaus in Novi Pazar kommen bis zu 23 Menschen ums Leben

1.6. die „Gesellschaft für bedrohte Völker" legt eine Dokumentation der jugoslaw. Greuel im Kosovo vor, festgehalten sind darin bis zu 3.000 Morde, die GfbV schätzt, daß bis zu 30.000 Menschen getötet worden sein könnten - der russ. Außenminister Iwanow reist zu einem dreitägiggen Besuch nach China, beide Staaten sprechen sich für eine Beendigung der Bombardements als „zwingende Bedingung" für eine Lösung des Konflikts aus - in einem Schreiben an die deutsche Regierung akzeptiert Jugoslawien die "G-8-Prinzipien" formell

2.6. NATO-Jets bombardieren irrtümlich Bunkeranlagen auf alban. Gebiet - der IGH weist die Klage Jugoslawiens gegen zehn NATO-Staaten zurück

3.6. in dem bulgarischen Dorf Goweshda schlägt eine NATO-Rakete ein - Beginn des zweitägigen EU-Gipfels in Köln - Tschernomyrdin und Ahtisaari zu Gesprächen in Belgrad - am Abend nimmt das jugoslaw. Parlament den 12-Punkte-Friedensplan der EU und Rußlands an - die NATO erklärt, sie habe insges. über 10.000 Mitglieder der jugoslaw. „Sicherheitskräfte" getötet oder verwundet

4.6. die NATO schränkt ihre Angriffe ein

5.6. Gespräche zwischen den militärischen Vertretern Jugoslawiens und der NATO in Mazedonien - weitere 1.900 brit. und deutsche Soldaten werden nach Mazedonien entsandt

6.6. die Gespräche zwischen den jugoslaw. und den NATO-Militärs im mazedon. Kumanovo geraten ins Stocken, Inhalte seien nicht verhandelbar, so die NATO - jugoslaw. Truppen beschießen seit Tagen Dörfer an der alban. Grenze mit Artillerie, mehrere Menschen fallen den Angriffen zum Opfer

7.6. nach NATO-Angaben wurden bei massiven Luftangriffen auf Stellungen in

den Pastrik-Bergen an der Grenze zu Albanien mehrere hundert jugoslaw. Soldaten getötet - seit Tagen ist die UCK in der Offensive - nach brit. Angaben beseitigen die jugoslaw. Einheiten die Spuren ihrer Verbrechen im Kosovo, indem sie systematisch Leichen verbrennen - die Gespräche zwischen der NATO und dem jugoslaw. Generalstab sind vorläufig gescheitert, sie sollen jedoch auf niedrigerem Niveau weiter geführt werden - mit Berufung auf ein Gutachten internationaler Finanzexperten beziffert die brit. „Financial Times" die Kosten des Krieges für die NATO-Staaten auf bislang sieben Mrd. $ (13,3 Mrd. DM)

8.6. die NATO fliegt 650 Einsätze, davon 287 Kampfeinsätze - die G-7-Staaten und Rußland verständigen sich auf einen Entwurf für eine UN-Resolution, der Hauptstreitpunkt wird ausgeklammert: das KFOR-Kommando, dem sich Rußland nicht unterstellen will, der Kosovo soll in fünf Sicherheitszonen unter amerikan., brit., franz., deutscher und ital. Befehlsgewalt aufgeteilt werden - EU-Vermittler Ahtisaari in Peking - am Abend werden die Gespräche der Militärs in Kumanovo wieder aufgenommen

9.6. Vertreter des jugoslaw. Generalstabs unterzeichnen das Rückzugsabkommen, in elf Tagen müssen alle jugoslaw. Kräfte abgezogen sein, zwischen Serbien und dem Kosovo wird eine 25 km-Pufferzone etabliert, die UCK will in ihren Stellungen bleiben - die NATO verfügt über eine Luftflotte von 1.127 Maschinen, 785 davon entfallen auf die USA

III) Nachkriegsphase unter internationalem Protektorat

10.6. Beginn des jugoslaw. Rückzug aus dem Kosovo - die NATO verkündet die Aussetzung der Luftangriffe - UN-Resolution 1244 erteilt einer „internationalen Sicherheitspräsenz" (KFOR) und einer „internationalen zivilen Präsenz" (UNMIK) im Kosovo das Mandat, die Resolution beinhaltet auch eine Demilitarisierung der UCK - die jugoslaw. Regierung erklärt, daß durch die NATO-Luftangriffe ca. 2.000 Zivilisten getötet und 6.000 verletzt worden seien, zudem wurden 34 Brücken, 12 Eisenbahngleise, 20 Straßen und acht Flughäfen zerstört sowie hunderte offizielle Gebäude getroffen - die Außenminister der "G-8" und weiterer 30 Staaten beschließen in Köln einen „Stabilitätspakt" für den Balkan - die Innenminister Bayerns und Berlins fordern eine schnelle Rückkehr der Flüchtlinge - der Außenkommissar der EU, van den Broek, beziffert die Kosten für den Wiederaufbau des Kosovo auf mind. 9,3 Mrd. DM

11.6. der Bundestag stimmt der Aufstockung des deutschen KFOR-Kontingents von 6.000 auf 8.500 Soldaten zu (505:11:24)

12.6. rund 200 russ. SFOR-Soldaten besetzen ohne Absprache mit der NATO den Flughafen von Pristina, die serbische Bevölkerung begrüßt die russ. Truppen - kurz darauf rücken NATO-Truppen unter dem Jubel der kosovarischen Bevölkerung in die Provinz ein

13.6. ein Vorauskommando von 180 BW-Soldaten marschiert in der Nacht von Mazedonien aus in den Süden Kosovos ein, am Nachmittag kommen weitere 780 über Albanien - zwei brit. Soldaten erschießen einen serbischen

Sonderpolizisten in Pristina - in Prizren befreien deutsche Soldaten 15 Albaner aus der Gewalt der abziehenden jugoslaw. Truppen - bei einer Schießerei in Prizren wird ein bewaffneter Serbe von BW-Soldaten erschossen, ein BW-Soldat wird verletzt - zwei „Stern"-Journalisten und ihr mazedon. Dolmetscher werden bei Dulje erschossen - der erste Hilfskonvoi des UNHCR erreicht von Mazedonien aus den Kosovo - 40 Polizisten aus den USA und GB treffen im Kosovo ein, um die Massaker zu untersuchen

14.6. brit. Soldaten entdecken ein Massengrab mit rund 100 Leichen, deutsche Soldaten finden 70 Leichen - nach Angaben der UNHCR halten sich noch rund 500.000 Flüchtlinge im Land versteckt

15.6. die UCK besetzt strategisch wichtige Orte im Kosovo, aus denen die jugoslaw. Armee abgezogen ist - KFOR-Soldaten stoßen erneut auf zwei Gräber in Djakovica und in Velika Krusa (mind. 20 Tote) - in Pristina werden sieben Serben erschossen, andere werden entführt - rund 37.000 Serben und Roma haben aus Angst vor Vergeltung seit 9.6. den Kosovo verlassen (13.000 nach Montenegro, 24.000 nach Serbien) - die serbisch-orthodoxe Kirche fordert den Rücktritt Milosevics

16.6. die NATO verlängert die Frist für den jugoslaw. Abzug aus dem Süden Kosovos (erste Phase) um 24 Stunden - ital. KFOR-Soldaten stoßen auf Massengräber in Korenica (120 Tote) und in Ruckhat (zehn Tote) - die Verteidigungsminister Rußlands und der USA verhandeln in Helsinki über eine Beteiligung russ. Truppen an KFOR, Rußland schickt neue Truppen aus Bosnien in den Kosovo

17.6. amerikan. KFOR-Soldaten entwaffnen 117 UCK-Kämpfer unter Zwang, sechs Anführer werden verhaftet - die UNO meldet 50 Minenunfälle bislang - in Mazedonien begeht erneut ein deutscher Soldat Selbstmord

18.6. nach Angaben des brit. Außenministeriums sind mind. 10.000 Kosovaren der jugoslaw. Greuel zum Opfer gefallen, rund 100 Massengräber werden im Kosovo vermutet - in Prizren vereinbart die Bundeswehr mit dem lokalen UCK-Kommandanten eine Demilitarisierung der UCK-Kämpfer - BW-Soldaten befreien in Prizren 15 Gefangene (meist Roma) der UCK, ein Mann erlag den Folterungen - Mitarbeiter des ICTY treffen im Kosovo ein - der kosovarische Exil-Ministerpräsident Bukoshi wirft der UCK eine Monopolosierung der Macht im Kosovo vor - vor dem KFOR-Hauptquartier in Skopje (MAZ) explodiert eine Bombe - die Verteidigungsminister der USA und Rußlands einigen sich in Helsinki grundsätzlich über die Beteiligung Rußlands an der KFOR: demzufolge sollen 1.500 russ. Soldaten in den deutschen und franz. Sektoren und 1.500 im amerikan. Sektor stationiert werden, 150 sollen auf dem Flughafen in Pristina bleiben - bislang kehrten 30.000 Flüchtlinge in den Kosovo zurück

20.6. die letzten jugoslaw. Verbände verlassen offiziell den Kosovo (41.000 Mann), 250 Panzer, 450 gepanzerte Fahrzeuge und 600 Geschütze wurden abgezogen - die UN schätzt die Zahl der nach Serbien verschleppten kosovarischen Gefangenen auf 3.000 - formelle Beendigung der NATO-Luftangriffe - die EU sagt 1,5 Mrd. Euro (drei Mrd. DM) für humanitäre Soforthilfe

und den Wiederaufbau des Kosovo zu, Serbien wird von jeglicher Aufbauhilfe ausgeschlossen, solange Milosevic an der Macht bleibt

21.6. die NATO unterzeichnet mit der UCK ein Abkommen über deren Entwaffnung innerhalb von 90 Tagen - die jugoslaw. Regierung fordert die Serben auf, im Kosovo zu bleiben, in Kraljevo wird ein Flüchtlingstreck zurückgeschickt - zwei brit. Soldaten und zwei UCK-Mitglieder werden in Negrovce südwestlich von Pristina bei der Entschärfung einer Splitterbombe getötet

22.6. die Bundesregierung schätzt die Kosten des Wiederaufbaus des Kosovo in den nächsten 3-5 Jahren auf ca. acht Mrd. DM

23.6. nach Angaben des US-Außenministeriums hat die NATO insgesamt über 1.000 Streubomben über Jugoslawien abgeworfen, jede Bombe enthalte 200 Sprengsätze, von denen 5-10% nicht detonierten, rund 11.000 Sprengsätze lägen derzeit noch im Kosovo und in Serbien

24.6. in der Stadt Pec wurden bislang zehn Serben von Kosovaren ermordet, im Umland von Pec weitere sieben, 30 Personen gelten dort als verschwunden - in Pristina werden mind. fünf Menschen getötet, US-Soldaten erschießen einen Serben - im deutschen Sektor brennen Kosovaren 50 Häuser von Serben ab, die Bundeswehr nimmt rund 80 Personen fest - das jugoslaw. Parlament hebt das Kriegsrecht wieder auf, das Versammlungsverbot bleibt jedoch in Kraft - die US-Regierung setzt eine Belohnung von fünf Mio. $ (9,5 Mio. DM) aus für Hinweise, die zur Ergreifung von Kriegsverbrechern führen - die brit. „Times" berichtet, daß lediglich drei Panzerwracks gefunden wurden, ansonsten nur Panzer- und Geschützattrappen, Jugoslawien gibt die Zahl der Panzerverluste mit 13 an

25.6. die Duma bewilligt die Entsendung von 3.600 russ. KFOR-Soldaten

28.6. die ersten 35 UN-Polizisten treffen im Kosovo ein - das UNHCR beginnt mit der Rückführung der ersten 325 kosovarischen Flüchtlinge aus mazedon. Lagern, bis zu 416.000 Flüchtlinge sind bereits auf eigene Faust zurückgekehrt - über 50.000 Serben haben den Kosovo bislang verlassen - das Pentagon schätzt die Kosten der Luftangriffe für die USA auf rund vier Mrd. $ (7,5 Mrd. DM)

29.6. nach Angaben der KFOR hält sich die UCK an das Entmilitarisierungsabkommen, bislang sind 40 Depots zur Abgabe der Waffen eingerichtet, über 3.700 Kämpfer sind kaserniert - nach Angaben des US-Sonderbeauftragten für Minenräumung, Steinberg, wird die Räumung der Minen im Kosovo bis zu fünf Jahre dauern, bislang sind zwei Dutzend Menschen durch Minen getötet worden - Kanzleramtsminister Hombach wird Balkan-Beauftragter der EU - nach Angaben der brit. Zeitung „The Guardian" haben UCK-Kommandeure mind. sechs Rivalen in den eigenen Reihen hinrichten lassen

30.6. brit. Soldaten erschießen drei UCK-Mitglieder in Ajvalija bei Pristina, als diese versuchten, einen Serben zu entführen - der Wiederaufbau des Justizsystems im Kosovo beginnt, die UNMIK ernennt die ersten neun Richter und Ankläger - bislang wurden 221 Personen wegen Straftaten von KFOR-Einheiten in Gewahrsam genommen - erst 21.000 der vorgesehenen rund 50.000 Soldaten der KFOR sind im Kosovo eingetroffen

1.7. BW-Soldaten finden bei Celina und Nogovac weitere Gräber mit 119 Leichen, 60 weitere Leichen werden dort vermutet - KFOR-Soldaten nehmen sechs bewaffnete serbische Polizisten bei Orahovac und fünf jugoslaw. Soldaten an der Grenze zu Serbien fest, die Soldaten werden am 3.7. Jugoslawien übergeben - die ersten 20 russ. Soldaten treffen in Prizren ein, auf dem Flughafen von Pristina sind derzeit rund 700 russ. Soldaten stationiert - nach jugoslaw. Angaben sind seit 10.6. über 140 Serben und Montenegriner von der UCK entführt worden, rund 50 wurden jedoch wieder freigelassen - 71.500 Serben sind bislang aus dem Kosovo geflohen - außerhalb des Kosovo halten sich nach Angaben des UNHCR noch ca. 256.000 kosovarische Flüchtlinge auf, außerhalb der Region sind es rund 91.000 in 29 Staaten auf, knapp 14.000 davon in der BRD

2.7. die NATO kündigt an, im Falle eines Eingreifens jugoslaw. Truppen in Montenegro militärisch auf Seiten Montenegros zu intervenieren, in Montenegro sind rund 40.000 jugoslaw. Soldaten zusammengezogen worden - das UNHCR beklagt die mangelnde Zahlungsbereitschaft der Geberländer für nicht-militärische Missionen

3.7. brit. Soldaten erschießen zwei UCK-Mitglieder bei einer Kundgebung in Pristina

4.7. die ersten 160 türkischen KFOR-Soldaten marschieren in Prizren unter dem Jubel der Bevölkerung ein - die NATO droht damit, die Verlegung russ. Truppen in den Kosovo zu blockieren, solange die Aufgaben des russ. Kontingents nicht geklärt sind, Ungarn, Rumänien und Bulgarien sperren ihren Luftraum für russ. Transportflugzeuge

5.7. die NATO und Rußland räumen nach Gesprächen in Moskau die letzten Streitpunkte über die Rolle des russ. KFOR-Kontingents aus dem Weg■

Quellen: *Die Chronologie ab März 1999 basiert auf einer Auswertung der "Frankfurter Rundschau", der "tageszeitung", der "Süddeutschen Zeitung", der "Berliner Zeitung", der "Berliner Morgenpost" und von Agenturmeldungen. Herangezogen wurden ferner: Federation of American Scientists: http://www.fas.org/man/dod-101/ops/allied_force.htm (4.6.99); Balkan Watch: http://www.balkanaction.org/pubs/#bw; Information für die Truppe (IFDT) 5/99, S.168-173. Eine übersichtliche Darstellung des Bürgerkrieges im Kosovo bis März 1999 findet sich in: Christine Schweitzer, Krieg und Vertreibung im Kosovo - Ist die NATO Brandstifter oder Feuerwehr?, Arbeitspapier des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktaustragung (IFGK) Nr. 11 (5.6.99); Friedensgutachten 1999 (HSFK, FEST, IFSH), S. 319-323; U.S. Department of State: http://www.state.gov/www/regions/eur/fs_kosovo_timeline.html (21.5.99); IAP-Dienst Sicherheitspolitik 5/99 (Schwerpunktheft Balkan); Human Rights Watch: http://www.hrw.org/hrw/campaigns/kosovo98/timeline.htm.*

Im Oktober 1915 überrannten kaiserlich deutsche Truppen erstmals in diesem Jahrhundert Serbien. Am 17. April 1941 kapitulierte die jugoslawische Armee nach 12 Tagen vor der Wehrmacht. „Nie wieder Krieg", hieß es nach 1945 in Deutschland. „Keine deutschen Soldaten auf jugoslawischen Boden", erklärte Altkanzler Kohl noch Ende der 90er Jahre. Am 10. Juni 1999 gab sich Jugoslawien auch deutschen Tornados der Bundeswehr geschlagen. Scheibchenweise hatte Deutschland ausgerechnet auf dem Balkan zurück zu seiner militärischen "Normalität" gefunden.

Stefan Gose

Der deutsche Weg in den Balkankrieg

Die Bundeswehr - Dein Freund und Helfer

Stefan Gose ist Redakteur der ami.

Der deutsche Weg auf den Balkan führte über einige Umwege. Kambodscha, Somalia, Irak und Ruanda waren Etappen der Bundeswehr, bevor sich deutsche Soldaten auch in Europa wieder über die Grenzen trauten. An den internationalen Missionen im zerfallenden Jugoslawien war die Bundeswehr anfangs noch nicht beteiligt. Nach dem Waffenstillstand im kroatisch-serbischen Krieg vom November 1991 stellte die UNO im Februar 1992 die UN Protection Force/UNPROFOR in Kroatien auf. Im September 1992 wurden UNPROFOR-Truppen in Bosnien und im Dezember 1992 auch in Mazedonien stationiert. (1) Die Bundeswehr empfahl sich zunächst nur als hilfsbereit aus der Distanz: ab Juli 1992 versorgte sie Sarajewo mit einer Luftbrücke, ab März 1993 warf sie über dem ost-bosnischen Kampfgebiet Hilfsgüter ab. Doch schon bald beteiligten sich deutsche Marinesoldaten zu Wasser und in der Luft, als NATO und WEU ab Juli 1992 die Straße von Otranto vor Mazedonien und Albanien mit einem Waffenembargo abriegelten. Hier brachten zwei deutsche Kriegsschiffe immerhin schon andere Boote auf und kontrollierten die Fracht von 262 Schiffen. Einen Schritt weiter ging die deutsche Beteiligung an der AWACS-Überwachung des jugoslawischen Flugverbotes ab April 1993, mit dem der Krieg in Bosnien unterbunden werden sollte: die im deutschen Geilenkirchen startenden Boeing 707 kontrollierten nicht nur den jugoslawischen Luftraum. Auch deutsche AWACS-Besatzungen trugen mit ihren Informationen dazu bei, daß NATO-Jets mehrere jugoslawische Galeb-Kampfflugzeuge abschossen. Ersten Bodenkontakt mit Jugoslawien erhielt die Bundeswehr ab August 1995: nachdem bosnische Serben am 26. Juni 1995 400 UNPROFOR-Soldaten als Geiseln genommen hat-

(1) ami 3/94, S. 13ff.

ten, erwog die NATO, sämtliche 20.000 UN-Blauhelme mit zusätzlichen Kampfeinheiten aus Jugoslawien zu evakuieren. (2) Zu diesem Zweck stellten Großbritannien und Frankreich zwei Schnelle Einsatzbrigaden bereit. Die Bundeswehr unterstützte den geplanten Abzug bemerkenswerter Weise durch den Aufbau eines Feldlazaretts im kroatischen Trogir. Deutsche Tornado-Kampfbomber und Transall-Transporter wurden nach Italien verlegt, die Marine-Luftüberwachung verstärkt. Damit waren plötzlich 1.800 Bundeswehrsoldaten im Balkaneinsatz. Statt die 20.000 UNPROFOR-Soldaten abzuziehen, wurde das Kontingent auf 52.000 Soldaten erhöht, die nun das Dayton-Abkommen vom 14. Dezember 1995 durchsetzen sollten. (3) Aus UNPROFOR wurde im Dezember 1995 die „Implementation Force/IFOR".

(2) ami 7-8/95, S. 21ff).

(3) ami 1/96, S. 5ff.).

Nachdem bereits UNPROFOR sich von ihrer Stabilisierungsaufgabe überfordert gezeigt hatte, sollte dies nun mit schlagkräftigen IFOR-Truppen erzwungen werden. Auch die Bundeswehr blieb und verdoppelte ihr Balkan-Kontingent auf 4.000 Soldaten, die jetzt auch an weiteren acht kroatischen Orten sowie im bosnischen Livno stationiert wurden. Aus Italien starteten deutsche Tornados zu über 2.000 Schutz- und Überwachungsflügen, C-160-Transall übernahmen 750 Transportflüge nach Jugoslawien. 260 deutsche Soldaten zogen in die gemeinsamen IFOR-Hauptquartiere von Sarajevo, Zagreb, Rijeka, Split und Dubrovnik ein. (4)

(4)Zu den deutschen Balkan - missionen bis Ende 1998 siehe: BMVg, Presse- und Informationsstab: Einsätze der Bundeswehr im Ausland, Bonn Februar 1999, S. 16ff, sowie: ders. Folgeoperation SFOR

Als auch den IFOR-Soldaten nach einem weiteren Jahr keine wesentliche Stabilisierung der Region gelang, waren die USA nicht länger bereit, 20.000 IFOR-Soldaten für eine unabsehbere Mission zu stellen. Im Dezember 1996 wurde IFOR deshalb auf die „Stabilisation Force/SFOR" „abgespeckt": „Nur" noch 35.000 Soldaten umfaßte das SFOR-Kontingent. Der amerikanische Anteil sank auf 8.500 Soldaten, Deutschland reduzierte seine Balkan-Truppe auf 3.000 Soldaten. (5) Mit SFOR war für die Bundeswehr weitere Einsatznähe verbunden: erstmals wurden größere Heereskontingente mit der deutsch-französischen Brigade in Sarajevo stationiert. Auch im Stab von Mostar wurden deutsche Offiziere beteiligt. Den ersten militärischen Alleingang unternahm die Bundeswehr am 14. März 1997, als 240 deutsche SFOR-Soldaten ungebeten 116 Personen aus der albanischen Hauptstadt Tirana evakuierten. (6) Die SFOR-Truppe kostet zwar jährlich 15 Mrd. DM, doch nach achzehn Monaten Stabilisation Force bilanzierte die NATO, daß nach einem SFOR-Abzug sofort neue Kämpfe in Jugoslawien zu erwarten wären. Deshalb wurde im Juni 1998 eine SFOR-Folgeoperation mit 30.000 Soldaten beschlossen, der deutsche Anteil beträgt weiterhin 3.000 Soldaten.

(5) ami 1/97, S. 3f.

(6) ami 4/99, S. 39ff.

Kosovo - erst ignoriert dann übereifrig?

Während die Lage in Bosnien auf kostspieligem Niveau stagnierte, eskalierte die Situation in Jugoslawien. NATO- wie EU-Regierungen hatten der Zuspitzung des Kosovo-Konfliktes seit der Aufhebung des Kosovo-Autonomiestatuts 1989 tatenlos zugesehen und die Krisenregion im Dayton-Abkommen ausgeklammert. Mehrfach forderte die NATO 1998 das Ende der „ethnischen Säuberungen" im Kosovo von der jugoslawischen Regierung. Wie einst gegenüber Kroatien setzten die NATO-Regierungen auf dezente Unterstützung des serbischen Gegners, diesmal der UCK, und weitgehend unkoordinierte Verhandlungen. (7)

(7) ausgemusterte Waffen der NVA erreichten über Albanien und die Türkei die UCK, siehe Erich Schmidt-Eenboom: UCK - Zur Karriere einer Terroristischen Vereinigung, in: Wissenschaft und Frieden, 2/99, S. 17ff., zur Aufrüstung Kroatioens siehe ami 11/95, S. 23f.

UNO und OSZE wurden zur Vermittlung nicht einbezogen. Weder NATO-Manöver in Albanien und Mazedonien, noch halbherzige Sanktionen führten in Belgrad zum Einlenken. Stattdessen brachte sich die NATO mit ihren Ultimaten selbst in Zugzwang. Am 12. Oktober 1998 autorisierte - neben den Parlamenten anderer NATO-Staaten - die Regierung Kohl/Kinkel den NATO-Rat zu einem Militärschlag gegen Serbien. Die notwendige Zustimmung des Bundestages holte sich die Bundesregierung erst am 16. Oktober, drei Tage, nachdem die NATO den Kampfeinsatz ohne UN-Mandat bereits beschlossen hatte (ami 1/99, S. 35ff.) Die gerade zur neuen Regierung gewählten Fraktionen von SPD und Grünen stimmten dem völkerrechtswidrigen Angriff mit großer Mehrheit zu, um Loyalitäts- und Kontinuitätszweifel an ihrer künftigen Außenpolitik zu zerstreuen. (8)

(8) siehe ausführlich: Gunter Hofmann: Wie Deutschland in den Krieg geriet, in: Zeit-Dossier vom 12.5.99

Unter der Drohung des NATO-Einsatzbefehls vom 13. Oktober willigte Serbiens Präsident Slobodan Milosevic noch am selben Tag ein, die jugoslawische Armee und Sondereinheiten aus dem Kosovo abzuziehen und dies von 2.000 OSZE-Beobachtern überwachen zu lassen. Die OSZE-Variante wurde sogleich von deutscher Seite als zivil-deeskalierend gepriesen. Denn bis zu seinen letzten Amtstagen hatte Verteidigungsminister Volker Rühe eine deutsche Beteiligung an einem unkalkulierbaren Bodenkampfeinsatz, wie er von amerikanisch-britischer Seite erwogen wurde, ausgeschlossen. Tatsächlich war die OSZE-Mission mit heißer Nadel gestrickt. Denn die NATO war auf einen Kampfeinsatz in Jugoslawien weder aus der Luft noch am Boden vorbereitet. Die US-Regierung erwartete, daß Milosevic sich durch die Verlegung von 400 amerikanischen Kampfflugzeugen auf den Balkan von weiteren Menschenrechtsverletzungen wie im Vorfeld von Dayton abschrecken ließ. Anderenfalls würde ein Scheitern der OSZE-Mission den Vorwurf des NATO-Völkerrechtsbruchs mit dem

Argument mildern, alle zivilen Möglichkeiten seien ausgeschöft worden. In jedem Falle gewann die NATO durch die OSZE-„Kosovo Verification Mission/KVM“ Zeit für ihren Truppenaufmarsch, die unbewaffneten OSZE-Beobachter kamen dagegen unvorbereitet in ein unbefriedetes Gebiet. Nur 1.200 der vorgesehenen 2.000 OSZE-Kräfte konnten aufgetrieben werden. Die Bundeswehr beteiligte sich mit 80 Soldaten am OSZE-Einsatz vor Ort. Wie wenig die NATO auf eine zivile Lösung vertraute, demonstrierte sie mit zwei weiteren militärischen Missionen: 350 Bundeswehrsoldaten nahmen ab November 1998 an der „Operation Eagle Eye“ im mazedonischen Tetovo teil, um mit Drohnen die jugoslawischen Truppenbewegungen zu beobachten. Zeitgleich stimmte der Bundestag einem Bundeswehr-Kontingent von etwa 250 Soldaten für die 2.000 Mann starke „Extraction Force“ in Mazedonien zu, die die OSZE-MitarbeiterInnen im Notfall evakuieren sollten. Für diesen Fall gab es keinerlei Einschränkungen mehr für den Waffeneinsatz der Bundeswehrsoldaten. Zugleich wurde das Bundeswehr-Kontingent mit 22 schweren Leopard II-Panzern ausgerüstet, nicht aber mit Hubschraubern für Evakuierungseinsätze. Das bedeutet, der Evakuierungsauftrag war nur ein Vorwand für ein erstes Bodenkampfkontingent der Bundeswehr. Als im Februar 1999 erwartungsgemäß die OSZE-Mission am hinhaltenden Widerstand der jugoslawischen „Sicherheitskräfte“ scheiterte, wurde die Extraction Force nicht zur Evakuierung eingesetzt, blieb aber in Mazedonien. Am 20. März wurde die Extraction Force der NATO unterstellt und mit Stinger-Luftabwehrraketen nachgerüstet.(9) Unter der weiter bestehenden Bombardierungsdrohung der NATO folgten die Verhandlungen von Rambouillet, bei denen die deutsche Delgation bei wichtigen Sitzungen ausgeschlossen wurde. Der von den USA abgesteckte Verhandlungsspielraum reichte ohnehin nur von serbischer Kapitulation bis NATO-Protektorat. Von Interesse war letztlich nur die Frage, ob die NATO auf russische Unterstützung und damit eventuell noch ein UN-Mandat bei einer Intervention zählen konnte. Während der Verhandlungen wurde der Truppenaufmarsch der NATO auf dem Balkan abgeschlossen.

(9) Am 7. April werden sie um weitere 100 Soldaten mit 12 Luftlandepanzern „Wiesel“ verstärkt und zum Kern einer künftigen „Kosovo Stabilisation Force/KFOR“ ausgebaut

Dabeisein ist tödlich

Am 24. März begann die Bombardierung Jugoslawiens durch die NATO. Auch 4 deutsche „Electronic Combat Reconnaissance/ECR“-Tornados des Jagdbombergeschwaders 31 aus Lechfeld nahmen vom italienischen Stützpunkt Piacenza um 18:45 Uhr Kurs auf Jugoslawien. Stolz verbreiteten deutsche Medien die Falschmeldung, die NATO sei auf HARM-Raketen

der Bundeswehr zur Ausschaltung der serbischen Luftabwehr angewiesen. Durchschnittlich sechs Flüge pro Kriegstag führten deutsche Tornados aus. Die „Kosovo Verification Mission" der OSZE wird am 27. März nach Mazedonien verlegt, auf 250 Personen reduziert und zur Flüchtlingshilfe eingesetzt. Überrascht und unvorbereitet regierte die Bundesregierung auf die Flüchtlingsbewegungen in Folge der Eskalation. Erst am 23. April war das erste Flüchtlingslager der Bundeswehr im albanischen Quartum aufnahmebereit. Am 7. Mai beschloß der Bundestag die Entsendung weiterer 1.000 Soldaten zur Flüchtlingshilfe. Insgesamt waren etwa 6.000 Bundeswehrsoldaten am Krieg gegen gegen Jugoslawien beteiligt. (10) Von deutschem Boden starteten NATO-Kampf- und Transportflugzeuge direkt ins Kriegsbegiet. (11) Hinzu kamen weitreichende Unterstützungen durch die Kommandozentralden etwa in Stuttgart und Heidelberg, logistische Hilfen über Flughäfen wie Ramstein und Frankfurt/M., aber auch der Transit über Bremerhaven. Die bisherigen Verluste der Bundeswehr sind „gering": ein Oberstabsarzt starb, als sein „Fuchs"-Transportpanzer am 31. Mai in Albanien eine Böschung hinabstürzte, daneben gab es mehrere zum Teil schwer Verletzte sowie drei Selbstmode deutscher Soldaten in Mazedonien. Die materiellen Schäden der Bundeswehr umfassen bisher offiziell lediglich sieben verlorene Drohnen CL-289. (12)

10) Agence France Press/AFP 6.6.99

(11) 4 E-3AWACS-NATO-Luftüberwachungsflugzeuge starteten von Geilenkirchen, britische Tornado GR.7 starteten von Brüggen, 24 amerikanische F-16C/J und 12 F-117A starteten von Spangdahlem, von Frankfurt/M.starteten zwei E-8 JSTARS-Überwachungsflügzeuge, zwei KC-10 Lufttanker sowie 7 C-130 Hercules-Transporter, 26 amerikanische KC-135 Lufttanker starteten vom britischen Luftwaffenstützpunkt Brüggen, mindestens 24 amerikanische AH-64, 15 UH-60 und 11 CH-47-Hubschruber wurden von Deutschland ins Kampfgebiet verlegt. *Federation of American Scientists/FAS: Operation Allied Force, Kosovo Order of Battle, 4.7.99, http://www.fas.org/man/dod/-101/ops/kosovo_orbat.htm)*

(12) Offically confirmed NATO Losses, http://members.xoom.com/_XOOM/ggromozeka/aviation/official/officillosses.htm). [Zu den Kosten der etwa 200 verschossenen HARM-Raketen und ersten Hochrechnungen siehe den Artikel von Olivier Minkwitz in dieser Ausgabe]

Ausgehandelt:
Deutschland auf dem Boden der militärischen Tatsachen

Bei den Verhandlungen zwischen Rußland und der NATO über einen Waffenstillstand im Vorfeld des Kölner G-8-Gipfels vom 3.-4. Juni spielten Vorbehalte gegen deutsche Bodenkampftruppen endgültig keine Rolle mehr. Am 2. Juni unterzeichneten der EU-Unterhändler Martti Ahtisaari und Viktor Tschernomyrdin das „Petersberg Dokument", das, von Ahtissari vorgelegt, am 3. Juni vom serbischen Parlament und der jugoslawischen Administration gebilligt wurde. Am 7. Juni beschloß das Bundeskabinett, die Tornadoverbände in Piacenza (ca. 370 Soldaten), die mazedonische „Operation Eagle Eye" (350 Soldaten) und die im Februar auf etwa 3.000 Soldaten verstärkten deutschen „Extraction Frorces/Kosovo Stabilisation Forces/KFOR" in einem neuen KFOR-Kontingent zu bündeln. Die neue Bundeswehrtruppe wurde auf 8.500 Soldaten aufgestockt und der künftigen NATO-Operation Joint Guardian zugeordnet. Darüber hinaus kann diese Kosovo-Truppe auf die etwa. 1.000 Bundeswehrsoldaten, die in Mazedonien und Albanien seit Mai in der Operation Allied Harbour Flücht-

lingshilfe leisteten sowie auf die etwa 3.000 Bundeswehrsoldaten der bosnischen SFOR-Nachfolgeoperation zurückgreifen. (13) Maximal stehen also 12.500 Bundeswehrsoldaten zum Kosovoeinsatz bereit. Der Bundestag billigte diesen Einsatz, am 9. Juni unterzeichnete der britische KFOR-Kommandant Mike Jackson mit zwei jugoslawischen Generälen den Waffenstillstand, der UN-Sicherheitsrat verkündete am 10. Juni die NATO-Vorgaben als UN-Resolution 1244. Am gleichen Tag stellte die NATO ihre Bombardierungen ein, am 20. Juni erklärte NATO-Generalsekretär Javier Solana die Operation Allied Force für beendet. Am 10. Juni begann der Einmarsch von 8.500 Bundeswehrsoldaten in die südwestliche Besatzungszone des Kosovo. Die Mission wird gefährlicher und schwieriger als die bisherigen SFOR-Einsätze, weil die Region noch nicht befriedet ist, die Infrastruktur fast vollständig zerstört ist, zugleich aber noch vor dem Winter Wohnraum für Hunderttausende von Kosovaren geschaffen werden soll. *„Zur Aufgabe unserer Soldaten gehört auch die Bekämpfung von Resttruppen, die sich möglicherweise nicht an das Friedensabkommen halten,"* erläuterte Generalinspekteur Klaus-Peter von Kirchbach. (14) *„Ich habe immer erklärt, es wird eine Beteiligung an Kampfhandlungen am Boden nicht geben,"* sagte Bundeskanzler Schröder noch eine Woche zuvor. (15) Zwei Wochen später erschossen deutsche KFOR-Bodentruppen die ersten zwei Serben.

(13) Gemeinsame Kabinettssache des Bundesminnisters der Verteidigung und des Bundesministers des Auswärtigen, Datenblatt Nr. 14/14008-01, 7.6.99

(14) Reuters 5.6.99

(15) Deutsche Presse Agentur/dpa 31.5.99

Waffenstillstand unter Vorkriegsniveau

Der Waffenstillstand vom 9. Juni 1999 folgt weitgehend dem „Friedensplan" von Außenminister Joseph Fischer vom 14. April 1999, wobei sich alle „Friedenspläne" zum Kosovo-Krieg je nach Präsentationszeitpunkt lesen wie Rambouillet minus X. Je länger die NATO-Luftangriffe anhielten, desto geringer war die serbische Neigung, ein Abkommen zu unterzeichnen, desto größer mußten also die Konzessionen der NATO werden. Denn die NATO-Bombardements gerieten angesichts zunehmender Flüchtlingsbewegungen und „Kollateralschäden" derart unter Rechtfertigungsdruck, daß der Zerfall von „Allied Force" bei einer weiteren Eskalation immer wahrscheinlicher wurde. In der aktuellen UN-Resolution 1244 ist gegenüber Rambouillet „nur noch" von einem unbefristeten Protektorat im Kosovo (statt Jugoslawien) die Rede, die Entwaffnung der UCK wird lediglich beabsichtigt, eine UN-Verwaltung ist vorgesehen. Nicht nur die serbische Seite, auch die NATO gewann mit jedem Kriegstag eine nüchternere Selbsteinschätzung. Deutschland war an den Verhandlungen nur in der Endphase über den EU-Vermittler Ahtisaari beteiligt. Verhandlungspartner waren vor allem die USA und Rußland, mit der serbischen

Leitkommando und Leitverbände 2. Kontingent GECON KFOR (L)
Einsatzzeitraum: 2. Halbjahr bis 12/99

Einsatzverband	Leitverband	Heimatstandort
Stab Nationaler Befehlshaber		
im Einsatzgebiet	14. Panzergrenadierdivision	Neubrandenburg
Stabs- und Versorgungskompanie	Stabs- und Fernmeldebataillon 801	Neubrandenburg
Fernmeldekompanie ELOKA	Fernmelderegiment 220	Donauwörth
Feldjägerkompanie	Feldjägerbataillon 801	Neubrandenburg
Drohnenbatterie Flugabwehrbatterie	Artillerieregiment 14	Eggesin
Gemischter Heeresfliegereinsatzverband	Heeresfliegerregiment 10	Faßberg
Feldlagerbetriebskompanie	Pionierbataillon 801/	Storkow
Pionierbrigade 40	Lahnstein	
Pionierbaukompanie	Pionierbataillon 801	Storkow
Einsatz-Unterstützungsregiment	Logistikbrigade 4	Strausberg
Stabs- und Versorgungskompanie	Logistikregiment 41	Burg
Instandsetzungskompanie		Burg
Nachschubkompanie	Logistikregiment 10	Veitshöchheim
Transportkompanie	Logistikregiment 41	Burg
Rettungszentrum Sanitätskompanie	Sanitätsregiment 6	Breitenburg
/Medical Evacuation Sanitätskompanie		
Ersatzbrigade		
Stabs- und Versorgungskompanie	Panzergrenadierbrigade 40	Schwerin
Panzerpionierkompanie	Panzerpionierkompanie 80	Lüneburg
Stabs-/Fernmeldekräfte	Führungsunterstützungsbrigade 4	Berlin
Verstärktes mechanisiertes Bataillon	Panzergrenadierbataillon 401	Hagenow
Jägerbataillon	Panzeraufklärungsbataillon 5	Eutin
Versorgungsbataillon	Logistikregiment 14	Demen
Stabs- und Versorgungskompanie		
Nachschubkompanie		
Transportkompanie		
Instandsetzungskompanie	Logistikgeriment 1	Delmenhorst

Quelle: http://www.bundeswehr.de/kosovo/gecon_2ktgt.ht

Führung wurde nur auf unterer Ebene gesprochen. Der direkte Kontakt zu Slobodan Milosevic wurde von der NATO vermieden.

Deutsche Außenpolitik ist Militärpolitik

Auf dem deutschen Weg in den Balkankrieg folgte die rotgrüne Bundesregierung der „Salamitaktik" ihrer Vorgänger Kohl/Rühe. "Scheibchenweise" bewegte sich die Bundeswehr seit dem Kriegsbeschluß vom 16. Oktober 1998 von OSZE über unbemannte Drohnen, Sicherungstruppen, humanitäre Helfer und Kampfpiloten bis auf den Boden des Kosovo. Für einige Abgeordnete mögen für den Bundestagsbeschluß vom Oktober 1998 Statusfragen der künftigen rot-

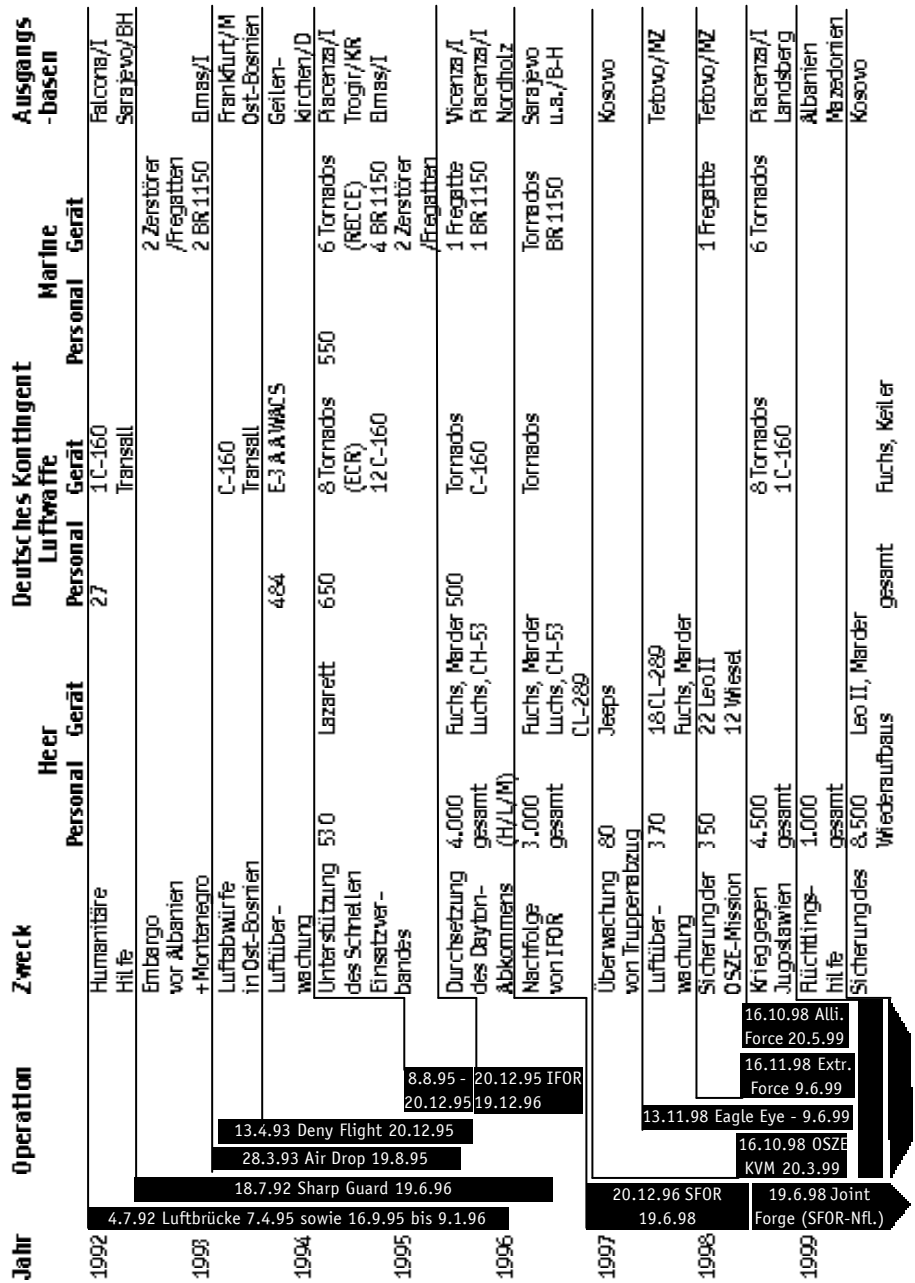
grünen Regierung Schröder/Fischer wichtiger als die Lage im Kosovo oder die politische Tragweite eines Angriffs auf Jugoslawien gewesen sein. Da die Bundesregierung jedoch auch in den Folgemonaten, in Rambouillet und während des Krieges unbelehrbar loyal am eingeschlagenen Droh- und Kriegskurs festhielt, trifft sie die volle Verantwortung für versäumte Zivilcourage gegenüber ihren Verbündeten und für die gemeinsamen Opfer. Die ungedeckten deutschen Kriegskosten wurden weitgehend auf die nächsten Jahre verschoben. Nicht der Verteidigungsminister, sondern zusätzlich der Finanzminister soll diesen Krieg bezahlen, womit der militärische Anteil am Bundeshaushalt um etwa 2,5 Milliarden DM (+5%) steigt. Für den Kriegseinsatz 1999 sind "lediglich" 581 Mio. DM eingeplant, die mit einer Luftbuchung, nämlich einer erhöhten Steuerschätzung "gedeckt" sind. (16) Den Löwenanteil des Krieges von 1.25 Mrd. DM soll Finanzminister Eichel im Jahre 2000 zahlen. Für Neubeschaffungen von verschossenem Gerät hat die Bundeswehr 1999 kein Geld mehr. Dennoch wird sie ein KFOR-Kontingent in den Kosovo schicken, dessen Kosten von 1999 ca. 300 Mio. DM ebenfalls der Finanzminister tragen soll. Die Bundeswehr erreicht damit ihre personelle und materielle Kapazitätsgrenze. Die deutschen Balkanmissionen sind offenkundig unterfinanziert und bedeuten zugleich eine massive Ausweitung der deutschen Militärausgaben von unbefristeter Dauer. Hinzu kommt der Verschleiß an Kriegsgerät, der unweigerlich zu Forderungen nach vorzeitiger Beschaffung neuer Waffensysteme führen wird.

(16) Blickpunkt Bundestag 4/99 [Mai], S. 38

Demgegenüber hat die Bundesregierung noch keinen Pfennig für den Wiederaufbau Jugoslawiens zugesagt, stattdessen präsentierte Kanzler Schröder mit seinem ausgedienten Kanzleramtsminister Bodo Hombach den künftig deutschen Verwalter der gesuchten Balkanmilliarden. Diese Finanzierung ist noch unklarer als der KFOR-Auftrag oder die Zusammenarbeit mit Rußland und zivilen Akteuren - ganz zu Schweigen vom künftigen Status des Kosovo.

Fern jeder Zweckmäßigkeit und realistischen Selbsteinschätzung hat sich die deutsche Regierung wieder der archaischen Gleichung angeschlossen, wonach staatliche Außenpolitik Militärpolitik ist. Europas "Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik/GASP" hat wieder ein deutsches Gesicht bekommen. Schon hat die EU den siegreichen NATO-Generalsekretär Javier Solana zum künftigen „Mister GASP" erkoren und träumt von eigenen Truppen, nicht länger von gemeinsamer Außenpolitik. Der politische Schaden für die Zivilisierung der Internationalen Beziehungen ist kaum zu messen■

Balkanmissionen der Bundeswehr seit 1992



Der Rückzug der jugoslawischen Armee, der serbischen Polizeikräfte und Paramilitärs aus dem Kosovo wurde nach Ansicht der deutschen Regierung durch eine „Doppelstrategie“ erreicht - einer Intensivierung der Bombardierungen Jugoslawiens bei gleichzeitiger Fortsetzung der Verhandlungen. Gerade letztere konnte wahrscheinlich nur Erfolg haben, weil an ihnen Rußland aktiv beteiligt war. Die russische Regierung konnte somit das Ende der NATO-Luftangriffe auch auf den Erfolg ihrer diplomatischen Bemühungen für eine politische Lösung des Konflikts zurückführen. Die US-amerikanische Regierung hingegen sieht vor allem den massiven militärischen Druck auf Jugoslawien als den entscheidenen Faktor für die Zustimmung Slobodan Milosevics zum Rückzug jugoslawischer Truppen aus dem Kosovo. (1)

Heidrun Müller

Flucht in die Diplomatie

Rußland und der Kosovo-Konflikt

Russische Reaktion auf die Luftangriffe

Als die Mitglieder der NATO am 24. März 1999 damit begannen, Luftangriffe gegen die Bundesrepublik Jugoslawien zu fliegen, erfolgte dies ohne ein Mandat des UN-Sicherheitsrates. Dies war eine bewußte Umgehung jener Institution, die als einzige befugt ist, zwischenstaatliche Gewaltanwendung zu autorisieren. Denn eine entsprechende Mandatierung (nach Kapitel VII der UN-Charta) hätte die Allianz auf Grund des zu erwartenen Widerstandes der russischen Regierung wohl nicht erhalten. Die russische Regierung beharrte nämlich auf „einer diplomatischen Lösung für die krisengeschüttelte südserbische Provinz“. (2)

Die unmittelbaren Reaktionen Rußlands auf den Beginn der NATO-Luftangriffen, die für die russischen Politiker überraschend erfolgten, waren zunächst harsch. Der Sprecher des Kremls ließ verlauten, daß sich die russische Regierung auf Grund dieser Aggression das Recht vorbehält, „adäquate Mittel“ zu ergreifen. Unter adäquaten Mitteln verstand der russische Außenminister Igor Iwanow bspw., das Waffenembargo, das die Vereinten Nationen 1993 gegen Jugoslawien verhängt hatten, auszusetzen. (3) Der russische Präsident Jelzin versicherte aber der NATO, keine militärischen Schritte gegen die Luftangriffe zu unternehmen. Trotzdem kündigte die Regierung zunächst an, Kriegsschiffe aus Sewastopol in die Adria zu verlegen. (4)

Heidrun Müller ist Redakteurin der ami

(1) Vgl.: Tagesspiegel (Tsp.), 5.6.99

(2) Radio Free Europe/Radio Liberty (RFE/RL), 24.3.99, in: www.rferl.org

(3) RFE/RL, 25.3.99, in: www.rferl.org

(4) RFE/RL, 1.4.99, in: www.rferl.org

Rußland in Europa

Schon mit der Osterweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses um die ehemaligen russischen (sowjetischen) Warschauer Pakt-Genossen Ungarn, Tschechien und Polen am 13.3.99 hatte die NATO aus russischer Sicht „die Grenze des Zumutbaren" überschritten. (5) Das Verhältnis zur NATO und insbesondere die Kritik an der Osterweiterung ist noch immer vom Denken des Kalten Krieges bestimmt. Die NATO stellt als Relikt des Kalten Krieges noch immer eine Bedrohung dar, zumal der Warschauer Pakt als Gegenbündnis nicht mehr existiert. Andererseits streben die Staaten Mittel- und Osteuropas nur die Mitgliedschaft in der Allianz an, weil sie sich noch immer von Rußland bedroht fühlen. Demgegenüber wird den USA vorgeworfen, sie wollten die europäischen Staaten dominieren und Rußland ausgrenzen. Aus russischer Sicht wird das Land zunehmend isoliert - eine Einschätzung, die von den NATO-Mitgliedsstaaten zurückgewiesen wird: vielmehr würde die russische Regierung viele Gesprächsangebote nicht annehmen. (6) Seitens der westlichen Regierungen wurde bisher tatsächlich wenig unternommen, diese Befürchtung zu zerstreuen. So wurde der Präsident Rußlands in Köln beim G-7-Treffen am 10.6.99 in die Rolle des Bittstellers gedrängt, der hoffen mußte, daß seine Gläubiger ihm zumindest einen Teil der Schulden erlassen würden. (7)

(5) Vgl.: Alamir, Fouzieh Melanie: NATO-Öffnung und die Probleme danach, in: Europäische Sicherheit 6/99, S. 49

(6) Vgl.: BIOst (Hg.): Der Osten Europas im Prozeß der Differenzierung, München/Wien 1997, S. 361 ff.

(7) Tsp., 21.6.99

Im Fall des Kosovo-Konfliktes fühlte sich die russische Regierung erneut gedemütigt. Denn die NATO hatte noch nie so offen Zuständigkeiten außerhalb ihres Territoriums reklamiert. Russische Politiker sahen ihre schlimmsten Befürchtungen bestätigt, die im Verlaufe der Debatte um die Osterweiterung vorgebracht worden waren. (8) „Die Bombardierung Jugoslawiens weckt [zudem] alte Einkreisungsängste der Russen." (9) Die Luftangriffe stellten den Beginn einer ausgreifenden NATO-Strategie dar, mit der unter der Führung der USA und ohne Rücksicht auf die Vereinten Nationen eine neue interventionistische Rolle für die Allianz nach dem Ende des Kalten Krieges bestimmt werden soll. Diesem neuen Selbstverständnis der NATO wurde mit der Verabschiedung des neuen strategischen Konzeptes auf dem NATO-Gipfel in Washington am 23./24.4.99 Rechnung getragen. (10)

(8) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 28.6.99
(9) Die Zeit, 6.5.99

(10) Ebd.; zum neuen strategischen Konzept der NATO vgl.: ami 6/99, S.29-35

Innenpolitische Folgen

Der Ausschluss der russischen Regierung von internationalen Entscheidungsprozessen, der durch den Beginn des NA-

TO-Krieges gegen Jugoslawien besonders deutlich wurde, verstärkte die anti-westliche Stimmung im Land. Die Entscheidung der russischen Regierung, die Zusammenarbeit mit der NATO einzuschränken, wurde von den nationalistischen und kommunistischen Kräften unterstützt. (11) Zugleich stimmten die Abgeordneten der Duma mit großer Mehrheit (293 zu 54 Stimmen) (12) für einen Beitritt Jugoslawiens zur slawischen Union (13), während der russische Außenminister davon sprach, daß dieser Wunsch erst einer Prüfung unterzogen werden müsse. (14) Auch Mitglieder gemäßigter Fraktionen stimmten für den Antrag.

Von nationalistischen und kommunistischen Politikern, die eine offene Unterstützung für Jugoslawien forderten, wird immer wieder die slawisch-orthodoxe Verbundenheit zwischen dem serbischen und russischen Volk beschworen. Diese führen sie u.a. auf den Anspruch der russischen Zaren Mitte des letzten Jahrhunderts zurück, Schutzherr der slawischen, christlich-orthodoxen Balkanvölker gegen die Herrschaft des türkisch-islamisch geprägten Osmanischen Reiches zu sein. Aus dieser Unterstützung leiteten die Serben schließlich die Berechtigung für ihre Vormacht gegenüber anderen Völkern der Region ab. (15) So wird die Rolle Serbiens in der Region, insbesondere innerhalb des ehemaligen Jugoslawiens, gleichgesetzt mit der hegemonialen Stellung Rußlands innerhalb der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS). (16)

(11) FAZ, 28.6.99

(12) Die Zeit, 6.5.99
(13) Diese Union wurde im Mai letzten Jahres in einem Vertrag zwischen WeißRußland und Rußland vereinbart. Geplant war, noch in der ersten Hälfte des Jahres 1999 einen Einigungsvertrag zu vereinbaren. Bürger beider Staaten verfügen über die gleichen Rechte, ebenso jeweils über das aktive und passive Wahlrecht im anderen Staat. *Vgl.: Tsp, 27.12.98*
(14) FAZ, 13.4.99

(15) Vgl.: Hoppe, Hans-Joachim: Moskau und die Konflikte im früheren Jugoslawien in: Außenpolitik 3/97, S. 267
(16) Vgl.: Alexandrova, Olga: Rußland und die Jugoslawien-Krise, in: Europäische Sicherheit 12/92, S. 662; dieselbe: Rußland und sein Nahes Ausland, in: BIOst (Hrsg.): Zwischen Krise und Konsolidierung, München/Wien 1995, S. 325
(17) RFE/RL, 30.3.99, in: www.rferl.org

(18) Süddeutsche Zeitung (SZ), 3.-5.4.99

Gescheiterte Vermittlungsversuche

Bereits eine Woche nach Beginn der NATO-Luftangriffe auf Jugoslawien hatte der zu diesem Zeitpunkt noch amtierende Ministerpräsident Jewgeni Primakow mit Slobodan Milosevic Gespräche über eine politische Lösung geführt. (17) Voraussetzung einer diplomatischen Lösung sei jedoch die Beendigung der Bombardements, so Primakow. Die NATO wies dies allerdings zurück, wie auch ein Verhandlungsangebot Milosevics, das nach dem Treffen mit Primakow an die Allianz gerichtet wurde. (18) Einen weiteren Vermittlungsversuch unternahmen russische Duma-Abgeordnete in Zusammenarbeit mit US-amerikanischen Mitgliedern des Repräsentantenhauses. Dieser Vorstoß wurde von der US-Regierung stark kritisiert, u.a. weil eine Vereinbarung, deren Spielraum einengen würde. Die US-Abgeordneten verteidigten ihre Initiative mit dem Hinweis, daß die russischen Politiker zum ersten Mal einer bewaffneten Friedenstruppe, einem völligen Abzug serbischer Truppen und der Benutzung des Begriffes „ethnische

Säuberung“ zugestimmt hätten. (19)

Nach diesem Versuch ernannte der russische Präsident Boris Jelzin den früheren Ministerpräsidenten Viktor Tschernomyrdin am 14.4.99 zum Sondervermittler für Jugoslawien. (20) Die Ernennung Tschernomyrdins war sowohl ein Signal nach innen als auch an die Adresse der NATO-Staaten. Zum einen konnte sich der russische Präsident dem wachsenden innenpolitischen Einfluß des Ministerpräsidenten Primakow und seiner Regierung entgegenstemmen, indem er alle Kompetenzen bezüglich des Kosovo auf den Sondervermittler Tschernomyrdin übertrug. (21) Zum anderen übernahm Tschernomyrdin die Rolle des internationalen Mediators. (22) Diese Rolle erlaubte es der russischen Regierung als ehemalige Hegemonialmacht in Mittel- und Osteuropa „jene Sonderrolle zu spielen, in der [sie] sich so gerne sieht.“ (23) und gleichzeitig zu signalisieren, daß der russische Präsident gute Beziehungen zu den NATO-Staaten erhalten möchte.

(19) *RFE/RL, 14.5.99, in: www.rferl.org*

(20) Aus seiner Zeit als Ministerpräsident 1992-95 hat Tschernomyrdin gute Beziehungen zu zahlreichen westlichen Politikern und ist prowestlich eingestellt. Der Schwerpunkt seiner Politik ist der Aufbau guter wirtschaftlicher Beziehungen zum Westen. Er sitzt im Vorstand der Gazprom, die zwei Drittel der Gasvorräte der Erde kontrolliert. Seit dem Bau der Pipeline „Druschba“ in den achtziger Jahren kennt er Milosevic. *Vgl.: Berliner Zeitung, 8./9.5.99*

(21) *Boston Globe, 21.4.99, in: www.rferl.org*

(22) *New York Times, 21.4.99, in: www.rferl.org*

(23) *FAZ, 28.6.99*

Rußland in diplomatischer Offensive

Nach zahlreichen Gesprächen Tschernomyrdins mit Vertretern der USA, der EU und der jugoslawischen Regierung konnte am 3.6.99 die Zustimmung Jugoslawiens zum gemeinsamen Friedensplan der EU und Rußlands erreicht werden. Vor diesem Hintergrund konnte am 9.6. ein militärisch-technisches Abkommen zwischen dem jugoslawischen Generalstab und der NATO unterzeichnet werden, in dem u.a. der völlige Rückzug der serbischen Truppen und Paramilitärs bei Aussetzung der Luftangriffe der NATO vereinbart wurden. Am 10.6.99 konnte schließlich auf der Grundlage des europäisch-russischen Friedensplans eine Sicherheitsrats-Resolution verabschiedet werden. Die Mandatierung einer internationalen Schutztruppe für den Kosovo durch die UNO war die entscheidene Voraussetzung nicht nur zum Einverständnis Milosevics, die jugoslawischen Truppen aus dem Kosovo zurückzuziehen (24), sondern auch um Rußland die „internationale Sicherheitspräsenz“, die in der Praxis v.a. aus NATO-Truppen besteht, schmackhaft zu machen.

(24) *Tsp., 9.6.99*

Ausgeklammert - und bis heute ungeklärt - blieb die Rolle Rußlands in Hinsicht auf die Aufgaben und organisatorische Eingliederung in die Kosovo Force (KFOR). Greifbar wurde dieser schwelende Konflikt, als rund 200 russische Fallschirmjäger des russischen SFOR-Kontingents in einer Nacht-und-Nebel-Aktion am 12.6., wenige Stunden vor Ein-

marsch der NATO-Kontingente, den Flughafen von Pristina besetzten. (25) Der russische Präsident Jelzin betonte daraufhin, daß er es nicht mehr zulassen werde, daß Rußland, wie zum Beginn des Kosovo-Konfliktes, übergangen wird. Rußland bestand auch zunächst auf einem eigenen russischen Sektor im Kosovo. Darauf wollten sich die Regierungschefs der NATO-Staaten jedoch nicht einlassen, weil sie befürchteten, daß das zu einer faktischen Teilung des Kosovo führen könnte. Ähnlich wie bei der SFOR-Truppe in Bosnien zeichnet sich ab, daß die russischen Truppen nicht der NATO direkt unterstellt werden, sondern formal unter Oberbefehl anderer Staaten stehen, in der Praxis jedoch einen Sonderstatus wahrnehmen. (26) Die UCK wiederum kündigte an, daß „sie die Sicherheit der russischen Truppen nicht garantieren" könne. (27)

(25) Frankfurter Rundschau, 14.6.99

(26) Tsp., 20.6.99

(27) Tsp., 14.6.99

Vorläufige Bilanz

Der russische Präsident vermochte durch den Kosovo-Konflikt seine innenpolitischen Gegner zu schwächen. Er entließ Ministerpräsident Primakow und ließ durch die Duma seinen Wunschkandidaten Sergej Stepaschin bestätigen. Primakow, der als potentieller Nachfolger Jelzins im Amt des Präsidenten gehandelt wurde, verlor dadurch an innenpolitischem Gewicht. Zwar übten einzelne Militärs, wie General Iwaschow, Kritik an der Kosovo-Politik der russischen Regierung, aber schließlich wurde für die Militärs das Ansehen der Armee wiederhergestellt, indem russische Truppen als erste in das Kosovo einmarschierten. So bestand der russische Präsident auch nicht mehr auf einen eigenen russischen Sektor im Kosovo. (28)

(28) FAZ, 28.6.99

Der Kosovo-Konflikt machte andererseits die außenpolitische Schwäche Rußlands mehr als deutlich. Die ehemalige Supermacht hatte nicht viel in die Waagschale zu werfen, um der NATO-Offensive Paroli zu bieten. Das Drohpotential Moskaus, das v.a. aus seiner atomaren Kapazität zu bestehen scheint, beindruckte die NATO-Bellizisten wenig. Dennoch erkannte die NATO, daß Rußland durchaus als dienlicher Akteur instrumentalisierbar ist, um aus der Sackgasse einer militärischen Eskalation ohne großen Gesichtsverlust zu entkommen. Interessant ist auch die Beobachtung, daß „sobald Russen, Amerikaner und Europäer eine Sprache sprechen, [...] der Manövrierraum von Milosevic eng" wurde ■ (29)

(29) Die Zeit, 10.6.99

Die NATO ist die mächtigste Militärallianz der Welt, dennoch dauerte ihr Luftkrieg gegen das kleine Jugoslawien elf Wochen. Es war das erste Mal, daß in einem bewaffneten Konflikt die Kriegsziele allein durch Luftangriffe erreicht werden konnten. Allerdings hatte die Republik Jugoslawien nie eine Chance, den Krieg militärisch zu gewinnen. So hing die jugoslawische Niederlage allein davon ab, wieviel der serbische Präsident Slobodan Milosevic seinem Volk an Opfern und Entbehrungen zumuten wollte. Andererseits verlief die NATO-Luftoperation keineswegs so reibungslos, wie es sich die Militärstrategen des Bündnisses erhofft hatten. Der - so betrachtet - "lausige" Kriegsverlauf stand im offenen Widerspruch zu dem, was mit dem Begriff "moderne Kriegführung" suggeriert werden soll. Daran konnten auch die neuesten High Tech-Waffen nichts ändern. Nach tausenden von Opfern und der Verwüstung des Landes lautete die Bilanz am Ende wieder einmal: Krieg ist eben Krieg.

Gerhard Piper

Der Waffeneinsatz im Kosovo-Krieg

Das jugoslawische Arsenal

Schon der alte jugoslawische Einheitsstaat war in den achtziger Jahren kein reiches Land, das sich modernste Waffensysteme hätte leisten können. Heute ist die jugoslawische Republik bloß noch ein auf Serbien und Montenegro reduzierter Rest, der sich durch drei (Bürger-) Kriege selbst in die Isolation gedrängt hat. Ein internationales Waffenembargo hat Jugoslawien seit fast zehn Jahren von der modernen Waffentechnologie abgeschnitten. Ein Blick auf das serbische Waffenarsenal macht dies deutlich: Die modernsten Waffen des Heeres, die Kampfpanzer T-72, wurden in den siebziger Jahren gefertigt; die ältesten Modelle T-34 stammen noch aus der Zeit vor dem Zweiten Weltkrieg. Die Luftwaffe verfügt vor allem über das Kampfflugzeug Mig-21 Fishbed, das in den sechziger Jahren das sowjetische Gegenstück zum amerikanischen Starfighter war.

Der modernste Typ der serbischen Luftwaffe ist die Mig-29 Fulcrum. Dieses Luftüberlegenheitsjagdflugzeug machte durch seine unglaubliche Manovrierfähigkeit Schlagzeilen, allerdings war dies noch vor dem Ende des Kalten Krieges. Der jugoslawische Bestand betrug bei Kriegsbeginn nur 17 Stück, von denen mehrere, wenn nicht alle Exemplare zerstört wurden. Die Abwehreinsätze der Fulcrums gegen die Jagdbomber (Jabos) der NATO zu Kriegsbeginn waren der

Gerd Piper ist ami-Redakteur und arbeiteitet am Berliner Institut für Transatlantische Sicherheit/BITS

einzige Versuch der jugoslawischen Regierung, von ihrer Luftwaffe irgendeinen Gebrauch zu machen, auch wenn diese Jäger keinen einzigen NATO-Jet abschießen konnten. Was übrig blieb war ein Luftkrieg ohne Luftkämpfe.

So blieben die Kampfflugzeuge der jugoslawischen Luftwaffe auf ihren Fliegerhorsten festgenagelt, wo sie zur Schießscheibe für die NATO-Jets wurden. Zur militärischen Verteidigung blieben den Jugoslawen nur die Raketen und Kanonen ihrer bodengestützten Luftabwehr. Häufig müssen über hundert Raketen abfeuert werden, um ein einziges gegnerisches Flugzeug tatsächlich abzuschießen, wie die Erfahrungen aus vergangenen Kriegen (Vietnam, Nahost) zeigten. Angeblich soll die russische Regierung in den vergangenen Jahren trotz des internationalen Embargos modernste Flugabwehrraketen (FlaRak) nach Belgrad geliefert haben. Wenn es diese Waffenverkäufe wirklich gegeben hat, dann hatten sie auf den Kriegsverlauf keinen Einfluß.

Es waren aber gar nicht mal die großen FlaRak, die den NATO-Planern Kopfschmerzen bereiteten. Diese hatten zwar eine große Reichweite, aber ihre Stellungen waren bekannt oder sie ließen sich aufklären. Aber gerade die kleinen Raketen mit begrenzter Reichweite wie die SA-7 Grail, die ein einzelner Soldat von der Schulter abfeuern kann, wurden als gefährlich eingeschätzt. Mit diesem Waffensystem sind alle möglichen Einheiten der jugoslawischen Luftwaffe und des Heeres ausgestattet, und man kann nicht feststellen, wo sich solche Truppenteile gerade befinden. Einmal abgefeuert, hat ein Pilot kaum eine Abwehrchance gegen solch eine Minirakete. So mußten die alliierten Flugzeugführer ständig aus größerer Höhe (rund 5000 Meter) operieren. Damit befanden sie sich zwar außerhalb der Reichweite der Grail, konnten aus dieser Höhe aber Zielobjekte am Boden visuell nur bedingt ausmachen.

Zwar ist nicht bekannt, wie viele FlaRak in diesem Krieg verschossen wurden, aber die "Erfolgsbilanz" ist eher "bescheiden". Nach bisher vorliegenden Informationen verlor die NATO fünf Flugzeuge, drei Hubschrauber und fünfzehn unbemannte Drohnen. (1) Allerdings waren die Abstürze häufig nicht die Folge von feindlichem Beschuß, sondern das Resultat technischer Probleme. Nur eines der Flugzeuge, eine amerikanische F-117A Nighthawk, wurde wahrscheinlich durch eine jugoslawische SA-6 Gainful Rakete abgeschossen. Es war das erste Mal, daß einer dieser Jabos getroffen wurde. Damit endete zugleich der Technikmythos um diese modernen Tarnkappenbomber (Stealthflugzeuge). Man darf ver-

(1) http://members.xoom.com/_XOOM/ggromozeka/aviation/official/lostuavs.htm. Im Einzelnen handelt es sich um eine F-117, eine F-16CJ, eine AV-8 Harrier, eine A-10, ein C-130 Hercules-Transportflugzeug, zwei Apache- und ein Kiowa-Hubschrauber, sowie folgende Drohnentypen: CL-289, Crecerelle, Hunter und Predator.

muten, daß sich die russische Militärspionage sehr für die Wrackteile interessiert haben dürfte.

Da die unbemannten Drohnen meist nur in geringer Höhe mit einer relativ langsamen Geschwindigkeit fliegen, sind sie trotz ihrer geringen Größe ein relativ leichtes Ziel. Daß auf Seiten der Alliierten nicht weniger als acht CL-289 abstürzten, ist allerdings schon überraschend. Nachdem die Franzosen ein Exemplar und die Bundeswehr gleich sieben ihrer Flugkörper verloren hatte, blieb nichts anderes übrig, als diese Aufklärungsflüge einfach einzustellen. Nicht überraschen konnten die Abstürze der amerikanischen Hunter-Drohnen. Nachdem mehrere Prototypen bei Testflügen vor mehreren Jahren abgestürzt waren, stellten die US-Streitkräfte das ganze Projekt ein. Nur die schon vorhandenen Exemplare wurden einfach in einer Einheit zusammengefaßt und nun eingesetzt. Einige dieser Drohnen stürzten ab, denn Waffensysteme, die schon in Friedenszeiten nicht funktionieren, können erst recht nicht unter Kriegsbedingungen einwandfrei "arbeiten". Daß sie dennoch bewußt eingesetzt wurden, mutet abenteuerlich an, denn dadurch wurden eigene Soldaten und die Zivilbevölkerung gefährdet.

Die jugoslawische Marine wurde im Konflikt erwartungsgemäß nicht eingesetzt. Als der jugoslawische Einheitsstaat noch existierte, stellten die Serben rund 80 Prozent der Offiziere und hatten daher in den Streitkräften das Sagen. Dies führte dazu, daß beim Zerfall Jugoslawiens die Serben den Großteil der Waffensysteme unter ihre Kontrolle bekamen - so auch die Kriegsschiffe der Marine. Im Gegensatz zu Slowenien, Kroatien und Bosnien hat Serbien aber keine Küste und folglich auch keine Beziehung zur Seefahrt. Das Ergebnis läßt sich einfach beschreiben: Die Serben haben die Kriegsschiffe, aber die Matrosen haben die anderen. Seit zehn Jahren ist die jugoslawische Marine nicht mehr einsatzbereit und verrostet statt dessen in einem montenegrinischen Hafenbecken.

NATO Die Kriegsflugzeuge der Kriegsallianz

Die jugoslawischen Streitkräfte waren somit kein militärischer Gegner, der einem Kräftevergleich mit der NATO hätte standhalten können. Dennoch mußten die NATO-Luftstreitkräfte im Rahmen der Operation ALLIED FORCE gemäß dem Operationsplan OPLAN 10601 nicht weniger als 35.000 Einsätze fliegen, bei denen sie rund 20.000 Bomben und Raketen einsetzen, um den Krieg "siegreich" zu beenden. Die Zahl der eingesetzten Militärflugzeuge stieg von 420 auf fast

1.259 Stück, von denen die USA knapp tausend Maschinen stellten. Damit kam fast das ganze Spektrum modernster Luftwaffenrüstung zum Einsatz. Die Operationsplanung ist bei der Luftkriegführung im wesentlichen reduziert auf die Fragen, welche Ziele mit welcher Munition zerstört werden können, welches Kampfflugzeug mit solchen Waffen ausgerüstet werden kann und welche Flugrouten die Maschinen bei ihrem Offensiveinsatz einhalten müssen. Grundlage der Operationsplanung sind die Aufklärungsergebnisse. Vor den Angriffen müssen die Ziele ausgewählt und ihre baulichen Merkmale erfaßt werden, nach einer Bombardierung muß das erreichte Schadensmaß festgestellt werden (bomb damage assessment), um eventuell eine zweite Attacke gegen dasselbe Objekt anzuordnen.

Da die USA die Masse des Kriegsgerätes bereitstellten, beanspruchten sie damit auch einen prägenden Einfluß auf die gesamte Kriegsplanung. Diese fand daher nicht nur im NATO-Hauptquartier SHAPE im belgischen Mons und bei dessen nachgeordnetem Kommandobereich AFSOUTH (Allied Forces Southern Europe) in Neapel statt, sondern vor allem auch im Pentagon und beim Hauptquartier des US European Command in Stuttgart. Auf dem Kriegsschauplatz wurden diese Stäbe unterstützt von fliegenden Befehlszentralen wie den E-3 Sentry AWACS-Flugzeugen der NATO oder den amerikanischen E-130 ABCC, die die gesamten Flugbewegungen von hunderten eingesetzter Militärmaschinen vor Ort überwachten, um Zusammenstöße zu vermeiden und den Funkverkehr zu kontrollieren.

Um ihre Vormachtstellung bei der Operationsplanung durchzusetzen, nutzten die USA ihr Informationsmonopol weidlich aus. Schließlich stellten sie nicht nur die meisten Kampfflugzeuge, sondern auch die meisten Aufklärungssysteme. Zum Einsatz kam die ganze Palette von Spionagesystemen: Die US-Aufklärungssatelliten KH-11+ Keyhole und Lacrosse gehörten zu den mindestens fünfzig Militärsatelliten von 15 verschiedenen Typen, die im Jugoslawienkrieg der Aufklärung, Wettervorhersage, Befehlsübermittlung und Navigation dienten. (2) Sie wurden durch amerikanische Spionageflugzeuge E-8 JSTARS und U-2 ergänzt. Diese Spionagesysteme sind heutzutage über digitale Datenbrücken mit ihren Steuerungszentralen verbunden und übermitteln ihre Erkenntnisse in Echtzeit - also quasi "life" - an die Generalstäbe, die dann die gewonnenen Information nutzen, um umgehend einen Waffeneinsatz anzuordnen. Im Rahmen der sogenannten "Revolution in Military

(2) Craig Covault, Military Space Dominates Air Strikes, Aviation Week & Space Technology, 29.3.1999, S. 31-33.

Affairs" (RMA) wollen die USA dieses höchst effektive Zusammenwirken ausbauen, um bei der zukünftigen Kriegführung im 21. Jahrhundert daraus taktische Vorteile zu ziehen. Im Jugoslawienkrieg konnten die USA ihr Monopol im Bereich der Aufklärungs- und Kommandosysteme (C3IS) ausnutzen, weil schon heute die Europäer den Amerikanern technologisch um Jahrzehnte hinterher hinken.

Um die einmal ausgemachten und festgelegten Ziele anzugreifen, wurden das gesamte Spektrum an Kampfflugzeugen aufgeboten. Die riesigen Bomber, die große Raketen- oder Bombenlasten über tausende von Kilometern transportieren und anwenden können, waren gleich durch alle amerikanischen Typen präsent: Neben den alten B-52H Stratofortress aus den fünfziger Jahren und den Schwenkflüglern B-1 Lancer wurden erstmals auch die Stealth-Bomber B-2 Spirit eingesetzt. Diese Bomber flogen von ihrer Basis in den USA (Whiteman AFB) nonstop nach Jugoslawien, um dort ihre Bomben abzuwerfen und um ohne Zwischenlandung gleich zu ihren Heimatstützpunkt zurückzukehren: Interkontinentaler Luftkrieg unter strengster Geheimhaltung. Die Kosten eines einzelnen Transatlantikfluges werden auf über 1 Million US-$ geschätzt. (3)

Ergänzt wurden die Bomber durch die kleineren aber wendigeren US-Jagdbomber, die schon aus anderen Kriegen der letzten zwanzig Jahre bekannt sind: Die US-Air Force war mit ihren F-15 Eagle und F-16 Fighting Falcon vertreten, die US-Naval Aviation mit den F-14 Tomcat und F-18 Hornet. Neben diesen Jabos für Bomben und Raketenangriffe wurden auch Schlachtflugzeuge AC-130U Spectre und Panzerbekämpfungsmaschinen A-10 Thunderbolt II aufgeboten. Die Schlachtflugzeuge sind mit großen Artilleriekanonen bis zu einem Kaliber von 105 mm ausgerüstet, die Panzerabwehrflugzeuge haben 30 mm Revolverkanonen, die blitzschnell ganze Granatensalven verschießen.

Damit diese verschiedenen Kampfflugzeuge überhaupt durch die gegnerische Luftabwehr zu ihren Zielen gelangen konnten, hielten ihnen Spezialflugzeuge den Weg "frei". Zur Niederhaltung der gegnerischen Luftverteidigung (Suppression of Enemy Air Defence - SEAD) diente die F-16 CJ, eine Abart den Jagdbombers F-16. Wenn dies nicht durch elektronische Störmanöver erreicht werden konnte, feuerten sie Raketen gegen die gegnerischen Radaranlagen ab. Dabei wurden sie von deutschen Tornados ECR, die über 100 HARM-Raketen abschossen, unterstützt. (4)

Zu den verschiedenen Spezialflugzeugen zählten die E-

(3) Rudolf Marquard, Geheimnisse um den US-Bomber B-2, loyal, 6/99, S. 10.

(4) Otfried Nassauer, Manuskript, in: Andreas Flocken, Streitkräfte und Strategien, Norddeutscher Rundfunk, 24.4.1999, S. 9

130E Commando Solo, die in Ramstein stationiert waren. Auch diese verschossen ihre "Munition": Im Rahmen der psychologischen Kriegführung wurden von diesen Flugzeugen mindestens 18 Millionen Flugblätter abgeworfen, die die jugoslawischen Soldaten zum Desertieren aufforderten.

Gravitationsbomben

Durch die oben genannten Flugzeuge wurde eine umfangreiche Palette verschiedenster Munition eingesetzt. Einfache Bomben werden einfach aus dem Bombenschacht des Bombers ausgeklinkt und fallen dann gemäß der Erdanziehungskraft herunter, wobei sie durch ihre Massenträgheit noch ein Stück in Flugrichtung weiter sausen. Man nennt diese ungelenkten Bomben daher auch Gravitationsbomben. Sie sind zu ungenau, um kleine Ziele zu treffen. Daher müßten viele Bomben eingesetzt werden, um solch ein Punktziel zu zerstören, während gleichzeitig bei einem Angriff die Umgebung unnötig in Mitleidenschaft gezogen werden würde. Im Vietnamkrieg sprach man in diesem Zusammenhang von Teppichbombardierungen (carpet bombings), bei denen ganze Landstriche verwüstet wurden. Um Kosten zu sparen und die "Effektivität" von Luftangriffen zu erhöhen, hat man verschiedene Präzisionswaffen entwickelt. Dennoch kamen die alten Gravitationsbomben auch gegen Ende des Jugoslawienkrieges wieder zum Einsatz, u.a. weil die Bestände an Präzisionswaffen zur Neige gingen. Die B-52-Bomber bombardierten mit alten Mk82 Bomben serbische Stellungen. (5)

(5) Joachim Hoelzgen, Der Schatten von Vietnam, Spiegel, 17.5.1999, S. 281.

Präzisionswaffen

Die ersten Präzisionsbomben, die sogenannten "Homing Bomb Systems" (Hobos), wurden bereits im Vietnamkrieg getestet. Sind Präzisionswaffen antriebslos, handelt es sich um Präzisionsbomben, verfügen sie über einen eigenen Antrieb, sind es Luft-Boden-Raketen oder Cruise Missiles. So könnte man eine amerikanische GBU-15 Bombe in eine AGM-130 Rakete umwandeln, (6) indem man die Bombe einfach mit einem Raketentreibsatz ausstattet. (7)

Eine spezielle Form von Präzisionswaffen sind die "bunkerbuster". Im Jugoslawienkrieg wurden von den schweren Jagdbombern F-15E Bomben vom Typ GBU-28 eingesetzt, um Betondecken zu durchschlagen und somit Bunkeranlagen vernichten zu können. (8)

Präzisionswaffen steuern sich auf verschiedene Weise ins Ziel. Bei lasergesteuerten LGBs (9) oder Raketen wird das Ziel durch einen Laserstrahl "beleuchtet". Ein Sensor in der

(6) GBU = Guided Bomb Unit = Lenkbombe.
(7) David A. Fulghum, Glide Bombs Modified to Hit Through Clouds, Aviation Week & Space Technology (AW&ST), 7.6.1999, S. 31
(8) David A. Fulghum, Glide Bombs Modified To Hit Through Clouds, AW&ST, 7.6.1999, S. 31.
(9) LBG = Laser Guided Bombs = lasergesteuerte Lenkbomben

Bombe erfaßt dessen Reflexion und die Bombe steuert diesen Laserpunkt und damit das Ziel an. Mittlerweile gibt es auch satellitengesteuerte Bomben wie die Joint Stand-Off Weapon (JSOW) und die Joint Direct Attack Munitions (JDAMs), die auch bei schlechtem Wetter jederzeit eingesetzt werden können. Diese empfangen Navigationsdaten von drei Navstar-Satelliten, mit denen sie im freien Fall eine genaue Ortsbestimmung vornehmen können. Da die Zielkoordinaten in ihren Computern eingegeben wurden, können die Bomben bei Bedarf Kurskorrekturen vornehmen und sich so genau ins Ziel lenken. Sie wurden im Jugoslawienkrieg erstmals von B-2 Bombern abgeworfen.

Zwar spricht man heute von der "intelligenten Munition", allerdings ist den Militärtechnikern in den letzten dreißig Jahren nicht gelungen, daß die Präzisionsbomben einwandfrei funktionieren. Ein erheblicher Prozentsatz dieser Bomben weicht vom Ziel ab und explodiert dann wie die alten Gravitationsbomben irgendwo. Aber nicht nur durch technisches Versagen, auch durch menschliche Fehler bei der Zielauswahl können Unschuldige in Mitleidenschaft gezogen werden. Amerikanische Piloten verwechselten wiederholt Flüchtlingskonvois mit Militärkolonnen, weil sie aus 5000m Höhe angeblich den Unterschied nicht ausmachen konnten. Bei einem Angriff auf ein vermeintliches Zentrum der militärischen Logistik in Belgrad wurde das falsche Gebäude anvisiert und folglich die chinesische Botschaft getroffen. Außer Botschaftsgebäuden wurden mehrmals auch Krankenhäuser, Altenheime oder Wohngebiete angegriffen. Dabei kamen schätzungsweise 5.000 Angehörige der jugoslawischen Streitkräfte bzw. Polizei und 1.200 serbische Zivilisten ums Leben. (10) Opfer unter der Zivilbevölkerung werden im Militärjargon als "Kollateralschaden" tituliert.

In anderen Fällen trafen diese "intelligenten Waffen" nicht echte Ziele, sondern nur vom Gegner aufgestellte Waffenattrappen. Nach eigenen Angaben hat die NATO rund 120 Panzer und über hundert Flugzeuge zerstört. (11) Nach einer Pressemeldung hat sie nur 13 der insgesamt 300 jugoslawischen Kampfpanzer im Kosovo tatsächlich getroffen. (12) Andere Angriffe verliefen dagegen "erfolgreicher". So konnten serbische MiG-21 Kampfflugzeuge in ihren Flugplatzstellplätzen durch "intelligente Waffen" zerstört werden. Allerdings hatten auch diese Volltreffer einen "Schönheitsfehler": Während eine Präzisionsbombe rund 50.000 DM kostet, gibt es eine gebrauchte Mig-21 auf dem internationalen Waffenmarkt schon für 25.000 DM.

Außerdem sind Präzisionswaffen aufgrund ihrer kompli-

(10) N.N., The War's Toll, Time, 14.6.1999, S. 28.

(11) ebd.

(12) N.N., Balkans: Nato dropped thousands of bombs on dummy roads, bridges and soldiers, The Times, 24.6.1999. vgl. www.thetimes.co.uk/news/pages/tim/99/06/24/imkoskos01006.html.

zierten Elektronik kostspieliger als herkömmliche Bomben und damit ihre Lagerbestände begrenzt. Im Jugoslawienkrieg haben die USA fast ihre kompletten Cruise Missiles abgefeuert. Nun werden die strategischen Marschflugkörper mit Atomsprengkopf denuklearisiert und eine Neuproduktion der konventionellen Tomahawks erwogen.

Streubomben und Blindgänger

Aber die alten Gravitationsbomben wurden nicht nur durch Präzisionswaffen verdrängt, auch die ungelenkten Bomben wurden weiterentwickelt. Statt eine Vielzahl einzelner Bomben in der Hoffnung abzuwerfen, eine werde schon das anvisierte Ziel treffen, entwickelten die Rüstungstechniker die Streubomben (cluster bombs): Eine sogenannte "Mutterbombe" zerlegt sich im freien Fall in dutzende "Tochterbomben", die auf das Ziel niederregnen. Durch diese Flächenwaffen ist die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß wenigsten eine dieser "Bömbchen" (Bomblets) das Ziel tatsächlich trifft.

Zunächst wurden während des Vietnamkrieges die Kugelbomben entwickelt. Ähnlich wie Splitterbomben zersprangen diese beim Aufschlag in zahlreiche Stahlkugeln, die wiederum in zahllose Metallkügelchen zerplatzten. Durch perfiden Erfindergeist wurden diese Bomblets später in ihrem Destruktionspotential noch gesteigert. Sie sind heute keine einfachen Kügelchen mehr, sondern kleine Sprengkörper, die sich durch Sensoren selbst ins Ziel steuern. Sie dienen der Personen- oder der Panzerbekämpfung.

Im Jugoslawienkrieg wurden wiederholt Streubomben, wie die britische BL 755, eingesetzt. Eine Streubombe zerstört nicht gesteuert ein bestimmtes Ziel, sondern sie wirkt immer flächendeckend. Dadurch ist durch einen Angriff mit Streubomben automatisch eine größere Zahl von Personen gefährdet. Da nicht alle Bomblets explodierten, blieb bei Kriegsende eine Vielzahl von Blindgängern zurück, die nun eine ähnliche Gefahr wie Minen darstellen. Beim Versuch solche NATO-Munition zu beseitigen, sprengten sich zwei britische Soldaten in die Luft. Auch mehrere Bundeswehrsoldaten wurden durch einen Blindgänger verletzt.

Uran-Waffen

Im Jugoslawienkrieg wurden auch einige spezielle Waffen- bzw. Munitonsarten eingesetzt. Die Panzerbekämpfungsflugzeuge A-10 Thunderbolt sind mit einer 30 mm Gatling-Kanone GAU-8/A ausgestattet, die theoretisch bis zu 4.200 Granaten in der Minute verschießen kann, um damit gegnerische Panzer aufzusprengen. Das Besondere an diesen Pa-

tronen ist, daß sie aus dem besonders harten Schwermetall Uran 238 bestehen. Dieses "abgereicherte Uran" (Depleted Uranium - DU) aus früheren Brennelementen hat nicht nur eine hohe Durchschlagskraft, sondern ist radioaktiv mit extrem hoher Halbwertzeit. Außerdem wird es bei der Panzerexplosion zu hochgiftigem Uranoxid umgewandelt. Ein Einsatz dieser Munition im Jugoslawienkrieg wurde von der NATO schließlich zugegeben. (13) Nun besteht die Gefahr, daß betroffene Geländeabschnitte dauerhaft kontaminiert wurden. (14) Schon im Golfkrieg 1991 waren nach einem vertraulichen Bericht der britischen Atomenergiekommission rund 55.000 DU-Granaten von alliierten Kampfflugzeugen und -Panzern eingesetzt worden. (15)

(13) Reuters, Nato räumt Einsatz radioaktiver Munition ein, 14.5.1999, 16:22.

(14) Bernhard Pötter, Mit Urangeschossen gegen Panzer, taz, 21.4.1999, S. 6.

(15) Ramsey Clark, Wüstensturm - US-Kriegsverbrechen am Golf, Göttingen, 1993, S. 142-144.

Mutmaßungen über chemische Waffen

Unklar ist, ob im Jugoslawienkrieg auch chemische Waffen eingesetzt wurden. Die jugoslawischen Streitkräfte verfügen über einen Bestand von rund 30 Tonnen chemischer Kampfstoffe: Die Nervengase Sarin und VX, aber auch den Psychokampfstoff BZ. Schon im Bosnienkrieg gab es Meldungen über einen Einsatz von BZ in Srebrenica. (16) Nun wurden wieder Gerüchte über einen Einsatz von Psychokampfstoffen verbreitet, aber es fehlen bisher eindeutige Beweise. Auch die NATO wird in einer spanischen Wochenzeitung beschuldigt, chemische Waffen eingesetzt zu haben, aber auch in diesem Fall liegen keine konkreteren Erkenntnisse vor. In diesem Zusammenhang ist unstrittig, daß bei NATO-Luftangriffen auf chemische Fabrikanlagen wiederholt giftige Gase freigesetzt wurden.

(16) Human Rights Watch Report, Chemical Warfare in Bosnia? The Strange Experiences of the Srebrenica Survivors, Vol. 10, No. 9, November 1998.

Spezielle Bomben

Im Jugoslawienkrieg wurden erstmals sogenannte Graphitbomben eingesetzt, die BLU-114/B: Statt ein Elektrizitätswerk in die Luft zu sprengen, beschießt man es mit solchen Graphitbomben, die beim Aufschlag zahllose Fäden aus Graphit freigeben. Da Graphit elektrisch leitend ist, kommt es zu einem Kurzschluß. Dies führte in Jugoslawien wiederholt zu landesweiten Stromausfällen. Der Vorteil dieser Graphitbomben ist, daß man die Fäden nach dem Angriff zusammenkehren kann und die Bomben am Elektrizitätswerk selbst keine Schäden hinterlassen. Dies ist militärisch effektiv und spart nach Kriegsende Kosten für die Wiederaufbauhilfe. (17)

(17) www.fas.org/man/dod-101/sys/smart/blu-114.htm.

Eine ähnliche Wirkung auf die Stromversorgung wie die Graphitbomben hätten EMP-Waffen. Diese erzeugen einen hohen elektromagnetischen Impuls (EMP), der in Elektro-

geräten wie bei einem Blitzschlag einen Kurzschluß bewirkt. Bekannt ist dieser Effekt schon länger, da auch bei einer größeren Atombombendetonation ein solcher Impuls entsteht. Den US-Streitkräften ist es offensichtlich gelungen, einen solchen Effekt auch auf konventionellem Wege zu erzeugen. Zwar behauptete der russische Verteidigungsminister Sergej schon wenige Tage nach Kriegsbeginn, die USA hätten auch diese Waffen erstmals in Jugoslawien mit B-2 Bombern eingesetzt, aber Beweise legte er nicht vor. (18)

(18) David A. Fulghum, Microwave Weapons Await a Future War, Aviation Week & Space Technology, 7.6.1999, S. 30/31. Eine andere Bezeichnung für diese Waffenart ist High-Powered Microwave (HPM).

Fazit

Die NATO konnte in ihrem ersten Krieg einen "Sieg" allein durch den Einsatz der Luftstreitkräfte herbeibomben. Allerdings waren die Kriegsziele der Allianz nur beschränkt: Ihr ging es nur um einen Abzug der jugoslawischen Streitkräfte aus dem Kosovo - nicht um die Besetzung des ganzen Landes. Es stellt sich daher die Frage, ob dieses Ziel nicht doch durch Verhandlungen hätte erreicht werden können. Statt dessen wurde die jugoslawische Infrastruktur durch 20.000 Bombenangriffe zerstört, das Land um Jahrzehnte zurückgeworfen. Für die Vielzahl von Attacken standen kaum genügend Präzisionswaffen zur Verfügung, und es mußte auf alte Gravitationsbomben zurückgegriffen werden. Die eingesetzten Präzisionsbomben wiederum verursachten häufig "Kollateralschäden". Mal funktionierten sie nicht, die Piloten erkannten das Ziel nicht genau oder im Zielplanungsprozeß wurden Fehler gemacht. Der verursachte Schaden ist so groß, daß Jugoslawien aus eigener Kraft einen Wiederaufbau nicht bewerkstelligen könnte. Nun dürfen die NATO-Staaten genau das reparieren, was sie vorher kaputt gemacht haben. Die nötigen Finanzmittel werden aber wohl kaum bei den Militärhaushalten eingespart werden. So hat die NATO in ihrem ersten Krieg vor allem Eines bewiesen: Sie ist nicht nur politisch überflüssig, sondern auch militärisch unfähig■

Im Mai dieses Jahres schreckte das US-Nachrichtenmagazin Newsweek die Öffentlichkeit mit einer nach Science-Fiction klingenden Meldung auf: Hacker des US-Geheimdienstes CIA seien dabei, in die Computer ausländischer Banken einzubrechen und Milosevics Konten zu löschen. Autorisiert sei dieser Plan von US-Präsident Bill Clinton selber.(1) Sind damit die in Schundromanen (2) und Hollywoodproduktionen (3) schon seit einigen Jahren verbreiteten Visionen vom virtuellen Krieg Wirklichkeit geworden? In der Tat beschäftigen sich die US-Streitkräfte und Geheimdienste seit mehr als zehn Jahren mit dieser Art der Kriegführung, und auch in anderen Ländern werden Visionen vom Cyberkrieg entwickelt und futuristische Planungspapiere geschrieben. Der stellvertretende US-Verteidigungsminister John Hamre bezeichnete den Krieg gegen Jugoslawien bereits im April als "den ersten Cyberkrieg, den die USA führen". (4)

Ralf Bendrath

Der Kosovo-Krieg im Cyberspace

"Es macht Spaß zu sehen, wie High-Tech an der Front eingesetzt wird."
Bill Gates bei den US-Marines (5)

Ein Blick hinter die Kulissen, soweit er möglich ist, relativiert das Bild vom Cyberkrieg in mehreren Richtungen: Für den Ausgang des Kosovo-Krieges waren die Cyberattacken relativ unbedeutend, und auch die Kriege der Zukunft werden nicht unblutig im Internet stattfinden. Neu ist allerdings, daß sich mit politisierten Hackergruppen bisher ungewohnte Kriegsparteien auf dem virtuellen Schlachtfeld tummeln. Dies zeigt, wie unkontrollierbar solche Pläne der staatlichen High-Tech-Eliten sind, wenn sie in die Realität umgesetzt werden. Zum übergreifenden amerikanischen Konzept des "Informationskrieges" gehört aber nicht nur die Manipulation von Bankkonten, sondern vor allem der Medien. Dies ist das eigentlich Entscheidende am Kosovo-Krieg: Wichtig ist nicht mehr der Sieg auf dem Schlachtfeld, das es in diesem Luftkrieg ohnehin nicht gab, sondern die Manipulation seiner medialen Repräsentation.

Elektronische Belagerung der NATO aus Jugoslawien

Kurz vor Ostern meldete die NATO einen jugoslawischen Angriff aus dem Cyberspace. Die "Attacke", die von einem Belgrader Computer ausging, war allerdings bei genauerem Nachlesen lediglich eine Massensendung von tausenden Emails, die das elektronische Postfach des Militärbündnisses für andere Besucher mehrere Tage lang unzugänglich mach-

Dipl. Pol. Ralf Bendrath ist Redakteur der ZivilCourage und ehemaliger Redakteur der ami. Er promoviert zur Zeit an der FU Berlin über das Thema "Militär in der Informationsgesellschaft" und betreibt die Mailing Liste Infowar.de. Näheres unter http://userpage.fu-berlin.de/~bendrath

(1) Gregory L. Vistica: "Cyberwar and Sabotage" in: Newsweek, 31.5.99, S. 22
(2) Zum Beispiel Tom Clancy / Steve R. Pieczenik: Netforce, Berkley Publishing Group, 1999
(3) Zum Beispiel James Bond: Goldeneye
(4) www.infowar.com/mil_c4i/99/mil_c4i_042399a_j.shtml
(5) FR, 18.11.97

te. Frank Rieger, Sprecher des Chaos Computer Club (CCC) (6), hält es sogar für wahrscheinlicher, daß die NATO sich einen Computervirus wie "Melissa" eingefangen hat. (7) Dieser Virus, der die Adreßverzeichnisse von Email-Programmen benutzt, um sich selbsttätig zu verbreiten, hatte im März bereits im Pentagon sein Unwesen getrieben. (8)

Dennoch: Nach den veröffentlichten Informationen wurden die internen Datennetze der westlichen Militärinstitutionen, aber auch das öffentliche World Wide Web, von serbischer Seite ins virtuelle Visier genommen. Nach einem Bericht von US News existiert in Belgrad ein Netz von mehr als tausend StudentInnen und SchülerInnen in sechs Computerzentren, die die kriegsbedingten Ferien nutzen, um im Internet gegen die NATO aktiv zu werden. Der größte Teil ihrer Tätigkeit besteht aus dem Füttern von Newsgroups (9) und der Pflege ihrer umfangreichen Webseite, aber der Mail-Müll könnte ebenso wie die Viren von hier gekommen sein. (10) Nach Informationen von Infoworld.Electric wurden mindestens fünf neue Computerviren mit diesen Emails auf die NATO-Rechner übertragen. (11)

Bei einer anderen Art der Angriffe auf die öffentlichen Server der NATO wurde die Internet-Funktion "Ping" genutzt, mit der an einen Rechner ein kleines Datenpaket gesendet wird, das dieser an den Absender zurückschickt. (12) Ende März wurde die NATO - wie bereits verschiedene andere Institutionen vor ihr - Opfer massenhafter Ping-Anfragen, was dazu führte, daß die Rechner überlastet waren und die Datenleitungen verstopften. (13) Diese Angriffe kamen nach Aussagen des Pentagon ebenfalls aus Serbien, aber nicht unbedingt von Rechnern der serbischen Regierung. (14) Genau wie die massenhafte elektronische Post nutzt diese Art der Angriffe reguläre Funktionen aus, die bei entsprechend häufigen Aufrufen den Rechner zu stark beschäftigen. Bekannt sind solche Angriffe als "Denial of Service Attacks".

Über diese recht simple Art der Störungen hinaus gehen die Angriffe auf diverse Webseiten. Hacker aus Serbien sind in Webserver aus NATO-Staaten eingedrungen und haben die dort abrufbaren Internet-Seiten verändert. Die serbische Hackergruppe CHC etwa ersetzte Anfang April die Webseiten zweier US-Regierungseinrichtungen sowie der britischen Stadt Croydon durch eine Anti-NATO-Seite, in der diese als "National American Terrorist Organisation" bezeichnet wurde. (15)

Alle diese Angriffe richteten sich gegen die öffentliche Darstellung der NATO oder von NATO-Staaten im World Wide

(6) Der CCC ist die Vereinigung der deutschsprachigen Computerfreaks und Hacker. www.ccc.de.
(7) SZ, 10.4.99
(8) www.infowar.com/mil_c4i/99/mil_c4i_042399a_j.shtml

(9) elektronische Diskussionsforen
(10) U.S. News & World Report, 10.5.99.

(11) Elizabeth de Bony: NATO reinforces against Net attack from Serbs, InfoWorld Electric, 2.4.99, archive.infoworld.com/cgi-bin/displayStory.pl?99042.einato.htm
(12) Ping ist für diagnostische Zwecke gedacht, um festzustellen, ob die Verbindung noch besteht und der Rechner arbeitet. Aus der Laufzeit der Pakete lassen sich auch Rückschlüsse auf die Leitungsqualität ziehen.
(13) CNN, 31.3.99, www.cnn.com/WORLD/europe/9903/31/nato.hack/
(14) www.infowar.com/mil_c4i/99/mil_c4i_042399a_j.shtml

(15) Betroffen waren in den USA das Los Alamos National Laboratory und das Ohio Department of Development, *freespeech.org/ resistance*

Web. Die Kriegführungsfähigkeit der Militärallianz war dabei nie gefährdet, denn die internen Kommunikatons- und Kommandonetze verlaufen über ganz andere Kanäle. Die Kommunikation zur Leitung der Kriegseinsätze ist nicht direkt über das Internet oder andere öffentliche Netze zugänglich, und die Sicherheitsvorkehrungen sind hier weitaus größer als bei einem Webserver oder Mailboxrechner. Zudem laufen auf den Militärcomputern teilweise Programme und Betriebssysteme, die auf dem freien Markt nicht erhältlich sind und bei denen es daher schwierig ist, sicherheitsrelevante Informationen zu bekommen.

Einen Schritt weiter als die Web-Hacker sind Versuche, in die Militärcomputer selber einzudringen. Auch dies wurde im Kosovokrieg versucht. Einen ernsthafteren Schaden hat nach Berichten der Belgrader Zeitung "Blic" ein Mitglied der serbischen Hackergruppe "Schwarze Hand" angerichtet. Er soll Ende März in einen Computer der Navy eingedrungen sein und alle Daten gelöscht haben. Obwohl das US-Verteidigungsministerium diesen Vorfall nie bestätigte, war der Rechner zeitweilig im Internet nicht erreichbar. Die gleiche Hackergruppe, die angeblich in der Tradition einer gleichnamigen serbischen Terrororganisation vom Anfang des Jahrhunderts steht, hatte bereits im Oktober '98 die Webseite des gemäßigten Albanerführers Ibrahim Rugova gehackt. (16)

(16) Royal United Services Institute, Newsbrief, Mai 1999, S. 39.

Internationale Hacker-Brigaden gegen USA und NATO

Als Reaktion auf die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad durch die USA haben auch chinesische Hacker mehrfach Webseiten amerikanischer Institutionen angegriffen. Mindestens zweimal wurde das Internet-Angebot der amerikanischen Botschaft in Peking durch den Text "Nieder mit den Barbaren!" ersetzt. Ähnliches widerfuhr den Seiten des Energieministeriums, auf denen plötzlich zum Protest gegen die "amerikanischen Nazi-Methoden" aufgerufen wurde. (17) Dort stand auch zu lesen "Wir sind chinesische Hacker, die sich nicht um Politik kümmern, aber wir dulden es nicht, wenn wir sehen müssen, daß chinesische Journalisten getötet worden sind." (18) Auf der Webseite des US-Innenministeriums tauchten Anfang Mai Bilder von den drei Zivilisten auf, die beim Angriff auf die chinesische Botschaft getötet worden waren. (19) Auch gegen die Internet-Darstellung des Weißen Hauses wurden Angriffe unternommen, und die Seite war drei Tage lang nicht online. Obwohl der Sprecher des Weißen Hauses dies mit "Denial of Service"-Angriffen begründete, wurde die Nachricht von ei-

(17) Spiegel Online, 10.5.99, www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,21796,00.html
(18) Florian Rötzer: Chinesen protestieren auch im Internet, telepolis, 10.05.99, www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/2834/1.html
(19) Spiegel Online, 10.5.99, www.spiegel.de/netzwelt/politik/0,1518,21796,00.html

nem erfolgreichen Einbruch auf der Seite in verschiedenen Hackerforen annonciert. (20)

Auch die russische Ablehnung der NATO-Angriffe wurde nicht nur vom Kreml auf dem diplomatischen Parkett vertreten. Eine russische Hacker-Gruppe mit dem Namen "From Russia With Love" (21) hat eine NATO-Webseite mit dem Vermerk "Haut ab aus dem Kosovo" versehen. Eine Koalition von vier russischen Hackergruppen (22) mit dem Namen "Russian Hackers Union" soll eine Webseite der amerikanischen Marine gelöscht haben. (23) Die Seite einer amerikanischen Windsurfer-Zeitschrift wurde von dem russischen Hacker SP durch einen Aufruf ersetzt, den Krieg gegen Jugoslawien zu beenden. Ein Link verwies auf eine jugoslawische Seite, die zu einer Webkampagne gegen die NATO-Angriffe aufruft. (24) Nach Angaben des Hacker News Network wurden seit Kriegsbeginn bisher mindestens 14 militärische oder andere staatliche Webseiten gehackt. (25)

Von der anderen Seite der virtuellen Front gab es verschiedene Angriffe gegen jugoslawische Computer, die ebenfalls nicht staatlich kontrolliert wurden. Hacker aus den USA haben laut Informationen des Boston Globe versucht, die Webseite der jugoslawischen Regierung zu knacken, die als extrem sicher gilt. In der "Kosovo Hackers" Group haben sich albanische und europäische Hacker zusammengeschlossen, um gegen die serbische Regierung Cyberguerrilla zu spielen. Ihnen soll es gelungen sein, fünf verschiedene Webseiten zu löschen und auf deren Adresse die schwarz-rote Flagge "Freiheit für Kosovo" zu plazieren. Die serbische Regierung gab zwischenzeitlich auf der Webseite ihrer virtuellen Presseabteilung zu, daß sie technische Probleme hatte. Die Ursachen dafür können aber auch ganz banal zerbombte Telefonleitungen oder Kraftwerke gewesen sein. (26) Die holländische Hackergruppe "Dutchthreat" hackte sich in eine private serbische Webseite, auf der die NATO als "eine Bande Nazis" bezeichnet worden war. Sie ersetzten die Anti-NATO-Seite mit einer eigenen "Helft Kosovo"- Seite. (27)

In Mitleidenschaft gezogen wurden auch Webseiten in unbeteiligten Staaten. So wurde u.a. die Internet-Präsenz einer ägyptischen Regierungseinrichtung von der russischen Hackergruppe KpZ durch ein Bild der MTV-Comicfiguren Beavis & Butthead ersetzt, die zum "Stop der NATO-Morde" aufrufen. (28) Eine private Seite in Brasilien enthielt plötzlich einen Aufruf gegen Milosevic. (29)

(20) Sehr übersichtlich ist z.B. das Digital R3sist4nc3 Archive of Hacked Websites *freespeech.org/resistance.*

(21) Eine Anspielung auf den James Bond-Film "Liebesgrüße aus Mokau"

(22) HDT, KpZ, CHC und Legion2000

(23) SZ 10.4.99; freespeech.org/resistance/nmimc1/med_navy_mil.htm.

(24) Die Protestseite ist www.alert.org.yu/stopnato.htm vgl. freespeech.org/resistance/windsurfer/www_americanwindsurfer_com.html.

(25) www.hackernews.com/achive/crackarch.html

(26) SZ, 10.4.99

(27) Ellen Messmer: Kosovo cyber-war intensifies, in: Network World Fusion, 12.5.99, www.nwfusion.com/news/1999/0512kosovo.html

(28) freespeech.org/resistance/kpz/nato.html. Das gleiche Bild wurde von KpZ einen Tag später auf einer NASA-Seite hinterlassen.

(29) freespeech.org/resistance/genetic/berlin_genetic_com_br.html

Politisierte Computerfreaks als Cyberkrieger?

Während Hacker früher ihr Haupinteresse im Aufdecken von Sicherheitslücken sahen, ist dies heute eher Mittel zum Zweck geworden - und die Zwecke der Hacker werden immer politischer. Die Politisierung des Hackens führt inzwischen, analog zur außerparlamentarischen Tradition, auch zu Bündnissen, wie die "Russian Hackers Union" oder die "Kosovo Hackers Group" zeigen. Diese neue Verbindung von Computerfreaks und politischem Aktivismus wird mittlerweile als "Hacktivismus" bezeichnet. Die New Yorker Gruppe "Electronic Disturbance Theater" (EDT) hat bereits das Programm FloodNet für gemeinsame Webseiten-Besetzungen von Internetsurfern aus aller Welt entwickelt. Diese virtuelle Form des Sit-in erzielt einen "Denial of Service", indem alle an einer Aktion Beteiligten gleichzeitig eine Webseite besuchen, die von FloodNet dann automatisch immer wieder aufgerufen wird. (30) Im September 1998 kam es bereits zu einem virtuellen Schlagabtausch zwischen dem EDT, das ein Cyber-Sit-In auf der Pentagon-Webseite angekündigt hatte, und der Defense Information Systems Agency (DISA), die für die Sicherheit der US-Militärcomputer verantwortlich ist und zurückschlug. (31)

Im Dezember 1998 hatte die Hackergruppe "Legions of the Underground China" und dem Irak den virtuellen Krieg erklärt und dies mit den "Menschenrechtsverletzungen" begründet. Das selbsterklärte Ziel war es, die Computersysteme in beiden Ländern vollständig zu zerstören. (32) Solche Aktionen sind in der Hackerszene sehr umstritten: Zum einen spiegelt sich in der Parteinahme für oder gegen einen bestimmten Staat die politische Heterogenität der Computerfreaks wider, zum anderen widersprechen virtuelle Kriegserklärungen der klassischen gewaltfreien Hacker-Ethik. Die sieben wichtigsten Hacker-Vereinigungen der Welt, darunter auch der deutsche Chaos Computer Club und die Gruppe "Cult of the Dead Cow" verurteilten die Ankündigung der Legions of the Underground in einer gemeinsamen Erklärung in aller Schärfe. (33) Bislang ist der dringend nötige Diskussionsprozeß in der Hackerszene noch nicht sehr weit fortgeschritten, z.B. ist völlig unklar, ob Taktiken wie das im Umfeld des Electronic Disturbance Theater entwickelte "Bottom Up Information Warfare" oder der "elektronische zivile Ungehorsam" als Guerillakampf oder gewaltfreier Widerstand bewertet werden sollen bzw. ob diese Begrifflichkeiten aus der physischen Welt im Cyberspace überhaupt angemessen sind. Was auffällt ist aber, daß die Hacker seltener als früher

(30) Vgl. Stefan Wray: The Electronic Disturbance Theater and Electronic Civil Disobedience, 17.6.98, www.nyu.edu/projects/wray/EDTECD.html; EDT-Homepage: www.thing.net/~rdom/ecd/ ecd.html

(31) Winn Schwartau: Cyber-civil disobedience. Inside the Electronic Disturbance Theater's battle with the Pentagon, Network World, 11.1.99, www.nwfusion.com/news/0111vigcyber.html

(32) Vgl. Elvi Claßen: Infopeace im Cyberspace?, in: ZivilCourage, Nr. 1/99, S. 14.

(33) LoU strike out with international coalition of Hackers: A joint statement by 2600, the Chaos Computer Club, the Cult of the Dead Cow, !Hispahack, LOpht Heavy Industries, Phrack and Pulhas, 7.1.99, www.ccc.de/CRD/CRD19990107.html

versuchen, in die Computersysteme einzubrechen, die für militärische Operationen notwendig sind. Mit dem Hacken von Webseiten beeinflussen sie aber nur die mediale Repräsentation des Krieges, nicht seinen Verlauf. Offenbar glauben auch die Hacker, daß der computergestürzte Webdiskurs über den Krieg immer wichtiger wird und die Bedeutung der realen Kriegführung abnimmt.

Bankraub für den Frieden? Umstrittener Cyberkrieg der CIA

Ende Mai gelangten die Information über die Cyberangriffe der CIA auf die Konten des jugoslawischen Präsidenten Slobodan Milosevic bei ausländischen Banken an die Öffentlichkeit. Milosevic soll nach Erkenntnissen der Geheimdienste Millionenbeträge bei Banken unter anderem in Rußland, Griechenland und Zypern deponiert haben. US-Präsident Bill Clinton hat laut Newsweek den Hackern der CIA die Genehmigung erteilt, in die Computer dieser Banken einzubrechen, um das Geld auf den privaten Auslandskonten des jugoslawischen Präsidenten "zu verplempern", so ein US-Beamter. Im Gegensatz zu den bisher genannten Aktionen, die sich direkt gegen eine der Kriegsparteien richteten oder lediglich einen Webserver manipulierten, sind in diesem Fall die Bankencomputer von unbeteiligten Staaten unter Beschuß der USA geraten. Der NATO-Partner Griechenland geriet damit unter virtuelles "friendly fire". Das Weiße Haus weigerte sich, die Meldung zu kommentieren, und nicht einmal die NATO-Verbündeten waren in die Pläne eingeweiht. Das Vorhaben war laut Newsweek Teil eines umfassenderen Planes, der auf einem Vorschlag des nationalen Sicherheitsberaters Sandy Berger beruhte. Da die US-Regierung ebenso wie der Kongreß und die Öffentlichkeit vor einem Bodenkrieg zurückschreckte, Milosevic aber mit Luftangriffen offenbar nicht beizukommen war, griff der amerikanische Sicherheitsapparat auf ein Mittel zurück, das bereits Tradition hat: Verdeckte Operationen. Neben eher traditionellen Methoden (34) waren auch die Hackerangriffe der CIA in die Banken vorgesehen. (35)

Der Realitätsgehalt dieser Geschichte ist umstritten: Laut Aussagen des Chaos Computer Club ist es technisch möglich, über das internationale Bankensystem Swift Überweisungen zu fälschen. Geheimdienste wie wie amerikanische National Security Agency (NSA) seien dazu in der Lage. (36) Einige US-Geheimdienstmitarbeiter, die von den Plänen wußten, äußerten sich dagegen skeptisch über die Möglichkeit der geplanten Cyberangriffe. Um in gut gesicherte Bankencom-

(34) Die CIA sollte danach albanische Rebellen für Sabotageaktionen ausbilden, mit denen die serbische Bevölkerung gegen ihren Präsidenten aufgebracht werden sollte. Zu den Ausbildungszielen gehörten u.a. Häusersprengungen, der Diebstahl von Lebensmittelvorräten oder die Verunreinigung von Benzinlagern.

(35) Gregory L. Vistica: "Cyberwar and Sabotage" in: Newsweek, 31.5.99, S. 22

(36) zdf-news, 2.6.99

puter einzudringen, müßten CIA-Agenten zunächst selber jede dieser Banken besuchen, ein eigenes Konto einrichten und danach sorgfältig darüber Buch führen, wie die Institution arbeitet. Erst wenn Schwachstellen in der Datensicherheit gefunden seien, könne die NSA ihre Rechenzentren einsetzen, um die hochentwickelte Verschlüsselung und die vorgeschalteten Schutzrechner ("Firewalls") zu überwinden. (37)

(37) Gregory L. Vistica: "Cyberwar and Sabotage" in: Newsweek, 31.5.99, S. 22

Hintergund und politische Folgen

CCC-Sprecher Rieger warnte davor, diese Art der virtuellen Nebenschauplätze für eine ungefährliche Erweiterung des Schlachtfeldes zu halten. Die USA, Deutschland und andere westliche Staaten seien aufgrund ihrer fortgeschrittenen Digitalisierung und Vernetzung weitaus verwundbarer gegenüber solchen Attacken als die Transformationsländer in Osteuropa. "Die Eskalationsmechanismen sind kaum beherrschbar", so Rieger. (38) Mitglieder der Geheimdienstausschüsse von Kongreß und Repräsentantenhaus in den USA, die von Sicherheitsberater Berger Mitte Mai in einer geheimen Sitzung über die virtuellen Banküberfälle der CIA gegen Milosevic informiert worden waren, äußerten sich ebenfalls besorgt. Eine solche Aktion gegen ausländische Banken würde nicht nur gegen mehrere internationale Verträge verstoßen und NATO-Mitglieder wie Griechenland gegen die USA aufbringen, es könne auch die führende Rolle der USA im weltweiten Bankgeschäft untergraben. Außerdem sei dieser Bruch der Souveränität sogar von verbündeten Staaten ein gefährlicher Präzedenzfall und lade zur Nachahmung, also zu Angriffen auf US-Banken, geradezu ein. (39) Die USA würden einen serbischen Hacker, der ähnliches an einer New Yorker Bank versucht, im übrigen als "Cyberterroristen" bezeichnen. Eine mögliche Eskalation von Cyberangriffen und -gegenangriffen kann sich unter Umständen zu einer ernsten Bedrohung der USA entwickeln.

(38) zdf-news, 2.6.99

(39) Gregory L. Vistica: "Cyberwar and Sabotage" in: Newsweek, 31.5.99, S. 22

Ein von Hackern veranstalteter elektronischer Börsencrash ist seit einigen Jahren der Alptraum der amerikanischen Sicherheitspolitiker, der von den Behörden kräftig genährt wird. (40) Allein in der US-Exekutive beschäftigen sich mehr als 15 Ministerien und Behörden konzeptionell und operativ mit Fragen der "Computerkriegführung" oder Computersicherheit, neben dem Verteidigungsminsterium, der CIA und dem FBI unter anderem auch die Ministerien für Energie, Justiz, Wirtschaft, Finanzen oder Transport sowie

(40) Beliebtes Schlagwort dafür ist "elektronisches Pearl Harbour", das an den Überfall der japanischen Luftwaffe auf die US-Navy im Zweiten Weltkrieg erinnert, *vgl. www.soci.niu.edu/*

~crypt/other/harbor.htm

(41) Vgl. z.B. Executive Order 13010 von Präsident Bill Clinton, 15.7.96, wo die an der Presidential Commission on Critical Infrastructure Protection (PCCIP) beteiligten Einrichtungen aufgezählt werden, *www.pccip.gov/eo13010.html.*

(42) www.fbi.gov/nipc/index.htm

(43) Vgl. National Security Council: White Paper. The Clinton Administration´s Policy on Critical Infrastructure Protection: Presidential Decision Directive 63, Mai 1998, www.whitehouse.gov/ WH /EOP/NSC/html/NSCDoc3.html

(44) Bradley Graham: In Cyberwar, A Quandary Over Rules And Strategy, in: International Herald Tribune, 9.7.98

(45) David A. Fulghum: Cyberwar Plans Trigger Intelligence Controversy, in: Aviation Week&Space Technology, 19.1.98, S. 55.

(46) Jay Peterzell: Spying and Sabotage by Computer, in: Time, 20.3.89, zit. nach Ute Bernhardt / Ingo Ruhmann: Der Krieg der elektronischen Waffen - Elektronische Kriegsführung, in: dies. (Hg.): Ein sauberer Tod. Informatik und Krieg, Marburg 1991, S. 123.

(47) Douglas Waller: Onward Cyber Soldiers, in: Time Magazine, 21.8.95

(48) Vgl. Ralf Klischewski/Ingo Ruhmann: Ansatzpunkte zur Entwicklung von Methoden für die Analyse und Bewertung militärisch relevanter Forschung und Entwicklung im Bereich Informations- und Kommunikati-

verschiedene Abteilungen des Weißen Hauses. (41) Zur Abwehr der neuen Verwundbarkeiten der Informationsgesellschaft wurde erst im vergangenen Jahr mit der Präsidenten-Direktive 63 das National Infrastructure Protection Center (NIPC) (42) eingerichtet, das zur Bundespolizei FBI gehört, aber auch dem Pentagon unterstellt werden kann. (43) Die Zuständigkeiten sind bisher nur ansatzweise geklärt. Abgeordnete des US-Kongresses warnten bereits davor, daß die Hacker der verschiedenen staatlichen Stellen sich bei ihren Aktivitäten gegenseitig im Weg stehen könnten. (44) Während an der elektronischen Verteidigung gegen Hackerangriffe bereits überall in den USA gearbeitet wird, gibt es für die Entwicklung offensiver Computerkriegsfähigkeiten, also Hackerprogramme, ferngesteuerte Viren und ähnliches, bisher keine Grundsatzentscheidung des Präsidenten. (45) Die öffentliche Debatte der Angriffe auf NATO-Computer kam dem Geheimdienst offenbar gerade recht. Mit den virtuellen Bankeinbrüchen ist jetzt ein Präzedenzfall geschaffen, der auch nach außen hin, also gegenüber Kongreß und Bevölkerung, einen offensiven Cyberkrieg legitimiert.

Im Hintergrund arbeiten bereits seit den achtziger Jahren verschiedene staatliche Stellen in den USA an der Erforschung dieser Methoden. Mitarbeiter von CIA und NSA verzeichneten nach eigenen Angaben "beachtliche Erfolge dabei (...), geheime militärische Computersysteme in der Sowjetunion und anderen Ländern zu penetrieren" (46). Auch die Streitkräfte beteiligen sich seit Ende der achziger Jahre an der Erforschung und Entwicklung von Computerviren, die auch als "nicht-tödliche Waffen" bezeichnet werden. Die staatlichen "Informationskrieger" beziehen dabei einen großen Teil der offensiv verwendbaren Software aus Hackerkreisen. (47)

Seit 1994 existiert bereits die "School for Information Warfare and Strategy" an der National Defense University in Washington D.C., in der Offiziere der Streitkräfte für Informations- und Cyberkriege ausgebildet werden. Bereits 1995 war "Information Warfare" das Leitbild für alle Forschungs- und Entwicklungspläne der US-Streitkräfte (48), und 1996 wurde es in das zentrale Planungspapier der Joint Chiefs of Staff (die "Joint Vision 2010") aufgenommen. (49) Die US Army hat ihre Doktrin für Informationskriege bereits 1996 mit dem neuen Field Manual 100-6, Information Operations, formuliert. (50) Die Befehlshaber der Regionalkommandos wurden mittlerweile aufgefordert, ihre Einsatzpläne daraufhin zu überprüfen, inwieweit diese Techniken konventionel-

le Waffen ersetzen können. Alle diese Vorhaben zur offensiven Informationskriegführung unterliegen höchster Geheimhaltung und wurden bisher im Kongreß nicht öffentlich diskutiert. (51) Angehörigen der Streitkräfte ist es verboten, den Begriff "offensive computer operations" in öffentlichen Debatten zu verwenden. (52)

Informationskrieg ist mehr als Cyberkrieg

Den Krieg um das Kosovo hat die NATO vor allem mit der Zerstörung der jugoslawischen Kommandoeinrichtungen durch rohe Gewalt gewonnen, indem sie gezielt die Kommando- und Kommunikationseinrichtungen der jugoslawischen Streitkräfte bombardiert hat. (53) Diese Spielart des Informationskrieges, die in den USA "Command and Control War" (C^2-War) genannt wird, macht die gegnerischen Truppen führungslos und schneidet sie von Aufklärungs- und anderen Daten ab. (54) Blind und auf sich selbst gestellt ziehen sie sich in der Regel zurück oder ergeben sich ohne größeren Widerstand, so zumindest die Erfahrung aus dem Golfkrieg 1991. Die von den Einheiten für psychologische Kriegführung (PsyOps) massenhaft verteilten Handzettel "Sie sind ein NATO-Ziel" haben ihr übriges dazugetan. Die paar Millionen Dollar dagegen, um die der jugoslawische Präsident durch die CIA-Hacker unter Umständen erleichtert worden ist, waren dagegen psychologisch wichtig, aber nicht kriegsentscheidend. Zu einem Informationskrieg gehört im amerikanischen Verständnis nämlich weit mehr als nur das Eindringen in gegnerische Computernetze.

Laut dem offiziellen Wörterbuch des Pentagon umfaßt Informationskrieg "Aktionen, die unternommen werden, um die Informationsüberlegenheit zu erlangen, indem die Informationen, informationsbasierten Prozesse, Informationssysteme und computerbasierten Netze des Gegners beeinträchtigt werden, während die eigenen Informationen, informationsbasierten Prozesse, Informationssysteme und computerbasierten Netze ausgenutzt und verteidigt werden" (55). Demnach wird die gesamte "Informationsumgebung" nun zentral für die militärischen Planungen. Es gilt also, nicht nur die Computernetze des Gegners lahmzulegen, sondern auch seine Sensoren zu täuschen, die Bevölkerung zu beeinflussen und an der Heimatfront für die richtigen Kriegsbilder zu sorgen. Das Ziel ist die Kontrolle der globalen Informationssphäre und aller ihrer Teilbereiche im Umfeld eines Krieges. Die Ausweitung des Krieges auf den Cyberspace ist nur ein Bereich von den vielen, die durch Informationsoperatio-

onstechnologie, Studie für das Büro für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag, Bonn 1995, S. vi.

(49) Vgl. John M. Shalikashvili: Joint Vision 2010, Joint Chiefs of Staff, Washington D.C. 1996, www.dtic.mil/doctrine/jv2010/jv2010.pdf, S. 16

(50) U.S. Army Training and Doctrine Command: Field Manual 100-6, Information Operations, August 1996, www.fas.org/irp/doddir/army/fm100-6

(51) Bei einer Anhörung des Senates zur defensiven Seite der Informationskriegführung im Juni 1998 antwortete der CIA-Direktor George Tenent auf die Frage, ob offensive Fähigkeiten entwickelt würden, nur mit einem Satz: "We're not asleep at the switch in this regard", *zit. nach Bradley Graham: In Cyberwar, A Quandry Over Rules And Strategy, in: International Herald Tribune, 9.7.98.*

(52) Vgl. David A. Fulghum: Cyberwar Plans Trigger Intelligence Controversy, in: Aviation Week&Space Technology, 19.1.98, S. 53.

(53) vgl. z.B. tagesschau-dossier, 25.5.99, www.tagesschau.de/ts/archiv/1999/Mar/23/kosovo/M/chronologie/R/05-25-angriffe.html; NATO Press Conference, Given by Mr Jamie Shea and Major General Walter Jertz, 6.5.99, www.nato.int/kosovo/press/p990506c.htm

(54) Kerry A. Blount/Lauren D. Kohn: C2-Warfare in FM 100-6, in: Military Review, Nr. 4, Juli-August 1995, S. 66-69

nen auf neue Art ins Interesse der Militärs rücken. Neben diesen neuen, von den Medien begierig aufgenommenen virtuellen Aufgaben werden auch so alte Techniken wie die Bombardierung gegnerischer Kommandostrukturen oder die psychologische Kriegführung unter dem Oberbegriff "Informationsoperationen" zusammengefaßt. Besonders die mediale Repräsentation des Krieges im Fernsehen wird als zentral angesehen. (56) Der damalige Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Colin Powell, brachte dies zur Zeit des Golfkrieges 1991 bereits auf den Punkt: "Wenn alle Truppen in Bewegung sind und die Kommandeure an alles gedacht haben, richte deine Aufmerksamkeit auf das Fernsehen, denn du kannst die Schlacht gewinnen oder den Krieg verlieren, wenn du mit der Story nicht richtig umgehst" (57) (vgl. Elvi Claßen in diesem Heft).

In diesem erweiterten Verständnis des Informationskrieges reicht auch eine entsprechend glaubwürdig durchgesickerte Meldung über Computerattacken, wenn dadurch der Gegner unter Druck gesetzt werden kann. Die Banken-Geschichte könnte daher auch eine gezielte Falschmeldung gewesen sein. Nach der Doktrin der Informationsoperationen ist es aber vor allem für die NATO eminent wichtig, sich öffentlich als unangreifbar darzustellen. Insofern haben die Hacker-Angriffe zwar keinen militärischen, aber einen massiven Image-Schaden bei der NATO hinterlassen. NATO-Sprecher Jamie Shea mußte Ende Mai zugeben, daß die aufwendig gemachte NATO-Webseite zeitweise nur sporadisch erreichbar war - eine peinliche Situation für ein Militärbündnis, das gerade dabei ist, die Überlegenheit ihrer High-Tech-Streitkräfte vorzuführen■ (58)

(55) DoD Dictionary of Military and Associated Terms, www.dtic.mil/doctrine/jel/doddict/data/i/02944. html, Übersetzung R.B.

(56) U.S. Army Training and Doctrine Command: Field Manual 100-6, Information Operations, August 1996, www.fas.org/irp/doddir/army/fm100-6

(57) Zit. nach: McKenzie Wark: Virtual Geography. Living with Global Media Events, Bloomington, Indianapolis 1994, S. 41, Übersetzung R.B.

(58) Press Conference of the NATO Spokesman, Jamie Shea and Air Commodore David Wilby, 31.5.991

Internet-Seiten zum Thema:
www.infowar.com -die größte Seite zum Thema.
www.epic.org/security/infowar/resources.html -Electronic Privacy Information Council, behandelt vor allem Probleme des Datenschutzes im Informationskrieg.
web.aec.at/infowar/NETSYMPOSIUM/index.html -Die Mailingsliste zur Vorbereitung der Ars Electronica 1998 "Infowar".

Weitere Lesetips:
Bendrath, Ralf: Militärpolitik, Informationstechnologie und die Virtualisierung des Krieges, in: Peter Bittner, Jens Woinowski (Hg.): Mensch - Informatisierung - Gesellschaft, Münster: Lit Verlag, im Erscheinen. Überblick über die Entwicklung in den USA, mit Fokus auf das Verhältnis Militär-Politik
Libicki, Martin: What is Information Warfare?, ACIS Paper Nr. 3, Washington D.C., August 1995. Ein Klassiker, der verschiedene Arten von Informationskrieg unterscheidet.
Nye, Joseph S., jr./William A. Owens: America´s Information Edge, in: Foreign Affairs, 3./4. 1996, S. 20-36: Paradigmatisch für die US-Strategie.
Stieler, Wolfgang: Spiel ohne Grenzen. Krieg und Cyber-Krieg in Europa, in: c´t, Nr. 13/99, S. 90-91: Aktueller Bezug zum Kosovo-Krieg, gut als Einsteig.
Waller, Douglas: Onward Cyber Soldiers, in: Time Magazine, 21.8.95.

Aus Sicht der NATO war die „Militäroperation" gegen Jugoslawien ein „Einsatz für die Menschlichkeit und den Frieden". (1) Die Allianz wurde nicht müde, zu betonen, daß sie „jede Vorsichtsmaßnahme (ergreift), um zivile Opfer bei ihren Angriffen zu vermeiden." (2) Doch eine erste Bilanz des 78-tägigen Luftkrieges gegen militärische und zivile Ziele in Serbien, der Vojvodina, im Kosovo und in Montenegro legt ein anderes Zeugnis ab. Nahezu täglich fielen Zivilisten den Bombardements zum Opfer. Nur in den wenigsten Fällen sprach die NATO von unbeabsichtigten Fehltreffern (3), was ein indirektes Eingeständnis ist, daß in der Regel die Tötung von Nicht-Kombattanten in Kauf genommen wurde. Im folgenden sind 69 Fälle aufgelistet, bei denen Zivilisten getötet oder verletzt wurden.

Kristian Zitzlaff

Die Opfer der Humanität

Eine statistische Annäherung

Die Angaben über die zivilen Opfer der NATO-Bombardements beruhen zu einem Großteil auf staatlichen jugoslawischen Angaben. Die NATO gibt generell keine Auskunft über die Zahl der von ihr verursachten möglichen Zivilopfer. Unabhängige Beobachter, wie ausländische Journalisten, sind selten vor Ort, um sich ein eigenes Bild machen zu können. Die Nachrichtenagenturen übernehmen so meist die offiziellen Zahlen. Oftmals wird die Anzahl der Getöteten und Verletzten von den jugoslawischen Behörden im Nachhinein nach oben korrigiert. Zudem werden in hiesigen Zeitungen i.d.R. nur die größeren Vorfälle berichtet, insbesondere solche, bei denen es sich offensichtlich um Fehlschläge der NATO handelt. NATO-Angriffe mit „unspektakulär" wenigen Opfern finden sich sehr selten in der Berichterstattung. Demzufolge schwanken die Angaben über die Zivilopfer des NATO-Krieges beträchtlich.

Die offiziellen jugoslawischen Angaben kurz vor Aussetzung der Luftangriffe am 10.6.99 beziffern die Zahl der zivilen Opfer der NATO-Angriffe auf 1.500-2.000 Tote und 5.000-6.000 Verletzte. (4) Diese Angaben sind jedoch im Einzelfall nicht konkretisiert, so daß eine unabhängige Überprüfung nicht möglich ist. Eine detaillierte Darstellung der Zivilopfer findet sich zum einen auf der Website von *CounterPunch*, einem Projekt des „Institute for the Advancement of Journalistic Clarity" in Washington. *Counter-*

Kristian Zitzlaff ist Redakteur der ami-Redaktion

(1) So Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Regierungserklärung am 26.3.99 vor dem Deutschen Bundestag, zit. nach: Das Parlament 14-15/99 (2./9.4.), S. 3
(2) Zit. nach: Berliner Zeitung, 3.5.99
(3) Auf einer NATO-Pressekonferenz am 21.5.99 bezifferte General Jertz die Zahl der fehlgeleiteten Lenkbomben mit 12. Insgesamt seien bis dahin rund 10.000 Lenkbomben abgefeuert worden. *Vgl.: http://www.nato.int/kosovo/press/p990521a.htm*
(4) Vgl.: taz, 5./6.6.99; Der Tagesspiegel (Tsp.), 11.6.99

(5) Vgl.: CounterPunch, http://www.counterpunch.org/dead.html (1.6.99)
(6) Vgl.: Beograd.Com, http://206.99.236.221/provisional_assessment.html (8.6.99)
(7) So berichtet CounterPunch bspw. von rund einem Dutzend Todesopfern in der serbischen Stadt Valjevo während des gesamten Zeitraumes der NATO-Luftangriffe.

Punch dokumentiert insgesamt 668 Todesopfer und 887 Verletzte im Zeitraum bis 1.6.99. (5) Zum anderen hat *Beograd.Com*, eine kommerzielle jugoslawische Online-Agentur mit Geschäftssitz in Toronto, eine Liste zusammengestellt. Diese Liste führt 598 Todesopfer und 1.186 Verletzte auf. (6) Beide Dokumente enthalten eine Reihe von Vorfällen ohne genaue Angabe des Ortes oder des Datums. (7) Neben diesen beiden Quellen finden sich in den hiesigen Tageszeitungen auch weitere Vorfälle, die weder bei *CounterPunch* noch bei *Beograd.Com* dokumentiert sind. (8) In der folgenden Tabelle sind all jene Vorfälle aufgeführt, die in den Medien mit genauem Ort und Zeitangabe belegt und damit überprüfbar sind.

Die Zivilen Opfer des NATO-Luftkrieges gegen Jugoslawien

Datum	Ort	Tote	Verletzte
2.4.	Dorf Nagavac	11	5
3./4.4.	Industrieanlagen in Pancevo (bei Belgrad)	mind. 2	mind. 4
5.4.	Straßenzug in Aleksinac (Serbien)	17	30
7.4.	Zentrum von Pristina	10	8
9.4.	Wohngebiet in Pristina	5	k.A.
9.4.	Autowerk in Kragujevac (Serbien)	-	25
10.4.	Straße bei Merdare (Süd-Serbien)	5	mehr.
11.4.	Fabrik in Krusevac (Serbien)	-	12
12.4.	Personenzug bei Leskovac (Süd-Serbien)	55	mind. 16
12.4.	Wohngebiet in Kursumlija (Süd-Serbien)	6	23
13.4.	Wohngebiet in Vranje (Süd-Serbien)	2	1
14.4.	Flüchtlingstreck bei Djakovica (Kosovo)	75	26
16.4.	Wohngebiet in Subotica (Vojvodina)	2	15
16./17.4.	Wohngebiet in Belgrad	1	5
18.4.	Wasserkraftwerk bei Novi Varos (Serb.)	-	4
19.4.	Wohngebiet in Nis (Süd-Serbien)	1	mind. 8
20.4.	Pristina	1	k.A.
21.4.	Flüchtlingsunterkunft bei Djakovica	10	16
22.4.	Zentrum von Vranje	2	23
23.4.	Staatsfernsehen RTS in Belgrad	16	17
23.4.	Hospital in Novi Pazar (Süd-Serbien)	1	2
26.4.	Wohnhaus in Lipljan (Kosovo)	1	2
27.4.	Zentrum von Kursumlija	13	25
27./28.4.	Wohngebiet in Surdulica (Süd-Serbien)	mind. 16	24
28.4.	Ariljaca bei Pristina	2	12
29./30.4.	Brücke bei Trstenik (Serbien)	1	17
29./30.4.	Bus auf Straße von Kraljevo nach Godacica (Serbien)	1	8
30.4.	Dörfer Vitanovac, Varca und Bogutovac bei Kraljevo	-	14
30.4.	Zentrum von Belgrad	3	38
1.5.	Bus auf Brücke bei Luzane (Süd-Serbien)	mind. 47	13
1.5.	Dorf Murino (Montenegro)	mind. 4	8
1.5.	Vorort von Prizren (Kosovo)	5	23

1.5.	Düngemittelfabrik in Pancevo	-	7
2.5.	Wohngebiet in Sremska Mitrovica (Vojvodina)	4	10
3.5.	Bus auf Straße bei Savine Vode (Kosovo)	20	43
5.5.	Fabrik und Wohnviertel in Cacak (Serbien)	2	7
6.5.	Wohnhäuser, Bahnhof und Hospital in Valjevo (Serbien)	-	10
7.5.	Klinik und Markt in Nis	mind. 15	70
8.5.	Chinesische Botschaft in Belgrad	3	20
11.5.	Brücke bei Vladicin Han (Süd-Serbien)	2	5
12.5.	Haus in Paracin (Serbien)	1	5
13./14.5	Gehöft mit Flüchtlingen bei Korisa (Kosovo)	87	mind. 58
15.5.	Wohngebiet in Vranje	2	1
19.5.	Industrieanlagen in Gnjilane (Kosovo)	4	19
20.5.	Krankenhaus in Belgrad	mind. 3	mehr.
21.5.	Gefängnis in Istok (Kosovo)	mind. 10	11
21.5.	Sombor (Vojvodina)	1	-
23.5.	Wohngebiet in Urosevac (Kosovo)	-	7
25.5.	Wohngebiet in Ralje (Serbien)	3	3
25.5.	Dorf Radosta (Kosovo)	2	1
25.5.	Schule und Wohnhaus in Sabac (Serbien)	1	4
25.5.	Gewächshaus in Jagodina	1	2
28.5.	Wohngebiet in Aleksinac	3	-
29.5.	Wohngebiet in Kursumlija	1	2
30.5.	Brücke bei Varvarin (bei Krusevac)	11	40
30.5.	Autotunnel in Pristina	1	6
30.5.	Wohngebiet in Pristina	1	2
30.5.	Post in Uzice (Serbien)	2	-
31.5.	Zentrum von Novi Pazar	23	20
31.5.	Sanatorium in Surdulica	20	37
31.5.	Autokonvoi südlich von Prizren	1	3
1.6.	Wohngebiet in Belgrad	5	20
1.6.	200 Häuser in Sremska Mitrovica	5	12
1.6.	Wohnhäuser in Cuprija (Serbien)	2	9
1.6.	Haus in Nis	2	3
1.6.	Brücke bei Labane (Süd-Serbien)	2	1
1.6.	Wohngebiet Sovljak in Kraljevo (Serbien)	-	7
8.6.	Wohngebiet in Novi Sad (Vojvodina)	1	5
8.6.	(Raffinerie in Pancevo)	3	k.A.
		mind. 556	**mind. 878**

Militärische Opfer

Die rund 550 zivilen Todesopfer stellen jedoch nur einen Bruchteil der Gesamtzahl der durch die NATO-Bombardements Getöteten dar. Konkrete Angaben zu den militärischen Opfern, sowohl der NATO, als auch der jugoslawischen Einheiten und der UCK, liegen bislang noch nicht vor. Anfang Juni erklärte jedoch die NATO, über 10.000 Mitglieder der jugoslawische „Sicherheitskräfte" getötet oder verwundet zu haben. (9) Nach anderen Meldungen schätzt die NATO die Toten auf jugoslawischer Seite auf 4.000-5.000 Mann, die Verletzten auf 6.000-10.000 Mann, wobei viele der Opfer aus den NATO-Luftangriffen gegen jugoslawische Stellungen in den Pastric-Bergen Ende Mai, Anfang Juni - zur Unterstüt-

(8) Eine weitere, jedoch weniger ausführliche Dokumentation sogen. „Kollateralschäden" findet sich auf der Website der Federation of American Scientists: http://www.fas.org/man/dod-101/ops/allied_force.htm (4.6.99). Die FAS dokumentiert dort bis zu 476 Todesopfer.
(9) Berliner Morgenpost (BM), 4.6.99

zung einer Offensive der UCK - resultierten. Zur gleichen Zeit gab der jugoslawische General Pavkovic an, daß rund 1.800 jugoslawische Soldaten getötet oder verletzt worden seien, wobei die Zahl der Toten auf 800 geschätzt wird. (10) Legt man die NATO-Zahlen zugrunde, so wurden also mindestens 4.000 weitere Menschen durch die Allianz getötet und mindestens 6.000 verwundet.

(10) BM, 6.6.99; Tsp., 11.6.99; Staatspräsident Milosevic beziffert die Zahl der durch die NATO getöteten jugoslawischen Soldaten am 10.6. hingegen auf nur 462, die der Polizisten auf 114. Vgl.: Reuters, 10.6.99

Opfer der jugoslawischen Einheiten

Über die Opfer der jugoslawischen Armee, der serbischen Polizei und Sonderpolizei und den Paramilitärs liegen ebenfalls nur Schätzungen vor. Sie beruhen zumeist auf den Aussagen kosovarischer Flüchtlinge in Albanien und Mazedonien, die von Hilfsorganisationen, der OSZE oder auch NATO-Einheiten interviewt wurden. Satellitenaufnahmen der NATO stellen zusätzliche Indizien dar. Viele der Angaben der Flüchtlinge scheinen sich nun nach Einmarsch der NATO-Truppen in den Kosovo zu bestätigen. Täglich stoßen die Ermittler auf neue sogen. „Crime Sites", Orte, an denen zwischen zwei und über 100 Tote gefunden werden. (11)

Nach Angaben des Staatssekretärs im britischen Außenministerium, Geoff Hoon, vom 18.6.99 sei davon auszugehen, daß mindestens 10.000 kosovo-albanische Zivilisten der serbischen Greuel zum Opfer gefallen sind. (12) Die „Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV) verfügt nach eigenen Angaben über Indizien für die Ermordung von 2.000-3.000 Kosovaren durch jugoslawische Einheiten (13); das US-amerikanische Verteidigungsministerium wiederum gab am 15.5.99 an, über Hinweise zu verfügen, demnach ca. 4.600 Menschen der militärischen Strategie der „ethnischen Säuberung" zum Opfer gefallen sind. (14)

(11) Vgl.: Der Spiegel 25/99, 21.6., S. 164. Bis 21. Juni wurden nach Angaben der KFOR 92 solcher Orte gefunden. Anders als in Bosnien handelt es sich nicht um Massengräber, sondern um teilweise nur dürftig verscharrte oder gar offen herumliegende Leichen und Gruppen von Leichen. Vgl.: Stern 26/99, 24.6., S. 34

(12) taz, 19./20.6.99

(13) Vgl.: GfbV-Dokumentation „Genozid im Kosovo" vom 1.6.99, http://gfbV.de/presse/kosovo4.htm

(14) Vgl.: Balkan Watch, http://www.balkanaction.org/pubs/bw2-20.html

So what?

Stellt man die zivilen und militärischen Opfer der NATO-Angriffe den Opfern der jugoslawischen Einheiten gegenüber, so müssen sich die NATO und die humanitär motivierten Bellizisten fragen lassen, ob die Ermordung von mindestens 4.500 Menschen zum Schutze der Menschenrechte (ohne dabei die Opfer der Guerillatätigkeit der UCK zu berücksichtigen) einen entscheidenen Unterschied macht zu den möglicherweise bis zu 10.000 Opfern der serbischen Soldateska. Zumindest sollte diese nummerische Argumentation im moralischen Diskurs über die Rechtmäßigkeit eines mit dem Schutz der Menschenrechte begründeten Krieges mehr Gehör finden■

Um Kriege zu führen braucht es - neben Menschenverachtung und Skrupellosigkeit - vor allem eines: Geld. Auch aus der Luft geführte Kriege bedeuten immense Materialkosten: Flugzeuge, Bomben, Piloten, Versorgungscrews am Boden und alles, was moderne Streitkräfte zusätzlich an Logistik brauchen, um gegnerische Ziele aus der Luft zu bekämpfen, verschlingt täglich riesige Geldbeträge. Nach einer Berechnung des Center for Strategic & Budgetary Assessment (CSBA) liegen die gesamten militärischen Kosten der Operation "Allied Force" zwischen 6 und 10 Mrd. DM - die humanitäre Hilfe nicht eingerechnet. (1) Eine Bundeswehrstudie schätzt den militärischen Preis des Kriegs mit 11 Mrd. DM etwas höher ein. (2) Damit verursachte die NATO während der Luftangriffe laufende Kosten von ca. 55 Mio. US-Dollar pro Tag. Die militärischen Kosten sind jedoch längst nicht alle Kosten des NATO-Einsatzes im Kosovo.

Olivier Minkwitz

Was kostet ein Kriegstag?

Die militärischen Kosten des Kosovo-Krieges

Die gesamten sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Kosten und Schäden des Krieges werden um ein Vielfaches höher liegen als die rein militärischen Kosten des Einsatzes. Im Vergleich zum Golfkrieg (ca. 204 Mrd. DM) jedoch, dessen finanzielle Auswirkungen sich in jeder Außenhandelsbilanzstatistik zeigten, werden sich die Kosten des 10 Wochen langen Bombardements in den Haushalten der NATO-Länder kaum bemerkbar machen. Trotzdem versucht die Bundeswehr nun ihr Budget mit Mitteln aus dem Etat der allgemeinen Finanzverwaltung (Einzelplan 60) statt aus dem Verteidigungshaushalt (Einzelplan 14) aufzustocken und Gelder für die Modernisierung der Streitkräfte locker zu machen. Dabei beruft sie sich auf die Kosten und den "Erfolg" des Krieges. Der Kosovo-Einsatz der Bundeswehr wird in Zukunft in keiner Beschaffungsbegründung aus der Hardthöhe fehlen. Mehrheitlich beschloß der Haushaltsausschuß, die Ausgaben für Auslandseinsätze aus dem Etat des Finanzministeriums von 441 auf 741 Mio. DM zu erhöhen. (3) Der Verteidigungsetat bleibt deshalb dieses Jahr erst einmal unverändert. Daß es dabei nicht bleiben wird, läßt sich an den Kostenprognosen für das Peacekeeping "Joint Guardian" ablesen. Die jährlichen Kosten, um den Kosovo militärisch zu befrieden und die Truppen zu stationieren, die (im Falle der BRD) vierteljährlich ausgewechselt werden, könnten nach

Olivier Minkwitz ist Mitglied der ami-Redaktion.

(1) Center for Strategic and Budgetary Assessment: Total Cost of Allied Force Air Campaign: A Preliminary Estimate, 10.6.1999, S. 1.
(2) Bundeswehrhochschule München: Kosten des Kosovo-Krieges - Teilstudie A: Die Kostenentwicklungen und Kostenprognosen, 15.6.1999, S. 4.

(3) Blickpunkt Bundestag, 4/99, S.39.

vorsichtigen Schätzungen insgesamt noch einmal zwischen 6 und 10 Mrd. DM ausmachen. SFOR und KFOR werden die Bundeswehr dann dieses Jahr 1 Mrd. DM und im nächsten 2 Mrd. DM kosten unter der Annahme, daß Nachbeschaffungen auf die nächsten Haushaltsjahre aufgeschoben werden. Sollten diese Zahlen zutreffen oder das Peacekeeping etwas teurer werden, dann könnte es eng für den Finanzminister Eichel werden. Die Haushaltsexperten gingen bei der Bereitstellung der zusätzlichen Mittel von der optimistischen Annahme aus, daß die Steuereinnahmen im nächsten Jahr steigen werden und so die zusätzlichen Kosten aufgefangen werden könnten. (4) Kurzfristig werden die NATO-Kosten keinen Nachtragshaushalt erforderlich machen. Geklärt ist damit jedoch nicht die Finanzierung der langfristigen Kosten des Wiederaufbaus, die verteilt über mehrere Jahre alleine auf ca. 80 Mrd. DM geschätzt werden. (5) Der Anteil Deutschlands an den Gesamtkosten, von den militärischen bis hin zu den Aufbaukosten, führt nach der Bundeswehrstudie zu einem langfristigen Finanzbedarf von ca. 13 Mrd. DM. (6)

(4) Ebenda.

(5) Bundeswehrstudie, vgl. Anm. 2.

(6) Ebenda, Teil C.

Die Kostenarten

Schon während des Krieges versuchten wissenschaftliche Institute und Banken die finanziellen Kosten abzuschätzen. Zu den militärischen Kosten, die auf Seiten der NATO angefallen sind, kommen noch die kaum zu berechnenden ökonomischen und ökologischen Kosten (7) im Kosovo, in Jugoslawien und in den Nachbarstaaten hinzu. Ebenso müßten in eine Gesamtbilanz des Krieges die Kosten des Wiederaufbaus des Balkans einfließen, den die EU-Kommission und die Deutsche Bank auf 35 Mrd. in den nächsten 5 Jahren beziffert. (8) Ebenfalls müssen die Kosten des nun anstehenden Peacekeeping im Kosovo, das je nach Truppengröße bis zu 10 Mrd. DM im Jahr kosten kann, aufgenommen werden. Zusätzlich müßten die Aufwendungen für weitere humanitäre Hilfe in Höhe von ca. 13 Mrd. DM in eine solche Rechnung aufgenommen werden, die geleistet werden muß, damit die Rückkehrer und Flüchtlinge im zerstörten Kosovo über den Winter kommen.

(7) Vgl. dazu den Beitrag von Knut Krusewitz in diesem Heft.

(8) SZ, 11.6.1999; dpa, 3.6.1999.

Hinter diesen Zahlen stehen noch viele Fragezeichen, da fast alle Angaben unterschiedlich interpretiert werden können. So ist der wirtschaftliche Schaden, zum Beispiel Verluste durch ausgefallenen Handel in Jugoslawien und den Anrainerstaaten kaum zu berechnen. Die Summe der Zerstörungen und materiellen Wertverluste durch die Luftangriffe und

Vertreibungen soll sich nach einer groben Schätzung der Bundeswehr auf 30 Mrd. DM summieren. (9) Ebenso ist fraglich, ob der politische Wille vorhanden ist, diese Region wieder aufzubauen. Bosnien erhielt im Vergleich zu der jetzt benötigten Summe zum Wiederaufbau zwischen 1996-1999 gerade mal 10 Mrd. DM.

(9) Ökonomische Kosten durch Kriegszerstörungen (13 Mrd. DM), Vertreibung (13 Mrd. DM) und andere Ursachen (4 Mrd. DM).

Die Zahlen der wirtschaftlichen und sozialen Kosten sind mit äußerster Vorsicht zu genießen, da sich hier zu viele Unsicherheiten in der Rechnung verbergen. So werden in der Bundeswehrstudie die Kosten der jugoslawischen Kriegführung (Logistik, Munition, Treibstoff etc..) und der Wert des zerstörten militärischen Großgerätes der jugoslawischen Armee (Panzer, Artillerie, Flugabwehrbatterien etc.) auf ca. 2 Mrd. DM beziffert. Noch ist aber unklar, wieviele militärische Ziele die NATO wirklich zerstörte. Nach einem Artikel der Times wurden im Kosovo, trotz der verwendeten Präzisionsmunition, erst 13 ausgebrannte T55 Panzer entdeckt, während die NATO über 200 Panzer und 400 gepanzerte Fahrzeuge zählte, die von den Serben aus dem Kosovo abgezogen wurden. (10)

(10) The Times (UK), 24.6.1999.

Ebenso sind die ökologischen Kosten, die durch den Krieg entstanden sind, nicht präzise zu erfassen. In eine ökologische Bilanz des Krieges müßten sämtliche Kosten, angefangen von den Abgasen der Kampfflugzeuge, Fahrzeuge und Schiffe (11), die ökologischen Kosten der in der Adria abgeworfenen Bomben und die der Verstrahlung durch die Uranmunition der A-10 Thunderboldts Eingang finden. Nach Angaben der Donau-Kommission und der UNO fand dagegen keine erhöhte Verschmutzung der Donau während des Krieges statt. (12)

(11) Ein Tornado z.B. bläst bei Vollastbetrieb ca. 6 kg CO und 16 kg Stickoxide in die Luft und verbraucht 2500 kg Kerosin in der Stunde.

(12) Environmental News Service (Wien), 19.5.1999 (http://ens.lycos.com/ens/may99/1999L-05-19-05.html).

Ohne die militärischen Kosten der NATO (11 Mrd. DM), der humanitären Hilfe (13 Mrd. DM) und ohne die zu erwartenden Peacekeeping-Kosten von jährlich bis zu 10 Mrd. DM liegt die Summe der nichtmilitärischen Kosten in Jugoslawien bei etwa 65 Mrd. DM. Aufgrund des Wiederaufbaus dürften diese langfristigen Kosten noch darüber liegen.

Schäden durch NATO-Angriffe in Jugoslawien

Kriegszerstörung in Jugoslawien	26 Mrd. DM
Volkswirtschaftliche Kosten	4 Mrd. DM
Militärische Kosten Jugoslawiens	2 Mrd. DM
Kosten des Wiederaufbaus	35 - 80 Mrd. DM

Quellen: Kostenstudie der Bundeswehr, siehe Anm. 2; dpa, 3.6.1999.

Die militärischen Kosten

Selbst bei den vergleichsweise einfach zu berechnenden militärischen Kosten ergeben sich Schwierigkeiten. Die NATO hat bis jetzt keine detaillierten Informationen veröffentlicht, die Auskunft über die Zahl der Bombenabwürfe oder die verwendete Präzisionsmunition (PGM) geben, mit deren Hilfe die Kosten der Luftangriffe mit größerer Sicherheit erfaßt werden könnten. (13) Die Studien der Bundeswehr und CSBA berechnen die Kosten der militärischen Operation der Allianz, bei der zeitweilig bis zu 1100 Flugzeuge von den Stützpunkten in Italien, auf Flugzeugträgern in der Adria und Basen in Amerika und Deutschland aus im Einsatz waren, auf ca. 6-11 Mrd. DM. Bei der Kriegsdauer vom 24. März bis 10. Juni ergibt sich damit eine Summe von etwa 60-120 Mio. DM pro Tag. Von den militärischen Gesamtkosten der Allianz trugen die USA, die ca. 700 Flugzeuge und die lasergelenkten Bomben stellten (siehe Tabelle), die Hauptlast mit 4-6 Mrd. DM. Über die militärischen Kosten für die Bundeswehr und die anderen Alliierten (14) gibt es noch keine Gesamtzahlen. Etwa 5% (600-800 Mio. DM) der militärischen Kosten werden nach vagen Schätzungen auf die Bundeswehr entfallen, da Deutschland 14 Tornados, 8000 Mann und anderes Gerät bereitstellte. (15) Die USA werden daher versuchen, die militärischen Kosten wie beim Golfkrieg auf die NATO-Mitgliedsländer umzulegen, zum Beispiel nach dem Anteil des Bruttosozialproduktes der NATO-Länder. Der Anteil Deutschland steigt dann auf mehr als das Doppelte - auf ca. 12%. (16) Die USA haben angekündigt sich im geringeren Maße am wirtschaftlichen Wiederaufbau zu beteiligen, da sie die Hauptlast des Krieges trugen. Hier zeichnet sich eine neue Form der transatlantischen Arbeitsteilung ab, bei der die USA in Zukunft Kriege führen werden, während die Europäer für die militärische Unterstützung sorgen und für den Wiederaufbau zuständig sind.

Die militärischen Kosten setzen sich zusammen aus dem Munitionseinsatz, dem Einsatz des militärischen Gerätes, dem Verlust an militärischem Gerät und aus sonstigen Kosten, wie z.B. Satellitenaufklärung und -kommunikationsleitungen, zusätzlichem Personal in den Kommandozentralen der NATO und aus der Verlegung der Truppen nach Italien, Mazedonien und Albanien.

(13) Dennoch lassen sich mit Hilfe des Golfkriegs als Referenzmodell (70000 Flugeinsätze - Kosovo: ca. 35000) und mit einer induktiven Abschätzung, bei der die Kosten der verwendeten Munition, Betriebskosten der Kampfflugzeugen, Anzahl und Typen der Flugzeuge und andere Ausgaben hochgerechnet werden, die Gesamtkosten der Allianz veranschlagen.

(14) Die anderen am Kosovo-Krieg beteiligten Länder waren Großbritannien, Frankreich, Niederlande, Italien, Portugal und Spanien.

(15) Karadi, Matthias Z., Die Kosten und Folgekosten des Kosovo-Krieges. In: W&F 2/1999, S. 15.

(16) Ebenda.

Munition

Etwa 2,5 Mrd. DM haben die Alliierten bei den Luftangriffen während der 11 Wochen verschossen (siehe Tabelle). Diese

setzen sich aus etwa 1,2 Mrd. DM für Lenkwaffen zusammen, wie die 450 Tomahawk Cruise Missiles (Stückpreis 2 Mio. DM) und 90 Marschflugkörpern, die von B52-Bombern aus abgefeuert werden (Stückpreis 4 Mio. DM). Die übrige Munition, wie lasergelenkte und Streubomben (Stückpreise zwischen 5000 und 100000 DM), macht noch einmal 1 Mrd. DM aus. Für ca. 300 Mio. DM wurden Kampfflugzeuge mit Luft-Luftraketen und Antiradar-Radarraketen bestückt. (17)

(17) Vgl. CSBA, siehe Anm. 1.

Einsatz des militärischen Gerätes

Der Einsatz der 1200 Flugzeuge hat die Allianz über 5 Mrd. DM gekostet. Darunter fallen Kosten für den Betrieb, Kerosin, Ersatzteile und Wartung. Im Schnitt kostet eine Flugstunde der Kampfjets 15 000 DM. Die NATO flog täglich 300-600 Einsätze mit einer durchschnittlichen Einsatzdauer von 3 Stunden. Damit verursachte sie in den ersten drei Kriegswochen Ausgaben von mehr als 30 Mio. DM pro Tag. (18) Dazu kommen Sondereinsätze und der Spritverbrauch von zwei B2 Stealthbombern (Stückpreis 2 Mrd. DM), die von ihren Stützpunkten in den USA zu ihren transatlantischen Einsätzen in Europa aus starteten und unterwegs aufgetankt werden mußten. Die Kosten für den Hin- und Rückflug dieser Maschinen belaufen sich auf jeweils 540 000 DM. Auch starteten einige Bomber, Transporter und AWACS Flugzeuge von Basen in Brüggen, Ramstein und Geilenkirchen in Deutschland sowie von Stützpunkten in Großbritannien. Ebenso steigern sich die Kerosinkosten durch den Verbrauch der EC-130 und E-8C Joint-STARS Flugzeuge, die als fliegende Kommandozentralen bis zu 20 Stunden in der Luft verbringen, um die Kampfflugzeuge ins Ziel zu leiten. Hinzu kommen darüber hinaus z.B. die über 60 KC-135 und KC-10 Tankflugzeuge, die die USA nach Europa verlegten. (19)

(18) Bundeswehrstudie, vgl. Anm. 2; Die Zeit, 22.6.1999.

(19) Aviation Week & Space Technology, 26.4.1999.

Die Stationierung von 24 Apache-Kampfhubschraubern, 18 Raketenwerfersystemen MRLS, die Verlegung von 8000 Soldaten der US-Armee nach Albanien und die Einberufung von 5000 Reservisten hat 600 Mio. DM gekostet. (20)

(20) Vgl. CSBA, siehe Anm. 1.

Die Bundeswehr setzte ihre 18 Aufklärungsdrohnen CL 289 von Mazedonien aus ein, wozu 350 Mann inklusive Bewachungspersonal nötig waren. (21) Mindestens vier der Drohnen (Stückpreis 2,5 Mio. DM) wurden von der jugoslawischen Armee abgeschossen oder sind verloren gegangen.

(21) Österreichische Militärzeitschrift, 1/1999, S. 84.

Wichtiger noch als die Aufzählung der Kosten der einzelnen Waffentypen ist die Tatsache, daß der durch den Kosovo-Krieg erhöhte Verschleiß des militärischen Gerätes nicht bilanziert wird. So erhöht die NATO im Kriegsfalle das "Ope-

rational Tempo". Gemeint sind damit kürzere Zeitabstände zwischen den technischen Wartungen sowie die sinkende "Lebenserwartung" der Waffen. (22) Dies wird nach dem Krieg zu neuen Rüstungsbeschaffungen führen. Zwar werden in der nächsten Haushaltsrunde nicht die alten Systeme oder dieselben Munitionstypen beschafft, denn das verwendete Gerät ist meistens veraltet. Statt dessen wird in neue high-tech Munition und Waffen investiert werden.

(22) Vgl. CSBA, siehe Anm. 1.

Durchschnittliche Kosten einzelner Munitionstypen und einzelne Stückpreise (Auswahl)

Lasergelenkte GBU-Bomben	13 000 bis 40 000 DM
GBU-24	13 000 DM
GBU-16	320 000 DM
Ungelenkte MK-Fallbomben	1 000 bis 4000 DM
M-117	540 DM
MK-84HD	6 000 DM
Streubomben (Cluster)	5 000 bis 30 000 DM
CBU-52	5 000 DM
CBU-78	85 000 DM
andere	
JDAM (satellitengesteuert)	45 000 DM
HARM (Anti-Radarrakete)	680 000 DM

Verluste

Zwar ist der Kosovo-Krieg für die NATO der erste Krieg, der ohne im Kampf gefallene Soldaten auf der eigenen Seite geführt wurde. Dennoch gab es auch auf der NATO-Seite Tote und Verletzte, unter anderem nahmen sich 4 Bundeswehrsoldaten das Leben. Auch entstanden der Allianz Kosten durch abgeschossene oder abgestürtzte Flugzeuge, Hubschrauber und Drohnen. Auf ungefähr 140 Mio. DM "bringt" es ein abgeschossener F-117 A Stealthflieger. (23) Hinzu kommen noch die verlorenen Drohnen der Bundeswehr und der USA, zwei beschädigte F-16 und eine A-10, bei der ein Triebwerk getroffen wurde, sowie 2 Apache Helikopter, die bei Trainingsflügen abstürzten. Ein britischer Herkules Transporter explodierte bei der Landung auf dem Militärflughafen in Kukes. (24)

(23) Stückpreis ohne Bewaffnung, moderne Kampfelektronik oder Kampfwertsteigerungen: 100 Mio. DM. Im Gegensatz zu Presseberichten ist der F-117 keine unsichtbare Wunderwaffe, sondern besteht im Gegensatz zum B2- Bomber aus älterer Stealthtechnologie.
(24) FR, 14.6.99

Sonstige Kosten

Nicht erfaßt sind bisher die Ausgaben für die Nutzung der militärischen Infrastruktur, für die erhöhte Präsenz in den Kommandostäben in den Hauptquartieren der NATO, für

über 30 Schiffe in der Adria und die Kosten für die Nutzung der Satelliten für Aufklärung und Kommunikation. Im wesentlichen werden hier noch die Stationierungskosten von Truppen in Albanien und Mazedonien hinzukommen ■

Überblick der **Kostenprognosen** in den Studien

	NATO-Kriegskosten	Humanitäre Hilfe	Peacekeeping (künftig/Jahr)	Wiederaufbau
Kostenstudie der Bundeswehrhochschule	11 Mrd. DM	13 Mrd. DM	k.A.	80 Mrd. DM
Anteil Deutschlands	800 Mio. DM	zus. 2 Mrd. DM	13 Mrd. DM	
Center for Strategic and Budgetary Assessment	4.1-8 Mrd. DM	k.A.	4.4-10 Mrd. DM (7 000 Soldaten)	k.A.
Lehman Brothers (Finanzhaus)	14.6 Mrd. DM	k.A.	k.A.	k.A.
US Congressional Budget Office	k.A.	k.A.	8.4 Mrd. DM (24 000 Soldaten)	k.A.
Europäische Investitionsbank	k.A.	k.A.	k.A.	100 Mrd. DM

Quellen: CSBA, siehe Anm. 2; Kostenstudie der Bundeswehr, Teil C, siehe Anm. 2; SZ, 11.6.1999; FT, 7.6.1999.

US Kosten für **Peacekeeping** im Vergleich

Bosnien	1992-99	19 Mrd. DM
Irak	1991-99	14 Mrd. DM
Haiti	1992-95	2 Mrd. DM
Somalia	1992-96	3 Mrd. DM
andere	1991-99	4 Mrd. DM
Gesamt		*42 Mrd. DM*

Quelle: CSBA: Potential Cost of U.S. Peacekeeping Operations In Kosovo, 22.3.1999.

Schon früh zeigte sich, daß der Kosovo-Krieg auch gegen die dortige Umwelt geführt wurde - wie bereits vorher im Vietnam- und im Golfkrieg. Während der gesamten Dauer des Bombardements wurden vornehmlich solche Ziele angegriffen, die für die Industrie und Landwirtschaft, sowie für Infrastruktur und Distribution von Bedeutung sind. Dahinter steht die Logik des NATO-Militärs, daß die Umwelt des Gegners zerstört oder schwer beschädigt werden kann, um diesen vernichtend zu schlagen, ohne Rücksicht auf die Zivilbevölkerung, obwohl seit 1977 ökologische Kriegsführung und Umweltzerstörung durch Kriegsführung völkerrechtlich geächtet sind. Zudem wurde, wie im Golfkrieg, Munition aus schwach radioaktivem Uran eingesetzt. Die Verantwortlichen für die NATO-Operation "Allied Force" im Balkan müssen sich fragen lassen, ob sie sich mit ihrem Vorgehen ökologischer und humanitärer Verbrechen schuldig gemacht haben.

Knut Krusewitz

Ein Umweltkrieg in humaner Absicht?

Ökologische und humanitäre Folgen des Krieges gegen Jugoslawien

Prof. Knut Krusewitz ist Umwelt- und Friedensforscher an der TU Berlin

Die streitige Frage, ob die NATO-Staaten mit ihrem Krieg gegen Jugoslawien tatsächlich das Ziel verfolgten, ein autoritäres Regime davon abzuhalten, sein Volk zu unterdrücken, ließe sich nicht zuletzt durch eine kritische Würdigung der Mittel entscheiden, die sie wählten, um ihre Absicht zu verwirklichen. In dieser umweltwissenschaftlichen Kriegsanalyse versuche ich den empirischen Beweis für die These zu liefern, daß die NATO völkerrechtswidrig Methoden und Mittel der ökologischen und Umweltkriegsführung anwendete. Ökologische und Umweltkriegsführung charakterisieren unterschiedliche biosphärische, militärische und kriegsrechtliche Realitäten. Um ökologische Kriegsführung handelt es sich, wenn kriegführende Parteien die Natur zu militärischen oder sonstigen feindseligen Zwecken als Mittel der Zerstörung, Schädigung oder Verletzung eines anderen Vertragsstaates nutzen. Beispiele sind die Entlaubung von Mangrovenwäldern und die Wettermanipulation im Vietnamkrieg oder die Inbrandsetzung von Erdölquellen im Golfkrieg. Ein Umweltkrieg wird geführt, wenn nicht nur die Biosphäre, sondern, wie zuletzt im Krieg gegen Irak, auch die Zivilbevölkerung, ihre Volkswirtschaft und ihre Kultur-

güter angegriffen werden. (1)

Der Kosovo-Krieg war nach 1945 der erste gegen eine entwickelte Industriegesellschaft in Europa. Auf jugoslawischem Territorium befanden sich zu Beginn des Krieges in der Umgebung zentraler Orte große Industriekomplexe wie Petrochemie, Erdölraffinerien, Düngemittelfabriken, Fabrikations- und Speicheranlagen der Chemieindustrie und der Landwirtschaft sowie die Energiespeicher von Kraftwerken. Solche Anlagen wurden für friedliche Zwecke gebaut und genutzt. Sie enthalten allerdings Destruktionspotentiale, die durch militärische Zerstörung unkontrolliert freigesetzt werden können und dann schwere Umwelt- und Gesundheitsschäden verursachen. Genau diese Eigenschaften machten sie attraktiv für die Zielplaner der NATO.

Offenbar nahm die politische und militärische Führung des Nordatlantikpaktes an, sie dürften die Umwelt des Gegners - also unausweichlich auch die der Zivilbevölkerung - nachhaltig schädigen, um ihn vernichtend zu schlagen. Diese Annahme ist allerdings völkerrechtswidrig. Einer der wichtigsten Grundsätze des modernen Kriegsvölkerrechts besagt nämlich, daß "die am Konflikt beteiligten Parteien kein unbeschränktes Recht in der Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung" (2) haben. Ebenfalls verboten ist, was der heutige SPD-Staatsminister im Auswärtigen Amt Günter Verheugen als Abgeordneter im Jahre 1990 noch wußte, "eine Kriegsführung, die ausgedehnte, langanhaltende oder schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursacht." (3) Deshalb sind seit 1977, nach Beendigung des Vietnamkrieges, in dessen Verlauf die US-Streitkräfte die ökologische Kriegsführung zum ersten Mal in der Kriegsgeschichte zum integralen Bestandteil einer Militärstrategie gemacht hatten, militärische Eingriffe in die Umwelt kriegsvölkerrechtlich verboten. (4) Allerdings müssen sie so gravierend sein, daß sie auch unter Berücksichtigung der Kriegsverhältnisse das tragbare Maß überschreitet.

"Dies ist dann der Fall, wenn lebenswichtige Einrichtungen der künstlichen Umwelt zerstört werden, die zur Versorgung einer größeren Anzahl Menschen dienen und deren Wiederherstellung vielleicht Jahre erfordert; oder bei Eingriffen in die natürliche Umwelt, so etwa in das Klima, die Vegetation oder die Landschaft, die so beschaffen sind, daß sie zu tiefgreifenden Änderungen in den Lebensgewohnheiten führen, die Nahrungsmittelproduktion auf lange Zeit beeinträchtigen oder verunmöglichen, oder das Gebiet ganz oder weitgehend unbewohnbar machen", so der Schweizer

(1) Krusewitz, Knut, "Golfkrieg und Ökologie: Ein heiliger, gerechter Umweltkrieg?", in: Garten und Landschaft, Jg. 101, Heft 4 (April 1991), S. 5-7

(2) Art. 35 Abs. 1 Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen vom 12. August 1949 (8. Juni 1977), in: Randelzhofer, Albrecht (Hrsg.), Völkerrechtliche Verträge, München 1991, S. 630
(3) Art. 35 Abs. 3 Zusatzprotokoll I, in: Randelzhofer, a.a.O., 630; Günter Verheugen, "Rede zum Humanitären Kriegsvölkerrecht", in: Deutschen Bundestag, Stenographischer Bericht, 11. Wahlperiode, 189. Sitzung (19.1.90), S. 14627
(4) Art. 55 Zusatzprotokoll I, in: Randelzhofer, a.a.O. S. 641

Völkerrechtler Kurt M. Höchner in seiner grundlegenden Arbeit über den Schutz der Umwelt im Kriegsrecht. (5)

(5) Höchner, Kurt M., Schutz der Umwelt im Kriegsrecht, Zürich 1977, S. 25

Solche Eingriffe verletzen massiv die im Zusatzprotokoll I zu den Genfer Abkommen genannten ökologischen und humanitären Normen. Namentlich die in Artikel 35 (Wahl der Methoden und Mittel der Kriegsführung), Artikel 48 (Kriegshandlungen nur gegen militärische Ziele), Artikel 54 (Schutz lebensnotwendiger ziviler Objekte und Gebiete) und Artikel 55 (Schutz der natürlichen Umwelt) normierten Tatbestände. Schwere Verletzungen dieser Übereinkünfte gelten nach Artikel 85 Abs. 5 als Kriegsverbrechen. (6)

(6) Art. 85 Abs. 5 Zusatzprotokoll I, in: Randelzhofer, a.a.O. S. 664

Die UN-Menschenrechtsbeauftragte Mary Robinson forderte Anfang Mai nicht zufällig, neben den serbischen Grausamkeiten auch die NATO-Luftangriffe vom Kriegsverbrechertribunal in Den Haag untersuchen zu lassen. (7) Das würde erklären, warum die NATO niemals über die Umweltkriegspraktiken ihrer 78-tägigen humanitären Intervention informierte und deren überregional auftretenden katastrophalen ökologischen und gesundheitlichen Begleiterscheinungen als Kollateralschäden verharmloste, als kriegsnotwendige, aber unbeabsichtigte Vernichtung von Mensch und Gut.

(7) Die Woche, Nr. 19, 7. Mai 1999

Der Versuch von NATO-Staaten, die ökologischen Folgen ihrer Kriege herunterzuspielen und Informationen darüber geheimzuhalten oder zu vernichten, ist inzwischen eine erprobte Methode der Kriegsführung. So hat das US-Verteidigungsministerium nach dem Vietnamkrieg unersetzliches wissenschaftliches Beweismittel vernichtet (8), zu Beginn des Golfkrieges eine kritische wissenschaftliche Debatte über die erkennbaren ökologischen Begleiterscheinungen ihrer Kriegsplanung unterbunden (9) und nach dessen Beendigung brisante Umweltkriegsakten verschwinden lassen. (10)

(8) Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), 31.10.79

(9) Scientific American, Vol. 264, No. 5 (May 1991), p. 9

(10) FAZ, 1.3.97

Sagen wir es deshalb bereits an dieser Stelle unmißverständlich: Die Formel von den Kollateralschäden war die irreführende Erklärung für die Begleiterscheinungen des Einsatzes verbotener Methoden der Ökologischen Kriegsführung und Mittel des Umweltkrieges.

Vom Recht zum Krieg zum Recht auf Kriegsverbrechen?

Tatsächlich nutzten die NATO-Streitkräfte zur Ökologischen Kriegsplanung die jugoslawischen Umweltbereiche Boden, Wasser, Luft, Flora, Fauna und Klima als strategische Komponenten ihrer Kriegsführung, und im Verlauf ihrer Umweltkriegsführung mißbrauchten sie nicht nur die Umweltbereiche, sondern sie griffen auch die Zivilgesellschaft mit ihren Sektoren Industrie und Landwirtschaft, Ver- und Entsorgung,

Infrastrukturen und Kulturgüter an.

Damit nahmen sich die NATO-Staaten nicht nur das "Recht zum Krieg", sondern auch das "Recht zum Kriegsverbrechen". Und weil auch dieser Krieg zwangsläufig zu schweren Umweltschäden und damit zum menschlichen Leiden durch Umweltbelastungen führen mußte, versuchte die Militärführung nicht nur die komplexe ökologische Kriegsrealität zu steuern, sondern auch das Umweltbewußtsein der Zivilgesellschaft darüber. Erst vor diesem Hintergrund wird dann auch verständlich, warum aus NATO-Sicht die völlige Zerstörung jugoslawischer Chemiekomplexe, Treibstoffdepots, Ölraffinerien und Kraftwerke, Brücken, Wasserwerke und Abwassersysteme, die großflächige, langanhaltende Verseuchung von Wohngebieten, Agrarflächen und Trinkwassergebieten verursachten, eben keine Umweltkriegsfolgen darstellen, sondern bloß die ökologisch, humanitär und völkerrechtlich vernachlässigbaren Begleitschäden konventioneller Luftangriffe.

Die Entmündigung zivilgesellschaftlicher Umweltinstanzen

Das erklärt allerdings nicht, warum sich wichtige zivile Umweltinstanzen in den kriegführenden NATO- und EU-Staaten gleichschalten ließen oder selbst entmündigten. Statt das Ausmaß der Umweltkriegsfolgen zu ermitteln, um dadurch zur Beendigung des Krieges beizutragen, verzichten sie, als sei das ihre ureigene Aufgabe, auf jedes Meß- und Aufklärungprogramm in der Region. Indem sie die militärischen Geheimhaltungs- und Verschleierungsinteressen kritiklos übernahmen, entstand ein funktionierendes zivil-militärisches Propaganda- und Zensurkartell. Einflußreiche international oder europäisch aktive Umweltorganisationen wie Greenpeace, Green Cross oder BUND und Nabu fielen während des Krieges im Gegensatz zu kleinen Umweltgruppen in Jugoslawien, Albanien, Bulgarien oder Griechenland als Kritik- und Aufklärungsinstanzen völlig aus.

Selbst der Umweltwissenschaftsbetrieb in den NATO-Staaten hielt sich, sieht man ab von den Universitäten Thessaloniki und Xanthi (11), vom Umweltbundesamt in Berlin (12) oder dem Institute for Energy and Environmental Research in Takoma Park, Maryland (13), mit kritischen Kommentierungen der alliierten Kriegsführung zurück; auch dann noch, als erkennbar wurde, daß sie eine weiträumige, langanhaltende ökologische Katastrophe auslösen würde.

Die jugoslawische Regierung hat zwar in den ersten Kriegswochen bestimmte Umweltinformationen verbreitet,

(11) Ell, Renate; Evdoxia Tsakiridou, "Hohe Schadstoffbelastung auf dem Balkan: Durch NATO-Bomben sind die Werte für Dioxine und Furane gestiegen", in: Süddeutsche Zeitung, 11.5.99

(12) Umweltbundesamt, Erste Einschätzungen zu den ökologischen Auswirkungen des Krieges in Jugoslawien, unveröfftl. Ms., Berlin, 5. Mai 1999

(13) Institute for Energy and Environmental Research, "NATO Must Immediatly Evaluate Environmental and Health Consequences of Bombing", in: www.ieer.org/ieer/comments/yugo/pr051199.html

aber sie wurden, wahrscheinlich um die eigene Bevölkerung nicht in Panik zu versetzen, so abstrakt formuliert, daß sie kaum verwertbare Hinweise auf Art, Umfang und Verbreitung der ökologischen Schäden und Gesundheitsgefahren gaben. Gegen Kriegsende hat sie zwar eine systematische Bestandsaufnahme aller Kriegsschäden angekündigt, aber die soll erst in einigen Monaten vorliegen.

Methoden der Ökologischen und Mittel der Umweltkriegsführung

In einem Protestschreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nation vom 18. April 1999 listete die Jugoslawische Regierung erhebliche Umweltkriegsfolgen auf, die bereits nach wenigen Kriegstagen auftraten: Die "Zerstörung von Anlagen der chemischen, erdölverarbeitenden und pharmazeutischen Industrie", die sich "in der unmittelbaren Nähe von Großstädten abspielt, wie z.B. der Zweimillionenstadt Belgrad, Novi Sad, Pristina, Pancevo [oder] Krusevac, führt zur Verdunstung großer Mengen gefährlicher Giftmaterien, die die Menschen, die Luft, den Boden, das ganze Leben in Gefahr bringen. Das letzte Beispiel ist das Bombardement von Anlagen der chemischen Industrie in Belgrad, Pancevo und Novi Sad". Dadurch flossen "große Mengen von Ammoniak und Erdöl" in angrenzende Flüsse und "Chemikalienreserven für die Kunststoff- und Kunstdüngerindustrie" verbrannten. Dies führte zur "Bildung einer großen Giftgaswolke", die "sich über diese Städte und ihre weitere Umgebung" ausbreitete. [...] Die Gefahren von zahlreichen Nachwirkungen werden erst erforscht." (14)

Die Zielplaner der NATO verfügten nachweislich über detaillierte Informationen der jugoslawischen Industriestruktur. (15) Deshalb wußten sie zum einen, welche Gefahrenstoffe in welchen Industriebetrieben inkorporiert waren; sie wußten damit zum anderen, welche Umweltgifte durch Bombardierungen freigesetzt und welchen Lebensgefährdungen die Menschen aufgrund der entstandenen Umweltbelastungen ausgesetzt sein würden. Ich unterstelle, daß die Einsatzplaner sich auch ständig Informationen über kriegsökologisch relevante Daten beschaffen konnten wie Wetter, Topographie, Vegetation, Schutzgebiete, Flußsysteme, Schadstoffkonzentrationen, Epidemien oder Bevölkerungswanderungen in den angegriffenen Gebieten. Kurz, sie verfügten über die notwendigen Daten, um Methoden der Ökologischen Kriegsführung anzuwenden. Und sie verfügten mit Cruise Missiles (Marschflugkörpern) über ein Mittel, das sie befähigte, einen Umweltkrieg zu führen. (16)

(14) Bundesrepublik Jugoslawien: Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten, Schreiben an den Generalsekretär der Vereinten Nationen (dt. Übers.), 18. April 1999, S. 1

(15) Angaben der NATO in: http://www.fas.org./irp/imint/b990413ae.gif

(16) Bereits 1982 warnte Prof. Gerhard Poppei (Ingenieurhochschule Wismar) vor dem Einsatz von Cruise Missiles gegen Anlagen, die gefährliche Stoffe oder Kräfte enthalten, weil dadurch "sekundäre Umweltwaffen" ausgelöst werden können, *vgl.: ders., "Flügelraketen im Umweltkrieg", in: wissenschaft und fortschritt, Jg. 32, Heft 3 (März 1982), S. 101-103*

Wie haben sie diese Methoden und Mittel tatsächlich angewendet? Dazu ein Beispiel: Zwischen dem 15. und 18. April 1999 griff die NATO mit Cruise Missiles in Pancevo einen Petrochemie- und Düngemittelkomplex, eine Ölraffinerie und eine Vinylchlorid-Monomer-und eine Ethylen-Anlage an und zerstörte sie. In Pancevo leben 140000 Menschen und es liegt nur ungefähr 15 Kilometer entfernt von Belgrad mit über zwei Millionen Einwohnern.

Der Angriff auf diese Destruktionspotentiale setzte enorme Mengen unterschiedliche Gifte frei, darunter Vinylchlorid, Phosgen und Quecksilber. Vinylchlorid, das sich beim Verbrennen giftige Gase oder Dämpfe bildet, ist ein Carcinogen. Bereits 10 Tonnen gelten unter Störfallchemikern als "kritische Menge", deren Austritt katastrophale Auswirkungen hätte. (17) Unmittelbar nach der Bombardierung wurden stark erhöhte Vinylchlorid-Konzentrationen - ein unbestätigter Bericht nannte 10 000-fach höhere Werte - in der Umgebung der VCM-Fabrik gemessen. (18) Etliche Tonnen des krebserzeugenden Ethylendichlorid leiteten Fabrikarbeiter in die Donau, um zu verhindern, daß es explodiert. "Da PVC-Anlagen in der Regel mit Anlagen zur Chlorerzeugung verbunden sind, ist ferner ein Austritt von Quecksilber und Natronlauge in Boden und/oder Wasser sowie Chlor in die Luft zu rechnen." Derartige Quecksilber-Altlasten gefährden die Gewässer "über Jahrzehnte." (19)

(17) Koch, Egmont R./Fritz Vahrenholt, Im Ernstfall hilflos? Katasrophenschutz bei Atom- und Chemieunfällen, Frankfurt am Main 1982, S. 219

(18) Diese Angabe findet sich in einer Stellungnahme, die eine Gruppe von Professoren/innen der Universität Belgrad (Fachbereich Chemietechnologie und Polymere der Fakultät für Technologie und Metallurgie) zur Bombardierung des PVC-Komplexes in Pancevo abgaben, in: http://www.net4s.com/under/ecologicalcatastrophe.html

(19) Umweltbundesamt, a.a.O., S. 13

Der vorsätzliche Giftgaskrieg

Durch die Bombardierung der PVC-Anlagen trat auch Phosgen aus, wodurch die NATO das Leben, die Gesundheit und die Sicherheit der Zivilbevölkerung im Ballungsraum Belgrad bewußt gefährdete. Bewußt gefährdete, denn das Militärbündnis entwickelte schon vor zwei Jahrzehnten ein ausgeprägtes Interesse für Phosgen-Störfallszenarien und meteorologisch basierte Ausbreitungsmodelle. Einer der damaligen Störfallforscher, der Chemiker Fritz Vahrenholt, referierte 1979 auf einem NATO-Symposium in Rom die Ergebnisse einschlägiger Störfallszenarien: "Für Phosgen, das im Ersten Weltkrieg als Kampfgas gegen die Franzosen eingesetzt wurde und heute in einer Reihe chemischer Prozesse benötigt wird, wurde vom TÜV Rheinland 1978 berechnet, welche Auswirkungen ein Störfall unter extrem ungünstigen Bedingungen haben kann: In dichtbesiedelten Regionen wie dem Raum Köln über 2000 Tote und fast 20 000 Schwerverletzte. (20)

(20) Koch/Vahrenholt, a.a.O., S. 193

1979 wurde die Untersuchung im Auftrag der NATO von dem Berliner Meteorologen Bernd Gutsche mit einem mathe-

matisch-meteorologischen Ausbreitungsmodell wiederholt. Ergebnis: "Abhängig von den Wetterbedingungen kann eine Phosgen-Wolke sich bis zu sechs, aber auch über 100 Kilometer weit ausbreiten, wobei in der inneren Zone jeweils jeder zweite Bewohner sterben würde. Im schlimmsten Fall wäre dabei ein Areal von rund 1200 Quadratkilometern betroffen." (21) Die "kritische Menge" dieser brisanten Chemikalie, die eine solche Katastrophendynamik auslösen könnte, beträgt 2 Tonnen.

(21) Gutsche, Bernd, "Störfallszenarien aus dem Computer", in: Koch/Vahrenholt, a.a.O., S. 217

Mit wievielen Toten und Verletzten rechnete die NATO im April 1999 vor ihren Angriffen auf die Industriekomplexe in Pancevo? Offenbar müssen wir unser Verständnis von Giftsgaskrieg revidieren. Moderne Giftgaskriege werden nicht mehr mit primären, sondern mit sekundären Giftgaswaffen geführt, also durch die ökologisch-meteorologisch angeleitete Bombardierung von Anlagen, die gefährliche Stoffe oder Kräfte enthalten.

Da die NATO-Kriegsplaner die "kritischen Mengen" solcher Chemikalien kennen, die, wenn sie durch einen Angriff freigesetzt werden, giftgaskriegsähnlich wirken, unterstelle ich ihnen, daß sie gerade die Unbeherrschbarkeit militärisch verursachter Chemiestörfälle zum strategischen Bestandteil der Kriegsführung machten. Eine Hypothese, die auch durch prognostische Annahmen des Umweltbundesamtes, immerhin einer Regierungsbehörde, in einer Veröffentlichung im Mai diesen Jahres gestützt wird:

"Generell ist davon auszugehen, daß bei Freisetzungen, Bränden und Explosionen von Gefahrstoffen in:

- Anlagen der Erdölraffinerie alle Inhaltsstoffe der Erdölfraktion einschließlich Polycyclischer Kohlenwasserstoffe (PCK) beteiligt sein können;
- Anlagen der Düngemittelindustrie insbesondere Ammoniak, Salpetersäure, Phosphate beteiligt sind; bei Bränden ist mit größeren Mengen nitroser Gase zu rechnen;
- Treibstofftanks, einschließlich Flüssiggaslager unter Umständen mit erheblichen Schädigungen durch Explosionen mit Trümmerwurf zu rechnen ist, freigesetzte flüssige Kohlenwasserstoffe überdies zu Boden- und Wasserverschmutzung beitragen;
- Kraftwerken mit Schwermetallen belastete Filterstäube und Ammoniak aus DENOX-Anlagen freigesetzt werden können;
- Anlagen der Chemischen Industrie eine unübersehbare Gefährdung aufgrund der spezifischen Eigenschaften der beteiligten Stoffe vorhanden sein kann." (22)

(22) Umweltbundesamt, a.a.O., S. 4

Die Gefahrstoffe können in die Atmosphäre, den Boden (infolge auch in das Grundwasser) oder in Oberflächengewässer verfrachtet werden. Großbrände bewirken aufgrund der damit verbundenen Thermik eine weitreichende, grenzüberschreitende Verteilung der Schadstoffe. Die Einleitung der Gefahrstoffe in Oberflächengewässer kam zur weiträumigen Schädigung der Ökosysteme führen, bei größeren Flußsystemen überschreiten sie politische Grenzen. (Beispiel: Rheinverschmutzung durch Großbrand in Schweizerhalle, Basel, 1986). "Die Deposition von Gefahrstoffen in Böden kann je nach Eigenschaft der Stoffe und Böden zu langanhaltenden Verseuchungen mit weitgehenden Nutzungseinschränkungen führen." (Beispiel: TCDD-Freisetzung in Seveso, Italien, 1976) (23)

Es ist absurd: Der Giftgaskrieg mit Primärwaffen zwischen Soldaten wurde völkerrechtlich verboten, den Giftgaskrieg mit Sekundärwaffen, den die NATO gegen die jugoslawische Zivilbevölkerung führt, halten nicht nur Militärs für erlaubt.

(23) Umweltbundesamt, a.a.O., S. 5

Chemische Zeitbomben durch bombardierte Munitionsfabriken

Die NATO hat nicht bestritten, auf jugoslawischem Territorium auch Munitionsfabriken zerstört zu haben. Allerdings erfuhren wir auch in diesem Fall nichts über die katastrophalen ökologischen und gesundheitlichen Folgen. Da ist eine Monographie über die 1944 zerstörte Sprengstoffabrik "Tanne" in Clausthal-Zellerfeld schon aufschlußreicher. (24)

Die Kapazität der Sprengstoffabrik "Tanne" in Clausthal-Zellerfeld betrug 2 850 t/Monat, die tatsächliche Produktion in den Jahren 1943/44 betrug 27 000 Jahrestonnen. Neben dem in "Tanne" hergestellten TNT wurden Ammoniumnitrat und Pikrinsäure als Füllsprengstoff verarbeitet. Am 7. Oktober 1944 griffen 129 Bomber die Sprengstoffabrik an. Der Angriff erfolgte bei klarem Wetter aus einer Höhe von etwa 3 500 m und dauerte von 12.30 bis 12.47 Uhr.

"Insgesamt wurden 363 Tonnen Bomben (rd. 2000 Stück) abgeworfen, knapp 600 davon trafen das Werk sowie die umliegenden ZwangsarbeiterInnenlager. Die meisten Toten gab es in den Lagern der russischen Zwangsarbeiterinnen [...]; 44 Frauen wurden auf der Stelle getötet. Weitere vier Russen, zwei Franzosen, eine Belgierin sowie 15 deutsche Dienstverpflichtete (elf Männer, vier Frauen) verloren bei dem Angriff auf die Lager ihr Leben." (25)

Die Langzeitschäden der Zerstörung lassen sich noch 50 Jahre nach Kriegsende nachweisen. Die Umweltgefährdung durch den ehemaligen Betrieb hat die Natur eben nicht

(24) Braedt, Michael/Hansjörg Hörseljau/Frank Jakobs/Friedhart Knolle, Die Sprengstoffabrik "Tanne" in Clausthal-Zellerfeld. Geschichte und Perspektive einer Harzer Rüstungsaltlast, Clausthal-Zellerfeld 1988

(25) Braedt u.a., a.a.O., S. 60 f.

geräusch- und kostenlos beseitigt. "*Noch heute finden sich auf dem Werksgelände, und, was noch viel schlimmer ist, auch in den ehemals genutzten Vorflutern und Absetzhalden hochtoxische Vor-, Zwischen-, End- und Umwandlungsprodukte aus der ehemaligen Sprengstoffproduktion und -Abfüllung. Durch natürlich vorhandene Bakterien werden die organischen Nitroverbindungen zum Teil in gut wasserlösliche und zusätzlich krebserregende Stoffe, u.a. in sogenannte aromatische Amine, umgewandelt*." (26)

(26) ebd.

Verschiedene Abbauprodukte des bzw. im Herstellungsprozeß als Zwischenprodukte auftretende Nitrotoluole haben sich im Tierversuch als eindeutig krebserregend und erbverändern erwiesen, selbst in gerade noch nachweisbaren Konzentrationen. Über den Wasserpfad gelangen diese militärchemischen Schadstoffe in den "Einzugsbereich der zur Trinkwassergewinnung genutzten Granetalsperre." Da fast der gesamte Westharz ein Vorranggebiet für die Trinkwasserversorgung von Niedersachsen und Bremen ist, tickt hier "*im wahrsten Sinne des Wortes eine ökologische Zeitbombe*." (27)

(27) Braedt u.a., a.a.O., S. 60 f.

Es ist zu vermuten, daß auch in Jugoslawien überall dort solche militärchemischen Zeitbomben entstehen, wo Munitionsfabriken bombardiert wurden.

Humanitäre Kriegsführung - mit Uran-Munition?

Im April 1999 meldeten diverse deutsche Medien, die NATO habe "bestätigt, daß US-Militärs in Jugoslawien radioaktive Uran-Munition einsetzt. Zugleich dementierte die Allianz aber Berichte über eine Gefährdung unbeteiligter Zivilisten." (28)

(28) Vgl.: Fuldaer Zeitung, 22.4.99

Diese Behauptung der NATO ist falsch. Richtig hingegen ist, daß die Verwendung dieser Munition eine erhebliche Gefahr für Mensch und Umwelt darstellt. Dieser Tatbestand ist auch den NATO-Militärs spätestens seit dem Golfkrieg (1991) bekannt. Die U.S. Army schätzt die auf den Golfkriegsschauplätzen "deponierte" Uranmenge auf 300 Tonnen. Diese Hinterlassenschaften wurden nie beseitigt. Vor allem das US-Kampflugzeug vom Typ A-10, das erneut im Krieg gegen Jugoslawien eingesetzt wurde, verschoß damals fast 1 Million depleted uranium-Granaten (DU).

In natürlichem Zustand ist das Schwermetall Uran eine Mischung aus den Isotopen U235 und U238. Das Isotop U235 ist nur in geringem Umfang im Uran vorhanden. Zur Verwendung von Uran in Nuklearwaffen ist es notwendig, den Anteil von U235 durch Anreicherungsverfahren zu er-

höhen. Dabei fällt das U238 in größeren Mengen an. Dies U238 wird auch als depleted uranium (DU) bezeichnet. Es ist ein schwach radioaktiver Alphastrahler und als Schwermetall zusätzlich chemisch giftig.

Beim Eindringen des Giftstoffs in den Blutkreislauf kann es zur Zerstörung von inneren Organen kommen. Tatsächlich nahm im Südirak unter anderem die Zahl der an Leukämie erkrankten Kinder deutlich zu. Aber auch von chronisch kranken britischen und U.S.-Soldaten wird im Zusammenhang mit dem Golfkriegssyndrom berichtet. (29)

Das militärische Interesse an DU wurde geweckt, weil es eine erheblich größere Dichte als andere zur Munitionsherstellung verwendete Materialien hat. So ist DU fast dreimal so schwer wie Stahl, was einer mit DU gefüllten Granate eine sehr viel größere Durchschlagskraft etwa gegenüber der Panzerung von Militärfahrzeugen verleiht. Weil DU weicher ist als Stahl, wird es beim Durchdringen der Panzerung pulverisiert. Wenn ein solches Geschoß auf die Zieloberfläche schlägt, wird ein großer Teil der kinetischen Energie als Hitze abgeleitet. Dabei entzündet es sich und wirkt deshalb im Innern eines Panzers wie ein Brandgeschoß. (30) Nach der Explosion verbinden sich die Uranteilchen in der Luft mit Aerosolen zu hochgiftigem Uranoxid. Der kontaminierte Rauch schädigt bei unmittelbarem Einatmen das Lungengewebe und seine Ablagerungen können in bewohnten Gebieten in die Nahrungskette und das Trinkwasser gelangen.

Ob die US-Luftwaffe vergleichbare Mengen dieser Munition in der Provinz Kosovo verschoß, konnte ich nach Einstellung der Angriffshandlungen noch nicht überprüfen. Nach Informationen des ARD-Fernsehmagazins "Monitor" vom 22. April 1999 wurden im Kosovo-Krieg 22 dieser A-10-Bomber eingesetzt. Die panzerbrechenden 30-mm Spezialgeschosse werden von Bordkanonen des Typs AN/GAU-8 Avenger (31) mit einer Geschwindigkeit von 1800 bis 4200 Schuß pro Minute abgefeuert. (32)

Unzweifelhaft jedoch ist, daß die Munition eingesetzt worden ist: "Nach offiziellen Angaben des Umweltministeriums wurde im Kosovo eine erhöhte radioaktive Strahlung in Höhe von 3,4 Mega Becquerel gemessen. Sie sei durch nicht spaltbares Uran238 verursacht worden, das in den von amerikanischen Flugzeugen vom Typ A-10 abgeschossenen Geschossen enthalten sei, sagte der serbische Umweltminister." (33)

(29) Schwelien, Michael, "Sieger sterben später", in: ZEIT, Nr. 33, 11. Aug. 1995, S. 9; Presseerklärung "Urangeschosse im Einsatz"der IPPNW vom Juni 1999

(30) Rodejohann, Jo, "Entreichertes Uran als Munition", in: ami 2/1977, S. III-39 ff.

(31) AFP, 21.4.99

(32) IPPNW, Munition mit abgereichertem Uran. Texte und Quellen. Berlin 19. Mai 99, S. 17

(33) IPPNW, ebd., S. 23

Kriegsökologische Rückwirkungen auf die Gesundheit

Vor allem in Großstädten wie Belgrad, Pancevo, Novi Sad, Sub-

otica oder Krusevac wurden Hunderttausende von Menschen bereits nach wenigen Kriegstagen in Umgebung der zerstörten Anlagen mehrfach hochtoxischen Gemischen aus Stickoxiden, Schwefel- und Salpetersäuren, Schwermetallen sowie krebserzeugenden beziehungsweise hochgiftigen Kohlenwasserstoffen wie Benzol und Toluol ausgesetzt.

Das war allerdings vorherzusehen. Seit Anfang der achtziger Jahre ist nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland bekannt, daß die Ansiedlung großer Betriebe der chemischen Industrie in dicht besiedelten Regionen, verbunden mit der Lagerung enormer Mengen gefährlicher chemischer Grundstoffe und Zwischenprodukte, bereits im Frieden eine permanente Gefährdung der Bevölkerung darstellen. Das Störfallrisiko Chemie soll deshalb durch Katastrophenschutzmaßnahmen kalkulierbar bleiben. Und deren erste Regel lautet bekanntlich: Wenn beim Austritt giftiger Gase nicht unverzüglich Evakuierungsmaßnahmen in Angriff genommen werden, können die Auswirkungen verheerend sein.

Im Fall der zerstörten jugoslawischen Industriekomplexe war das Störfallrisiko Chemie durch Katastrophenmaßnahmen nicht beherrschbar, ein Tatbestand, der zum Kalkül der Zielplaner gehört haben dürfte, worauf die nächtlichen Angriffstermine verweisen. Hinsichtlich der medizinischen Konsequenzen der katastrophalen Bombardierungen sind im wesentlichen zwei Bereiche von Bedeutung, deren therapeutische Folgen in Art und Ausmaß differieren:

- "Explosions- und Brandkatastrophen mit Massenanfall schwer Verbrannter und/oder schwerverletzter (multitraumatisierter) Patienten durch zum Beispiel Benzin, Heizöl, Propan, Propylen, Sprengstoffe;
- Freiwerden großer Mengen hochgiftiger Gase, beispielsweise durch Explosion [...] mit anschließender innerer oder äußerer Verseuchung einer großen Menschenmenge. Hierbei erstrecken sich die gesundheitlichen Schäden insbesondere auf die Haut, Schleimhäute, Atemwege, das Herz-Kreislauf-System, das Zentralnervensystem sowie Leber und Niere. Zu nennen wären hier erstickend wirkende oder stark reizende Gase wie zum Beispiel Stickoxide, Schwefeldioxid und Chlor." (34)

Es muß davon ausgegangen werden, daß die Versorgung der multitraumatisierten Opfer nicht gewährleistet ist und daß viele von ihnen chronisch erkranken. Dazu kommt eine gesundheitliche Langfristgefährdung: "*Mit Sicherheit*", so prognostieren Experten/innen des Umweltbundesamtes, "*geht von den in Folge der Zerstörung von Industriestandorten ent-*

(34) Graf-Baumann, Toni/Fritz Vahrenholt, "Sind Gasverletzte zu retten?", in: Koch/Vahrenholt, a.a.O., S. 235

standenden Altlasten eine weit über das Kriegsende hinausreichende Gefährdung der Menschen in den betroffenen Regionen aus." Es müsse darauf hingewiesen werden, "daß eine zivile Nutzung weiter Teile dieser Regionen wegen der Gefährdung für die Gesundheit aus der Kontamination von Boden, Grund- und Oberflächenwasser nicht möglich sein wird." (35)

(35) Umweltbundesamt, a.a.O., S. 10

Zu solchen Flächen gehören auch kontaminierte Agrarflächen in der Umgebung von Belgrad, die aber anscheinend weiter genutzt werden: "Nervosität auf dem Gemüsemarkt", schrieb die Balkan-Korrespondentin des SPIEGEL, Renate Flottau, am 25. Mai in ihr Belgrader Tagebuch. "Radieschen, Kartoffeln, Spinat und Salat, die aus der Gegend der bombardierten petrochemischen Fabriken stammen, sind mit schädlichen Schwermetallen belastet. Doch die geschäftstüchtigen Bauern wollen die verseuchte Ernte natürlich nicht vernichten. Deshalb bringen sie sie eilig auf den Markt." (36) Zu den Landwirtschaftsschäden durch die Verseuchung von Böden und Wässern kommen Versorgungsengpässe; wegen des Mangels an Saatgut, Düngemitteln und Treibstoff in Jugoslawien kann weitaus weniger Getreide, Mais und Gemüse angebaut werden kann als in den Vorjahren.

(36) Vgl.: DER SPIEGEL, Nr. 22, 31. Mai 1999, S. 181

Die gesundheitlichen Probleme der jugoslawischen Bevölkerung verschärfen sich überdies durch die Zerstörung ziviler Infrastruktursysteme. In sämtlichen größeren oder strategisch wichtigen Städten wurden systematisch Ver- und Entsorgungseinrichtungen, Kommunikations- und Verkehrssysteme und wichtige Brücken zerstört, aber auch Krankenhäuser, Schulen, Universitäten und Wohngebiete beschädigt. Die Wasser- und Stromversorgung für mehr als eine Million Menschen allein in Belgrad war längere Zeit erheblich gestört.

Fazit: Verrohung des ökologischen Denkens und Handelns

Für das Umwelt- und Rechtsbewußtsein der NATO-Gesellschaften bedeutet es eine politische Bankrotterklärung, daß sie den zivilisatorischen Konsens, wonach der Mensch seinesgleichen nicht vorsätzlich Giftgaswolken aussetzt, innerhalb weniger Tage ohne erkennbare ethische, ökologische oder wissenschaftliche Skrupel aufgegeben haben.

Nach in der Bundesrepublik geltendem Recht wird bestraft, wer "die Eigenschaften eines Gewässers oder eines landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerisch genutzten Bodens derart beeinträchtigt, daß das Gewässer oder der Boden auf längere Zeit nicht mehr wie bisher genutzt werden kann" sowie "Gifte in der Luft, in einem Gewässer, im Boden oder sonst verbreitet oder freisetzt und dadurch einen ande-

ren in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung bringt". Das Strafmaß reicht von sechs Monaten bis zu zehn Jahren, wobei im Falle eines Tatbestandes, wie er in Jugoslawien geschaffen wurde, sicher von einem "besonders schweren Fall" ausgegangen werden müßte. "Ein besonders schwerer Fall liegt in der Regel vor, wenn der Täter durch die Tat Leib oder Leben einer großen Zahl von Menschen gefährdet oder den Tod oder eine schwere Körperverletzung eines Menschen leichtfertig verursacht." (37)

(37) Bestimmungen der §§ 330 und 330a des Strafgesetzbuches, in: Jeschek, Hans-Heinrich (Hrsg.), Strafgesetzbuch, Beck-Texte: Bd. 5007, München 1994, S. 149 f.

Nichtsdestotrotz waren deutsche Soldaten während des Balkankrieges an der Bombardierung von Industriekomplexen beteiligt, wodurch giftige und carcinogene Stoffe in der Biosphäre freigesetzt und dadurch Zivilisten in die Gefahr des Todes oder einer schweren Körperverletzung gebracht wurden. Bestandteile des Naturhaushalts von erheblicher ökologischer Bedeutung sind zudem infolgedessen "nachhaltig" gestört und beeinträchtigt. Sind die Lebensbedingungen der Menschen im Balkan anders zu bewerten als hierzulande?

Wie das Primat des Ökologischen gegenüber dem Militärischen durchgesetzt werden kann, wenn die Regierungen der kriegführenden Staaten auch zukünftig billigen, daß ihre Militärs alle strafbewehrten Methoden und Mittel der Kriegsführung verwenden, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, daß sie ausgedehnte, langanhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen und dadurch Gesundheit oder Überleben der Bevölkerung gefährden, ist heute schon eine brisante Nachkriegsfrage.

Der jüngste Balkankrieg bestätigt die Erkenntnis aus dem Golfkrieg, daß Kriege, die mit Methoden und Waffenarsenalen geführt werden, die noch den Praktiken des Kalten Krieg verhaftet sind, den Charakter von Umweltkriegen annehmen müssen. Spätestens hier erweist sich die Absurdität der Rechtfertigungskonstrukte von der gerechten und humanitären Intervention. Ein Krieg wie der Balkankrieg, der wegen seiner Konzeption notwendigerweise Menschenrechte verletzt und die universelle ökologische Vernunft pervertiert, bleibt ein Verbrechen gegen den Weltfrieden und gegen die Menschlichkeit■

Eine zivile Konfliktbearbeitung im Kosovo wird ein langfristiger und komplexer Prozeß sein und nur dann Erfolg haben, wenn sie mit nicht weniger Nachdruck verfolgt wird als der militärische Konfliktaustrag. Sie muß räumlich nicht nur den Kosovo und die Bundesrepublik Jugoslawien, sondern auch die gesamte Region (insbesondere Albanien, Makedonien, Griechenland und Bosnien) umfassen, die verschiedenen Akteursebenen einbeziehen und sich der "Friedensstrategien" des Peacemakings, Peacekeepings und Peacebuildings bedienen. Im Folgenden werden fünf Problemstellungen benannt, der sich eine zivile Konfliktbearbeitung ausgesetzt sieht, sowie mögliche Aufgabenspektren internationaler Akteure identifiziert.

Barbara Müller / Christine Schweitzer

Zivile Konfliktbearbeitung

Möglichkeiten im Kosovo-Konflikt

1. Kernproblem: Die Statusfrage

Die Frage des künftigen verfassungsmäßigen Status wird ein zentrales Streitthema zwischen Albanern und Serben bleiben. Seit Mitte der 80er Jahre gibt es eine Bandbreite von Optionen, wie die Frage entschieden werden könnte. Die Extreme reichen von der Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo bis hin zum Anschluß des Kosovo an Albanien. (1)

Hintergrund der Statusfrage sind die Probleme der Sicherheit, der Identität und des Selbstbestimmungsrechts der im Kosovo lebenden ethnischen Gemeinschaften. Diese Probleme sind durch die Kriegsereignisse nochmal zugespitzt und verschärft worden. Die Brutalität der Vertreibung und die "Politik der verbrannten Erde" zerstörte fast jede Möglichkeit des Vertrauens in eine gemeinsame Zukunft. Die zurückkehrenden kosovo-albanischen Vertriebenen werden kein Vertrauen in die staatlichen (serbischen) Strukturen haben, wenn - wie im G8-Friedensplan festgelegt, eine Autonomie die weitere Zugehörigkeit zur Bundesrepublik Jugoslawien festschreibt. Sie werden nur wenig Vertrauen zu den ehemaligen serbischen Nachbarn haben, von denen sie nicht wissen, ob sie bei Vertreibungen schuldig geworden sind. (2) Die zurückgebliebenen Serben müssen sich überlegen, ob sie sich der Wut der Rückkehrer aussetzen wollen oder ob sie ihre Heimat - zumindest vorübergehend - verlassen.

Die Frage des verfassungsmäßigen und völkerrechtlichen Status kann leicht zu neuer Gewalt führen, wenn sie unsen-

Barbara Müller ist Mitarbeiterin des Instituts für Gewaltfreie Konfliktaustragung, Christine Schweitzer ist Mitarbeiterin des Bundes des für soziale Verteidigung.

(1) Die verschiedenen Optionen für die Zukunft des Kosovo standen im wesentlichen seit Mitte der achtziger Jahre fest: Die Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo ("ethnische Säuberung") war spätestens seit dem Bosnien-Krieg als Möglichkeit in allen Köpfen. Eine Teilung des Kosovo in einen serbischen und einen albanischen Teil wurde von der nationalserbischen Opposition (inklusive des früheren Staatspräsidenten Cosic) und der Orthodoxen Kirche ins Spiel gebracht. Eine Beibehaltung des Status Quo vor Beginn des Krieges, das heißt der völli-

sibel und übereilt gehandhabt wird. Die Positionen der Serben und Albaner liegen soweit auseinander, daß diese Frage nicht durch einen "Volksentscheid", dessen Ausgang allein von der ethnischen Zugehörigkeit der Wahlberechtigten abhängt, zu lösen ist. (3) Die Alternative zu einer voreiligen völkerrechtlichen Festlegung läge in einem Moratorium, um zunächst die Rückkehr, den Wiederaufbau, die Wiederbelebung sozialer Strukturen zu organisieren. Gleichzeitig sollte ein politischer Prozeß innerhalb und zwischen den Gemeinschaften im Kosovo beginnen, der die Konfliktparteien allmählich wieder befähigt, sich dieser schwierigen Frage zu nähern. (4)

2. Kernproblem: Eine Friedensstruktur schaffen

Jenseits aller Fragen des Wiederaufbaus, der Beseitigung der Minen und der Versorgung der Bevölkerung stellt sich die Aufgabe des Peacekeepings und Peacebuildings, kurz der Schaffung einer Friedensstruktur, die Gewalt effektiv verhindert und soziale Strukturen schafft, die Kommunikation über die Konfliktgrenzen wiederherstellt.

Eine Diskussion zwischen und innerhalb der ethnischen Gemeinschaften über den zukünftigen Status des Kosovo hätte zur Voraussetzung, daß die Beziehungen zwischen den Gemeinschaften soweit verbessert wurden, daß eine gemeinsame Zukunft denkbar und besprechbar wird. Hierzu gehört u.a. die Aufarbeitung von Unterdrückung und Vertreibung oder das Aussprechen und gegenseitige Anhören von Leidenserfahrungen. Daneben ist die Ahndung von Kriegsverbrechen für eine wirkliche Aussöhnung von größter Bedeutung. Hier sind vielfältige Mittel einsetzbar, die ein Zusammenwirken verschiedenster Institutionen und Organisationen erforderten: die Tätigkeit internationaler Gerichtshöfe, die Dokumentation der Kriegsverbrechen und die Verifizierung der Opfer, aber auch die Einrichtung von Gesprächsgruppen, Wahrheitskommissionen oder anderen Gremien auf allen Ebenen.

Das Ziel muß sein, der Bevölkerung der Region möglichst schnell ein Leben ohne Angst vor Repressalien zu ermöglichen. (5) Das institutionelle Kernstück eines regionalen Friedensprozesses könnte ein unabhängiges und international finanziertes Gremium sein, das vorzugsweise von einer angesehenen albanischen und einer serbischen Persönlichkeit geleitet wird und dem auch hochrangige internationale Mitglieder angehören sollten. Eine solche "Friedenskommission" könnte sowohl eine überwachende Rolle für die neu

gen Eingliederung des Kosovo in Serbien, war die Position der serbischen und jugoslawischen Regierung. Wiederherstellung irgendeiner Form von Autonomie innerhalb Serbiens (entweder nur kultureller Autonomie oder auch Gewährung von politischen Rechten nach Vorbild der Verfassung von 1974). Diese Lösung wurde von einer Minderheit der Kosovo-Albaner und der serbischen Opposition befürwortet. Kosovo als dritte Republik in der Bundesrepublik Jugoslawien. Kosovo als Staat in einer Föderation von drei souveränen Staaten (Serbien, Montenegro und Kosovo). Dieser Vorschlag wurde unter dem Namen "Balkania" von dem späteren Sprecher der UCK, Adem Demaci, ins Spiel gebracht. Unabhängigkeit des Kosovo, die Forderung der LDK und der Kosovarer Regierung. Anschluß des Kosovo an Albanien (Forderung von Teilen der UCK, aus deren Kreisen auch zu hören ist "Wo Albaner leben, ist Albanien"). *Vgl.: Schweitzer, Christine (1999): Konflikte im Ansatz zivil lösen. Über verpaßte Möglichkeiten. Infoblatt des Bundes für Soziale Verteidigung, Minden 1999*

(2) Ärzte ohne Grenzen (1999): Kosovo: Zeugenaussagen einer Vertreibung, Bonn, April 1999

(3) Clark, Howard (1999): Kosovo: Vorbereitungen für die Zeit nach dem Krieg, IFGK-Arbeitspapier Nr. 12

(4) Clark, a.a.O.; vgl. auch: IALANA (1999): Nur eine zivile Politik kann den Frieden im Koso-

entstehenden Institutionen einschließlich der Polizeikräfte, als auch eine Rolle bei der Entwicklung einer Politik der inter-ethnischen Vertrauensbildung spielen. Die Kommission sollte zudem die Bereitstellung von SpezialistInnen für die Bereiche Gesundheit, Erziehung, Industrie, Landwirtschaft o.ä. organisieren. Ihre Aufgaben würden sein (6):

- Monitoring von Gewaltsituationen direkt und durch Förderung von lokalen Initiativen
- Initiativen zur Aufarbeitung der Vergangenheit unterstützen
- Rückkehr zusammen mit Peace Teams unterstützen
- Vertrauensaufbau vorantreiben und überwachen (Programme durchsehen, fördern, ermutigen, Materialien in Auftrag geben für das Erziehungswesen; neue Institutionen, Medien, Presse beobachten)
- inter-ethnische Streitschlichtung durch direkte Mediation, Klagen über Diskriminierung in neuen Institutionen nachgehen
- Qualifizierungs- und Trainingsinitiativen für Friedensbildung unterstützen
- Geldmittel für ein Peacebuilding-Budget zu sammeln.

Weitere Elemente einer internen Infrastruktur könnten zum einen der Aufbau einer Gemeinwesensarbeit in allen Gemeinschaften des Kosovo sein, das heißt in der albanischen, den serbisch-montenegrinischen, der Roma, der kroatischen, der slawisch-muslimischen und der türkischen Gemeinschaft. Zum anderen eine gezielte Dialogförderung. Dabei sollten auf der obersten Führungsebene der Gemeinschaften Vorverhandlungstreffen zwischen möglichen albanischen Verhandlern organisiert werden. Ferner sollte nachgeforscht werden, welche serbischen politischen Führungspersonen, einschließlich Serben in Kosovo, bereit sein könnten, in Dialogtreffen mit albanischen Verhandlern deren Gesprächspartner zu sein.

Auf der mittleren Führungsebene sollten Verhandlungsorte außerhalb der Republik Jugoslawien für Runde Tische organisiert werden, auch bevor eine politische Übereinkunft in Sicht ist. Es sollten mögliche TeilnehmerInnen und Themen für künftige Dialogtreffen zwischen SpezialistInnen der Kosovo-Albaner und ihren Gegenübern in der kosovo-serbischen und der serbischen Gemeinschaft identifiziert werden.

Auf der Basis-Ebene sollten frühere TeilnehmerInnen von Dialogprojekten identifziert und verschiedene Rahmen angeboten werden, damit diese Personen ihre Beziehungen wieder erneuern können. Ferner sollte es Trainingsmöglichkeiten für

vo schaffen, in: Wissenschaft&Frieden 2/99, S. 46-49

(5) Schweitzer, Christine (1999): Konflikte im Ansatz zivil lösen. Über verpaßte Möglichkeiten. Infoblatt des Bundes für Soziale Verteidigung, Minden 1999

(6) Im Detail: Clark, a.a.O., S. 21

lokale Initiativen aber auch Qualifizierungsmöglichkeiten für Interessierte und für bereits aktive TrainerInnen oder GesprächshelferInnen geben. werden. (7)

(7) Clark, a.a.O.

3. Kernproblem: Wirtschaftliche Entwicklung der ganzen Region

Das Kosovo braucht eine Entwicklungsperspektive. Immerhin gehört es zu den vernachlässigsten Regionen Europas mit der größten Analphabetenrate, der höchsten Kindersterblichkeit und der größten Arbeitslosigkeit. Viele Einkommen im Land sind von den Transferzahlungen ihrer im Auslang lebenden Angehörigen abhängig. (8)

(8) Clark, a.a.O., S. 12

Eine wirtschaftliche Entwicklung im Kosovo kann natürlich nicht isoliert vonstatten gehen, sondern muß die gesamte Region mit einbeziehen. (9) Dies ist essentiell unter dem Blickwinkel der zivilen Konfliktbearbeitung. Eine einseitige Förderung des Kosovo und Montenegros unter Aussparung Serbiens, wie im Stabilitätspakt vorgesehen, würde leicht eine politische Dynamik hin zu einem weiteren Auseinanderbrechen Jugoslawiens in Gang setzen, die einen neuen Krieg begleitet sein könnte.

(9) Was allerdings eher zu erwarten steht, ist die Stabilisierung der Region nach geostrategischen Interessen, wozu in den Denkstuben der USA die "wirtschaftliche, ideologischen - notfalls militärische - Besetzung des Terrains" gehört. Vgl.: Simonitsch, Pierre: Der Balkan als Teil eines politischen Erdbebengürtels, Frankfurter Rundschau, 27.4.99

Eine wirtschaftliche Entwicklung, die auf die regionalen Möglichkeiten ausgerichtet ist, ergibt sich nur als ein Ergebnis vorausschauender (Wirtschafts)politik. Inwieweit eine gemeinsame Strategie der EU für den Balkan diesen Erfordernissen Rechnung trägt und der angedachte "Stabilitätspakt" (10) diesen Namen auch verdient, wird sich unter anderem daran festmachen lassen, ob bei der Entwicklung und Umsetzung auch Raum ist für die Kooperation von Kräften aus der Region selber.

(10) Auswärtiges Amt (1999): Ein Stabilitätspakt für Südosteuropa, Dokument 17 der BAGen Frieden, Europa, Nord-Süd, am 25.-26.6. in Hannover

4. Kernproblem: Entwicklung der Zivilgesellschaft

Jugoslawien war kein Vorreiter des demokratischen Aufbruchs von 1989/90. Die Massenmobilisierung die stattfand, war v.a. eine nationalistische Mobilisierung. Sie begann um das Thema Kosovo und mit Milosevic. Eine demokratische Bewegung, die es wohlgemerkt auch gab, wurde eher von kleinen Gruppen und Parteien getragen. Nach dem Auseinanderbrechen des sozialistischen Jugoslawiens begann sich in den einzelnen neuen Ländern und Republiken Zivilgesellschaft zu formieren; zumindest da, wo der Krieg dies nicht unmöglich machte. Es war eine Entwicklung, die den Regierungen immer suspekt blieb, wenngleich sie gegen die Gruppen und Medien i.d.R. nicht direkt mit polizeilichen Mitteln vorgingen. Stattdessen beschränkte man sich darauf, trotz vorgeblicher Demokratisierung und Priva-

tisierung die alten Machtstrukturen zu bewahren. (Privatisierung hieß z.B. oft, daß die Managerposten mit den alten Parteifreunden besetzt wurden.)

Im Kosovo ist Zivilgesellschaft schwieriger zu beschreiben. Es bestand dort in der Zeit nach Aufhebung der Autonomie ein gewaltiges Maß an Selbstorganisation. Eine Abgrenzung zwischen Zivilgesellschaft und Parteien war nur wenig festzustellen; der Widerstand gegen das serbische Regime einte die Bevölkerung. Eine nennenswerte Opposition gegen die Politik der führenden Partei, der LDK, war erst nach 1995 festzustellen, so z.B. in Form von anderen Parteien, Studentengruppierungen und der UCK. Das Potential von Zivilgesellschaft für eine nachhaltige Konfliktbearbeitung bestand und besteht, trotz aller Schwächen und Probleme. Dieses Potential könnte durch eine internationale Unterstützung weiter gestärkt werden. Dazu gehören neben der Menschenrechtsarbeit auch die Förderung von Dialog und Begegnungen (i.S. von Treffen von Oppositionellen aus dem ganzen Land inkl. Kosovos, Begegnungen im Südbalkanraum etc.) oder die Stärkung des Demokratisierungspotentials und von unabhängigen Medien.

5. Kernproblem: Nachhaltiges Engagement der internationalen Gemeinschaft

Friedensprozesse brauchen kontinuierliche Impulse, damit sie nicht steckenbleiben. Die Entwicklungen im Israel-Palästina-Konflikt und in Nordirland sind zwei aktuelle Beispiele für die standige Gefährdung und die Verletztlichkeit von "Friedensprozessen". Ein Rahmen, den die internationale Gemeinschaft für einen notwendigen Friedensprozeß im Kosovo bereitstellen muß, sollte zum einen in der Region verankert werden und zum anderen durch die Bereitschaft von außen abgesichert werden, den Ländern der Region eine politische und wirtschaftliche Perspektive und damit Hoffnung zu bieten, aber auch die Bereitschaft, bei sicher auftretenden Schwierigkeiten energisch und geschlossen zu handeln. Dies würde eine Abkehr von der bisherigen "drohe-Sanktionen-an-und-tue-doch-nichts"-Politik (11) bedeuten, durch die sich die Konfliktbearbeitung der Staatenwelt in den letzten Jahren ausgezeichnet hat, indem sie die Brisanz der Problematik jahrelang verdrängte und den Konflikt zu einem "inneren Problem" reduzierte. (12) Auch der US-Botschafter in Belgrad mahnte im letzten Jahr einen Strategiewechsel hin zu einer vollen Kooperation mit Rußland und einer Erhöhung des gemeinsamen politischen Drucks auf Belgrad. (13)

(11) Zit. nach: Human Rights Watch (1998): World Report 1999. Federal Republic of Yugoslavia. The Role of the International Community
(12) Schweitzer, a.a.O.

(13) taz, 1.6.99

Es ist offensichtlich, daß solch ein Unterfangen nicht die Aufgabe von gesellschaftlichen Gruppen allein sein kann. Der entscheidende Ansprechpartner wird die EU sein - als derjenige v.a. wirtschaftliche Raum, der allein eine Entwicklung zu versprechen vermag. Die politische Organisationsinstanz wäre die OSZE und der übergeordnete Ordnungsrahmen die Vereinten Nationen. Als Kriegspartei ist die NATO für friedenssichernde Aufgaben faktisch diskreditiert. Nur innerhalb eines Rahmens von internationalen Institutionen und supranationalen Einrichtungen kann ein Friedensprozeß angesiedelt sein. Dieser Prozeß, um den es im weiteren gehen soll, braucht eine Struktur und eine Vorbereitung.

Die oben erwähnten verschiedenen Akteure auf der internationalen Ebene hätten vor allem die folgenden Funktionen zu erfüllen:

- Eine Berichts- und Überwachungsfunktion: Der Friedensprozeß selbst bedarf einer ständigen Beobachtung und einer regelmäßigen Bewertung. Notwendig dafür ist ein Rahmen, der durch regelmäßige Konferenzen gewährleistet sein könnte. Es bedarf daneben auch spezifischer Mechanismen, z.B.der internationalen Überwachung bei der Registrierung des Eigentums (ein nach der Vernichtung der Eigentumspapiere konflikthaltiges Thema), der Überwachung der Sicherheitssituation (Übergriffe, Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung in den neuen Institutionen) und klarer Verhaltensregeln für den Fall von Verstößen.
- Aufklärung und Ahndung von Kriegsverbrechen
- Bereitstellung von Verhandlungsrahmen für Dialog auf allen Ebenen
- Bereitstellung von vielfältigen Qualifizierungs- und Trainingsangeboten
- Integration von Vertrauensbildung in Hilfs- und Aufbauprogramme
- Wirtschaftsförderung, die einheimische Geschäftsleute ermutigt, die an vorhandene und in der Region entwickelte Programme anknüpft und die mit wirtschaftlichen Aktivitäten auch einen Vertrauensaufbau zwischen den Gemeinschaften verbindet. (14)
- Eine gezielte Förderung von demokratischen Gruppen, der Erziehung zur Toleranz, von Selbstorganisation und von Elementen von Versöhnung und Vertrauensaufbau in den verschiedenen Gemeinschaften.

(14) Clark, a.a.O., S. 13f.

Als vorbereitende Maßnahmen einer internationalen zivilen Konfliktbearbeitung sollten folgende Schritte überlegt werden: Erstens einen gesellschaftlich verankerten Friedensprozeß finanziell und personell auszustatten und hierzu eine oder mehrere Beratungskonferenzen von staatlichen und überstaatlichen Institutionen, Geldgebern, internationalen Agenturen und NGOs zu veranstalten, um über die Strategie und die Umsetzung zu beraten und Aktivitäten zu koordinieren; zweitens die Identifizierung und Rekrutierung von geeigneten Personen und die Einrichtung entsprechender Stellen auf nationaler und internationaler Ebene, die die Aufgabe haben, Informationen über vorgesehene Programme zu sammeln, bei der Koordinierung von Aktivitäten und bei der Kooperation zu helfen, Aufbau- und Hilfsprogramme auf Möglichkeiten des Vertrauensaufbaus durchzusehen (inter-ethnische/internationale Teambildung) und Personen oder lokale Projekte und Friedensinitiativen für eine Mitwirkung an der Friedenskommission, an Peace Teams, als Verhandlungspartner, für Dialogprojekte, für Traumarbeit etc. zu finden (und unter Umständen zu qualifizieren); drittens die Vorbereitung und Qualifizierung von zivilem OSZE-Personal, von möglichen Mitgliedern der Friedenskommission und der Peace-Teams. Hierbei sollten für die Vorbereitung von auswärtigen Missionen die folgenden Punkte besonders berücksichtigt werden: Sprache, Geschlechterverhältnis, wirtschaftliche und soziale Auswirkungen der Missionen, Revierverhalten der Organisationen (Aufteilung des Gebietes nicht nach logistischen und reviermäßigen Gesichtspunkten, sondern mehr nach Zugängen zu Konfliktparteien für Vertrauensaufbau). (15) Viertens schließlich eine gezielte Unterstützung und Aktivierung von Flüchtlingen. Ziel sollte es dabei sein, bereits jetzt jene Flüchtlinge gezielt zu unterstützen, die versuchen, ihre Gemeinschaften wieder zu organisieren, und ganz allgemein solche Personen unter den Flüchtlingen gezielt zu fördern, die eine wesentliche Rolle beim Wiederaufbau ihrer Gesellschaft spielen können. (16) Wichtige Bereiche könnten hier die Qualifizierung im Umgang mit Traumata, Vergewaltigung und Folter, der Aufarbeitung der Erfahrungen der Kinder, der Aufarbeitung mit kreativen Methoden in Theater-, Schreib- und Kunst-Workshops, der Ausbildung im Minenräumen sowie Angebote zu Unterhaltung und Sport sein.

(15) Clark, a.a.O., S. 26

(16) Clark, a.a.O., S. 12

		Peacemaking	Peacekeeping	Peacebuilding
	oben	Moratorium in der Statusfrage	NATO und OSZE	Aüfklärung von Kriegsverbrechen
Kosovo	Mitte	Runde Tische	Friedenskommissionen	Förderung der Wirtschaft
	unten	Friedenskommissionen	Begleitung durch Peace Teams	Gemeinwesenarbeit
	oben	Verhandlungen zwischen den politischen Führungen Kosovos und Jugoslawiens	Internationele Beobachter	Wiederaufbauhilfe
Jugoslawien	Mitte	Conflict-solving workshops (17)	Menschenrechtsbeobachtung durch internationale Org.	Förderung demokratischer Gruppen
	unten	Dialogtreffen	Menschenrechtsbeobachtung	Dialogführung
	oben	Verhandlungen	Internationale Beobachter	Stabilitätspakt
Region	Mitte	Conflict-solving workshops (17)	Menschenrechtsbeobachtung durch internat. Beobachter	Förderung mittlerer Unternehmen
	unten	Dialogtreffen	Menschenrechtsbeobachtung	Dialogförderung

Perspektive

Das Aufgabenspektrum ziviler Konfliktbearbeitung für die drei territorialen Ebenen (Kosovo, Jugoslawien, Region), den verschiedenen Akteursebenen (obere, mittlere und Graswurzelebene) sowie der unterschiedlichen "Friedensstrategien" kann bildlich wie folgt dargestellt werden:

Wie wird es aber weitergehen? Mit dem Ende der Kampfhandlungen bereitet die OSZE eine neue Mission vor, die möglicherweise "die Erneuerung des Justizsystems und die Vorbereitung von Wahlen" als Aufgaben haben könnte. (18) Die EU will Ende Juli 1999 eine Geberkonferenz für den Wiederaufbau des Kosovo einberufen, wobei der Wiederaufbau von Häusern und die Instandsetzung von Strom und Wasser primäre Aufgaben sein sollten. Im Herbst soll sich eine weitere Geberkonferenz mit dem weiteren Bedarf auseinandersetzen. (19) Inwieweit sich in diesen hochrangigen Ebenen Elemente eines Friedensprozesses etablieren lassen, wird nicht nur von der dort gegebenen grundsätzlichen Offenheit oder Ignoranz abhängen. Sehr wesentlich wird auch sein, inwieweit es den gesellschaftlichen Akteuren in den europäischen Ländern gelingen wird, die Notwendigkeit eines Friedensprozesses deutlich zu machen und sich selbst durch überzeugende Konzepte und Aktionsbündnisse in den Stand zu versetzen, einen eigenen Beitrag hierzu leisten zu können■

(17) Dabei handelt es sich um eine Methode der Konfliktbearbeitung, in der VertreterInnen einflußreicher, aber nicht direkt der Regierung angehörender Gruppierungen innerhalb eines Workshops Lösungsvorschläge ausarbeiten, die dann, so zumindest die Theorie, mit den gewonnenen Ideen den Mächtigen beeinflussen. Vgl.: Lederach, John Paul (1997): Building Peace. Sustainable Reconciliation in Divided Societies, Washington

(18) Zit. nach: Frankfurter Rundschau (FR), 10.6.99

(19) FR, 10.6.99

"Die westlichen Führer sind intensiv damit beschäftigt, die Geschichte umzuschreiben, um das Desaster der Bombardierung des Balkans zu rechtfertigen. Der Wandel in der Informationspolitik, in der Rhetorik und in den Begründungen, seit die Bombardierungen am 24. März begannen, lähmt buchstäblich die Sinne. So sehr sie sich auch davor fürchteten, ha-ben sie ein wirklich dunkles Kapitel der Geschichte aufgeschlagen und sehen sich jetzt in der Gefahr, daß ihnen die Kontrolle über die Entwick-lungen entgleitet. Eine Möglichkeit, das Versagen als Erfolg darzustellen, ist die Konstruktion einer mächtigen Medienrealität und die Dekonstrukti-on der realen Realität. Das ist die Essenz des Medienkrieges, und das ist, was gerade geschieht." (Jan Oberg/TFF) (1)

Elvi Classen

Konstruktion von Medienrealität im Kosovo-Krieg

Nach den Erfahrungen mit der internationalen Medienkommunikation im und über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien muß die Bedeutung des Theorems "Das erste Opfer eines jeden Krieges ist die Wahrheit" (2) neu überdacht werden. Noch nie zuvor war die militärisch-politische Informations-Intervention im Krieg so vielschichtig und umfassend, so aggressiv und effektiv wie während der letzten Monate. Aber auch in diesem Kampf um die 'Lufthoheit' über die Herzen und Hirne der massenmedial vernetzten Weltgesellschaft' wurde die Wahrheit nicht erschlagen und unauffindbar verscharrt. Sie wurde bloß verleugnet, unterdrückt, deformiert, verstümmelt und bis zur Lächerlichkeit verkleidet auf den Umschlagplätzen des globalen Nachrichtenmarktes herumgetragen. Trotzdem war und ist sie immer noch da, doch nur die wenigsten wollten oder konnten sie sehen. Während im März/April die Propagandamaschine im Kriegsgebiet und an der "Heimatfront" auf Hochtouren lief, etablierte sich im World Wide Web, in Newsgroups und über E-Mail-Verteiler ein weltweites friedenspolitisches Informationsnetz. Dies macht die Differenz zwischen den 'offiziellen' Interpretationen der Kriegsursachen, Kriegsfolgen und Kriegsziele sowie dem, was in Wahrheit geschah oder geschehen sein könnte, so offensichtlich und öffentlich zugänglich, wie noch niemals in einem Krieg zuvor. Der Krieg im Kosovo ist

Elvi Claßen, Dipl. Soz.-Wiss., arbeitet als Medienwissenschaftlerin im DFG-Sonderforschungsbereich 240 "Bildschirmmedien" der Universität-GH Siegen, Teilprojekt A12 "Umbrüche der Medieninformation in den USA und der Bundesrepublik Deutschland". Seit 1989 betreut sie als Leitende Redakteurin das Mitgliedermagazin der Deutschen Friedensge-sellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) e.V., ZivilCourage.

(1) "Covering up NATO's Balkan Bombing Blunder", Pressemitteilung des Friedensforschungsinstituts Transnational Foundation for Peace and Future Research (TFF) in Lund/Schweden vom 14.4.99; Jan Oberg ist Direktor des TFF.

(2) "The first casualty when war comes is the truth." Der vielzitierte Ausspruch aus dem Jahre 1917

stammt von Senator Hiram Johnson, 'Progressive Partei'; er war von 1910-1916 Gouverneur und ab 1917 Senator für den US-Bundesstaat Kalifornien.

zwar mit der Aussetzung der NATO-Bombardements noch nicht zu Ende, aber es ist Zeit für einen Rückblick auf die letzten Monate im Hinblick auf die Differenz zwischen Kriegspropaganda und Wahrheit. Die Hauptakteure im Kampf um die Definitionsmacht der Interpretation von dem, was, warum und wie in diesem Krieg geschah, waren die Regierungen und Militärs, die Medien und die Friedensbewegung.

Politik und Militär - die Konsensmaschine

Für Politiker und Militärs gilt der Waffengang im Kosovo als gelungener Testfall für künftige "Information Operations", einem elementaren Bestandteil der "Information Warfare"-Strategie. Deren Ziel ist "Informationsüberlegenheit" (information superiority) im weitesten Sinne: "Die Dominanz über das Informationsspektrum ist so entscheidend für einen Konflikt, wie in früherer Zeit die Besetzung eines Landes oder die Kontrolle über den Luftraum." (3) Vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Konstellationen und Kriegsführungskonzepte bediente man sich dafür teils traditioneller Handlungsmuster, teils qualitativ neuer Techniken und Möglichkeiten.

(3) General Ronald R. Fogleman: Cornerstones of Information Warfare, zit. nach: Information Operations, Air Force Doctrine Document 2-5, August 1998, S. 1

Feindbildaufbau zur Legitimierung des Krieges

Als die Vorsitzende des internationalen Kriegsverbrechertribunals in Den Haag, Gabrielle Kirk McDonald, am 5. November letzten Jahres Jugoslawien zum "Schurkenstaat" erklärte (4), übernahm sie eine Diktion aus der US-Presidential Decision Directive/PD zur US-Atomkriegsstrategie von 1997. Die PD No. 60 sieht den Einsatz taktischer nuklearer Waffen gegen "Schurkenstaaten" (rogue states) vor, wobei unter Schurkenstaaten Staaten zu verste-hen sind, "die schlechte politische Beziehungen mit Washington haben" (5). In diesem Fall ist der Schurke Slobodan Milosevic. Allerdings mußte eines der klassischen Instrument der Kriegspropaganda - die Dämonisierung des Feindes und die Rechtfertigung seiner Vernichtung aus moralischen Gründen - diesmal nicht nur die US-amerikanische Öffentlichkeit überzeugen, sondern insbesondere auch die der Bundesrepublik Deutschland. Von dieser hatte der ehema-lige Verteidigungsminister Volker Rühe noch 1992 gesagt, daß sie aufgrund ihrer "Instinkte zehn Jahre (brauche), bis sie psychologisch für Kampfeinsätze gewappnet" sei. (6) Nicht zu-letzt die willfährige Übernahme der Milosevic-Hitler-Analogie durch die neue Bundesregierung hat dafür gesorgt, daß es dann doch

(4) AP-Meldung vom 5.11.98

(5) Gary Seymour vom Nationalen Sicherheitsrat der USA; vgl. BASIC Press Release: US Nuclear Strategy and the Third World (1.3.98). Ausführlicher zum Konzept der "rogue states": ami 2/99, S.22ff.

(6) Berliner Zeitung, 22.6.92

etwas schneller ging mit dem ersten Kriegseinsatz nach Ende des 2. Weltkrieges. So nutzte Verteidigungsminister Rudolf Scharping Anfang des Jah-res den erstmaligen Besuch einer Abordnung der Bundeswehr in Auschwitz, um diesen Einsatz moralisch zu begründen: "Darum ist die Bundeswehr in Bosnien" und darum wird sie "wohl auch in den Kosovo gehen".

Scharpings Haßtiraden ("Mordmaschinerie von Milosevic", "bestialische" Verbrechen, "Völker-mord", "Schlachthaus", "ethnische Säuberung", "Selektierung", "KZ", "Blick in die Fratze der deutschen Vergangenheit") (7) und die gleichzeitige Diskreditierung derjenigen, die den Bonner Kriegskurs kritisierten - z. B. Joseph Fischer: "Weißwäscher eines neuen Faschismus" (8) - sollten die Koordinaten für den gesellschaftlichen Diskurs über die Unausweichlichkeit des Krieges liefern. Die Presse reagierte prompt darauf: Die Berliner B.Z. nannte Milosevic und sei-ne Frau Mirjana Markovic den "Schlächter und seine Hexe"; im Spiegel hieß es die "Milosevic-Killer". Die Bild-Zeitung titelte am 31.3. "Sie treiben sie ins KZ" und schrieb dazu: "Auch Vertei-digungsminister Rudolf Scharping bestätigte: 'Es gibt 'ernste Hinweise' auf Konzentrationslager der Serben. [...] Es gibt Anzeichen für eine systematische Ausrottung, die an das erinnert, was zu Beginn des Zweiten Weltkrieges in deutschem Namen angerichtet worden ist, zum Beispiel in Polen.'" Der öffentliche Eindruck von der Allgemeingültigkeit dieses Leitthemas wurde da-durch verstärkt, daß es in einer Art Feedbackschleife in den offiziellen Stellungnahmen der NATO und der am Krieg beteiligten westlichen Staaten immer wieder reproduziert wurde. So wiederholte z.B. der NATO-Sprecher Jamie Shea mehrfach seine Warnung, es drohe die "größte humanitäre Katastrophe in Europa seit Ende des Zweiten Weltkrieges" (9), der britische Premier Blair sprach - wie Scharping auch - von "Genozid", sein Außenminister Robin Cook von einer "Endlösung", die Milosevic für den Kosovo plane (10).

In der Frankfurter Rundschau vom 22.4.99 bewertete Eric Chauvistré den Vergleich von Milo-sevic mit Hitler und Stalin, den Außenminister Fischer in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin Newsweek benutzt hatte, als geprägt vom überkommenen Freund-Feind-Denken des Kalten Krieges. Die Dämonisierung des militärischen Gegners habe in der jetzigen Situation dazu geführt, "daß die NATO, wenn sie schon mit enormen militärischen Mitteln nicht in der Lage ist, das Elend im Kosovo zu verhindern, zumindest eine massive Bestrafung vor-nehmen möchte: Die jugoslawische Regierung, so der Tenor in Brüssel, Bonn, London und Was-

(7) Zit. nach: "Die überaus nützliche Dämonisierung der Serben", taz, 10.5.99

(8) Zit. nach: Dieter Keiner: "Die neue Auschwitz-Lüge in der Kriegspropaganda der Bundesregierung", Rede auf der Anti-Kriegsdemonstration auf dem Prinzipalmarkt in Münster/Westfalen am 17.4.99.
In der Bosnien-Diskussion der Grünen (1995) hatte die sicherheitspolitische Sprecherin der Partei, Angelika Beer, diese Argumentation noch kritisiert: "Jetzt die Pazifisten als Schuldige darzustellen, nur weil sie vier Jahre nicht gehört worden sind, und sie jetzt zu fragen, was wollt ihr denn noch machen - das ist Kriegspropaganda." *Vgl.: taz-Interview, 2.8.95*

(9) NATO press briefing am 28.3.99

(10) Reporters Sans Frontières (RSF), Pressemitteilung vom 15.6.99, vgl.: http://www.rsf.fr/uk/rapport/nato/nato.html

hington, soll einen 'hohen Preis' für ihr Handeln zahlen. Es geht längst nicht mehr darum, [...] eine humanitäre Katastrophe in Kosovo zu verhindern', wie Bundeskanzler Schröder noch in der ersten Bombennacht [...] ankündigte. Die Frage, ob Luftangriffe auf Jugoslawien Sinn machen und erfolgreich sind, wird in dieser Logik nicht mehr gestellt."

Auch von seiten der Auschwitz-Überlebenden Esther Bejarano und Kurt Goldstein wurde die Analogiebildung zwischen Hitler und Milosevic scharf kritisiert. In einem Offenen Brief an Fi-scher und Scharping verurteilten sie deren Vorgehen scharf: "Wir Überlebenden von Auschwitz und anderen Massenvernichtungslagern verurteilen den Mißbrauch, den Sie und andere Politi-ker mit den Toten von Auschwitz, mit dem von Hitlerfaschisten im Namen der deutschen Her-renmenschen vorbereiteten und begangenen Völkermord an Juden, Sinti und Roma und Sla-wen betreiben. Was Sie tun, ist eine aus Argumentationsnot für Ihre verhängnisvolle Politik ge-borene Verharmlosung des in der bisherigen Menschheitsgeschichte einmaligen Verbrechens. Weltfrieden und internationale Sicherheit werden jetzt gefährdet, indem gegen ein Gründungs-mitglied der UNO Krieg geführt wird, Krieg von deutschem Boden aus. [...] Sich als Begrün-dung für einen solchen Krieg auf Auschwitz zu berufen, ist infam."

Krieg - welcher Krieg?

Neben der Milosevic-Hitler-Analogie war die Begriffsbildung ein zweites wichtiges Element der Kriegspropaganda. Euphemismen wie "humanitäre Intervention", "NATO-Kampagne", "Luft-schläge", "collateral damage", "soft targets" oder "impact errors" wurden massiv in Umlauf ge-bracht. Nach dem Willen einzelner Politiker gehören auch bestimmte Begriffe und Themen auf eine "schwarze Liste", weil sie im Widerspruch zur offiziellen Kriegsrethorik standen und ste-hen. Zu Beginn der Luftangriffe der NATO am 24. März erklärte Generalsekretär Javier Solana: "Lassen Sie mich klarstellen: Die Nato führt keinen Krieg gegen Jugoslawien." Fischer unter-sagte Journalisten das Wort "Kriegsflüchtlinge" und forderte als einheitliche Sprachregelung "Vertriebene" bzw. "Deportationen" (11). In einem Spiegel-Interview erklärte er: "Wir führen kei-nen Krieg, wir leisten Widerstand, verteidigen Menschenrechte, Freiheit und Demokratie." (12) Auf Berichte, die als Widerspruch zu dieser Definition eingestuft wurden, reagierte man sofort: Als in der ersten Bombennacht in der Tagesthemen-Sendung darüber berichtet wur-

(11) Neue Rheinzeitung, 8.4.99

(12) Der Spiegel 16/99, S. 34ff.

de, daß ein deutscher Tornado noch nicht zurückgekommen war, fluchte Rudolf Scharping. Auf der Pres-sekonferenz am folgenden Tag appellierte der Verteidigungsminister an die Verantwortlichkeit der Medien. Kaum waren die Mikrofone aus, berichtet ein Redakteur, habe Scharping explizit die 'Tagesthemen' kritisiert. (13) In Großbritannien griff Tony Blair höchstpersönlich ein, als es darum ging, den BBC-Chefkorrespondenten aus Belgrad abzuziehen; Blair hielt ihn für zu 'ser-benfreundlich'. (14)

(13) taz, 8.5.99

(14) Ulrich Ladurner: Wahrheit ist das erste Opfer. In: Facts Nr. 18/99

Die Schlacht der Nebelwerfer

Am 29. März gab die NATO in Brüssel bekannt, daß der Chefberater Ibrahim Rugovas, Fehmi Agani, und fünf weitere bekannte kosovo-albanische Intellektuelle (15) von serbischen Soldaten ermordet worden seien. Der britische General David Wilby - in der Brüsseler Zentrale während der 'Daily Operations Updates' zuständig für den militärischen Lagebericht - hatte die Bluttat gemeldet und sich auf "sehr zuverlässige Quellen im Kosovo" berufen. In der Woche darauf entpuppte sich die weltweit verbreitete Nachricht als Ente: alle sechs waren am Leben. Die "zu-verlässige Quelle", so berichten die 'Reporters sans Frontières' (RFS) (16), sei das von Koso-vo-Albanern im Exil geleitete Kosovo Information Centre in London. Fehmi Agani wurde drei Wochen später von der serbischen Armee ermordet. Das, so RFS, sei für die NATO dann aber kein Thema mehr gewesen; auch sei die ursprüngliche Falschmeldung nie zurückgenommen worden: "Wenn in der ersten Woche der Bombenangriffe auf diese Art ein Gerücht zur offiziel-len Meldung gemacht wird, sieht das eher nach einer vorsätzlichen Entscheidung als nach ei-nem Fehler aus: ein kleiner positiver Impuls in einer Zeit, in der die öffentliche Meinung über den Erfolg der NATO-Luftschläge eher skeptisch war." (17)

(15) Darunter auch Baton Haxhiu, Herausgeber der albanisch-sprachigen Tageszeitung Koha Ditore.

(16) Reporters sans Frontières a.a.O.

(17) Ebd.

Falschinformationen, verkürzte Informationen, Informationsbeschränkung und Informations-sperren - die Mittel der militärisch-politischen Propaganda sind vielfältig, wenn es darum geht, die eigene Interpretation des Kriegsgeschehens zu "vermarkten". Am 15. April allerdings stieß die NATO dabei erstmals an ihre Grenzen, als bekannt wurde, daß am Vortag bei Djakovica ein Flüchtlingstreck angegriffen worden war. "Das sieht nach einer gestellten Szene aus" zitierte die Nachrichtenagentur ap aus "NATO-Kreisen." (18) Kenneth Bacon - der Sprecher des US-Verteidigungsministeriums - kommentierte, es gebe keine Hinweise auf zivile Opfer, die Zivili-sten seien vielmehr als Vergeltung für die NA-

(18) FR, 16.4.99

TO-Angriffe von serbischen Flugzeugen ange-griffen worden. Fast 24 Stunden später erst räumte die NATO ein, man habe "versehentlich" ein ziviles Fahrzeug in einem Konvoi getroffen, die Umstände, die zu diesem Unfall geführt hätten, lägen aber in der Verantwortlichkeit von Milosevic. Am 19. April hieß es dann aus Brüs-sel, daß zwei "Konvois" von NATO-Kampfflugzeugen bombardiert worden seien. Die Bilanz dieses Angriffs auf einen Flüchtlingstreck wurde später von unabhängigen Quellen veröffent-licht: 75 Tote, 100 Verletzte, meist Frauen, Kinder und Alte. (19)

Nicht nur die Medien kritisierten die Informationspolitik der NATO über dieses Bombarde-ment; offenbar alarmierten die unkoordinierten Stellungnahmen aus Brüssel, Bonn, London und Washington auch die Informationsspezialisten in den eigenen Reihen: Am 17. April verabredete die "Media Strategy Group" (20) die Einrichtung eines 'Media Operations Centre' (MOC) in Brüssel. Die Leitung des MOC übernahm der Blair-Berater Alastair Campbell, der "als Genie des sogenannten 'Spinning' - der Kunst, Nachrichten die gewünschte Interpretationsrichtung zu geben" gilt. (21) Campbell, "dem es im letzten Wahlkampf sogar gelungen war, das konservative Revolverblatt The Sun ins Blair-Lager zu ziehen" (22) trommelte 20 PR-Spezialisten aus Re-gierungen europäischer Länder und den USA - u.a. aus dem Nationalen Sicherheitsrat und dem Pentagon - zusammen und richtete im NATO-Hauptquartier einen "war-room" ein. Dort gebe es seit einer Woche, so meldete die Brüsseler NBC-Korrespondentin Linda Vester am 1. Mai, eine "veritable PR MASH unit of spin doctors", deren Aufgabe es sei, "die Statements der NATO und der alliierten Verteidigungsministerien so zu koordinieren, daß sie 'mit einer Zunge sprechen'".(23) Campbells Leute redigierten fortan die Texte der NATO-Pressekonferenzen und faxten "jeden Morgen an die Hauptstädte eine 'Morning Message', die gelegentlich mit der Ansage beginnt: 'Heute morgen sollte klar sein...'" (24) "Die britischen Zeitungen warnen ent-setzt: Wo die Nachrichten fatal seien, könne auch kein 'Spin Doctor' helfen. Da der Westen auf dem Balkan auch die Überlegenheit seiner Werte verteidige, dürfe er sich auf keinen Fall auf die Ebene der serbischen Propaganda begeben und mit gleicher Münze - also mit 'Spinning', der subtilsten Form der Lüge - zurückzahlen." (25)

(19) CounterPunch, Institute for the Advancement of Journalistic Clarity (Hg.): http://www.counterpunch.org/dead.html; 4.6.99

20) Mit dabei die Elysée-Sprecherin Catherine Colonna, der Bonner Regierungssprecher Uwe-Karsten Heye, Joe Lockhart vom Weißen Haus und der Blair-Berater Alastair Campbell.

(21) Die Welt, 19.4.99: http://www.welt.de/cgi-bin/out.pl?url=/archiv/1999/04/19/0419au03.htm

(22) SZ, 8.5.99

(23) At NATO, a crash course in spin (1.5.99): http://www.msnbc.com/news/

(24) Der Spiegel, 20/99, S. 78 ff.

(25) Siehe Fußnote 21

Der Informationskrieg gegen Jugoslawien

Die zweite Flanke des Informationskrieges der NATO war die psychologische Kriegsführung gegen den Feind und der Kampf gegen seine Kommunikations-Infrastruktur: "In der dritten Kriegswoche hat ein offener Medienkrieg zwischen der Welt und den serbischem Medien be-gonnen. Er begann mit der Drohung eines NATO-Offiziers, daß auf Grund der Propagandalü-gen das Gebäude des staatlichen Fernsehens bombardiert würde, falls es nicht der Ausstrah-lung von Programmen ausländischer Stationen - oder gar der NATO selbst - zustimme." (26) Noch am 12. April hatte NATO-Sprecher Shea auf eine Anfrage des Generalsekretärs der Int. Journalistenvereinigung, Aidan White, geantwortet: "Die alliierten Streitkräfte [werden] Radio- und Fernsehanlagen nur dann bombardieren, wenn sie sich innerhalb militärischer Anlagen befinden ... Die NATO hat nicht die Absicht, Sendeanlagen grundsätzlich zu bombardie-ren."(27) In den Morgenstunden des 23. April zerstörte die NATO das Gebäude des serbischen Rundfunks in Belgrad; 15 Menschen starben und 17 wurden verletzt. Allein in den ersten vier Wochen zerschossen alliierte Bomber 23 Rundfunktransmitter im Kriegsgebiet.

(26) Spomenka Lazic, Alternative Information Network (AIM): Bombardements und Medienkrieg (10.4.99): http://zoom.media-web.at/zoom/zoom_299/lazic.html

(27) Pressemitteilung des Int. Freedom of Expression eXchange (IFEX) Clearing House (13.4.99): http://www.ifex.org/

Zugleich begann die NATO, ein eigenes "Informationsprogramm" auszustrahlen. Spomenka Lazic, Korrespondentin des Alternative Information Network, berichtete aus Belgrad: "In den jeden Tag kürzer werdenden Pausen zwischen den Bombardierungen kreist ein spezielles Flugzeug im Luftraum, eine Lockheed Hercules C130. Von dort aus strahlt ein NATO-Fernsehsender Propagandaprogramme in serbischer Sprache und mit in kyrillischer Schrift verfaßten Botschaften aus, die an die Bürgerinnen und Bürger Serbiens gerichtet sind. [...] Ein namenloser und unsichtbarer Sprecher wünscht zunächst einen guten Tag: 'Hier ist die vereinigte Stimme der NATO - Ihr Informationskanal, der für sie Kommentare, Nachrichten und den musikalischen Hit des Tages vorbereitet hat.' [...] Das Thema der Sendung ist die Bösartigkeit des Kommunismus. [...] 'Neokommunisten werden erkennen, daß die NATO-Kampagne zu diesem Zeitpunkt die einzige Chance für die demokratisch gesonnene Bevölkerung ist, sich von dem einzigen noch verbliebenen Diktator in Europa zu befreien.'" (28)

(28) Spomenka Lazic, War with Information (21.5.99): http://www.aimpress.org/dyn/trae/archive/data/199905/90521-001-trae-pod.htm

Für William Church, Managing Director des Centre for Infrastructural Warfare Studies, ha-ben die "Information Operations" (IO) in Jugoslawien für zukünftige Kriege Maßstäbe gesetzt: "Die Kosovo-Aktion erlaubte der NATO den Einsatz

des vollen Arsenals von IO-Waffen. Sie benutzte Graphitbomben gegen die Infrastruktur, [...] offizielle Stellen der Air Force berichten von ausgedehnten Hacker-Eingriffen in das jugoslawische Luftabwehrsystem. [...] Beide Seiten betrieben eine umfassende psychologische Kampagne, deren Aktionsspektrum reichte vom Abwurf von Propagandaflugblättern aus Flugzeugen, auf denen vor einem erfundenen Angriff durch Bodentruppen gewarnt wurde, bis hin zu Hacker-Angriffen auf Internetseiten." (29)

(29) William Church, Kosovo and the Future of Information Operations: http://www.infowar.com/info_ops/treatystudyio.shtml. Vgl. dazu den Artikel von Ralf Bendrath in diesem Heft.

Die Medien - das Öl im Getriebe der Konsensmaschine

Offenbar können sich die politisch und militärisch Verantwortlichen der bereits während des Golfkrieges 1991 selbst von professioneller Seite harsch - aber weitgehend folgenlos - kritisier-ten Loyalität der etablierten Medien auch weiterhin sicher sein. Die Journalistinnen und Journa-listen übernahmen in der Mehrzahl die 'offiziellen' Interpretationen des Kriegsverlaufs und ver-breiteten sie weiter. Die Folgen beschreibt Norman Solomons Anekdote über den US-Fernsehsender Fox: "Etwa eine Stunde bevor die ersten Raketen in Jugoslawien einschlugen, hörten die Zuschauer einen nachvollziehbaren Lapsus des Fox-Nachrichtenmoderators: 'Schalten wir jetzt um zu unserem Pentagon-Sprecher - Verzeihung - unserem Pentagon-Korrespondenten'." (30)

(30) Norman Solomon, Building A Media Agenda For War (26.3.99): http://www.fair.org/media-beat/990326.html

Die Verunsicherung der Presse war groß, aber dennoch reichte sie nicht aus, um den War-nungen, die auch aus den eigenen Reihen kamen, Rechnung zu tragen: "Lassen Sie sich nicht für Interessen der am Konflikt Beteiligten einspannen oder mißbrauchen. Weder für die NATO noch für Jugoslawien. Berichten Sie über diesen Krieg authentisch und unabhängig. Halten Sie die handwerklich und ethisch gebotene Distanz zu allen Informationsquellen. Die Verantwortli-chen in Funk- und Fernsehsendern fordern wir auf, Krieg nicht als "Quotenbringer" zu behan-deln. Profit aus dem Krieg zu ziehen ist verwerflich, weil es die Opfer entwürdigt und miß-braucht." (31) Doch stattdessen fügte man sich: entweder kriecherisch wie Eberhard "soft missile" Seidel von der taz: "Aber anstatt anzuerkennen, wie genau die NATO bislang die Ziele traf, die sie auch treffen wollte, wie stark, verglichen mit dem Irak-Krieg, die Bemühungen sind, die Zivilisten zu schonen, breitet sich nun Entsetzen aus. Doch 1.000 zivile Opfer nach fünf Wochen Krieg, so die Angaben des Bruders Milosevic, sind eher ein Beleg für behutsame Bombardements." (32) oder aber mit ehrlichem Unbehagen, das sogar Karl Feldmeyer, den Bonner Korresponden-

(31) Zit. nach: Erklärung der IG Medien zum Kosovo-Krieg von März 99

(32) taz-Kommentar, 30.4.99

ten der FAZ, erfaßt hatte: In einer Diskussion im Frankfurter Presse-Club Ende Mai kritisierte er, daß die JournalistInnen zu Beginn des Kosovo-Krieges den Sprachge-brauch offizieller Verlautbarungen der "gottesdienstmäßigen" Pressekonferenzen unkritisch übernommen hätten. Er selbst habe "große Probleme" damit gehabt, "meine gute alte NATO des Angriffskrieges zu zeihen. Natürlich ist das ein Angriff, aber das ging mir schon unter die Haut". (33) Daß die KorrespondentInnen bei den Pressekonferenzen oder -briefings der NATO eher 'Gewehr bei Fuß' standen, beschreibt auch Jan Oberg von der TFF: "Ein Sprecher eröff-net die Show, sucht die Fragen aus und beantwortet sie mit vorgefertigten Formulierungen, die nie überraschend aber immer eloquent sind; dann heißt es 'die nächste Frage, bitte'. Seit dem 24. März haben die wichtigsten Repräsentanten der freien Presse niemals den Inhalt des Ram-bouillet-Diktats hinterfragt, niemals die Moral der NATO-Politik angezweifelt, deren destabilisie-renden Auswirkungen hervorgehoben oder die Diskrepanz zwischen den erklärten Zielen und den Konsequenzen der NATO-Strategie. Man hat ihnen Fotos und Videos bombardierter Ziele vorgeführt und gesagt, 'das ist ein Panzer' oder 'das ist ein Munitionslager', und niemand von ihnen hat gefragt: 'Ich kann das nicht erkennen - wie können wir da sicher sein?'".(34)

(33) FR, 2.6.99

Aber anstatt sich nach authentischen und unabhängigen Quellen umzusehen, machten selbst die angesehensten US-amerikanischen Medienvertreter - wie in anderen Kriegen zuvor - den 'Bock zum Gärtner'. "Lawrence Friedman vom King's College/London kritisierte die Infor-mationspolitik der NATO am 15. April in einem BBC-Interview: 'Die NATO behandelt Journali-sten wie Pilze: Sie hält sie im Dunkeln und füttert sie mit nichts als Mist.' Am gleichen Tag schickten Chefredakteure und Herausgeber der New York Times, Los Angeles Times, NBC News, des Wall Street Journals, von CNN und Associated Press einen Brief an den US-Kriegsminister Cohen und forderten bessere und mehr Informationen über den Krieg." (35)

(34) Jan Oberg: The Information Warfare about Kosovo", Pressemitteilung des TFF, 15.4.99 (Hervorh. durch den Autor)

(35) Scott Schaeffer-Duffy, Truth and War (16.5.99): http://www.nonviolence.org/amhvigil/CathRad.html

Die Friedensbewegung - der Sand im Getriebe der Konsensmaschine

In der Konsequenz führte die Fixierung der JournalistInnen auf "offizielle" Quellen auch dazu, daß die Analysen, Forderungen und Aktionen der außerparlamentarischen Opposition gegen den Krieg in den etablierten Medien nicht vorkam. Daß diese an der Friedensbewegung traditio-nell wenig interessiert sind, ist ein alter Hut. Jahrelang hat man sich

mehrheitlich, wenn über-haupt, "von außen" ein Bild von "der Friedensbewegung" gemacht, das mit der Realität kaum etwas zu tun hatte. Ob es nun an der "Schere im Kopf" lag, an der immer gerne mit 'berufsbe-dingter Skepsis' begründeten Distanz zu den Diskurs- und Organisationsstrukturen der Bewe-gung (Abgrenzung gegenüber dem als 'einseitig' wahrgenommenen- weil konsequenten - Anti-militarismus und Pazifismus) oder schlicht an der Borniertheit (Desinteresse mangels politi-scher Sachkenntnis) einzelner Medienschaffender, spielt dabei im Ergebnis keine Rolle. Denn jetzt, in Kriegszeiten, schnappt die selbst erzeugte Wirklichkeitsfalle zu. Die JournalistInnen sehen sich in der von ihnen geschaffenen Nachrichtenlage um und wundern sich: "Wohin ist der deutsche Pazifismus entschwunden? [...] Die NATO führt Krieg, doch der Pazifismus ist still. Man sieht ihn nicht in der Tagesschau. Der Pazifismus läuft nicht mit Plakaten durch die Fußgängerzonen. Er sitzt nicht mehr protestierend vor den Eingangstoren der Kasernen. Er findet sein Publikum nicht mehr. [...] Der Pazifismus ist keine politische Kraft mehr in Deutsch-land; er ist auf der politischen Bühne nicht einmal mehr als Statist präsent." (36)

(36) So Heribert Prantl, in: SZ, 26.3.99

Die Orientierung in der Medienrealität hat eben auch ihre Tücken. Was einem Großteil der Bevölkerung dadurch tatsächlich vorenthalten wurde, ist, daß sich in den letzten Monaten in der Bundesrepublik vielen kleineren und größeren Orten "alte" Friedensbündnisse reaktivierten und neue Initiativen gründeten. Sie organisierten Kundgebungen, gewaltfreie Blockaden, lokale, re-gionale sowie bundesweite Demonstrationen und Info-Veranstaltungen. ExpertInnen aus der Friedensbewegung, FriedensforscherInnen und ReferentInnen aus dem Kriegsgebiet begrün-deten in vollen Sälen, in Bürgerradios oder auf Marktplätzen ihre Kritik am Bombenkrieg. Hier und auch in vielen anderen Orten rund um den Globus setzte die Friedensbewegung der über die Massenmedien verbreiteten Deutung des Kriegsgeschehens eine andere Perspektive ent-gegen. Es wurden historische, politische und strategisch-militärische Kontexte des Kosovo-Konfliktes aufgezeigt. Die RednerInnen benannten die Hintergründe für den Waffengang der NATO und seine unüberschaubaren Risiken. Sie kritisierten den Mangel an politischen Per-spektiven und übermittelten authentische Schilderungen aus dem Kriegsgebiet. Ihr Ziel war es, die Kriegsgegnerschaft zu stärken und politische Mehrheiten zu gewinnen für eine Ende der Bombardierungen und eine nichtmilitärische Lösung des Konflikts. Dafür nutzten die Pazifi-

stInnen und AntimilitaristInnen mit dem Internet - erstmalig in einer Kriegssituation - ein Medi-um, das sie mit Informationen versorgte, wie sie bisher noch nie so schnell und so leicht repro-duzierbar zur Verfügung standen. Für die notwendige Bandbreite, Authentizität und Aktualität sorgten die von Friedensforschungsinstituten, kritischen JournalistInnen, Friedens-, Menschen-rechts- und Umweltgruppen aus aller Welt und auch von FriedensaktivistInnen aus dem Kriegsgebiet ins Netz gestellten Dokumente, Berichte und Kommentare. Darüber hinaus stan-den auch die "offiziellen" Quellen zum direkten Zugriff bereit: Es war ohne großen Aufwand möglich, sich über die Verlautbarungen z.B. des Pentagon, der Hardthöhe oder der russischen Duma zu informieren und darauf zu reagieren. Es gab also erstmals eine alternative Nachrich-tenlage, die, was die Zuverlässigkeit betrifft, den massenmedialen Nachrichten mit Sicherheit überlegen und im Hinblick auf die Geschwindigkeit der Nachrichtendistribution zumindest gleichgestellt war. Nur, dort, wo die 'Schlacht der Lügen' geschlagen wurde - in den Massenmedien - wurde die Perspektive der KriegsgegnerInnen ausgeblendet. Was übrigens auch für die US-amerikanischen Massenmedien gilt: Die renommierte, 1986 gegründete Organisation 'Fairness and Accouracy in Reporting' - (FAIR) (37) ermittelte, daß in den beiden einflußreichen Nachrichtenmagazinen "ABC Nightline" und "NewsHour with Jim Lehrer" (PBS) während der ersten beiden Kriegswochen als Nachrichtenquellen zu 45 Prozent entweder Vertreter der US-Regierung bzw. des US-Militärs oder NATO-Offizielle angegeben wurden; nur acht von hundert verwendeten Quellen wurden von FAIR als 'NATO-kritisch' eingestuft. (38)

In einer FAIR-Pressemeldung zur Washingtoner Demo im Rahmen einer landesweiten An-tikriegskampagne Anfang Juni, an der sich 500 Friedensorganisationen in über 40 US-Städten beteiligten, heißt es: "Am 5. Juni [Samstag] protestierten tausende KriegsgegnerInnen gegen die Bombardierung Jugoslawiens und marschierten von der Gedenkstätte der Vietnamvetera-nen zum Pentagon. Am 7. Juni ergab eine Analyse, daß die Protestaktion in keiner der Haupt-nachrichtenmedien (York Times und die Washington Post eingeschlossen, ebenso die Net-works ABC, NBC, CBS and PBS's NewsHour) Erwähnung fand; CNN berichtete in einigen Kurzmeldungen." (39) Am 6. April fragt der Londoner Medienwissenschaftler Philip Harmond angesichts einer Pressemeldung der BBC, nach der die "serbischen Medien nach der Pfeife des Patriotismus tanzen": "Nach welcher Pfeife tanzt

(37) FAIR untersucht einseitige Berichterstattung und Zensurmaßnahmen in den US-Medien und macht diese publik. Vgl.: http://www.fair.org

(38) Norman Solomon: When will the media call it war? (17.5.99): http://www.fair.org/articles/media-war.html

(39) Media Ignores Major Anti-War March. FAIR Pressemitteilung vom 7.6.99: http://www.fair.org/activism/march.html

die BBC, daß sie jede Behauptung der NATO ohne nach Belegen zu fragen, wiedergibt? Zugleich haben die Fernsehnachrichten kaum über die Proteste in aller Welt, nicht nur in Makedonien, Rußland, Italien und Griechen-land, sondern auch in Tel Aviv, Lissabon, San Francisco, Chicago, Los Angeles, Toronto und Sydney, berichtet. Sollen wir glauben, daß diese DemonstrantInnen alles Serben oder Mario-netten der 'streng kontrollierten' jugoslawischen Medien sind?" (40)

(40) Philip Hammond, 'A War of Words and Pictures', in: The Independent, 6.4.99; Hammond ist Dozent für Media Studies an der South Bank University, London

Journalistische Wahrnehmungsraster eignen sich offenbar nur schlecht dazu, die im Ver-gleich mit der offensiven und griffigen militärischen bzw. politischen Öffentlichkeitsarbeit viel komplexeren Erklärungs- und Bewertungsansätze, Quellenlagen und Handlungsstrukturen der PazifistInnen und AntimilitaristInnen zu beobachten, aufzubereiten und adäquat zu präsentie-ren: "[Es] fehlen der Friedensbewegung einende Sätze oder Images - statt politischer Zeichen oder Handlungen (von wenigen Protestveranstaltungen einmal abgesehen) bekommt man höchstens Ströbele oder, seltener, Gysi als Kronzeugen pazifistischen Denkens gezeigt." (41) Wer druckt oder sendet schon das Statement eines Mitglieds der Friedensbewegung, wenn er ein Mitglied des Bundestages vors Mikro kriegen kann? Was konnten wir in der Bundesrepublik in unseren "Hauptnachrichtenmedien" über die Aktivitäten der weltweiten Friedensbewegung lesen, hören oder sehen, oder über die Proteste in den europäischen Ländern, wie z.B. die Blockadeaktionen gegen NATO-Konvois im Hafen von Thessaloniki; wo immer wieder NATO-Transporte kurzzeitig 'verschwanden', weil irgend jemand dauernd die Wegweiser zum Hafen verstellte? Wer weiß von der Aktion europäischer Friedensinitiativen in Straßburg am Oster-sonntag oder den Kundgebungen mit 100.000 TeilnehmerInnen am 2. April in Saloniki oder am 3. April (80.000 TeilnehmerInnen), am 10. April (100.000) und 25. April (200.000) in Rom? Von den gewaltfreien Daueraktionen der Friedensbewegung am NATO-Stützpunkt in Aviano?

(41) Jörg Sundermeier: Warten auf Bilder, in: FREITAG,16.4.99

Was ist zu tun?

Dringend notwendig ist eine intensive Beschäftigung mit den strategischen Konzepten des In-formationskrieges. Zum ersten, weil diese Konzepte die Kriegsführung in den aktuellen und (angesichts der bekannten militärischen Planungen und Vertragslagen) erwartbaren Konflikten bestimmen, und sie deshalb als Gegenstand antimilitaristischer Kritik stärker öffentlich ge-macht werden müssen. Zum zweiten müssen -

insbesondere im Rahmen der friedenspoliti-schen Konfliktprävention - die Strukturen, Techniken und Intentionen des 'Kriegsmarketings' der Militärs und Politiker als elementares Instrument der Kriegsvorbereitung systematisch ana-lysiert und offengelegt werden. Und zum dritten wird in diesem Kontext von den Vordenkern zukünftiger Kriegsführungsstrategien im Kampf um die "Informationsüberlegenheit" gerade eine neue "Kampflinie" gezogen, die unsere Aufmerksamkeit erfordert: Offenbar werden Nichtregie-rungsorganisationen (NGOs, z.B. die Friedensbewegung) - zu recht, s.o. - als kommunikation-stechnisch und inhaltlich immer "mächtiger", d.h. bedrohlicher wahrgenommen: RAND, die re-gierungsnahe US-amerikanische Denkfabrik, warnt in ihrer Analyse der mexikanischen Zapati-sta-Bewegung vor einem zukünftigen "Krieg im Netz", ermöglicht durch den freien Zugriff auf elektronische Medien, Fax, E-Mail und World Wide Web: "Es könnte sich eine dynamische Symbiose zwischen NGOs und den Medien entwickeln [...], in der die Medienpräsenz die jewei-ligen Machtverhältnisse ausgleicht und die Regierung ihren Vorteil verliert, zu kontrollieren, wer was über einen Konflikt weiß. Dies führt dann entsprechend zu einer Einschränkung staatlicher Handlungsmöglichkeiten." (42)

(42) RAND (Hg.): The Zapatista "Social Netwar" in Mexico (1998): http://www.rand.org/publications/MR/MR994/MR994.pdf/

Was die Medien betrifft, so kann sich angesichts der vielfältig vorhandenen Informationmög-lichkeiten niemand mehr von der individuellen Verantwortung für einen unabhängigen, investi-gativen und kritischen Journalismus freisprechen. Friedrich Krotz - Medienforscher am Hans-Bredow-Institut in Hamburg - kritisiert, daß die Kosovo-Berichterstattung heute nur noch "nach dem Modell des Krieges von 1870/71 ab[laufe]" und fordert eine stärkere Vernetzung: "Wenn es moderne Informationstechnologie gibt, darf man sich nicht nur auf einzelne Reporter verlas-sen, sondern muß einen Apparat aufbauen, der es ermöglicht, die Verhüllungsstrategien der Kriegsparteien aufzudecken." Sinnvoll im Sinne einer ausgewogeneren Kriegsberichterstattung wäre es sicher, unter Einbeziehung der Friedensbewegung und -forschung die Berüh-rungsängste bzw. Kommunikationsblockaden zwischen den Medien und den Nichtregierungs-organisationen abzubauen.

Abgesehen von dieser Verbesserung der Kooperation mit den etablierten Medien muß die Frie-densbewegung perspektivisch einen eigenen Weg finden, wie sie die Wirksamkeit ihres alter-nativen Nachrichtenangebots den neu gegebenen Möglichkeiten der Informationsbeschaffung anpaßt.

(43) Diverse Umfrageergebnisse belegen, daß es in der Bundesrepublik auch während der Bombardierungsphase durchaus keinen Konsens über den Krieg gab: Für das am 21. Mai 1999 veröffentlichte ZDF-Politbarometer ermittelte die Forschungsgruppe Wahlen, daß im Westen 43 Prozent für und 52 Prozent gegen eine Unterbrechung der Luftangriffe sind, im Osten sprachen sich sogar 66 Prozent für eine Feuerpause und 29 Prozent dagegen aus. In einer Online Umfrage des Express/Köln vom 7. Juni antworteten auf die Frage "Ist der NATO-Einsatz im Kosovo richtig?" 37,4 Prozent mit Ja und 60,3 % mit Nein (2,3 Prozent unentschieden). Und selbst in einer von der Bundeswehr in Auftrag gegebenen Emnid-Umfrage im Mai fanden es zwar 62,4 Prozent der Befragten richtig, "daß die NATO im Kosovo-Konflikt mit Luftschlägen militärisch eingegriffen hat" (33,1 Prozent Nein, 4,4 Prozent unentschieden); aber daß der Konflikt mit dem Militäreinsatz zu lösen ist ("Glauben Sie, daß das militärische Eingreifen der NATO zu einem Einlenken Milosevics führt?") hielten nur 44,8 Prozent der Befragten für wahrscheinlich (Nein 50,7 Prozent, 4,6 Prozent unentschieden).

Jede Bürgerin und jeder Bürger hat das Recht auf Gegeninformationen, die es ihr oder ihm ermöglichen, sich - besonders in Krisen oder im Krieg - ein differenziertes Bild von der Si-tuation zu machen. Wenn die etablierten Medien hier, wie in den letzten Monaten geschehen, die Kritik am und den Widerstand gegen den Krieg "tot"-schweigen, obwohl schätzungsweise die Hälfte der BundesbürgerInnen ihn für falsch hält und seine Beendigung fordert (43) dann muß die Friedensbewegung diese Vernachlässigung ausgleichen. Wünschenswert wäre ein eigenes, unabhängiges und internationales Informationsnetz, daß sowohl dem Austausch untereinander dient, als auch alternative Informationsprogramme (textuell und audiovisuell) anbietet. Dies sollte nicht nur, aber auch als "Agentur" für JournalistInnen in den Massenmedien die-nen. Die NGO-Struktur weltweit ist heute schon eine Art KorrespondentInnen-Netz, welches Augenzeugenberichte und Hintergrundinformationen aus aller Welt im Internet bereitstellt. Die-ses Material aufzubereiten und zu verbreiten, bedeutet ebenso, die eigene Medienarbeit - auch im elektronischen Bereich (z.B. Bürgerradios oder -fernsehen und World Wide Web) - auszu-weiten. Wenn wir den Widerstand gegen die "Informationsüberlegenheit" der Herrschenden verstärken wollen, müssen wir uns auch dafür engagieren, daß mehr Menschen - nicht nur ein privilegierter Kreis von Friedensbewegten, KundgebungsbesucherInnen und InternetuserInnen - an den alternativen Informationsangeboten partizipieren können.

Auch in den Publikationen der extremen Rechten ist der erste Krieg nach 1945, bei dem sich deutsche Soldaten auch direkt an Kampfhandlungen beteiligen, ein zentrales Thema der letzten Monate. Waren deutsche Neonazis vor einigen Jahren noch auf kroatischer Seite als Söldner tätig, so hätte man nun erwarten können, daß sich die extreme Rechte erneut auf die Seite der Gegner Jugoslawiens bzw. Serbiens stellt - sich also etwa mit der Kosovo-Untergrundarmee UCK liiert, ist diese doch - folgt man der Ideologie der extremen Rechten - ein Musterbeispiel einer 'befreiungsnationalistischen' Bewegung.

Fabian Virchow

"Deutsch wählen heißt Frieden wählen" Die extreme Rechte und der Krieg gegen Jugoslawien

Fabian Virchow (38), Sozialwissenschaftler, diverse Veröffentlichungen zu Ideologie und Propaganda der extremen Rechten, promoviert derzeit zum Thema Bundeswehr und extreme Rechte

Die große Mehrheit der Gruppen und Organisationen der extremen Rechten lehnt den NATO-Krieg aber entschieden ab. Und zwar mit Formulierungen und Äußerungen, die teilweise denen der Friedens- und Antikriegsgruppen sehr ähnlich erscheinen. So schrieb etwa die Deutsche Wochen-Zeitung, die der DVU nahesteht, kurz nach Beginn der NATO-Bombardierungen unter der Überschrift: „Warum die Bundeswehr im Kosovo nichts zu suchen hat - Bonn bricht die Gesetze": „Denn wenn deutsche Kampfflugzeuge und Panzer jetzt auf dem Balkan an der Seite amerikanischer, britischer und französischer Truppenteile das Feuer eröffnen, geschieht dies ohne Mandat der Vereinten Nationen. Die gesamte Militäraktion ist eine reine NATO-Veranstaltung; und sie dient auch nicht der Abwehr eines Angriffs auf ein Mitgliedsland." (1) Anhänger der extrem rechten Deutschland-Bewegung (2) des früheren Bundeswehr-Obersten Alfred Mechtersheimer beteiligten sich an Friedensdemonstrationen u.a. mit Parolen wie "Keine NATO-Bomben auf Serbien" oder "Keine fremden Truppen in Deutschland - Keine deutschen Truppen im Ausland". Vom Präsidium der NPD war ein Appell an alle "deutschen Soldaten und Beamten" zu vernehmen, dem "Amtseid auf das Grundgesetz treu" zu bleiben und die Mitwirkung "am Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien" zu verweigern. (3) Und Neonazis aus verschiedenen europäischen Staaten riefen anläßlich des 50-jährigen Gründungstages der NATO gar zu einer Anti-NATO-Demonstration vor deren Hauptquartier in Brüssel auf.

(1) Deutsche Wochen-Zeitung 14/99 vom 2. April 1999, S.1

(2) Die Deutschland-Bewegung (DB) um Alfred Mechtersheimer ist eng verbunden mit dem Friedenskomitee 2000 und sieht sich - neben einer bei Wahlen erfolgreichen Partei der extremen Rechten - als die "andere Säule" des "patriotischen Projektes". Die DB teilt die Ideologie der extremen Rechten; Mechtersheimer betätigte sich in den letzten Jahren häufig als Redner bei extrem rechten Parteien und Organisationen (z.B. REP, DSU, BFB, JLO).

(3) http://www.npd..net/npd-pv/mitteil/index.htm

Solches Auftreten mutet seltsam an und will nicht so recht zum Bild der extremen Rechten passen, zu dem Uniformen, Kriegsbegeisterung, Heldentum und Militärverherrlichung assoziiert werden. Es bedarf einer genaueren Analyse der Begründungszusammenhänge, um entschlüsseln zu können, daß dies keinen Widerspruch darstellt und es die Anti-Kriegs-Rhetorik der extremen Rechten keineswegs zum Ziel hat, Gewalt und Gewaltstrukturen aus der Welt zu schaffen. Die Ablehnung dieses NATO-Krieges gegen Jugoslawien stützt sich auf drei zentrale, miteinander verbundene Ideologeme der extremen Rechten: den Antiamerikanismus, den Rassismus und die Geopolitik.

Im Vordergrund: Antiamerikanismus

Liest man die Stellungnahmen der extremen Rechten zum Krieg, so fällt zunächst eine scharfe Abgrenzung gegenüber den USA und der NATO auf, wobei die NATO grundsätzlich als Instrument der USA gesehen wird, deren Zweck es immer gewesen sei, den eigenständigen außenpolitischen Handlungsspielraum Deutschlands einzuschränken. Die Bundesregierung und ihre Angehörigen werden demzufolge als "servile Erfüllungsgehilfen der USA" (4), als "Bonner Abenteuerer und Steigbügelhalter des US-Imperialismus" (5) oder - in Anspielung auf den Buchtitel Goldhagens - als "willige Vollstrecker Washingtons" (6) bezeichnet.

(4) Nation+Europa 5/99, S. 30
(5) http://www.npd.net/npd-pv/mitteil/index.htm
(6) Nation+Europa 5/99, S. 7

Für die extreme Rechte liegt die Verantwortung für diesen Krieg bei den USA; diese wollten auf dem Balkan einen ständigen Unruheherd schaffen, der Europa als ökonomisch, politisch und militärisch handlungsfähige Einheit schwäche und den USA als stärkste Militärmacht jederzeit Eingriffsmöglichkeiten biete. Außerdem würden die Flüchtlingsbewegungen die Volkswirtschaften der europäischen Staaten belasten und innenpolitische Auseinandersetzungen provozieren. (7)

(7) Nation+Europa 6/99, S. 5 ff.; Der Republikaner 4-5/1999, S. 5; Deutsche National-Zeitung 17/99 vom 23. April 1999, S. 4

Für die extreme Rechte haben die USA in Europa grundsätzlich nichts zu suchen. In einer Erklärung der "Europäischen Synergien" (8) - ein Zusammenschluß extrem rechter Theoretiker verschiedener europäischer Länder - wird "die Regierung der Vereinigten Staaten daran [erinnert], daß die Monroe-Doktrin in beiden Richtungen gelten muß: keine Intervention von europäischen Mächten in Amerika, keine amerikanische Intervention in Europa". (9) Konflikte und Kriege in Europa, so die Stellungnahme weiter, "sollten nur von den Mächten der Region geklärt werden, unterstützt von Rußland und einem neuen bismarckschen

(8) Das Intellektuellennetzwerk 'Synergies Européennes' (SE) entstand 1993 um Robert Steuckers, um - im Unterschied zu Alain de Benoist - die theoretische Debatte um realpolitische Handlungsoptionen zu erweitern. In der Bundesrepublik wurde eine entsprechende Sektion 1995 gegründet.

(9) DESG-inform 2-4/99, S. 1 (DESG = Deutsch-Europäische Studiengesellschaft)

Deutschland". Hier scheint bereits die alte Idee des Deutschen Reiches hervor, das in Europa hegemonial ist. So erhofft sich die extreme Rechte denn ein "hoffentlich 'entamerikanisiertes' zukünftiges Europa", welches - wie Rußland, Indien und China als "weise alte Reiche" - den USA entgegentreten sollen. Wenn also die NPD und andere Gruppen in den 80er Jahren oder auch heute wieder mit der Forderung antreten, die "fremden Truppen" sollten aus Deutschland abgezogen werden, so ist dies einem antiamerikanischen und nationalistischen, keineswegs antimilitaristischen oder pazifistischem Verständnis geschuldet.

Es wäre freilich ein Irrtum anzunehmen, in der Abgrenzung - man muß wohl in vielen Fällen von Feindschaft sprechen - zu den USA bzw. zu Amerika ginge es nur um ökonomische und politische Dimensionen. Es sei - insbesondere seit der Auflösung der Sowjetunion und der DDR - Zeit, sich von den USA zu lösen, denn „eine organisch gewachsene Wertegemeinschaft zwischen Deutschen und Amerikanern gibt es nicht. Eine alte Hochkultur läßt sich nicht mit einer seelenlosen Plastik-Zivilisation vereinbaren." (10) Für die extreme Rechte ist die Frontstellung gegen die USA - ausgedrückt etwa in dem Wortpaar Kultur hier, Zivilisation dort - fundamental; Denn ihr gilt Amerika als Hort der Verwilderung, als negative Projektionsfläche: "Vereinfacht ausgedrückt, ist die Entwicklung der amerikanischen Gesellschaft eine räumlich konzentrierte Vorwegnahme gesellschaftspolitischer Prozesse des Industriezeitalters, von denen die meisten je nach Verzögerung auf andere Weltregionen übergreifen." (11)

(10) Nation+Europa 3-4/1990, S. 28

(11) Nation+Europa 10/1988, S. 13

Völkischer Nationalismus statt allgemeiner Menschenrechte

Zu den hier angesprochenen gesellschaftspolitischen Entwicklungen gehören etwa Multikulturalität, Drogen und Individualisierung. Für die extreme Rechte einst und jetzt gelten die USA als Inbegriff des ‚Universalismus', der negativ als 'Gleichmacherei' verstanden und für gesellschaftliche Krisen und Problemlagen verantwortlich gemacht wird.

Die extreme Rechte lehnt universell gültige Werte, z.B. Menschenrechte und den Gleichheitsgedanken, ab. Ausgangspunkt ihrer Weltanschauung sind "Völker", "Rassen" und "Kulturen" - gedacht als homogene Entitäten. Diese hätten jeweils ihre eigenen Weltdeutungen, Denk- und Lebensweisen entwickelt, die sog. "nationale Identität". Dem entspreche ein Territorium oder Staatsgebiet, ein geographischer Raum, in dem alle "Volksangehörigen" leben soll-

ten. Diese völkische Konstruktion, bei der das Volk alles, das davon unabhängige Individuum hingegen nichts ist, kommt so zur Deckung mit anderen Ideologemen der extremen Rechten, wie etwa der Idee der Geopolitik. (12)

War die Geopolitik für ihren maßgeblichen deutschen Vertreter der 30er und 40er Jahre, Karl Haushofer, "die Lehre von der Erdgebundenheit politischer Vorgänge", so stellen die "Europäischen Synergien" ein Arbeitsprogramm zur Entwicklung "geopolitischer Konzepte", wozu insbesondere eine "gründliche geschichtliche Studie, die die Europäer in Ost und West an den gemeinsamen Kampf gegen das Osmanische Reich erinnert", zu gehören habe. Der gemeinsame Kreuzzug französischer und deutscher Ritter symbolisiere den "Geist, den wir in Europa wiedererwecken wollen, ohne amerikanische Intervention."

(12) Diese ist in Deutschland ursprünglich von Friedrich Ratzel (1844-1904), Rudolf Kjellén (1864-1922) und - am bekanntesten - von dem völkischen Staatstheoretiker Karl Haushofer (1869-1946) entwickelt worden. Auch die Nazis haben sie als Legitimation für ihre Kriege zu nutzen gewußt.

Diese antiislamische und antitürkische Ausrichtung ist ein weiterer Schlüssel zum Verständnis der Ablehnung des NATO-Krieges: In etlichen Stellungnahmen wird befürchtet, daß der Krieg zu einer Ausbreitung des Islam und einer Vergrößerung des Einflußbereiches der Türkei führe. So hat der langjährige Bundesvorsitzende der REP, Franz Schönhuber, denn auch volles Verständnis für die "Serben": "Für die Serben ist der Kosovo eine Art Wiege des Volkes. [...] Hier erlitten die Serben im Jahre 1389 die größte Katastrophe ihrer Geschichte. Das serbische Heer wurde von den Türken vernichtend geschlagen, das Land unterworfen. [...] Der Haß gegen Muslime wird mit der Muttermilch getrunken. Er liegt im Blut." Aber, so beklagt sich der Autor, hiervon wolle die "heutige Journalisten- und Politikergeneration nichts mehr wissen", denn "völkische Befindlichkeiten werden als ewiggestrig abqualifiziert." (13) Für die extreme Rechte hingegen ist der völkische Nationalismus der Schlüssel zur Erklärung von Krieg und Frieden; in diesem Sinne trügen die Siegermächte des Ersten und Zweiten Weltkrieges eine historische Verantwortung für die Entwicklung auf dem Balkan, da sie dort sog. "Vielvölkerstaaten" errichtet hätten. So heißt es in einer Erklärung des NPD-Kreisverbandes Nordmecklenburg: "So ist der Kosovo-Konflikt doch lediglich die Folge eines Mischvölkerstaates, welcher aus reiner Machtgier und ohne Anerkennung der kulturellen und religiösen Eigenarten der verschiedenen Völker geschaffen wurde." (14)

(13) Deutsche National-Zeitung 10/99, S. 6

(14)http://parteien.freepage.de/cgi-bin/feets.../923334x204A/rewrite/npd-nwm/LV-04-99.htm

Die Geschichte umschreiben

In ihren Stellungnahmen nimmt die extreme Rechte zudem wiederholt historische Motive und Aspekte auf. Das ist nicht

weiter verwunderlich, handelt es sich beim NATO-Krieg gegen Jugoslawien doch erstens um den ersten Kampfeinsatz deutscher Soldaten seit 1945, und findet dieser zweitens in einer Region statt, in der die Soldaten der Wehrmacht unzählige Kriegsverbrechen begangen haben.

Es sind vor allem zwei Themen mit deutlich historischem Bezug, die immer wieder herausgestellt werden:

- Flucht, Vertreibung und Umsiedlung von Deutschen nach 1945
- die Rolle der Wehrmacht auf dem Balkan.

Die extreme Rechte - aber auch der Bund der Vertriebenen mit seinem umfangreichen Organisationsgeflecht - sehen sich angesichts der Vertreibungen und der Flucht aus dem Kosovo dazu ermuntert, an die Situation nach Kriegsende 1945 zu erinnern. In der Einleitung zu dem bereits mehrfach angeführten Mai-Heft der Zeitschrift Nation + Europa heißt es: "Und die Kosovo-Albaner? Ihr Leid ist schlimm. Wer wüßte das besser als deutsche Vertriebene, deren Rechtsansprüche allerdings weder politisch noch militärisch durchgesetzt werden." Und mit deutlich geschichtsverfälschendem Akzent hält es der Ostdeutschen Arbeitskreis Hochtaunus für "absurd, gegen die ethnische Säuberung im Kosovo ausgerechnet in dem Augenblick einzuschreiten, da mit Polen und der Tschechischen Republik die beiden größten Vertreiberstaaten dieses Jahrhunderts feierlich in die NATO aufgenommen wurden." (15) Die der DVU nahestehenden Blätter klagen: "Schlimm ist aber auch, daß die unmenschliche Vertreibung von 15 Millionen Ost- und Sudetendeutschen (...) das 'Weltgewissen' bis heute nicht berührt." (16) Und der Chefredakteur der Jungen Freiheit fordert: "Es wäre an der Zeit, daß im Zuge des Kosovo-Krieges eine Aufarbeitung in Kino-Filmen, Wanderausstellungen, Kunst und Literatur neue Gestalt gewinnt." (17)

(15) Nation+Europa 5/99, S. 4 bzw. S. 22

(16) Deutsche Wochen-Zeitung 16/99, S. 3

(17) Junge Freiheit 18/99, S. 2

Die konkrete Situation der Flüchtlinge aus dem Kosovo ist der extremen Rechten im Grunde völlig egal. Wichtig ist ihr nur, daß diese Menschen nicht nach Deutschland kommen. Vor entsprechenden Wanderungsbewegungen wird denn auch gewarnt; in einer Pressemitteilung der REP heißt es scharf: "Wer kosovo-albanische Flüchtlinge fern von ihrer Heimat in Deutschland unterbringt, macht sich zum Komplizen der 'ethnischen Säuberung' durch die Serben." (18) Die Deutsche Wochen-Zeitung pflegt unter der Schlagzeile "Wie kriminell sind Kosovo-Albaner? Was viele in Deutschland treiben" das rassistische Vorurteil vom „kriminellen Auslän-

(18) REP-Pressemitteilung 30/99 vom 9. April 1999

der." (19) Und natürlich darf auch das Schreckensbild der Gefährdung von 'Sicherheit und Ordnung' nicht fehlen: "Dieser multikulturelle Wirrwarr auf verhältnismäßig engem Raum läßt die Region immer wieder explodieren. Eine irrsinnige Bonner Einwanderungs- und Überfremdungspolitik aber führt dazu, daß sich die Bundesrepublik balkanesische Zustände ins eigene Land holt." Und schließlich seien die hier lebenden Menschen aus dem (früheren) Jugoslawien auch ein Sicherheitsrisiko: "Vom Kantinenwirt auf der Hardthöhe über den Meister im Kraftwerk bis hin zum Fließbandarbeiter in der Kriegsgeräteproduktion sind Serben an sicherheitsempfindlichen Stellen bei uns tätig." (20)

(19) Deutsche Wochen-Zeitung 16/99, S. 1

(20) Deutsche Wochen-Zeitung 10/99, S. 1

Scheinheilig wird dann gefragt, ob man "für den Wahnsinn plädieren (wolle), diese Menschen aus Sicherheitsgründen in Lagern zu internieren", aber die nahegelegte 'Lösung' ist zunächst einmal: "Ausländer raus".

Die Wehrmacht als Vorzeigearmee

Mit Blick auf das Morden der Wehrmacht auf dem Balkan versuchen sich insbesondere die Wochenzeitungen des DVU-Vorsitzenden Frey an einer Rehabilitierung der Wehrmacht. Da werden der Angriff und die Besetzung Jugoslawiens ebenso gerechtfertigt wie das verbrecherische Wirken des Generalobersten Alexander Löhr verharmlost, der später im Prozeß gegen die Südostgeneräle zum Tode verurteilt wurde. (21) Von der Wehrmacht wird auch bei dieser Gelegenheit ein Bild gezeichnet, das sie über die Bundeswehr hebt: In letzterer gebe es keine kritischen Stimmen zum Krieg gegen Jugoslawien mehr, während "in der Wehrmacht der freiere Ton herrschte." (22) Die in der Wehrmacht kämpfenden "Männer waren keine blutlosen Söldner im Dienste fremder Machtinteressen - sie kämpften und starben einzig im Glauben an ein neues, freies Deutschland." (23) Und bei dem Einsatz "haben die verantwortlichen Politiker nicht einmal dafür gesorgt, daß die Soldaten und Angehörigen im Verletzungs- oder Todesfall einigermaßen finanziell abgesichert sind. Verantwortungsloser hat sich keine deutsche Regierung gegenüber ihren Soldaten verhalten, seit einige korrupte Fürsten vor über zweihundert Jahren ihre eigenen Landeskinder als Kanonenfutter an fremde Mächte verkauften." (24)

(21) Deutsche Wochen-Zeitung 17/99, S. 6

(22) Nation+Europa 5/99, S. 31

(23) Pressemitteilung des Aktionsbüro Norddeutschland vom 9.4.1999 - http://www.widerstand.com/perspektive/inf_feb99.html

(24) http://www.npd.net/npd-pv/presse/krieg.htm

Deshalb, so ein weiterer Autor in der Deutschen National-Zeitung, "haben Deutsche keinerlei Veranlassung, sich an der Disziplinierung dieses Produktes der Pariser Vorortever-

träge zu beteiligen (....), solange die heutigen 'deutschen' Politiker die Ehre der deutschen Soldaten zweier Weltkriege nicht wieder voll hergestellt haben." (25)

(25) Deutsche National-Zeitung 17/99, S. 9

Vom Kriegskurs der Grünen profitieren

Die extreme Rechte bemüht sich derzeit darum, mit ihrer Anti-Kriegs-Demagogie möglichst viele derjenigen anzusprechen, die dem NATO-Krieg gegen Jugoslawien aus dem einen oder anderen Grund ablehnend oder zumindest skeptisch gegenüberstehen. Dietmar-Dominik Hennig, einer der Regionalsprecher der Deutschlandbewegung, sieht "die deutsche Rechte (...) jetzt aufgefordert, die Katakomben zu verlassen und in die politische Arena zu treten mit einer einzigen Frage an jenes deutsche Volk, das in diesem Jahrhundert in zwei Weltkriegen genug Blutzoll zu entrichten hatte: 'Wollt ihr den totalen Friedenseinsatz?„ Diese schwülstig-pathetische Sprache gipfelt in folgender Sequenz: "Die Friedensdividende ist das stärkste Pfund, mit dem die nationalen Kräfte derzeit wuchern können. Das gilt es, den Menschen klar zu machen: Deutsch wählen heißt Frieden wählen - Internationalismus ist Krieg!" (26)

(26) Nation+Europa 5/99, S. 69

Der Internationalismus und die Linke - in den Stellungnahmen der extremen Rechten sind damit vor allem SPD und Bündnis '90/Grüne gemeint - werden heftig attackiert. Insbesondere wird der Schwenk von Bündnis '90/Grüne auf den NATO-Kriegskurs höhnisch kommentiert. In einem "Die überflüssige Linke" betitelten Aufsatz heißt es: "Jahrzehntelang mimte die deutsche Linke den Gralshüter des Pazifismus, blockierten linke Aktivisten US-Kasernen, diffamierten Bundeswehrsoldaten als Mörder. [...] An Salonlinken wie Fischer und Schröder bewahrheitet sich eine alte Einsicht: Die größte Bedrohung für den Frieden sind die Weltverbesserer".(27) Denn - so an anderer Stelle: "Es sind nicht die alten Soldaten, es sind die ehemaligen Ostermarschierer, Kerzchenhalter, Friedenskämpfer und Wehrdienstverweigerer, die bedenkenlos unsere jungen Soldaten ins Feuer schicken wollen." (28) Ähnlich heißt es auch in den Zeitungen des DVU-Vorsitzenden Gerhard Frey, daß die "linken 'Friedensapostel' von einst" - kaum seien sie an der Macht - "nicht die geringsten Skrupel [hätten] die Söhne anderer Leute zum Abschuß freizugeben." Bündnis '90/Grüne seien "mit Beginn der Bombardements auf dem Balkan – [...] - politisch überflüssig geworden [...] Warum der Wähler eine 'pazifistische' Partei, die ihren Pazifismus bei der erstbesten Gelegenheit an der NATO-Garderobe abgibt, künftig noch wählen soll,

(27) ebd., S. 5 bzw. S. 8

(28) ebd., S. 29

bleibt Fischers Geheimnis." (29) Wenn Franz Schönhuber schließlich fordert, der "Kampf gegen den Amerikanismus dürfe nicht allein der PDS überlassen bleiben" (30) - so stellt dies auch den Versuch dar, national und/oder antiamerikanisch eingestellte Teile der Friedensbewegung anzusprechen und stärker in den Einflußbereich der extremen Rechten zu ziehen. Eine solche Querfronttaktik, die an einzelnen Themen und Auseinandersetzungen Bündnisse der extremen Rechten mit demjenigen Spektrum sucht, was gemeinhin als links etikettiert wird, dient insbesondere dazu, die Stigmatisierung und Ausgrenzung extrem rechter Organisationen und Personen aufzulösen. (31)

(29) Deutsche Wochen-Zeitung 17/99, S. 5 bzw. S. 7
(30) Nation+Europa 5/99, S. 30

(31) Entsprechend verfährt in Frankreich anläßlich dieses Krieges die Nouvelle Droite, die sog. Neue Rechte, mit einer Petition "Non à la guerre". Bekanntester Vertreter der Nouvelle Droite ist Alain de Benoist, der auch häufig in Publikationen der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland schreibt, u.a. in der Jungen Freiheit. Die von diesem Kreis verfaßte Petition wird vor allem bei Demonstrationen gegen die NATO-Angriffe verteilt. Sie enthält scharfe Angriffe auf die USA, nicht aber auf deren europäische Verbündete, die - wie im Fall Deutschlands - erheblich zur Eskalation auf dem Balkan beigetragen haben. Als Interesse der USA an diesem Krieg wird angeführt, dieser solle den Graben zwischen dem westlich-abendländischen Europa und der slawisch-orthodoxen Welt vertiefen, um die Westeuropäer davon zu überzeugen, daß es für sie bei einer engen Kooperation mit den USA bleiben muß. Zu den Unterzeichnern zählten auch Jean-Francois Kahn, Chef der Zeitschrift Marianne, und der Armenpriester Abbé Pierre, eine Gallionsfigur diverser sozialer Initiativen. Nachdem sie erfahren hatten, wer den Aufruf initiiert hatte, zogen sie ihre Unterschrift wieder zurück. *Vgl.: Jungle World 18/99, S. 27*

Rechter Widerspruch

Markieren die bisher skizzierten Positionen den hegemonialen Diskurs in der extremen Rechten, so finden sich vereinzelt auch hiervon abweichende Stellungnahmen. In einem empörten Leserbrief an die bereits erwähnte neofaschistische Zeitschrift Nation + Europa schreibt etwa der frühere NPD-Bundesvorsitzende Günter Deckert: "Wir waren und sind noch immer (zahlende) Opfer des Bosniaken-Konflikts. Auslöser: die Jugo-Serben. [...] Ich denke und dachte, auch die Zeitschrift 'Nation & Europa' vertrete den Grundsatz des (völkischen) Nationalismus. Und als deutscher Nationalist kann man nun mal nicht auf der Seite der serbischen Mordbrenner und Vertreiber stehen, ..." (32) Die Wochenzeitung Junge Freiheit gibt Raum für den der FPÖ nahestehenden Prof. Dr. Lothar Höbelt und seine pragmatische Sichtweise: "Als imperiales System, das deutschen Interessen am meisten Durchsetzungschancen ermöglicht, erscheint mir die NATO unter allen realistischen Varianten da augenblicklich ziemlich konkurrenzlos." Außerdem sei es zu begrüßen, "wenn dieselben Leute, die den gebürtigen Österreicher Generaloberst Löhr wegen seines Luftangriffs auf Belgrad ohne Kriegserklärung 1941 als Kriegsverbrecher zu bezeichnen gewohnt sind, heute von den Deutschen händeringend ein Da Capo einfordern." Und schließlich sei "nicht einzusehen, warum gerade traditionsbewußte Deutsche ihren Widerspruch anmelden sollten, wenn 'der Westen' spät, aber doch darangeht, auf dem Balkan seine Fehler von 1918 und 1945 zu korrigieren. Von Nationalbewußten kann man doch zumindest erwarten, daß sie sich an Völkern (in diesem Fall den Albanern) und nicht an den Staaten (wie Jugoslawien) orientieren." (33) Ähnlich sieht diesen letzten Punkt Manfred Rouhs, der Herausgeber der Quartalszeitschrift SIGNAL:

(32) ebd., S. 70

(33) Junge Freiheit 17/99, S. 2

"In der Auseinandersetzung mit Serbien sind die Albaner im Recht. Die Befreiungsnationalisten der UCK fordern die Vereinigung ihrer Heimat mit dem albanischen Mutterland, die ihnen Milosevic verweigert." Und der Krieg habe "auch noch in anderer Hinsicht sein Gutes." Er stärke "das Selbstbewußtsein der Deutschen", denn "deutsche Soldaten stehen im Krieg, und sie sind erfolgreich. Und sie haben Rückhalt in der Bevölkerung, sogar bei den Grünen. Das schafft eine neue Lage. Auch über solche Kollektiverfahrungen werden sich die Deutschen Schritt für Schritt zu einer normalen Nation entwickeln, die Neurose von 1945 endgültig überwinden, bis sie Vorreiter eines neuen europäischen Selbstbewußtseins sind." (34)

(34) http://signal-online.de/politik_aktuell.htm

Geopolitische Positionsbestimmung

Auch hier ist also - wenn auch über einen anderen Begründungszusammenhang - die Zielsetzung einer Europa dominierenden Großmacht Deutschland formuliert. Insofern ist der Gegensatz zwischen den hier dargestellten Positionen nicht so umfassend, wie es zunächst erscheinen mag. Zwar existieren bezüglich der unmittelbaren Beurteilung der UCK bzw. 'Serbiens' deutliche Differenzen, zugleich gibt es aber in der Forderung nach einem 'Ende der Westorientierung', einer 'Nationalisierung' der Bundeswehr und der Zurückweisung bzw. raschen Ausweisung von Flüchtlingen große Gemeinsamkeiten. Franz Schönhuber sieht für die extreme Rechte "ungeahnte Chancen", wenn "die Patrioten ihre Forderungen auch auf die Straße tragen." (35) Ein zentrales Ziel solcher Aktivitäten der extremen Rechten ist der Versuch einer weiteren Rehabilitierung des völkischen Nationalismus: "Wir müssen das nationale Prinzip als ein Prinzip des Friedens ins Bewußtsein der Bevölkerung bringen." (36) Für geopolitische Konzepte, die über entsprechende Parolen hinausweisen und die zur Einmischung in die nun allerorten geführte Diskussion um die 'Stärkung des europäischen NATO-Flügels' bzw. den Aufbau 'europäischer Streitkräfte' taugen, will die extreme Rechte sorgen. Die Junge Freiheit jedenfalls hat ihre Spalten für die entsprechende Debatte geöffnet.

(35) Nation+Europa 6/99, S. 18

(36) Interview mit Alfred Mechtersheimer in der April-Ausgabe der österreichischen Zeitschrift AULA

Literaturhinweise

Jean Cremet/Felix Krebs/Andreas Speit: Jenseits des Nationalismus. Ideologische Grenzgänger der 'Neuen Rechten' - Ein Zwischenbericht. Münster: Unrast 1999

Margret Jäger/Siegfried Jäger: Gefährliche Erbschaften. Die schleichende Restauration rechten Denkens. Berlin: Aufbau Verlag 1999

Iris Weber: Nation, Staat und Elite. Die Ideologie der Neuen Rechten. Köln: PapyRossa 1997

Uwe Worm: Die Neue Rechte in der Bundesrepublik. Programmatik, Ideologie und Presse. Köln: PapyRossa 1995

A 8203 E * Entgelt bezahlt * Verein für friedenspolitische Publizistik e.V.
Kurfürstenstr. 14
10785 Berlin

ami